



Amerika gegen den Rest der Welt

**Der Wirtschaftskrieg
des Donald Trump**

**And the
Winner is?**

Syrien nach Assad

Heult leiser!

Die Deutschen und der Wolf



4 191202 707005



01

7,- €

A: 8,10 €

CH: 12,- CHF

C 12611 E

III

vielfältig
kritisch

unverzichtbar



Daniela Sepehri
Beraterin, Aktivistin

3000
DIGITAL
ABOS

Jetzt
Digital-Abo
abschließen
und das
nd retten!

dasnd.de/digitalabo

»Es gibt keine einvernehmliche Lösung«

Der Deutsche Mieterbund warnt vor explodierenden Mieten, falls die Mietpreisbremse wegfällt. Konkret sprach darüber mit dem Stadtsoziologen Andrej Holm



Matthias Heyde/Humboldt-Universität Berlin

Konkret: *Warum haben Mieten den Drang, »in die Höhe zu schießen«, wenn sie nicht gedeckelt werden?*

Andrej Holm: Den Drang haben Vermieterinnen und Vermieter, die sich daran orientieren, die höchsten Erträge aus ihren Immobilien herauszuziehen. Ungefähr achtzig Prozent der Mietwohnungen in Deutschland werden von privaten Personen oder privaten Unternehmen im Eigentum bewirtschaftet. In Berlin, das ist der Extremfall, werden mittlerweile fast zwanzig Prozent der Mietwohnungen von börsennotierten Unternehmen vermietet. In der Konstellation eines privat organisierten Wohnungsbaus müssen die Aspekte der sozialen Wohnungsversorgung immer gegen private Interessen durchgesetzt werden. Es gibt keine einvernehmliche Lösung. Wenn nicht reguliert wird oder private durch gemeinwirtschaftliche Wohnungsbestände ersetzt werden, dann wird das Profittalkül optimiert. Das sehen wir in den Großstädten besonders deutlich: In den letzten Jahren wurden dort die Angebotsmieten um 44 Prozent erhöht.

Wie ist die Mietpreisbremse als Regulierungsinstrument in die neoliberale Organisation des Wohnungsmarktes einzuordnen?

In der alten Bundesrepublik gab es in den achtziger Jahren einen Rückzug aus dem Förderprogramm des sozialen Wohnungsbaus, der breite Schichten der Bevölkerung mit bezahlbaren Wohnungen versorgen sollte. 1989, noch vor dem Mauerfall, wurde in der BRD die Wohnungsgemeinnützigkeit aufgehoben. Ungefähr vier Millionen Wohnungen wurden so in handelbare Güter verwandelt, und das war die Voraussetzung für die großen Privatisierungswellen der letzten Dekaden. Parallel dazu gab es eine Reihe von Reformen im Mietrecht.

Die Mietpreisbremse, mit der erreicht werden sollte, dass Neumieten nicht mehr als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen, war 2015 eine Reaktion auf die erstarkten Mieterbewegungen. Mit vielen Ausnahmeregelungen und Lücken ist

sie jedoch ein wirkungsloses Trostpflaster geblieben und konnte die Eskalation der Mietpreise nicht aufhalten. Außerdem mussten Verstöße von den Mietern und Mieterinnen selbst vor Gericht gebracht werden. Ganz typisch für individualisierte Rechtspositionen wurden dabei diejenigen benachteiligt, die am dringendsten auf leistbare Mieten angewiesen sind. Weil sie häufig das Prozedere nicht verstehen und kaum Ressourcen für einen Prozess haben. Inzwischen gibt es mehr erfolgreiche Klagen als zu Beginn, aber das ist, verglichen mit der Menge an übersteuert vermieteten Wohnungen, ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wenn die Mietpreisbremse Symbolpolitik war; was würde sich ändern, fiele sie weg?

Marktakteure bekommen sehr deutlich zu verstehen, dass es nicht einmal mehr symbolische Grenzen gibt, freie Marktpreise zu nehmen. Außerdem mussten Vermietende bisher einen zusätzlichen Aufwand betreiben, um mit Indexmieten, möblierten Angeboten und Kurzzeitvermietungen die Auflagen zu umgehen. Jetzt wird es noch einfacher, überhöhte Mietpreise aufzurufen.

Was ist nur aus dem ideellen Gesamtkapitalisten geworden, der sich um die Reproduktion der Arbeitskraft und also um einigermaßen angenehme Wohnungen für Arbeitende sorgt?

In den großen Parteien scheint es einen Konsens in der Mietenpolitik zu geben: möglichst viel Neubau. Wenn es nur genug Wohnungen gibt, werden die Schlangen bei den einzelnen Wohnungsangeboten kürzer und die Spitzenpreise niedriger. Diese Fraktion redet sich und der Öffentlichkeit seit Jahren ein, dass jeder Neubau auch einen sozialen Versorgungseffekt erfüllt. Studien zeigen aber, dass es die berühmten Sickereffekte nicht gibt und Neubau einseitig die Interessen der Bau- und Immobilienwirtschaft bedient. Abgesehen davon wäre die Überproduktion von Wohnungen eine ökologische Katastrophe.

Die politisch definierten Zielzahlen, wie viele hunderttausend neue Wohnungen ent-

stehen sollen, ist eine abstruse Konstellation. Sie erinnert mich an die Spätphase in der DDR, mit dem Unterschied, dass damals Zielzahlen im Kontext einer Planwirtschaft herausgegeben wurden. Der wohnungspolitische Neubaukonsens hat für private Unternehmen keine Verbindlichkeit, bietet keinen sozialen Versorgungseffekt und lenkt von der Beschäftigung mit wohnungspolitisch sinnvollen Vorschlägen ab.

Was wären Bestandteile einer vernünftigen Wohnungspolitik?

Zentral ist die systematische Umkehrung des Verhältnisses von Wohnungen als Zuhause und Wohnungen als Immobilien. Dabei geht es im Kern um die Vergesellschaftung von Eigentum, eine Demokratisierung der Bewirtschaftung und mehr öffentliche Verantwortung für die soziale Wohnversorgung.

Neben diesen langfristigen Zielen geht es kurzfristig darum, Instrumente zu nutzen, die preisgünstige Wohnungen erhalten und hohe Neuvermietungs-mieten verhindern. Konkret helfen würde ein bundesweiter Mietdeckel, der Mieterhöhungen begrenzt und Neuvermietungs-mieten kappt. Ein Blick auf Länder in Skandinavien etwa zeigt, dass es keine Unterschiede zwischen Bestands- und Neuvermietungs-mieten geben muss, weil sich ja auch die Qualität der Wohnung durch einen neuen Vertrag nicht verändert.

Wie soll das bei der derzeitigen Verfassung der Linken erreicht werden?

»Deutsche Wohnen und Co enteignen« zeigte, dass in den großen Städten Mehrheiten für transformative Forderungen mobilisiert werden können. Und die Art der Mobilisierung hat Vorbildcharakter. Es zeigt sich aber auch, dass Mehrheiten nicht unbedingt durchsetzungsfähig sind. Alle, die die Gesellschaft transformieren wollen, müssen darüber nachdenken, wie Vorschläge für eine andere Wohnungspolitik auch praktisch durchgesetzt werden können. Das ist eine Diskussion, die es, glaube ich, in der erweiterten Linken zuletzt viel zu selten gegeben hat.

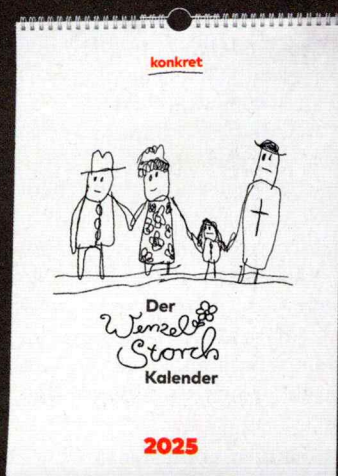
Lesen, was andere nicht wissen wollen

Suchen Sie Lektüre, die Ihre Vorurteile stört und Sie zum Denken neuer Gedanken provoziert, machen wir Ihnen ein Angebot, das Sie nicht ablehnen können: Ein Schüler-/Schülerinnen- bzw. Studierenden-Abo für 47 Euro.

→ konkret-magazin.de

Obszön durchs Jahr mit Wenzel Storch

und seinen schönsten
Werken aus konkret



konkret-magazin.shop

von konkret

Im November hat eine Kammer des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag die Einsprüche Israels zurückgewiesen und Haftbefehle gegen Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und seinen früheren Verteidigungsminister Yoav Gallant wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Gaza-Streifen erlassen. Die deutsche Presse ließ sich die revanchistische Gelegenheit nicht entgehen, die hypothetische Frage zu diskutieren, ob die deutsche Polizei Israels Regierungschef verhaften sollte, wenn er zu einem Besuch ins Land käme. Die »Tageszeitung« stellte Pro und Contra einander gegenüber: Ja, Deutschland müsse, meinte Daniel Bax, denn sonst lege es »die Axt an einen Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik, ja einer wertebasierten Weltordnung«. Zwar brauche es »aufgrund der deutschen Geschichte in der Tat viel Fantasie«, sich vorzustellen, dass Netanjahu in Deutschland verhaftet werde. Aber die müsse man jetzt aufbringen: »Wer den Haftbefehl gegen Netanjahu infrage stellt, der stellt sich in eine Reihe mit Autokraten wie Orbán, Putin und Trump.« Widersprochen hat Bax damit dem »Taz«-Kollegen Jan Feddersen, der argumentierte: »Der Haftbefehl nützt Netanjahu innenpolitisch – und das ist das eigentliche Problem.«

Dabei ist schon die Frage falsch: Denn der IStGH ist in diesem Fall gar nicht zuständig beziehungsweise: Bereits die Behauptung, er sei es, offenbart die antiisraelische Agenda dieser Institution. Zum einen ist Israel dem IStGH nie beigetreten; zudem hat der Gerichtshof Westbank und Gazastreifen zum Zweck ihres Beitritts als Staat betrachtet, was an sich schon sehr fragwürdig ist. Zum anderen wird unterstellt, Israel verfüge über keine Justiz, die in der Lage ist, den Vorwürfen von Kriegsverbrechen selbst nachzugehen. In konkret 7/24 hat der ehemalige Dekan der juristischen Fakultät der Hebräischen Universität, Yuval

Shany, dem widersprochen: »Israel hat ein starkes Rechtssystem, das sich in der Vergangenheit schon mit einigen Vorwürfen auseinandergesetzt hat, die das Gericht gegen es erhoben hatte, hauptsächlich in Bezug auf die Anwendung militärischer Gewalt in früheren Gaza-Kampagnen und im aktuellen Gaza-Krieg.«

Bei Redaktionsschluss überschlugen sich die Glückwünsche und der Jubel der deutschen Medien zum beziehungsweise über den Fall des syrischen Herrschers Assad und den Sieg der »Aufständischen«. »Über große Freude« (»FAZ«), »Freude und Jubel in Damaskus nach dem Sturz Assads« (»SZ«), »Syrien-Demo in Berlin: Über eine Frau, die zum Zentrum der Freude wurde« (»Stern«), »Syrien ist frei« und »Zwölf Jahre Starre – und dann plötzlich Leben« (»Taz«), »Weihnachten in Syrien: Freude für Kinder, die nur Krieg kennen« (»Vatican News«), »Syrien nach dem Regime-Sturz: Der Fußball kann zu einem Symbol der Einheit werden« (»Tagesspiegel«). Als wäre nicht längst bekannt, um wen es sich bei diesen »Aufständischen« handelt.

Schon in konkret 6/12 hatte Jörg Kronauer gefragt: »Weiß der Westen, was er tut, wenn er die syrische Opposition unterstützt?« Um ein Jahr (konkret 9/13) später festzustellen: »Der Westen trägt Schuld am Erstarken der Islamisten.« Offenbar folgt auf den Sturz diktatorisch regierender Machthaber im Nahen Osten und in Nordafrika in aller Regel nichts Gutes: »Erstarkt sind die Terroristen vor allem in denjenigen Staaten, in denen der Westen autoritäre Herrscher entweder selbst aus dem Amt bombte oder sie durch lokale Verbündete mit Krieg überziehen ließ. Im Irak konnte Al Qaida dank der US-geführten Invasion Fuß fassen und profitierte dann auch rasch von der konfessionellen Spaltung, die die Invasoren unter Rückgriff auf alte Kolonialstrategien vorantrieben. In Libyen und in Syrien kam den jeweiligen Al-Qaida-Ablegern zugute, dass vom Westen unterstützte islamistische Milizen ein Klima geschaffen hatten, in dem sich islamistische Glaubenskrieger bewegen konnten wie Fische im Wasser.«

Auch bei Abu Mohammad al Julani, ehemals IS-Mitglied, der mit seinem jihadistisch-salafistischen Milizbündnis Hai'at Tahrir asch-Scham innerhalb einer Woche die Regierung in Damaskus zu Fall brachte, kann Skepsis nicht schaden. In diesem Heft beschreibt Jörg Kronauer (Seite 24) nun einen der letzten Schritte Syriens auf dem Weg in den Zerfall. Denn die verschiedenen, am Sturz von Assad beteiligten Parteien haben vieles vor, aber sicherlich nicht die Gründung eines Staates, in dem es sich für Frauen, Schwule, Jesiden, Kurden, Andersgläubige oder gar Nichtgläubige einigermaßen gut leben ließe.

Titel

12 Sein Kampf

Mit der neuerlichen Präsidentschaft Donald Trumps wird der Wirtschaftskrieg der USA gegen China eskalieren.

Von Jörg Kronauer

16 Lose-Lose-Situation

Deutschlands Bourgeoisie verzweifelt an ihrer transatlantischen Orientierung.

Von Axel Berger

18 »Trump's Zeitfenster ist klein«

Interview mit Martin Thunert darüber, was von Trumps Regierung zu erwarten ist

20 Der einen Leid

Entscheidend für Trumps Sieg waren die Verluste der Demokratischen Partei.

Von Margit Mayer

22 »Brooklyn Coffeehouse Bullshit«

Interview mit Adolph L. Reed über die Gründe der Wahl von Trump

Politik

3 »Es gibt keine einvernehmliche Lösung«

Interview mit Andrej Holm über den drohenden Wegfall der Mietpreisbremse

9 Neues vom Hetzer

Ein Porträt des nächsten Bundeskanzlers. Von Joachim Rohloff

11 Kim Eun-ha vs. Aiwanger

Florian Sendtner über den Putschversuch in Südkorea

24 And the Winner is?

Jörg Kronauer über Syrien nach dem Sturz von Assad

25 Einstürzende Altbauten

Menahem Merhavy über den Waffenstillstand zwischen Israel und der Hisbollah

26 Sozialismus wegen Barbarei

Dastan Jasim über die basis- und rätendemokratische Autonome Administration Nord- und Ostsyriens

27 Verpflichtet zu lernen

Thomas Schaefer über *Die Araber von Palästina* von Martha Gellhorn

28 Das Friedens-Mikado

So einfach, wie Trump es sich vorstellt, lässt sich der Ukraine-Krieg nicht beenden. Von Reinhard Lauterbach

29 Friedenspfeifen

Stefan Dietl über *Pazifismus – ein Irrweg?* von Pascal Beucker

30 Helden der Heimatfront

Ewgeniy Kasakow über die Wiedergründung der Union des Russischen Volkes

31 Joseph Conrad in Indien

Britta Petersen über *Zeit der Finsternis. Das Britische Empire in Indien* von Shashi Tharoor

32 »Dann lieber Flaschenpost«

Gespräch mit Thorsten Mense über den Erfolg der AfD und die Modernisierung des Rechtsextremismus

34 Familie als Tatort

Frauen erfahren Gewalt vor allem im sozialen Nahraum. Von Gisela Notz

36 Durch Arbeit zur Arbeit

Bei Long Covid brechen im deutschen Gesundheitswesen alte Ressentiments gegen »Untätige« auf. Von Simon Duckheim

39 Das zweite Grundgesetz

Deutschland entledigt sich endgültig seiner Reparations- und Entschädigungsschulden. Von Rolf Surmann

Kultur

42 Wildwestmethoden in deutschen Verlagshäusern

Wenzel Storch geißelt das Elend der Übersetzer

43 The Sound of Silence

Markus Ströhlein über Anmaßung und Heuchelei der Israelfeinde im Kulturbetrieb

46 Heult leiser!

Die Deutschen und der Wolf – eine schizophrene Beziehung. Von Peter Kusenberg

47 Raum zum Hassen

Stefan Gärtner über Nuancen des Antisemitismus bei BDS-Aktivisten

48 Du bist kein Spiel

Spiegelzeiten im Konnektom und die Wasserspinne als Vorbild: Eine Episode aus der kommunistischen Zukunft von Dietmar Dath

51 Gott des Geschwätzes

Der Spielfilm »Armand« ist für eine Komödie zu ernst, für ein Drama zu flach. Von Wieland Schwanebeck

54 »Die Hölle auf Erden«

Das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Berlin zeigt die griechisch-deutsche Wanderausstellung »Karya 1943 – Zwangsarbeit und Holocaust«. **konkret** sprach mit den Kuratoren, Dr. Iason Chandrinos und Iris Hax, und der Leiterin des Dokumentationszentrums, Dr. Christine Glauning

56 Schaut, o schaut!

Wie Werner Tübke dem »Freischütz« die romantischen Flausen austrieb. Von Frieder Reininghaus

62 Geschlossene Anstalt

Klassenziel Unmündigkeit: Ein Jahr als Lehrer an einer bayerischen Realschule. Von Florian Sendtner

64 Levi kam nur bis zur Küchenpsychologie

Thomas Schaefer über *Die doppelte Nacht* von Carlo Levi

RUBRIKEN

4 von konkret

6 AN konkret

10 HERRSCHAFTSZEITEN

44 KUNST & GEWERBE

50 TERMINE

52 BETRIEBSGERÄUSCHE

Joachim Rohloff über das Bohei um Angela Merkels Memoiren

53 FILM DES MONATS

Wieland Schwanebeck über die ZDF-Dokumentarserie »Zeugnisse«

58 PLATTE DES MONATS

Benjamin Moldenhauer über »Dogmatic Accusations« von Traktat

59 BUCH DES MONATS

Felix Klopotek über *Dear Billy* von Franz-Josef Heumannskämper

60 GSELLAS GERECHTE GEDICHTE

Im Walde Brandenburgs. Von Thomas Gsella

66 DER LETZTE DRECK

Aus den Frühjahrsanschauen der Verlage

antifa

Magazin für antifaschistische Politik und Kultur. Herausgegeben von der VVN-BdA

Beiträge Januar/Februar 2025

Spezial Wie sich in diesen Zeiten Diskurse verändern

Conny Kerth Das Ampel-Aus und die Neuwahlen

Kerstin Köditz »Sächsische Separatisten« & AfD

Claudia von Gélieu Treffen zu Frauen im Widerstand

Ulrich Sander Friedenspartei AfD?

Thomas Willms Strategien des AfD-Wahlkampfes

Peter Nowak Die Rechte und das »Kapital«

Thomas Hacker Alles Nazis in der Ukraine!?

Ulrich Schneider Die neue Studie zur FIR u.v.m.

Ich bestelle antifa: 6 Ausgaben im Jahresabo
SOLI ☐ € 42, NORMAL ☐ € 21, ERMÄSSIGT
☐ € 10,50. Verlängert sich um 1 Jahr, wenn es nicht 6 Wochen
vor Ablauf gekündigt wird.

Name, Vorname

Straße, Nr., PLZ, Wohnort

Ort, Datum

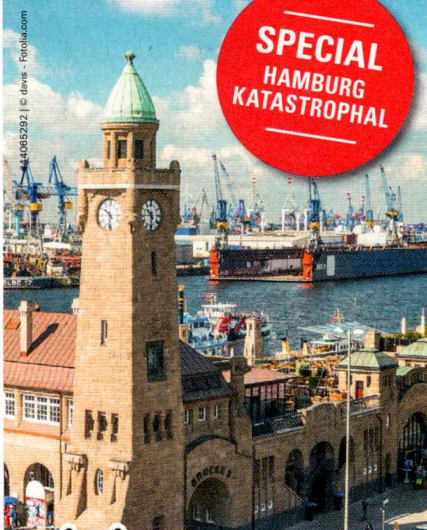
Unterschrift

Einsenden: VVN-BdA e.V., Magdalenenstraße 19,
10365 Berlin, oder online auf antifa.vvn-bda.de

KURIOSE STADTFÜHRUNGEN IN HAMBURG

Für Dich oder Deine Gruppe

SPECIAL
HAMBURG
KATASTROPHAL



CITINAUT

WWW.CITINAUT.DE

TOP BEWERTUNGEN

AN konkret

Multifunktional

konkret 12/24: »Kufija Culture«;
Markus Ströhlein über Judenhass
im Kulturbetrieb

Ist das Tragen der Kufija nun schlechte kulturelle Appropriation oder gut drapierter Antisemitismus? Vermutlich beides.

Alfons Hucklebrink

Widerstandsfähig

konkret 12/24: »Only a Fool would say that«; Bernhard Torsch über das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Staatsräson

Bernhard Torsch kritisiert Linke, die gegen Waffenexporte an Israel und die Ukraine sind. Solche Linke wollten »Juden und Ukrainer wehrlos sehen«. Der Autor plädiert (wie 99 Prozent aller Stimmen in den Medien) für die Lieferung von Waffen, seien sie doch das Ergebnis »deutsche(r) Wertarbeit, die menschliche Körper besonders effektiv zerfetzen, zermahlen und verbrennen kann«. Klar, das Grundgesetz garantiert das Recht auf freie Meinungsäußerung. Aber muss gerade konkret dem Autor eine Plattform bieten?

Max Robel, Berlin

Ein gewisses Quantum Unfug gesteht man jeder Zeitschrift zu. Aber was Bernhard Torsch zu zünden beabsichtigt, hat die fragwürdige Substanz eines Hohlgeschosses: Solidarität bedeutet für ihn, Waffen nach Israel und in die Ukraine zu liefern und im gleichen Atemzug all jene unflätig zu beschimpfen, die das nicht wollen.

Konrad Astfalck

Glänzend

konkret 12/24: »Beuteschema D«;
Rolf Surmann über ein neues Verfahren der Bundesregierung zur Absicherung des NS-Kunstraubs

Rolf Surmann hat das Problem »Restitution« auf den Punkt gebracht. Besser kann man es nicht beschreiben. Bravo! Julius Schoeps

Nachwachsend

konkret 12/24: »Trump again«;
Georg Seeßlens Skizze zum amerikanischen Popanz

In seinem fulminanten Essay rekurriert der Autor auf Umberto Ecos Text *Der ewige Faschismus* (1995), um Trumps Ideologie zu charakterisieren. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf den österreichisch-ame-

rikanischen Aggressionsforscher und Freud-Schüler Friedrich Hacker (1914–1989) verweisen respektive auf sein Buch *Das Faschismus-Syndrom. Psychoanalyse eines aktuellen Phänomens* (1990). Im Kernstück seiner Untersuchung arbeitet Hacker zehn Faktoren irregeleiteten Denkens heraus (bei Eco sind es 14 Archetypen des »Ur-Faschismus«), die ich als Angebot zum Erkenntnisgewinn kurz aufzählen möchte: 1. »Maximierung von Ungleichheit«, 2. »Recht des Stärkeren«, 3. »Führerprinzip«, 4. »Irrationalität«, 5. »Dauermobilisierung«, 6. »Vereinheitlichung«, 7. »Organische Ganzheit«, 8. »Totaleinsatz«, 9. »Gewalt und Terror von oben«, 10. »Das Uralte und ganz Neue«. Hinsichtlich faschistischer Offerten, so Hacker weiter, wird »mittels eines leicht zu vermittelnenden, radikal vereinfachten (oft absichtlich »dummen«), primitiven Weltbildes« Orientierung versprochen.

Helmut A. Essl

Atmungsaktiv

Zum Cover von konkret 12/24

Letztens sagte ich zu einer Kollegin, bald bleibe uns wohl nur noch der Weg in den Wahnsinn. Kurz darauf titelte konkret: »Die Welt wird schöner mit jedem Tag«, dazu das Haifischgrinsen der Menschendarsteller Trump und Merz. Oh, wie wunderbar kühlen die linden Lüfte der Umnachtung meinen fiebrigen Geist!

Martin Petersen

Formstabil

Zu Sprache und Stil in konkret

Unsere Tochter Karin, welche die Deutsche Journalistenschule in München absolviert hat, gab mir einmal einen Rat hinsichtlich »Journalistenschreibe«: keine Nebensätze. Ich glaubte, mich verhöhnt zu haben, oder zumindest, sie nicht richtig verstanden zu haben. Aber nein: keine Nebensätze.

Gerade eben habe ich einen heutigen Text von ihr gelesen. Und siehe: Es gibt Nebensätze, ab und zu mal ein etwas komplexeres Satzgefüge, aber die meisten Sätze sind tatsächlich einfache Hauptsätze.

Dabei fällt auf: Ein deutscher Studienrat (Hauptfeindbild von Hermann L. Gremliza) würde bisweilen einen Satzbaufehler anstreichen. Ein Satz braucht ein Prädikat. Aber vielleicht: »tempi passati« (ebenfalls HLG).

Der umgekehrte Fall liegt meiner Auffassung nach in meiner Lieblingszeitschrift vor. Mehrere der Autoren, seltener -innen, meinen, sie müssten Th. W. Adorno hinsichtlich der Aufwendigkeit des Satzbaus über treffen. Sie sollten einmal einen Text von Max Horkheimer lesen; der ist gut lesbar, trotz eines sehr anspruchsvollen Inhaltes.

Einen altgedienten Freund hatte ich jahrelang gebeten, doch auch meine Lieblings-

zeitschrift zu abonnieren. Er hatte es immer mit der Begründung abgelehnt, wenn er als Studienrat für Latein und Englisch Schwierigkeiten habe, einen Text darin zu verstehen, er als »Meister der Sprache«, dem kein Fehler oder keine sprachliche Nachlässigkeit entgehe, dann müssten doch achtzig Prozent aller lesenden Menschen die Zeitschrift sofort zur Seite schmeißen, weil sie nichts/ nothing/ nitschewo verstehen.

Lutz hatte seine Examensarbeit über Ironie, Zynismus und Sarkasmus bei einem der großen lateinischen Rhetoriker geschrieben. Auch wenn er kein Linker war, ist, jemals werden wird, so muss ich ihm in der Einschätzung von Sprache bezüglich meines Leib- und Magenmagazins zustimmen. Allerdings hat der Gebrauch »verquaster« Sprache deutlich abgenommen, die Texte sind lesbarer geworden.

In der Erinnerung an meine jungen Jahre vor 1973, damals war der MSB Spartakus meiner Erinnerung nach noch nicht gegründet worden, sind die zahllosen Diskussionen präsent, in denen die Diskutanten, meist männlichen Geschlechts, sich gegenseitig mit Marx-Zitaten bewarfen, während Pink Floyds »Careful with the Axe, Eugene« lief, und dann: »Hörst du den Bass dort links?«

Wie schön, dass die Lyrik im Blatt einen festen Platz gewonnen hat. Während bei dem einen Hausdichter holperndes Metrum zu beklagen ist, der Inhalt aber witzig, die Kritik streng und angemessen, liefert der andere Hausdichter regelmäßig kleine »Meister-

werke« ab; zwei seiner Gedichte zieren eine Wand in meinem Häuschen.

In meinen ersten Studienjahren in Hamburg gab es einen Poeten, der »Kampfreihe« schrieb, eine Ausgabe eines Büchleins war in Blei eingebunden. Ein Vers lautete: »Ist der Maien kühl und nass / Wasserwerfer auf der Stra..ss.« Später ist er Lektor bei Rowohlt geworden.

Gerd Christmann

Antistatisch

konkret allgemein

Meine Wünsche an den **konkret**-Jahrgang 2025: Autoren wie Schadt, Kronauer, gelegentlich Konicz bitte halten. Seeßlen bitten, sich kürzer zu fassen. Tügel und Hartwig: Fördern und fördern! Surmann und Fülberth bitte in Rente schicken. Gsella und Gärtner Schreibverbot erteilen. Die Zeiten sind nicht nach ihren Späßen. Friedrich C. Burschel und Veronika Kracher bitte zurückholen. Mut zu überlangen Texten, gegebenenfalls mit Anmerkungen und Literaturverweisen, wenn sie klug und stilistisch gut sind. Denn: Instagram trocknet die Lesekompetenz junger Erwachsener aus! Bitte eine neue Rubrik: **konkret** vor 40 Jahren: »Was wahr war, ist wahr, bleibt wahr.« Eine zweimonatliche Feminismus-Kolumne statt der Kultur. Berichte und Analysen zur Entwicklung der extremen Rechten ins Heft holen: Autoren und Autorinnen beim Antifa-Magazin »Der rechte Rand« erfragen. Einmal im Jahr einen vergessenen oder unterschätzten Schriftsteller porträtieren. Julia Kaul

IPRESSUM

konkret erscheint in der KVV »konkret« Vertriebsgesellschaft für Druck- und andere Medien GmbH & Co. KG / **chäftsführung:** Friederike Gremli / **Büroanschrift:** Ehrenbergstraße 59, 22767 Hamburg, Postfach 50 04 09, 204 Hamburg, Telefon Redaktion: 040-851 25 30, Telefon Verlag: 040-851 25 31, Telefax: 040-851 25 14 / **E-Mail-essen:** redaktion@konkret-magazin.de, verlag@konkret-magazin.de / **Internet:** www.konkret-magazin.de, //twitter.com/konkretmagazin, www.facebook.com/konkretmagazin, www.youtube.com/user/konkretmagazin

ausgeberin: Friederike Gremli (verantwortlich) / **Redaktion:** Jan Miotti, Wolfgang Schneider, Kay Sokolowsky, na Wolf / **Autorinnen & Autoren dieser Ausgabe:** Axel Berger, Dietmar Dath, Stefan Diel, Simon Duckheim, Stefan tner, Thomas Gsella, Dastan Jasim, Ewgenij Kasakow, Felix Klopotek, Jörg Kronauer, Peter Kusenberg, Reinhard terbach, Sabine Lueken, Margit Mayer, Menahem Merhavy, Benjamin Moldenhauer, Gisela Notz, Britta Petersen, der Reininghaus, Joachim Rohloff, Thomas Schaefer, Wieland Schwanebeck, Florian Sendtner, Ingar Solty, Wenzel ch, Markus Ströhlein, Rolf Surmann, Marco Tschirpke / Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingesandte uskripte. Texte können per E-Mail geschickt werden.

altung, Satz & Titel: NIKI BONG / **Titelfotos:** Picture Alliance/Associated Press/Mark Peterson & Shutterstock / **no / Kolumnenillustration:** Leo Leowald / **Anzeigen:** Citinaut GmbH / Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom .2022 / **Telefon:** 040-87 20 99 20, **Telefax:** 040-87 20 99 21, **E-Mail-Adresse:** anzeigen@konkret-magazin.de / **verbindung:** Postbank Hamburg, IBAN: DE 32 2001 0020 0742 584 209, BIC: PBNKDEFF / **Druck:** westermann JCK | pva, Braunschweig / **Vertrieb:** Moderner Zeitschriften Vertrieb, Ohmstraße 1, 85716 Unterschleißheim, v.mzv.de

zelpreis: € 7,- inklusive 7 Prozent MwSt. / **Im Abonnement:** € 68,- frei Haus, inklusive 7 Prozent MwSt., für 12 ze (Studentenabo: € 56,-) / **EU-Ausland mit Normalpost:** € 80,90 / Ein Abonnement verlängert sich jeweils auf estimmte Zeit, wenn es nicht sechs Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt wird. Vorzeiti- rstattung ist nicht möglich. / **Abonnementverwaltung:** PrimaNeo GmbH & Co. KG / Postfach 10 40 40, 20027 burg, Telefon: 040-23 67 03 07, Telefax: 040-23 67 03 01, E-Mail-Adresse: konkret@primaneo.de

Abonnentenaufgabe liegt ein Prospekt des RSD Reise Service bei.

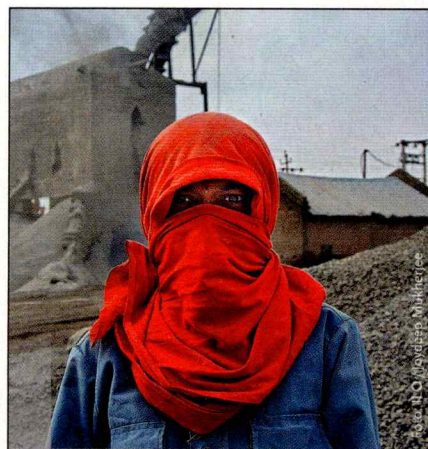
Wer mehr möchte als nur das Alltägliche, ist beim PRESSE-Fachhandel genau richtig. Hier finden Sie deutlich mehr Bereitschaft zu Leistung und Service. Zum Beispiel die Beschaffung von Spezial-Zeitschriften möglichst innerhalb 24 Stunden, fachkundige Beratung und stets auch konkret. Bundesweit erkennen Sie Ihren PRESSE-Fachhändler am »Blauen Globus«.

Hol dir das
analyse & kritik
Vorteilsabo!



- nicht von Millionär*innen finanziert wie Nazis
- kein Spekulationsobjekt großer Investor*innen
- kein Produkt, das Profit abwerfen soll, sondern politisches Werkzeug für linke Bewegungen

Jeden Monat radikaler linker Journalismus:
www.akweb.de/abo
Jetzt auch als Podcast!



iz3w ◀

**Im Werden –
die neue Welt-Klasse**

Außerdem:
Genozid in Ruanda |
Mauricio Rosencof im Porträt |
Migrationsdebatte nach
Solingen

52 Seiten, € 7,-

www.iz3w.org

Trotz des Wissens über das faschistische Potential in der deutschen Gesellschaft und die bis weit in die sogenannte Mitte hineinreichenden autoritären und menschenfeindlichen Einstellungen stellt sich die Frage nach den Ursachen für den aktuellen Erfolgskurs der AfD, den eben keine andere extrem rechte Partei in der Bundesrepublik zuvor einschlagen konnte.

Die »Alternative für Deutschland« hat sich seit ihrer Gründung von einer kleinen rechtspopulistischen Anti-Euro-Partei zur größten rechtsextremen politischen Kraft in der Bundesrepublik seit Ende des Nationalsozialismus entwickelt. Mittlerweile vertritt sie ein offen rassistisches, nationalistisches und antifeministisches Programm; Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus sind ebenso feste Bestandteile ihrer Agenda. Je völkischer die AfD auftritt, desto mehr scheint ihr gesellschaftlicher Rückhalt zu wachsen. Zugleich findet eine fortschreitende Normalisierung der Partei und ihrer rechtsextremen Positionen in den Medien und der Politik statt. In der Flüchtlingspolitik bestimmt die AfD auch ohne Regierungsbeteiligung längst die politische Debatte.

Der von Thorsten Mense und Judith Goetz herausgegebene Band *Rechts, wo die Mitte ist* zeichnet das Bild einer Partei, die exemplarisch für einen Rechtsextremismus steht, der modern daherkommt und droht, ebenso erfolgreich zu werden wie seine historischen Vorläufer.

Wer jetzt **konkret** abonniert, bekommt das Buch geschenkt.

Thorsten Mense · Judith Goetz (Hg.)

Rechts, wo die Mitte ist

Die AfD und die
Modernisierung des
Rechtsextremismus



Als Prämie für ein **konkret**-Jahresabo (zwölf Hefte) zum Preis von 68,- Euro (für Schüler/innen und Studierende nur 56,- Euro), zahlbar jährlich im voraus, erhalte ich nach Eingang des Rechnungsbetrages das Buch *Rechts, wo die Mitte ist*

Name, Vorname

☐ Bankeinzug

☐ Rechnung

Straße

IBAN

PLZ, Wohnort

BIC

E-Mail

Datum, Unterschrift

Kreditinstitut

Dauer des Abonnements: bis auf Widerruf, mindestens 12 Hefte. **Widerrufsrecht:** Sie können die Bestellung binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen formlos widerrufen. Die Frist beginnt an dem Tag, an dem Sie die erste bestellte Ausgabe erhalten, nicht jedoch vor Erhalt einer Widerrufsbelehrung gemäß den Anforderungen von Art. 246a § 1 Abs. 2 Nr. 1 EGBGB. Zur Wahrung der Frist genügt bereits das rechtzeitige Absenden Ihres eindeutig erklärten Entschlusses, die Bestellung zu widerrufen. Sie können hierzu das Widerrufsformular aus Anlage 2 zu Art. 246a EGBGB nutzen. Der Widerruf ist zu richten an: PrimaNeo GmbH & Co. KG, **konkret**-Aboservice, Postfach 10 40 40, 20027 Hamburg.

PrimaNeo GmbH & Co. KG, Postfach 10 40 40, 20027 Hamburg / Gläubiger-Identifikationsnummer DE17ZZZ00002151220 / Die Mandatsreferenz wird mir separat mitgeteilt. / **SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige die PrimaNeo GmbH & Co. KG, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der PrimaNeo GmbH & Co. KG auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Neues vom Hetzer

Manchmal sagt Friedrich Merz die Wahrheit, aber auch dann hat er's nicht so gemeint. Vor einem Jahr empörte er sich im Bundestag über die SPD-Vorsitzende Esken, weil sie auf einem Parteitag behauptet hatte, die CDU und die CSU hetzten gemeinsam mit der AfD gegen die amtierende Regierung: »Sie überschreiten hier jedes Maß an persönlicher Herabsetzung. Ich weise es mit größter Entschiedenheit zurück. Es gibt niemanden, der sich in der Abgrenzung zu dieser Fraktion da ganz rechts überbieten lässt wie wir.« Und niemand lachte.

Wie leicht es ihm fällt, die Brandmauer zur AfD zu überhopsen, hat Merz nur allzu oft demonstriert. Da er bei der nächsten Kanzlerwahl auf die Stimmen der AfD noch nicht zählen mag, biedert er sich all denen an, die zwar brunzdeutsch wie Hoecke, aber doch der Meinung sind, der Führer habe es dereinst wohl etwas übertrieben. Im Falle des Erfolgs wird er ihnen zur Belohnung etwas bieten müssen.

Manche seiner Bonmots zählen inzwischen unters rhetorische Geflügel: die Sozialtouristen, die Paschas, die sich in der Schule die Zähne machen lassen, während unsereins beim türkischen Frisör stundenlang auf einen Arzttermin warten muss, und Kreuzberg, das kein provinzielles Oktoberfest (Gullamos) ist und deshalb auch nicht Deutschland.

Geboren wurde er 1955 im Sauerland, hat sein Leben in der Politik und als Rechtsanwalt verbracht. »Zudem war er Mitglied in einem Aufsichtsrat.« So liest man es jedenfalls auf seiner Homepage. Sein Vermögen schätzt er auf eine Million Euro und zählt sich deshalb zum »gehobenen Mittelstand«.

Die gute alte Presse erwähnt mitunter Merzens zahllose Nebentätigkeiten und spricht dabei von der Investmentfirma Blackrock, von der Commerzbank, von BASF, IVG Winterthur und so weiter bis zu Borussia Dortmund. Aber da sie nichts Genaues weiß und keine Zahlen nennen kann – wer braucht sie noch, die Presse? »Wir brauchen die nicht mehr. Und das ist das Schöne.« Denn jenseits des Staatsfunks und der »privaten institutionalisierten Medien«, bei Tiktok und Youtube kann jedermann »die eigenen Interessen wahrnehmen und die Deutungshoheit auch behalten«. 2006 klagte Merz erfolglos gegen ein Gesetz, das die Abgeordneten des Bundestags zu »Berufspolitikern« mache, indem es sie zwingt, ihre Nebentätigkeiten und die Höhe ihrer Einkünfte dem Präsidium zu melden. Denn wer eine Vorstandsetage nicht mehr ohne Arg betreten kann, verliert den innigen Kontakt zum Wahlvolk.

Eine Million hat schon eines seiner beiden Privatflugzeuge gekostet, mit dem er zu Christian Lindners Hochzeit nach Sylt geflogen ist und dabei weniger Treibstoff verbraucht habe als ein Bundesminister in seinem Dienstwagen. Auch in den Wolken verliert Merz nicht den Kontakt zum normalen Bürgerverstand: »Das Thema Klimaschutz rangiert schon seit langer Zeit in den Augen der Bevölkerung nicht da, wo es in der Politik gesehen wird. Es ist eben gera-

de nicht so, dass morgen die Welt untergeht. Wenn wir in den nächsten zehn Jahren die Weichen richtig stellen, sind wir auf einem guten Weg.«

In seiner allerspätesten Jugend, mit 45, wollte er die Renten besteuern. Sonst werde das Eintrittsalter auf siebzig Jahre steigen. Sein Kollege Seehofer nannte den Vorschlag allerdings einen »verfrühten Aprilscherz«. 2004 kam ihm die Idee, den Kündigungsschutz abzuschaffen, zunächst nur für die Alten ab 53, dann aber, sobald der Segen dieser Maßnahme sich in einer höheren Beschäftigungsrate erwiesen habe, für alle.

Wie hält er's mit den Frauen? Bis 1997 musste, wer im engern juristischen Sinne strafbar werden wollte, fremder Männer Frauen vergewaltigen. Denn Vergewaltigung in der Ehe – was sollte das sein? Ging es im Fall eines Falles nicht vielmehr um eheliche Pflichtver-

gessenheit? Dann wurde das schmückende Adjektiv »außerehelich« aus dem Gesetzbuch entfernt. Merz stimmte dagegen. »Meine politischen Grundentscheidungen sind richtig gewesen«, sagt er heute, diese »Detailentscheidung« allerdings bereue er.

Und mit den Männern? Wenn wir einen schwulen Bundeskanzler hätten? »Die Frage der sexuellen Orientierung, das geht die Öffentlichkeit nichts an. Solange sich das im Rahmen der Gesetze bewegt, ist das kein Thema für die öffentliche Diskussion.« Und der Wowerit, der sich 2001 im Wahlkampf um das Berliner Bürgermeisteramt zu seiner Homosexualität bekannte? »Herr Wowerit betreibt sein Outing mit zu großer Aggressivität.« Denn die Schwulen, die gibt's nun mal, da kann man nichts machen, aber sie sollen ihre Wildernatur doch gefälligst im Dunkeln ausleben, wie es zu allen Zeiten üblich war. »Solange der Wowerit sich mir

nicht nähert, ist mir das egal.« Diese »humorvoll gemeinte Bemerkung« bereute Merz wenig später, er würde sie »heute nicht mehr machen«. Denn der Spitzenwitz wurde in den letzten dreihundert Jahren unter aufrechten Männern wohl etwas zu oft erzählt. Wer sollte das besser wissen als Friedrich Merz, stolzer Träger des »Ordens wider den tierischen Ernst«?

Große Probleme entstünden uns, »wenn die Bundesregierung das täte, was die Bundesinnenministerin vorgeschlagen hat, nämlich hier jetzt praktisch allen Verweigerern des Kriegsdienstes, der Mobilisierung in Russland Zugang zur Bundesrepublik Deutschland zu verschaffen.« Seine christliche Union sei »strikt dagegen«. Zwar verspricht unser Grundgesetz politisch Verfolgten ein Asyl, aber wer keine Ukrainer ermorden mag oder nicht gerne von Ukrainern getötet wird, hat in Russland wohl keine politische Verfolgung zu fürchten, sondern entzieht sich der vaterländischen Ehrenschild.

Alle Zitate, soweit nicht anders angegeben, stammen von unserem nächsten Bundeskanzler Friedrich Merz.



HERRSCHAFTSZEITEN

»Warum? Warum? Warum?
Warum? Warum? Warum?
Warum? Warum? Warum?
Warum? Warum? Warum?
Warum? Warum? Warum?
Warum? Warum? Warum?
Warum? Warum? Warum?
Warum? Warum? Warum?
Warum? Warum? Warum?
Warum? Warum? Warum?
Warum? Warum? Warum?
Warum? Warum? Warum?«

**Ilko-Sascha Kowalczyk,
Nationalhistoriker,
entsetzt sich auf X
über die Teilnahme des
russischen Außenministers
Sergei Lawrow an einer
OSZE-Tagung auf Malta**

Potschemu?

Wenn ein Geschichtswissenschaftler nicht weiß, wie multilaterale Staatsverträge funktionieren, wenn er sich nicht denken kann, weshalb es klüger ist, den Vertreter einer mit Atomwaffen vollgestopften Nation an einer Sicherheitskonferenz teilnehmen zu lassen statt ihn aus- oder gar einzusperren, dann darf man annehmen, dass der Gelehrte bloß vom Plärren etwas versteht. Die kurrente Popularität Ilko-Sascha Kowalczyks verdankt sich allerdings vor allem seinem Geblök, seiner Wut auf Russen und andere Kommunisten, und ließe er das Gepöbel, man ließe ihn mangels Substanz in keine Talkshow mehr.

Wie unglaublich Kowalczyks Moralwedelei und Antitotalitarismus sind, erweist sich an dem, was ihm kein einziges »warum« wert ist, geschweige 36. In Tschernihiw, einer Stadt im Norden der Ukraine, wurde jüngst ein öffentliches Standbild zerstört, das Soja Anatoljewna Kosmodemjanskaja darstellte. Sie hatte nahe Moskau als Partisanin gegen die deutschen Usurpatoren gekämpft, wurde von einem Kameraden verraten, von Angehörigen der 197. Infanterie-Division der Wehrmacht gefoltert und vergewaltigt, gab aber nichts preis außer ihrem Decknamen »Tanja«. Am 29. November 1941 richteten Hitlers Schergen die gerade Achtzehnjährige auf dem Dorfplatz von Petrischtschewo hin. Bevor man sie henkte, rief Kosmodemjanskaja den Gaffern zu: »Es gibt von uns zweihundert Millionen, ihr werdet uns nicht alle hängen!« Die Mörder ließen ihren Leich-

nam »zur Abschreckung« mehrere Wochen auf dem Richtplatz liegen. Nachdem Stalin von Kosmodemjanskajas Martyrium erfahren hatte, befahl er Marschall Schukow, dem Kommandeur der Westfront, nicht einen Soldaten der 197. Division als Kriegsgefangenen zu nehmen: »Tötet sie alle!«

»Warum« die Bandera-Verehrer, die in der »freien, unabhängigen Ukraine« (Kowalczyk) das Andenken einer unerhört mutigen jungen Frau beschmutzten, der hiesigen Presse keine Meldung und dem hysterischen Historiker keine Silbe der Empörung wert sind, wäre in einem Buch nicht erschöpfend zu klären, aber manchmal reicht auch ein Wort, und das heißt »Zeitenwende«.

Why?

Für Kowalczyk wie die Herrschaften, denen er dient, steht fest wie die Wacht am Rhein, dass die Ukraine »unsere Freiheit und unsere demokratischen Werte« verteidigt und deshalb mit Militärgüter versorgt werden muss bis zum Siegfrieden. An den allerdings glauben die Zwangsrekrutierten, die die Todesapparate bedienen sollen, immer weniger. Seit der russischen Invasion, gab der ukrainische Generalstaatsanwalt bekannt, sind mehr als 100.000 Soldaten von der Front desertiert; andere Quellen sprechen von doppelt so vielen Fahnenflüchtigen. Die Anwältin Tetjana Iwanowa, die Deserteure berät, sagte bei Euronews: »Sie sind psychisch nicht in der Lage, mit der Situation umzugehen, in der sie sich befinden, und ihnen wird keine psychologische Hilfe zuteil.« Vielleicht hätten sie zur besseren Motivation, vulgo: Abwehrkriegsertüchtigung die Waffenapologie von Bernhard Torsch in **konkret 12/24** lesen sollen?

Chomu?

Überhaupt scheinen nicht alle Ukrainer zu wissen, was im Westen die Spatzen von den Dächern beziehungsweise Kanonenrohren pfeifen: dass nämlich Putins Armee einen »Genozid« begehe und mit allen verfügbaren Mitteln gestoppt werden müsse, bevor ganz Europa unter der Fuchtel beziehungsweise »Knut« des Gottseibeius stehe, und dass ein »Appeasement« mit dem Tyrannen so ziemlich dasselbe sei wie eine Allianz mit Hitler. Maksim Tkatschenko, der für Präsident Selenskyis Partei Diener des Volkes in der Kiewer Werchowna Rada sitzt, berichtete in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Ukrinform, dass rund 150.000 der fünf Millionen Menschen, die vor dem Krieg in den Westteil des Landes flohen, mittlerweile in das russisch besetzte Gebiet zurückgekehrt sind. In der 2022 besonders heftig umkämpften und von den Russen eroberten Stadt Mariupol wohnt inzwischen wieder ein Drittel der 200.000 Geflüchteten.

Tkatschenko führte als Motive der Heimkehrer an, dass sie »keine angemessene Unterstützung des Staates« erhalten hätten, »keine Unterkunft, keine Sozialhilfe, keine Entschädigung, keine Arbeit und so weiter«. Die wenigen Binnenflüchtlinge, die eine Arbeit finden, werden laut dem Parlamentarier miserabel bezahlt; die meisten bleiben ohne Job, weil die Firmenbesitzer ihnen misstrauen. Die Abermilliarden Dollar, die in Form von Schießseisen, Raketen und Streubomben aus den Nato-Staaten an die Ukraine gingen, hätten als Direkthilfen für die Flüchtlinge also weit mehr Ukrainer vor dem russischen Joch bewahren können, als es die westlichen Tötungsapparate vermochten.

Doch derlei humanitäres Gedusel hat keinen Platz im Endkampf gegen Putin. Vielmehr müssen sich die Ukrainer jetzt mal zusammenreißen und alles an die Front werfen, was noch zwei Beine hat –, das meint jedenfalls Anthony Blinken, der noch bis 20. Januar als US-Außenminister amtiert. Anfang Dezember sagte er, es sei »notwendig, jüngere Menschen in den Kampf einzubeziehen«. Denn bislang bleiben Männer, die unter 25 Jahre alt sind, von der Mobilisierung verschont. Auch Nato-Generalsekretär Mark Rutte will die Freiheit bis zum letzten ukrainischen Mann verteidigen: »Wir müssen ... dafür sorgen, dass genügend Leute in der Ukraine zur Verfügung stehen.« Und werden am Ende bloß dafür sorgen, dass noch viel mehr Flüchtlinge lieber unter russischer Herrschaft leben als für die Freiheit des Westens zu sterben.

Pourquoi?

Während die Kriegsmüdigkeit in der ukrainischen Bevölkerung zunimmt – laut einer Gallup-Erhebung wünschen sich 52 Prozent einen schnellen Frieden und würden dafür auch Gebietsverluste akzeptieren –, haben die meisten EU-Abgeordneten noch lange nicht genug vom Schlachtfest im Osten. In einem »Entschließungsantrag« zur »Verstärkung der unerschütterlichen Unterstützung der EU für die Ukraine angesichts des Angriffskriegs Russlands und der zunehmenden militärischen Zusammenarbeit Nordkoreas und Russlands« fordern sie unter anderem »die Lieferung von Kampfflugzeugen, Marschflugkörpern mit großer Reichweite«, außerdem »Artilleriesysteme und -geschosse« sowie »Programme zur Ausbildung der Streitkräfte der Ukraine«. Die EU-Mitgliedsstaaten sollen jährlich 0,25 Prozent ihres Bruttosozialprodukts – insgesamt rund 42 Milliarden Euro – für Militärhilfen aufwenden und Abweichler, explizit Ungarn, zur Solidarität nötigen. Simultan plant die EU-Kommission, die Waffenproduktion als »nachhaltig« einzustufen, mithin der Anfertigung von Solarmodulen und Windrädern gleichzustellen.

Komm ins Team Robert.



**WIR KÄMPFEN FÜR
DEINE SICHERHEIT**

Kämpfst Du an unserer Seite?
Hier klicken!

SPD

Soziale
Politik für
Dich.



Choose your fighter: Zwei alte weiße Männer – Robert Habeck (Die Grünen, 55, o.) und Boris Pistorius (SPD, 64) – mobilisieren zur Entscheidungsschlacht am 23. Februar

Das sind allerbeste Aussichten für die Rüstungsindustrie, die sowieso schon herrliche Zeiten feiert. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri meldet, dass die 100 größten Mordmaschinenproduzenten der Welt 2023 ihren Umsatz um 4,2 Prozent auf 632 Milliarden US-Dollar steigern konnten. Den Löwenanteil kassierten amerikanische Konzerne (317 Milliarden), doch auch die russischen Todesfabriken Rostec und USC konnten sich über 40 Prozent Mehreinnahmen freuen. Die deutschen Hersteller von Zerstörungswerkzeug steigerten ihren Umsatz um stolze 7,5 Prozent auf 10,7 Milliarden Dollar. Sage also keiner, Krieg lohne sich nicht: Eine Anschlussverwendung kriegsgeiler EU-Parlamentarier als Waffenlobbyisten (falls dies nicht schon ihr Zweitjob ist), dürfte bei solchen Margen eine ausgemachte Sache sein.

Perché?

Als er im November 2009 von Delegierten, denen vermutlich auch sonst alles wurscht war, zum neuen Vorsitzenden der SPD gewählt wurde, rief Sigmar Gabriel: »Wir müssen raus ins Leben; da, wo es laut ist; da, wo es brodeln; da, wo es manchmal riecht, gelegentlich auch stinkt.« In seinen acht Jahren als Parteichef gelang es ihm nie, den guten Vorsatz zu verwirklichen, aber jetzt, endlich, hat Gabriel es dorthin geschafft, wo's stinkt:

Rheinmetall nominierte ihn Anfang Dezember zum Aufsichtsratsmitglied.

Hvorfor?

Bevor die Hauptversammlung des Waffenkonzerns, für den 13. Mai anberaumt, den Pappenseeheimer Gabriel im neuen Amt bestätigen wird, findet Ende Februar noch eine Bundestagswahl statt, deren Resultat gleichfalls schon feststeht: Mehr Verarmung wegen! Eine Wahl im eigentlichen Sinn wird es also wieder mal nicht geben.

Oder doch? Julian Reichelt, Boss des rechten Krawallportals »Nius«, verkündete am 10. Dezember auf X: »Viele Menschen wissen noch nicht, was sie wählen. Aber noch mehr Menschen wissen, was sie auf jeden Fall nicht wählen wollen: Die Grüne Partei ... Was die Grünen wollen, ... macht den Untergang unseres Landes zur physikalischen Gewissheit, es führt nach unten wie die Schwerkraft, das ist unbestreitbar.« So wie unbestreitbar erst die Schwerkraft einen Dachschaden richtig schlimm macht. »Entweder«, menetekelte Reichelt, »die grüne Herrschaft endet. Oder Deutschland, wie wir es kennen, endet.« Einen besseren Grund, die Grünen zu wählen, hat es nie gegeben. Aber es ist, wie üblich bei der »Stimme der Mehrheit« (Reichelt-Eigenwerbung), nur Quatsch mit brauner Soße.

Kay Sokolowsky

Kim Eun-ha vs. Aiwanger

Jetzt ist der Punkt erreicht, wo endlich die schweigende große Mehrheit dieses Landes sich die Demokratie wieder zurückholen muss. Als Hubert Aiwanger am 10. Juni 2023 vor einem johlenden Mob diesen Satz ins Mikrofon schrie, war die Empörung groß. Groß und hilflos. Was eigentlich genau ist so schlimm an der Aussage? Auf Nachfrage gerieten die meisten Aiwanger-Kritiker ins Schlingern und Herumeiern.

Eineinhalb Jahre später hat nun Kim Eun-ha Aiwanger Bescheid gegeben. Die Südkoreanerin sagte am 3. Dezember 2024 in Seoul: »Ich glaube, dass wir uns die Demokratie zurückholen müssen«, und war damit tags darauf in den »Tagesthemen« zu sehen. Also fast wörtlich die gleiche Formulierung, die der stellvertretende bayerische Ministerpräsident benutzt hatte. Nur traf der Satz bei Kim Eun-ha zu und war aus ihrem Mund berechtigt.

Der südkoreanische Präsident Yoon Suk-yeol hatte an diesem 3. Dezember 2024 die ständigen Scherereien mit der mächtigen Opposition im Parlament satt (er warf ihr vor, mit Nordkorea unter einer Decke zu stecken) und rief kurzerhand das Kriegerrecht aus. Doch vielen Südkoreanern steckt noch das Massaker von Gwangju vom Mai 1980 in den Knochen. Damals protestierten Studenten in der Millionenstadt im Südwesten von Südkorea gegen die Militärdiktatur und das Kriegerrecht. Als sich die restliche Bevölkerung den Demonstrationen anschloss, erklärte der Diktator Chun Doo-hwan, die Protestbewegung in Gwangju stecke mit Nordkorea unter einer Decke, und ließ sie mit freundlicher Billigung von US-Präsident Jimmy Carter niedermetzeln. Bis heute ist die genaue Zahl der Ermordeten unbekannt, sie wird auf etwa 2.000 geschätzt.

Bei der jetzigen Ausrufung des Kriegerrechts waren deshalb viele sofort hellwach. Und massenhaft auf den Straßen und Plätzen von Seoul präsent. Das Parlament ließ sich vom anstürmenden Militär nicht einschüchtern und kassierte das Kriegerrecht. Innerhalb von Stunden war klar: Yoon Suk-yeols Coup war gescheitert. Die Opposition hatte sich die Demokratie zurückgeholt. Und jetzt noch mal zurück zu Aiwanger: Einer, der ein Regierungsamt auf Länderebene bekleidet, hetzt einen rechtsextremen Mob gegen die Regierung auf Bundesebene auf. Eine Möchtegern-Putschisten-Idee, die von Yoon Suk-yeol hätte stammen können. Beide Herren waren bei Redaktionsschluss noch im Amt.

Florian Sendtner

Schon vor seinem erneuten Amtsantritt hat Donald Trump der Welt den Wirtschaftskrieg erklärt, den er zu führen gedenkt, und die Methode gleich mit, nach der er verfahren will. Wollen die BRICS-Staaten tatsächlich den US-Dollar, eine Stütze der globalen US-Dominanz, durch eine an-

Weißes Haus zurück. Dabei darf man davon ausgehen, dass der Schwerpunkt der ökonomischen Flächenbombardements, die seine zweite Amtszeit prägen werden, das Land sein wird, das derzeit als einziges das Potential hat, die Weltherrschaft der Vereinigten Staaten ernsthaft zu gefährden: China. Die USA führen den Kampf gegen die Volksrepu-

geling in den folgenden Jahren in gewissem Umfang; allerdings nahm zugleich das US-Defizit im Handel mit anderen Staaten zu. In Wirklichkeit ging es dem US-Präsidenten wohl eher darum, die US-Importe aus China generell zu verringern und Unternehmen zur Verlagerung ihrer Fabriken von dort in andere Länder zu nötigen, um die Abhängigkeit der USA von China zu minimieren: ein Schritt, der sich dann anbietet, wenn man auf einen schweren Konflikt mit der Volksrepublik orientiert. Der Erfolg war mäßig: Lagen die US-Importe aus China im Jahr 2018 bei rund 538,5 Milliarden US-Dollar, so stabilisierten sie sich im Jahr 2023 bei knapp 427 Milliarden US-Dollar; für 2024 zeichnete sich ein ähnlicher Betrag ab. Dabei zahlten in der Regel nicht etwa chinesische Exporteure, sondern US-Importeure die Zölle, die sie zum Teil an die US-Konsumenten weitergaben; das American Action Forum, das den Republikanern nahesteht, berechnete die Summe, die von ihnen zusätzlich aufgebracht werden musste, im Mai 2022 auf mehr als 51 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Eine Carnegie-Endowment-Studie kam Anfang 2021 zudem zu dem Schluss, Trumps Zölle hätten die USA eine Viertelmillion Arbeitsplätze gekostet.

Sein Kampf

Mit der neuerlichen Präsidentschaft Donald Trumps wird der Wirt- schaftskrieg der USA gegen China eskalieren. Von Jörg Kronauer

dere Währung ersetzen? Nicht mit Trump. »Wir verlangen«, forderte der President-elect am 30. November auf seiner Plattform Truth Social, »eine Selbstverpflichtung von diesen Ländern, dass sie weder eine neue BRICS-Währung schaffen, noch eine andere Währung dabei unterstützen, den mächtigen US-Dollar abzulösen.« Sollten sie es wagen, sich dem zu widersetzen, würden die Vereinigten Staaten Zölle in Höhe von 100 Prozent auf alle ihre Lieferungen erheben. Die BRICS-Staaten müssten dann von ihren Exporten »in die wunderbare US-Wirtschaft Abschied nehmen«; »sie dürfen sich nach einem anderen Trottel umsehen«, pöbelte Trump Feind wie Freund an: China, Russland, Indien, Brasilien, Südafrika und die BRICS-Neumitglieder (etwa die Vereinigten Arabischen Emirate). Offener ließ sich der Anspruch auf die Unterwerfung der aufstrebenden Staaten des Globalen Südens kaum formulieren.

Die Zölle, die Trump schon bis Ende November ankündigte, lassen keinen Zweifel daran, dass sich mit seiner Präsidentschaft die Wirtschaftskriege erheblich verschärfen werden. Zölle von 20 Prozent auf sämtliche Importe, Zölle von 60 Prozent auf alle Einfuhren aus China; Zölle von 100 Prozent auf jede Lieferung aus Kanada und Mexiko, falls diese ihre Grenze zu den USA nicht gegen Flüchtlinge abriegeln und Drogenschmuggel nicht verhindern: À la Mafia meldet sich der Erpresserkönig aus Florida auf dem Weg ins

blik, der das Land an weiteren Erfolgen hindern soll, schon seit Jahren mit ökonomischen Mitteln – als offenen Wirtschaftskrieg.

Er begann Anfang 2018, im zweiten Jahr der ersten Präsidentschaft Trumps, und er begann mit Zöllen. Dass Staaten ihre Industrie auf diese Weise vor starker Konkurrenz aus dem Ausland zu schützen versuchen, ist nicht ungewöhnlich. Bereits George W. Bush und Barack Obama hatten zeitweise Zölle auf die Einfuhr billigen chinesischen Stahls verhängt, um zu verhindern, dass die teurer produzierende US-Branche auf ihrem Heimatmarkt in die Bredouille geriet. Trump verfuhr ebenso. Er begann mit Zöllen zunächst auf chinesische Solarzellen, dann auf Stahl und Aluminium, letzteres übrigens auch bei Importen aus anderen Ländern. Dann allerdings wurde er rabiat. Im Sommer 2018 verhängte er Zölle in Höhe von 25 Prozent auf zehn Prozent aller US-Importe aus China, im Herbst Zölle in Höhe von zehn Prozent auf weitere rund 40 Prozent aller US-Einfuhren aus der Volksrepublik. Beijing wehrte sich mit Gegenzöllen. Nach einigem Hin und Her pendelte sich die Lage im Lauf des Jahres 2019 ein; laut Berechnung des Peterson Institute for International Economics (PIIE) waren nun 66,4 Prozent aller chinesischen Lieferungen in die USA sowie 58,2 Prozent aller US-Lieferungen nach China mit Zöllen belegt.

Warum? Offiziell erklärte Trump, er wolle das – in der Tat sehr hohe – US-Defizit im Handel mit der Volksrepublik senken. Das

Handelskriege sind gut und leicht zu gewinnen«: Trumps Twitter-Schlachtruf vom 2. März 2018 bewahrheitete sich nicht. Dennoch – und trotz der hohen Kosten für US-Importeure und -Konsumenten – behielt Trumps Nachfolger Joe Biden die Zölle auf Einfuhren aus China in vollem Umfang bei. Im Mai 2024 legte er sogar noch eine Schippe drauf; er erhöhte die Zölle auf Solarzellen sowie auf Halbleiter, die für die Produktion von Haushaltsgeräten und Autos verwendet werden, von 25 auf 50 Prozent und die Zölle auf die Einfuhr chinesischer Elektroautos sogar auf 100 Prozent. Letzteres ist faktisch ein Einfuhrverbot. Und damit ist das Ende der Fahnenstange längst nicht erreicht. Trump hat bereits neue Zölle angekündigt, nicht nur, aber auch auf Importe aus der Volksrepublik, für letztere in Höhe von weiteren zehn Prozent. Es gab eine Zeit, da konnten betroffene Staaten gegen Zölle, die sie für ungerechtfertigt hielten, vor der Welthandelsorganisation WTO klagen, die sich dann um eine Schlichtung bemühte. Die letzte Instanz des Schlichtungsverfahrens, das Berufungsgremium, ist allerdings seit dem 10. Dezember 2019 nicht mehr arbeitsfähig, weil die USA – auch unter Biden – die Neubesetzung der Richterstellen blockieren. Die Lösung von Handelskonflikten ist seitdem mehr oder weniger aufs Faustrecht beschränkt.

Die zweite Front im US-Handelskrieg gegen China besteht aus Boykotten und Sanktionen. Der erste Fall von globaler Reichweite war und ist die US-Boykottkampagne gegen den chinesischen Mobilfunkkonzern

Huawei. Die Begründung, China könne überall, wo Huawei 5G-Netze aufbaue, besonders gut spionieren, leuchtet nicht ein: Der Konzern hat seine Technologie gegenüber einigen Nutzerländern, vor allem Großbritannien und Deutschland, in außergewöhnlichem Umfang offengelegt. Allerdings sind Huawei-Ersatzteile, wenn der Konflikt mit China eskaliert, kaum noch problemlos erhältlich; zudem kann, wer Huawei ausgrenzt und schädigt, den High-Tech-Bestrebungen der Volksrepublik einen empfindlichen Dämpfer verpassen. Das erste Land, das Huawei vom Aufbau seiner 5G-Netze ausschloss, war im August 2018 Australien. Ihm folgten Japan, Neuseeland und weitere westliche Staaten. Im Juli 2024 entschied auch Deutschland, Huawei-Technologie aus seinen 5G-Netzen zu entfernen. Weil nach Schätzung von Branchenexperten rund die Hälfte der hierzulande bereits verbauten 5G-Komponenten von Huawei stammt, wird der Plan, Chi-

der Tat: Es ist nicht einmal Brasiliens ultrarechtem Präsidenten Jair Bolsonaro gelungen, Huawei aus den brasilianischen 5G-Netzen zu entfernen. Ausgekämpft ist die Sache freilich nicht. So teilte der emiratische Technologiekonzern G42, der größte des Landes, Ende 2023 mit, er werde alle Huawei-5G-Komponenten entfernen; anders sei seine strategisch wichtige Kooperation mit US-Konzernen in der Künstlichen Intelligenz (KI) nicht zu retten.

Bislang sind derlei Absetzbewegungen aber die Ausnahme geblieben. Huawei in die Knie zu zwingen, ist Washington nicht gelungen. Der Konzern, der mittlerweile, zusätzlich zum Boykott, umfassenden US-Sanktionen ausgesetzt ist, mobilisiert seine Kapazitäten; er konnte seinen Umsatz, der 2021 um 29 Prozent abgestürzt war, seitdem wieder steigern, zuletzt in den ersten neun Monaten 2024 um 29,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert. Technologisch macht er ins-

braucht. Gegen den Export solcher Chips nach China verhängen die USA seit dem 7. Oktober 2022 Sanktionen. Diese gelten auch für Chiphersteller in anderen Ländern, sofern sie in ihren Halbleitern US-Bauteile oder US-Technologien verwenden: Wohin diese geliefert werden dürfen oder nicht, entscheiden die Vereinigten Staaten. Damit China die KI-Halbleiter, die Washington ihm per Sanktionen vorenthält, nicht selbst herstellen kann, hat die US-Administration zudem den Export von Maschinen zur Produktion der fortgeschrittensten Chips in die Volksrepublik unterbunden – zum Teil über erheblichen Druck auf die Regierung der Niederlande. In Veldhoven, einem Vorort von Eindhoven, sitzt der Konzern ASML, der als einziges Unternehmen weltweit Maschinen herstellen kann, die EUV-Technologie (extreme ultraviolet lithography) nutzen – zur Herstellung der bis dato kleinstmöglichen Chips für die KI.



À la Mafia: President-elect Donald Trump und der designierte Chef des neuen Ressorts »Regierungseffizienz« (sprich: Ausgabenkürzung), Elon Musk, in Brownsville/Texas, November 2024

na-freie 5G-Netze zu schaffen, um für den Machtkampf mit der Volksrepublik gerüstet zu sein, Milliarden kosten.

Während sich der Huawei-Boykott im Westen mehr und mehr durchsetzt, ist das im Globalen Süden nicht der Fall. Im April 2024 stellte das United States Institute for Peace (USIP) in einer detaillierten Studie fest, in Lateinamerika sei Huawei ganz allgemein willkommen; der US-Versuch, chinesische Technologie zu einem Sicherheitsrisiko zu erklären, sei weithin gescheitert. In

besondere in der Entwicklung von Halbleitern rasante Fortschritte.

Ausgerechnet Halbleiter, ohne die in der modernen Produktwelt überhaupt nichts mehr geht, waren lange die Schwachstelle der chinesischen High-Tech-Industrie. Die Volksrepublik holt mittlerweile auf, und zwar schneller, als viele im Westen erwarteten. Doch fehlen ihr vor allem Fähigkeiten zur Herstellung der kleinsten, fortgeschrittensten Chips, wie man sie für Entwicklung und Anwendung Künstlicher Intelligenz (KI)

Wozu das Ganze? Ausführlich erläutert hat den Zweck der Maßnahmen der Nationale Sicherheitsberater Joe Bidens, Jake Sullivan, in einer Rede, die er am 16. September 2022 vor dem Special Competitive Studies Project (SCSP) hielt, einem im Oktober 2021 von Ex-Google-Chef Eric Schmidt gegründeten Zusammenschluss, der nach Wegen zur Wahrung der technologischen Vorherrschaft der Vereinigten Staaten sucht. Sullivan sagte damals, Washington habe, um gegenüber der globalen Kon-

kurrenz nicht ins Hintertreffen zu geraten, sich stets bemüht, dafür zu sorgen, dass die US-High-Tech-Industrie vor allem gegenüber nichtwestlichen Rivalen auf einer »Gleitskala« immer »ein paar Generationen vorn« liege. Dies genüge aber angesichts der rasanten Entwicklung heute nicht mehr. Washington müsse deshalb danach streben, sich in den wichtigsten High-Tech-Branchen »eine weitestmögliche Führung« zu sichern, und zwar besonders in den Sektoren, die vermutlich »im kommenden Jahrzehnt eine über große Bedeutung« haben würden – bei den Technologien der Energiewende, in der Biotechnologie sowie natürlich in der Computer- bzw. Internettechnologie, bei Halbleitern also, Quantensystemen, KI. Und wenn die eigene Industrie es nicht mehr schafft, aus eigener Kraft vorne zu bleiben? Dann muss man nachhelfen, indem man die Konkurrenz schädigt, vor allem die aus China.

Das ist allerdings einfacher gesagt als getan – denn Sanktionen haben Folgen auch für die eigene Seite. Zum einen verdienen westliche Halbleiterhersteller meist riesige Summen im China-Geschäft; fallen diese aus, brechen Umsatz und Profit ein. Der US-Konzern Nvidia etwa erwirtschaftete in der ersten Hälfte seines laufenden Geschäftsjahres elf Prozent seiner Erlöse in der Volksrepublik. Jede weitere US-Sanktion nimmt ihm neue Einkünfte. Und dabei geht es nicht nur um schrumpfenden Profit, sondern auch um geringere Mittel für Forschung und Entwicklung; für Chiphersteller ist besonders letzteres ein enormes Problem. Oder ASML: Der Konzern, der Maschinen zur Halbleiterproduktion fertigt, erzielte im dritten Quartal 2024 fast die Hälfte seiner Erlöse aus dem Verkauf seiner Geräte nach China. Was, wenn 2025 Trump auf die Idee käme – und das ist nicht unrealistisch –, den Export von ASML-Maschinen in die Volksrepublik per Druck auf die Niederlande noch weiter zu reduzieren, gar auf Null vielleicht? Langfristig am schwersten dürfte zudem wiegen, dass die Sanktionen die chinesische Chipbranche zwingen, gänzlich unabhängig zu werden. Gelingt ihr das, dann hätten Nvidia, ASML sowie die gesamte westliche Halbleiterindustrie Konkurrenten am Hals, die sie genauso in die Enge treiben könnten wie Chinas Elektroautohersteller schon heute Konzerne wie, sagen wir: VW.

US-Konzerne bemühen sich daher häufig, von den Sanktionen beim Chipexport ausgenommen zu werden. Manchmal haben sie damit Erfolg. Unternehmen aus Drittstaaten wiederum haben kaum Aussicht, Ausnahmegenehmigungen zu erhalten. Eines von ihnen, TSMC aus Taiwan, größter Chip-Auftragsfertiger der Welt, musste Anfang November mitteilen, man dürfe künftig keine Halbleiter mehr nach China liefern, die sieben Nanometer klein oder noch winziger seien. Der Grund: Branchenspezialisten hatten

beim Zerlegen eines Huawei-Chips ein Bauteil gefunden, das möglicherweise einem von TSMC in die Volksrepublik verkauften 7nm-Halbleiter entstammte – obwohl Huawei, umfassend sanktioniert, eigentlich überhaupt kein Bauteil erhalten darf, das auch nur ein US-Element enthält. Zwar war denkbar, dass das inkriminierte Bauteil, sofern es denn wirklich von TSMC kam, alten, legalen Lagerbeständen aus der Zeit vor den Sanktionen entnommen war. Um ganz sicher zu gehen, bestand Washington jedoch darauf, TSMC dürfe 7nm-Halbleiter überhaupt nicht mehr nach China liefern. So ohne weiteres mochte Taiwan diese Restriktion nicht hinnehmen. Taiwans Wirtschaftsminister J. W. Kuo gab bekannt, TSMC dürfe in seiner im Bau befindlichen Fabrik in den USA die heute avanciertesten 2nm-Chips erst dann fertigen, wenn der Konzern am taiwanischen Heimatstandort 1,6nm-Halbleiter produziere: Die jeweils modernsten Halbleiter reserviere Taiwan exklusiv für sich.

Nicht nur, dass die US-Sanktionen Kollateralschäden bei westlichen Firmen hervorrufen; China hat mittlerweile Gegenmaßnahmen ergriffen. Im Mai 2023 etwa erklärte Beijing, Speicherchips des US-Herstellers Micron stellten ein »Sicherheitsrisiko«

Und wenn das alles nicht reicht?

dar – das Argument wird bekanntlich im Westen gegen chinesische Konzerne wie Huawei vorgebracht –, sie dürften deshalb nicht mehr beim Aufbau von kritischer Infrastruktur verwendet werden. Für Micron wog das schwer: Im Oktober 2023 räumte Konzernchef Sanjay Mehrotra ein, ein Viertel des Unternehmensumsatzes komme aus China; »rund die Hälfte davon« sei nun wegen der im Mai verhängten chinesischen Restriktionen »in Gefahr«. Was tun? Micron entschied sich für eine partielle Flucht nach vorn. Parallel zum Bau neuer Fabriken in den USA machte sich der Konzern daran, neue Produktionsstätten auch in der Volksrepublik zu errichten; Rückschläge auf dem riesigen chinesischen Markt hinzunehmen, war keine Option. Wobei sich die Perspektiven zumindest für US-Chiphersteller in der Volksrepublik weiter verschlechtern: Beijing reagiert auf die zunehmend härtere Wirtschaftskriegsführung Washingtons und hat etwa zu Jahresbeginn angeordnet, dass chinesische Telekombetreiber ausländische Prozessoren aus dem Kern ihrer Netzwerke entfernen. Das trifft vor allem Intel und AMD.

Beijing bereitet zudem weitere Abwehrmaßnahmen vor: zum Beispiel Exportkontrollen bei einigen schwer zu ersetzenden Rohstoffen für die High-Tech-Industrie. Seit dem 1. August 2023 hat es solche Kontrollen

für Gallium, Germanium, Graphit und Antimon in Kraft gesetzt; es kann die Ausfuhr der Ressourcen jetzt nach Bedarf verzögern oder auch ganz untersagen. Gallium und Germanium sind zur Herstellung etwa von Halbleitern, Solarzellen und Nachtsichtgeräten unverzichtbar, Antimon für die Photovoltaik sowie die Herstellung von Waffen und Munition. Graphit wiederum ist einer der wichtigsten Rohstoffe für die Fertigung von Elektroautobatterien. Alle vier werden zu rund zwei Dritteln oder mehr in der Volksrepublik gefördert und aufbereitet, zuweilen zu 80 (Aufbereitung von Antimon) oder 90 Prozent (Aufbereitung von Graphit). Kein Wunder, dass die Preise nach der Ankündigung der Exportkontrollen stark gestiegen sind, gegenüber Januar 2023 etwa um 45 (Gallium) oder sogar um 73 Prozent (Germanium). Sofern Beijing die Ausfuhr von Gallium weiter so restriktiv handhabe wie im ersten Halbjahr 2024, »gehen unsere Reserven zur Neige, und es wird zu Mangel kommen«, warnte etwa ein Manager des Metallhändlers Tradium aus Frankfurt am Main im August in der »Financial Times«.

Klar, dass der Westen darauf reagiert. So fördert etwa das Pentagon ein Vorhaben zur Beschaffung von Antimon außerhalb Chinas. Nichts spricht dagegen, dass das Projekt klappt. Doch wird es laut Planungsstand kaum vor 2028 liefern können, und die Vereinigten Staaten werden höhere Preise für den Rohstoff zahlen müssen als bisher. Apropos höhere Preise: US-Rüstungsunternehmen setzen zur Zeit alles daran, von chinesischen Vorprodukten unabhängig zu werden – mit allenfalls mäßigem Erfolg. Die Abhängigkeit der Air Force von chinesischen Zulieferern soll sogar, dies berichtete Ende September das »Wall Street Journal«, im vergangenen Jahr um 69 Prozent zugenommen haben. Zuweilen fänden US-Unternehmen selbst für die Produktion einfacher Dinge – Motorräder etwa, Batterien – nicht alle erforderlichen Bauteile bei Herstellern in verbündeten Staaten und müssten sie in China beschaffen, berichtete die Zeitung. Wollte man alles selbst herstellen, müsse man den doppelten, zuweilen sogar den sechs- bis zehnfachen Preis zahlen. Stark aufrüsten und chinesische Bauteile in der Waffenproduktion abrüsten, das passe nicht recht zusammen. Die Folgen: Als Beijing kürzlich Sanktionen gegen Skydio verhängte, einen US-Drohnenhersteller, weil dieser angekündigt hatte, in großem Stil Taiwan beliefern zu wollen, standen bei ihm die Räder still. Man werde deshalb die Ukraine kaum vor dem Frühjahr 2025 beliefern können, teilte Skydio mit. Die Firma bedient auch das US-Militär.

Der Wirtschaftskrieg, in dem China sich gegen ständig erweiterte Angriffe der USA wehrt, hat sich längst auch auf Forscher und Entwickler ausgedehnt. Die Sanktionen

etwa, die Washington am 7. Oktober 2022 verhängte, betrafen neben KI-Chips und Maschinen zur Halbleiterproduktion auch das sogenannte Humankapital: Wer einen US-Pass oder auch nur einen Aufenthaltstitel für die Vereinigten Staaten besitzt – eine Green Card etwa –, darf seither nicht mehr in bestimmten High-Tech-Sparten für chinesische Firmen arbeiten. Die Maßnahme soll insbesondere für gebürtige Chinesen, die nach einem Studium in den USA in der dortigen IT-Branche tätig sind, die Rückkehr in die Volksrepublik und die Nutzung ihres Know-how zu deren Gunsten erschweren. Chinesische Unternehmen sind ihrerseits bemüht, Spezialisten bei westlichen High-Tech-Unternehmen abzuwerben; über derlei Bestrebungen, die auf Personal des niederländischen Konzerns ASML sowie zweier seiner wichtigsten Zulieferer zielten – die deutschen Mittelständler Zeiss und Trumpf –, berichtete Ende November empört das »Wall Street Journal«. Huawei zum Beispiel, hieß es, biete wechselwilligen Spezialisten das Zwei- bis Dreifache ihres bisherigen Monatsgehalts. Freilich ist Headhunting alles andere als eine chinesische Spezialität.

Nicht nur ASML, Zeiss und Trumpf bestätigen es: Der transpazifische Wirtschaftskrieg hat längst auch eine europäische Komponente. Deutlich wird dies unter anderem an den Zöllen, die die EU auf den Import von Elektroautos aus China verhängt hat; sie belaufen sich seit dem 30. Oktober 2024 auf bis zu 35,3 Prozent. Der Form nach unterscheiden sie sich noch von den US-Zöllen: Brüssel hat sie nicht pauschal, sondern auf der Grundlage einer detaillierten Berechnung angeblicher Nachteile durch chinesische Subventionen verhängt; die Beschwerde dagegen, die Beijing bei der WTO eingereicht hat, ist nicht per se aussichtslos, weil die EU, zumindest offiziell, die von den USA verursachte Blockade der Welthandelsorganisation bedauert und deren Schlichtungsmechanismen erhalten will. Auch in Europa sind allerdings inzwischen strikte Investitionskontrollen in Kraft, die die Aktivitäten chinesischer Unternehmen in der EU beschränken. Und auch bei seinen Sanktionen geht Brüssel von personenbezogenen Maßnahmen zu solchen über, die sich gegen Firmen, gegen die chinesische Wirtschaft richten. Die EU bewegt sich in ihrem Machtkampf gegen China auf ein informelles transatlantisches Bündnis zu.

Und dies, während sich in Trumps Personaltableau für seine künftige Administration eine weitere Verschärfung des Wirtschaftskriegs gegen China abzeichnet. Da wäre etwa der designierte Außenminister Marco Rubio; er galt bislang als einer der führenden antichinesischen Hardliner im US-Senat, fungierte als Ko-Vorsitzender der IPAC (Inter-Parliamentary Alliance on

China), einer internationalen antichinesischen Pressure Group. Oder John Ratcliffe, der designierte CIA-Chef, der vor vier Jahren im »Wall Street Journal« schrieb, China sei die »größte Bedrohung für Demokratie und Freiheit« seit dem Zweiten Weltkrieg. »Die Chinesen sind auf dem Vormarsch«, warnte ein gewisser Mike Waltz im vergangenen Jahr; er soll nun Nationaler Sicherheitsberater Donald Trumps werden. »Wenn man sich Trumps Team anschaut, die meisten, wenn nicht alle, sind China-Hardliner«, urteilte im November Yun Sun, Direktor des China-Programms am Washingtoner Stimson Center: Sie arbeiten wohl zielgerichtet daran, »die Konkurrenz mit China auf eine neue Ebene zu heben«.

Was geschieht, wenn Trump am 20. Januar ins Weiße Haus einzieht? Wird er den Wirtschaftskrieg gegen China unverzüglich forcieren? Und falls ja – wie wird Beijing sich verhalten? Längst wird spekuliert, die Volksrepublik könne auf einen harten Zoll- oder Sanktionsschock mit mindestens ebenso harten, vielleicht härteren Maßnahmen antworten. Beijing reagierte jedenfalls bereits am 3. Dezember auf neue, am Vortag verhängte US-Sanktionen, die die Lieferung einiger zur KI-Chip-Produktion nutzbarer High-Tech-Produkte an die Volksrepublik verhindern sollten. Es untersagte prinzipiell den Export von Gallium, Germanium und Antimon in die Vereinigten Staaten, verschärfte die Exportkontrollen bei Graphit und verbot zudem die Ausfuhr weiterer Produkte, die unter Umständen vom US-Militär genutzt werden könnten, in die USA. Darüber hinaus warnten Verbände der Halbleiter- und Kfz-Industrie sowie der Internetbranche davor, weiterhin Halbleiter aus US-Produktion zu nutzen; diese stellten, so hieß es – eine Kopie der üblichen US-Begründung für Washingtons Sanktionen gegen die Volksrepublik –, ein nicht zumutbares Sicherheitsrisiko dar.

Wie die Biden-Administration reagieren würde, war bei Redaktionsschluss noch nicht klar. Aber es stand zu vermuten, dass die Sache eher früher als später weiter eskalieren würde. Aber wie? Und wenn es mit einer erneuten Verschärfung der ökonomischen Kriegführung nicht gelingt, China klein und unter Kontrolle zu halten? Dann stehen dem Westen andere Mittel – vorzugsweise militärische – zur Verfügung. Washington baut seine militärischen Stellungen in Ost- und Südostasien sowie in der Pazifik-Region kontinuierlich aus. Und auch die Bundeswehr markiert mit ihrer Manövertätigkeit in der Region, zuletzt mit der Weltumrundung zweier Kriegsschiffe und einer Einheit der Luftwaffe, mal wieder den dicken Max.

Jörg Kronauer schrieb in konkret 12/24 über die Kolonie Westsahara

Ein Abend gegen Irrationalismus & instrumentelle Vernunft

NORMAL

Eine Besichtigung des Wahns

- Fr. 24.01.25 Potsdam | Spartacus
- Sa. 25.01.25 Halle | VL Ludwigstraße
- Mi. 29.01.25 Wiesbaden | Kreativfabrik
- Do. 30.01.25 Marburg | KFZ
- Fr. 31.01.25 Frankfurt/M. | Studierendenhaus
- Sa. 01.02.25 Freiburg | Kulturraum e.V.
- Do. 13.02.25 Esslingen | KOMMA
- Fr. 14.02.25 Landau in der Pfalz | Audimax
- Sa. 15.02.25 Mannheim | zeitraumexit
- So. 16.02.25 Darmstadt | Oetinger Villa
- Do. 27.02.25 Nürnberg | Soft Spot
- Fr. 28.02.25 München | Kafe Marat
- Sa. 01.03.25 Regensburg | (tbc)
- Di. 11.03.25 Greifswald | IKUWO
- Mi. 12.03.25 Hamburg | Rote Flora
- Do. 27.03.25 Aachen | Grenzlandtheater
- Fr. 28.03.25 Köln | Filmclub 813
- Sa. 29.03.25 Mülheim/Ruhr | Makroscope
- Fr. 04.04.25 Berlin | ://about blank
- Do. 10.04.25 Bochum | Oval Office Bar
- Sa. 12.04.25 Siegen | Kulturhaus Lyz
- So. 13.04.25 Kassel | Schlachthof
- Do. 24.04.25 Leipzig | Conne Island
- Fr. 25.04.25 Erfurt | veto
- Sa. 26.04.25 Göttingen | (tba)
- Mi. 07.05.25 Osnabrück | (tba)
- Do. 08.05.25 Bremen | Kukoon
- Fr. 09.05.25 Bremen | Kukoon
- Di. 20.05.25 Wien | (tba)
- Mi. 21.05.25 Linz | (tbc)
- Fr. 23.05.25 Mümau a. Staffelsee | Westtorhalle
- Sa. 08.11.25 Hövelriege | SJC Hövelriege
- Sa. 15.11.25 Bremerhaven | (tba)

**Thomas Ebermann & Thorsten Menze
& Flo Thamer**

Wer etwas über die sich hierzulande verändernde Wahrnehmung der transatlantischen Beziehungen in den vergangenen Jahren wissen will, muss eigentlich nur Siegfried Russwurm zuhören. Begeistert schwärmte der seit 2021 amtierende Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) im April 2022 bei seiner ersten offiziellen Visite in Washington von einem »Momentum für echtes Comeback der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen« und forderte einen noch engeren »Schulterchluss« für die »Gestaltung der neuen Weltordnung«. Uneingeschränkt, das versprach Russwurm seinen US-Partnern aus Industrie und Politik, werde sich das deutsche Kapital hinter die von den USA initiierte Sanktions-

den USA – den Begriff des Partners vermied er diesmal – sei Deutschland definitiv auf der »Verliererstraße«, so Russwurm im Oktober auf dem Klimakongress des BDI. Statt transatlantischer Partnerschaft forderte er nun einen »Kurswechsel« in Hinblick auf die Priorisierung der verlorenen deutschen und europäischen »globalen Wettbewerbsfähigkeit«.

Für diesen Sinneswandel gibt es durchaus Gründe. Denn gegenüber den USA steht der Standort Deutschland aktuell genau als der »kranke Mann« da, als der er in den Wirtschaftsnachrichten allerorten bezeichnet wird. Zuletzt bescheinigten die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten der deutschen Wirtschaft »mangelnde Konkurrenzfähigkeit« gegenüber den chinesischen, aber eben

oder China, heißt es im Herbstgutachten. Und dies könnte sich angesichts der Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines – vermutlich mindestens mit Wissen von US-Institutionen verübt – und der daraus folgenden Abhängigkeit von US-Fracking-Gas, das aktuell 84 Prozent der Flüssiggasimporte nach Deutschland ausmacht, mittelfristig verstetigen.

Hinzu kamen die protektionistischen Maßnahmen der Regierung Biden. Vor allem die im insgesamt 433 Milliarden US-Dollar schweren, auf zehn Jahre angelegten »Inflation Reduction Act« (IRA) enthaltenen exklusiven Subventionsklauseln für in den USA gefertigte Elektroautos oder High-Tech-Produkte führten seit 2023 zu erheblichen Kapitaltransfers über den Atlantik. VW, Audi und BMW etwa verlagerten einen Teil ihrer für Europa geplanten Elektro-Auto-Produktionswerke in die Vereinigten Staaten. Und auch Schaeffler, Siemens Energy und Europas größter Kupferverarbeiter, Aurubis, machten das Portemonnaie weit auf. »Die Konditionen von IRA sind so attraktiv, dass Europa Gefahr läuft, den Wettlauf um Milliardeninvestitionen zu verlieren, der in den kommenden Monaten und Jahren entschieden wird«, vermutete Volkswagens Technik-Vorstand Thomas Schmall angesichts der im Frühjahr erfolgten Einweihung des Werkes des größten deutschen Konzerns in Blythe-wood/South Carolina. Dramatischer noch war der Abfluss des weltweit in Neue Technologien investierten Risikokapitals aus Europa, dessen Anteil sich binnen zehn Jahren von 65 auf zehn Prozent reduzierte, während US-Unternehmen mittlerweile dank des IRA konstant über drei Viertel der jährlich investierten Gesamtsumme verfügen können, wie aus dem im Auftrag der EU-Kommission vom ehemaligen EZB-Präsidenten Mario Draghi vorgelegten Bericht über die europäische Wettbewerbsfähigkeit hervorgeht. Und auch die von Donald Trump in seiner ersten Amtszeit eingeführten EU-Länderquoten für Aluminium und Stahl, bei deren Exportüberschreitungen in die USA Zölle anfallen, blieben unter der Präsidentschaft Joe Bidens weiterhin in Kraft.

Eine Antwort darauf ist man in Europa bisher schuldig geblieben. Der groß angekündigte Green Deal Industrial Plan, den EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen als Reaktion auf den IRA im Frühjahr 2023 vorgestellt hatte, hat sich bisher als Rohrkrepiere erwiesen. Handelt es sich dabei doch lediglich um eine Außerkraftsetzung der Wettbewerbsregeln des EU-Binnenmarktes, durch die die einzelnen Mitgliedsstaaten den Unternehmen Subventionen, Steuererleichterungen, Garantien oder staatliche Beteiligungen zukommen lassen können, aber eben nicht um eine koordinierte Strategie. Was einige zur Bereicherung nutzen werden, fällt im Ganzen unter das, was bereits

Lose-Lose-Situation

Aktuell sieht die herrschende Klasse in Deutschland keine Alternative zu ihrer transatlantischen Orientierung – und verzweifelt daran.
Von Axel Berger

politik gegen Russland stellen, auch wenn es für einige der von ihm repräsentierten Unternehmen oder ganze Branchen hart werden sollte. Man sei bereit, »diese Kosten auf sich zu nehmen, um die Stärke des Rechts zu verteidigen«.

Nur zwei Jahre mit negativem Wirtschaftswachstum später hörte sich das alles etwas nüchterner an. Weniger die »Autokratien, Systemrivalen und Aggressoren« setzten dem Standort Deutschland zu, konstatierte Russwurm im Juni 2024 bei der Eröffnung des Tages der Industrie, sondern vor allem »das enorme Momentum unseres Partners USA mit seinem Pragmatismus, seiner Schnelligkeit und seinen Führungspositionen in Digitalwirtschaft und künstlicher Intelligenz«, der einen »knallharten Wettbewerb« gegen die Bundesrepublik führe. Zuletzt wich schließlich Nüchternheit purer Resignation: Gegenüber China und

auch US-amerikanischen Unternehmen (siehe **konkret 11/24**). Dies spiegelt sich nicht zuletzt in der Stagnation der Wirtschaftsleistung wider, die in der Bundesrepublik immer noch nicht das Niveau von vor der Pandemie erreicht hat, während die USA mittlerweile neun Quartale hintereinander einen Anstieg um mindestens drei Prozent verzeichnen konnten.

Und es war vor allem die US-Politik der vergangenen Jahre, die diese divergierenden Entwicklungen angeschoben hat. Insbesondere die Sanktionspolitik des Westens gegen Russland nach dessen Angriff auf die Ukraine und die damit zusammenhängende Abkopplung der traditionell energieintensiven deutschen Industrie von ihrem wichtigsten Energielieferanten hat schwerwiegende Folgen gehabt. Um das »Drei- bis Vierfache« lägen die Industriestrompreise in der Bundesrepublik noch immer über denen in den USA

in Draghis Bericht als eine »Fragmentierung entlang der nationalen Grenzen« kritisiert wurde, die »Investitionen in bahnbrechende Innovationen« eher verhindre als fördere. Und so bleibt die in Europa ständig propagierte »technologische Souveränität« weiter ein Wunschtraum: Nur vier der fünfzig größten Technologieunternehmen kommen aus Europa, und selbst der europäische Cloud-Markt liegt zu 72 Prozent in den Händen von US-Konzernen.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich die EU auch in politischer Hinsicht nicht als der Hinterhof erweist, den man sich in den Konzernzentralen zwischen Hamburg und München wünscht. Deutlich wurde dies zuletzt im Oktober durch die von der EU-Kommis-

Dass jenseits einiger Außenseiter des politischen Establishments und einer Handvoll ehemaliger Spitzenpolitiker, wie etwa der frühere EU-Kommissar Günter Verheugen, Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder und Hamburgs Altbürgermeister Klaus von Dohnanyi, dennoch niemand aus der herrschenden Klasse der Bundesrepublik den transatlantischen Konsens, der seit der erneuten Frontstellung gegen Russland fest etabliert ist, ernsthaft in Frage stellt, zeigt deren relative Schwäche. Denn nicht nur militärisch ist die Bundesrepublik, trotz »Zeitenwende«, bisher nicht konkurrenzfähig. Auch wirtschaftlich hat Deutschland eventuell mehr zu verlieren als die USA. Seit 2015 sind diese ununterbrochen der größte Ab-

IRA, laut US-Statistikbehörde mittlerweile angewachsen.

Die Ankündigung des frisch gewählten US-Präsidenten Donald Trump, demnächst flächendeckende Zölle von zehn oder zwanzig Prozent auf alle Importe – im Falle der Einfuhren aus China gar sechzig Prozent – einzuführen, könnte so der deutschen Exportwirtschaft nun den nächsten heftigen Schlag versetzen. Das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat gerade errechnet, dass dies die deutschen Konzerne zwischen 2025 und 2028 bis zu 180 Milliarden Euro kosten könnte. Dass dies auch auf die allen Wachstumsraten von Trotz weiterhin zu konstatierende Schwäche der US-Wirtschaft verweist, dürfte da nur ein geringer Trost sein. In der »Financial Times« hat Anfang November zuletzt Ruchir Sharma, der Vorsitzende der Anlagegesellschaft Rockefeller International, darauf verwiesen, dass »das US-Wachstum für die meisten Amerikaner eine Fata Morgana« darstelle, »verzerrt durch die steigenden Gewinne der größten Unternehmen und abhängig von Krediten und Staatsausgaben«. Ein Zustand, der spätestens bei einem etwa von den BRICS-Staaten längst geforderten Ende der globalen Leitwährungsfunktion des US-Dollar nicht mehr dauerhaft aufrechtzuerhalten sein dürfte.

Und wenn auch die transatlantische Orientierung der Bundesrepublik aktuell nicht zur Debatte steht, so findet die deutsche Bourgeoisie doch keine Antwort auf den sich immer stärker entwickelnden Handelskrieg zwischen einem strauchelnden Imperium und seinem dynamischen Herausforderer. Die EU müsse aufpassen, »nicht zwischen die geopolitischen Mühlen seiner zwei wichtigsten Handelspartner – USA und China – zu geraten«, warnte der Außenwirtschaftschef der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), Volker Treier. Aber mehr als die Forderung nach einer immer illusorischen internationalen Freihandelsorientierung bleibt den Vertretern einer imperialistischen »Mittelmacht« (Paul Kennedy) nicht übrig. Immerhin konnte nach einer längeren Durststrecke – in den vergangenen Jahren konnten lediglich mit Kenia und Neuseeland Freihandelsabkommen abgeschlossen werden – mit dem nach 25 Jahren endlich ratifizierten EU-Mercosur-Abkommen ein gewichtiger Erfolg erzielt werden. Es könnte aber der letzte für einige Zeit gewesen sein. Und so formulierte jüngst Russwurm BDI seine letzte Hoffnung: »Die EU und die USA sollten daran arbeiten, ihre bilateralen Konflikte endgültig beizulegen«, appellierten die deutschen Bosse verzweifelt an die neue US-Regierung. Es dürfte ein Wunsch bleiben.

Axel Berger schrieb in konkret 11/24 über die Krise der deutschen Industrie



Deutscher Exportüberschuss: Besucher des Oktoberfests im Central Park, New York, 2010

sion gegen erheblichen Widerstand aus Deutschland festgesetzten Strafzölle auf chinesische Elektroautos zwischen 20 und 35 Prozent. Während die große Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten hier dem Vorbild zu folgen bereit war – die Zölle in den USA waren Ende September auf 100 Prozent angehoben worden –, sieht man hierzulande nun den größten Absatzmarkt für das wichtigste deutsche Industrieprodukt wegbrechen. Denn natürlich wird die Führung in Peking darauf antworten. Panisch, aber vergeblich hatte der Verband der Automobilindustrie (VDA), dessen Mitglieder sich ohnehin in ihrer größten Krise seit Jahrzehnten befinden, bis zuletzt darum gebeten, »den Zugang zum chinesischen Markt nicht weiter zu erschweren«.

satzmarkt für deutsche Produkte. Laut Statistischem Bundesamt gingen im vergangenen Jahr Waren für 158 Milliarden Euro über den Atlantik, fast zehn Prozent des gesamten Exporterlöses generierten deutsche Unternehmen dort. Dagegen ist die Bundesrepublik nur der siebtgrößte Handelspartner der USA, und deren Exporte im Wert von nur 95 Milliarden Euro führten die Tradition der negativen US-Handelsbilanz einmal mehr fort – allen Krisen der deutschen Industrie zum Trotz. Und auch in bezug auf den Kapitalexport halten deutsche Investoren etwa dreieinhalbmal so viele Bestände in den USA wie ihre amerikanischen Kollegen hierzulande. Auf 658 Milliarden US-Dollar ist das zwischen New York und Los Angeles investierte deutsche Kapital, auch dank des

»Trumps Zeitfenster ist klein«

Die US-Wahlen brachten einen klaren Sieger hervor. konkret sprach mit dem Politikwissenschaftler Martin Thunert vom Heidelberg Center for American Studies darüber, was von Trumps Regierung zu erwarten ist



Konkret: Die Republikaner stellen den Präsidenten, und sie haben Mehrheiten im Senat sowie im Repräsentantenhaus. Wie sehen Sie das Wahlergebnis?

Martin Thunert: Es ist die hauchdünne aller Mehrheiten, die die Republikaner erreicht haben. Und in der amerikanischen Politik gibt es Unterschiede zu den parlamentarischen Systemen Europas, die es zu berücksichtigen gilt. Erstens besteht kein Fraktionszwang, der mit Druckmitteln durchgesetzt werden kann. Zweitens ist es nicht

erlaubt, dass Leute zugleich in exekutiven Ämtern und Abgeordnete sind, und Trump wird eine ganze Reihe von Leuten aus dem Repräsentantenhaus und wahrscheinlich auch aus dem Senat in exekutive Ämter berufen. Das heißt, der jeweilige Gouverneur muss Leute nachnominieren, und dann wird es im November 2025 Nachwahlen geben. Schon dann könnte die Mehrheit in der unteren Kammer kippen.

Die republikanische Dominanz könnte also nur von kurzer Dauer sein. Was bedeutet das für die Umsetzung der Wahlversprechen und des Project 2025?

Ja, das Zeitfenster der Trump-Administration ist klein. Die Zwischenwahlen für den Kongress sind im November 2026, und im Allgemeinen gewinnt da die Partei, die in der Opposition ist, Sitze dazu. Außerdem gibt es im Senat den Filibuster. Mit technischen Tricks kann man ihn teilweise umgehen, aber oft sind sechzig Senatorenstimmen nötig, um das Dauerrederecht eines Senators zu beenden, und davon sind die Republikaner weit entfernt.

Hätte Trumps Regierung Zeit, ihre Pläne umzusetzen, wäre es eine andere Geschichte. Aber eine Ära, wie sie Angela Merkel in Deutschland geprägt hat, 16 Jahre in der Regierung, so viel Zeit hat niemand in den USA. Wenn man also von Trump aus denkt, sollte man vorwärts machen. Und vieles, was in dem Project 2025 steht, geht nicht von heute auf morgen.

Womit muss konkret gerechnet werden?

Die Deportation von bis zu 14 Millionen »irregulären Einwanderern«, beginnend mit denen, die mit dem Gesetz in Konflikt gekommen sind, wird, glaube ich, schon vorbereitet. Da die Regierung auf die Kooperation von Bundesstaaten und auch von der kommunalen Polizei angewiesen ist, wird sie in Staaten wie Texas oder auch Arizona anfangen. Ein weiterer Punkt des Migrationsmanagements ist die Remain-in-Mexico-Politik: Leute, die Asyl beantragen, werden erst mal nicht reingelassen, und die Mauer wird weitergebaut. Die Mehrheiten im Kongress würden hier ausreichen, um tatsächlich eine Finanzierung durchzusetzen.

Zumindest etwas Symbolisches wird bald in der Außenpolitik passieren. Beispielsweise sind noch amerikanische Geiseln in der Gewalt der Hamas, und Trump hat angekündigt, dass, wenn sie nicht freigelassen werden, »hell to pay« sei. Auch zu erwarten ist ein schneller Entscheid in der Involvement der USA im Ukraine-Krieg. Im Hintergrund werden mit beiden Seiten bereits Kontakte aufgenommen, um einen gangbaren Weg zu sondieren. Wir werden deswegen auch auf dem Kampffeld Bestrebungen sehen, sich bis Ende Januar in eine möglichst gute Position zu bringen.

Verschärfen wird er die Zollpolitik. Vor allem gegen China. Das kann er zunächst ohne Zustimmung des Kongresses. Will er seine Drohungen gegen Mexiko und Kanada wahr machen, gibt es ein paar rechtliche Probleme, weil sie ein Freihandelsabkommen haben. Außerdem wird er Umweltauflagen, die Biden per Erlass eingeführt hat, zurücknehmen, um seinem Versprechen nachzukommen, dass überall nach fossilen Energieträgern gebohrt werden darf. Das ist in Teilen der Bevölkerung durchaus beliebt, weil es an die Erwartung geknüpft ist, dass Energiepreise sinken. Und diese waren ein wesentlicher Teil der Inflation, die ihn ins Amt gebracht hat.

Einen größeren Komplex bilden die juristischen Fragen. Trump hat angekündigt, den Bundesermittler Jack Smith zu feuern. Dieser leitet die beiden Bundesanklagen gegen Trump, die ja nicht vor Gericht gekommen sind – also Veruntreuung von Geheimdokumenten sowie Initiierung des Aufstands am 6. Januar 2021. Smith wird wahrscheinlich vorher zurücktreten, aber seinen Report veröffentlichen. Das heißt, es wird während Trumps Amtszeit zu keinen weiteren Ermittlungen kommen, aber die Veröffentlichung der Dokumente könnte Trumps öffentlichem Ansehen tatsächlich schaden.

Mit Sicherheit wird Trump einige Pardons aussprechen, im Extremfall wird er alle, die wegen des 6. Januar verurteilt worden sind, begnadigen. Hier gibt es keine weiteren Checks und Balances.

Eine der ersten Amtshandlungen Trumps ist die Zusammenstellung des Kabinetts. Wird er es durchbringen?

Matt Gaetz hat er schon zurückgezogen. Über den Verteidigungsministerkandidaten haben schon mehrere Senatorinnen gesagt, es werde schwer für ihn, wenn er die Vorwürfe gegen ihn nicht ausräumen kann. Das gilt auch für Robert F. Kennedy, der als Impfgegner bei einigen Leuten Sympathien hat, bei 75 Nobelpreisträgern aber nicht. Früher war RFK Jr. ein Darling der Umwelt-Linken, weil er erfolgreich gegen Umweltverschmutzer geklagt hat. Hier zeichnen sich parteiinterne Konflikte ab, und die Senatsfraktion der Republikaner ist in etwa zur Hälfte mit eher traditionellen Republikanern besetzt. Ob die nötigen 51 Senatorenstimmen zusammenkommen, ist bei Kennedy, bei Tulsi Gabbard und auch beim designierten FBI-Chef Kash Patel offen. Falls Trump sie durchbozen will, muss er zu sogenannten »Recess Appointments« greifen, das heißt, man beruft in Sitzungspausen des Senats Leute für eine bestimmte Zeit ohne Zustimmung ins Amt. Diese Appointments sind aber juristisch umstritten.

Sind die innerparteilichen Konflikte über die Haltung gegenüber bestimmten Kapitalfraktionen ausgeprägter als sonst?

Es gibt einen Kampf zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen. Die Globalkonzerne einschließlich Globalfinanz, Hollywood und die Megaphilanthropen, zu denen auch die Ex-Frauen von Bezos und Gates gehören, standen sehr sichtbar hinter Kamala Harris. Hinter Trump stehen die Bosse der fossilen Energien, der weniger global ausgerichteten Branchen und immer mehr junge Silicon-Valley-Investoren einschließlich der Blockchain-Gemeinde. Letztere können Trumps Strategie, Binnenwachstum durch Schutzzölle zu erreichen, etwas abgewinnen, die Globalkonzerne eher nicht. Große Teile der Produktion sollen Trump zufolge wieder in den USA stattfinden. Denn aus seiner Sicht hat alles, was gemacht wurde, seit es die WTO gibt, vor allem China geholfen.

Die libertären Silicon-Valley-Investoren, zu denen auch Musk oder der 1967 in Frankfurt am Main geborene Peter Thiel gehören, stünden nicht so nahe bei Trump, wenn er nur eine ordoliberalen Politik machen würde. Das Disruptive zieht sie an. Der Kampf wird also insbesondere ausgetragen von und innerhalb der Hightech-Branche, die in den USA sehr dominant ist. Thiel, Musk und auch Mark Zuckerberg hatten früher alle ein enges Verhältnis zu Barack Obama. Plausibel ist, dass Leute wie Musk sich nun so stark in Regierungsnähe engagieren, weil sie ihre Unternehmen schützen und voranbringen wollen. Denn sie brauchen natürlich Staatsaufträge und testen aus, was sie mit Trump umsetzen können. Erfahrungsgemäß überwirft sich Trump aber früher oder später mit jedem. Es wäre daher ein Wunder, wenn die enge Musk-Trump-Allianz volle vier Jahre anhalten würde. Aber viel-

leicht ist Trump auch etwas berechenbarer geworden.

In den USA scheint sich in Teilen beider Parteien ein Konsens herauszubilden, dass das alte Credo der Wirtschaftspolitik – entfesselter Freihandel – nicht mehr die bestimmende Politik sein sollte. Bei den Republikanern sehe ich innerparteiliche Konflikte eher in Sachen Schwächung des administrativen Staates, aber speziell auch des Sicherheitsstaates kommen. Da könnte es eine Koalition gegen diese Disruption geben, die man so nicht unbedingt erwarten würde.

Doch bei all diesen Konflikten und entgegen der Panik, die durch die Medien geht, scheint das Kapital insgesamt erst mal entspannt. Aus der Überzeugung heraus, dass Trump nicht einfach alles durchsetzen kann. Auch was die Zölle angeht; sie sind für ihn eher eine Verhandlungsmasse, um Verhaltensänderungen auf der Gegenseite zu erreichen. Man kennt ihn mittlerweile.

Was Sie zu Beginn aufgezählt haben, ist eine deutliche Verschärfung rechter Politik. Nach dem fundamentalen Umbau des Staates, vor dem oft gewarnt wird, klingt es aber trotzdem nicht.

»Das Project 2025 ist eine Jobbörse für die Maga-Bewegung«

Insgesamt geht die Disruption, die mit dem Project 2025 geplant ist, über bisherige Regierungsprogramme hinaus. Wir werden abwarten müssen, was das Department of Government Efficiency, in das Elon Musk involviert ist, tun wird. Es ist kein offizielles Ministerium, auch wenn es so klingt, dafür müsste es vom Kongress eingerichtet werden, und das ist nicht vorgesehen. Ein Beispiel: Um Ministerien zu schließen, wie es mit dem Education Department geplant ist, müsste es klare Mehrheiten im Kongress geben, und die fehlen den Republikanern. Man muss aber ein Ministerium nicht abschaffen, um es zu paralysieren.

Innerhalb des Staatsapparats soll es zu vielen personellen Wechslen kommen. Meinen Sie das mit paralysieren statt abschaffen?

Das Project 2025 ist eine Kampfansage an eine bestimmte Art von Beamten, die ausgedehnte Staatstätigkeit befürworten, und umgekehrt eine Art Jobbörse für Leute, die die Grundannahmen der Maga-Bewegung teilen. Trump kann quasi alle Spitzenleute auf Bundesebene austauschen, also 4.000

bis 5.000 Beamte. Das haben andere Präsidenten auch gemacht. Dem Project geht es aber auch um Laufbahn-Staatsdiener, denen man Illoyalität zu Maga unterstellt. Man kann Leute auch zum Aufgeben zwingen, ohne dass man sie formell entlässt; man stellt sie kalt, schafft eine toxische Umgebung und so weiter. Außerdem hofft man auf Selbstkündigungen.

Aber die Laufbahn-Beamten haben nicht nur die Möglichkeit, sich juristisch zu wehren, sie können auch auf eine solide gewerkschaftliche Organisation zählen. Und direkten Zugriff auf die Angestellten der Bundesstaaten und der Kommunen hat Washington nicht. Zugleich möchte ich betonen: Das Project 2025 ist seit zwei Jahren frei einsehbar. Selbst wenn Trumps Regierung große Teile davon umsetzen will; die andere Seite kennt es schon und hatte Zeit, sich vorzubereiten.

Die Demokraten werden besonders die Kompetenzen der einzelnen Bundesstaaten nutzen, um sich der Bundesregierung zu widersetzen. Wie werden sie dort auf Trumps Pläne reagieren?

In den Bereichen Klima, Umwelt sowie Menschen- und Bürgerrechte werden bereits Spenden in großer Höhe eingetrieben und die besten Köpfe versammelt, um juristische Lösungen gegen die Trump-Regierung zu finden. Vor allem Kalifornien mit seinem demokratischen Gouverneur Gavin Newsom, der zweifellos höhere Ambitionen hegt und sie auch schon artikuliert hätte, wäre Kamala Harris nicht einfach inthronisiert worden, stellte schon kurz nach der Wahl Millionen von Dollars zur Verfügung, um gute Anwälte einzustellen. Kalifornien ist dazu finanziell sicherlich in der Lage. Kleinere Bundesstaaten, auch wenn sie von Demokraten regiert werden, sind verwundbarer. Das führt zu einem rechtlichen Flickenteppich, wie wir es jetzt schon beim Abtreibungsrecht oder der Todesstrafe haben.

Die Bundesstaaten scheinen der einzige Ort für juristischen Widerstand zu sein, weil der Supreme Court fest in republikanischen Händen ist.

Im Supreme Court haben die Republikaner eine deutliche Mehrheit, und die wird sich erst mal auch nicht ändern. Aber viele Dinge gehen nicht sofort oder gehen gar nicht an den Supreme Court, sondern werden von Bundesgerichten entschieden, deren Richterinnen und Richter vom Präsidenten berufen und vom Senat bestätigt werden. Wer im Migrationsmanagement etwas blockieren will, geht zum Beispiel in den Bezirk Seattle, so wie das schon vor acht Jahren gemacht wurde beim sogenannten Muslim Ban. Für die Demokraten ist also das strategische Ziel, mit und in juristischen Verfahren möglichst viel Aufschub zu gewinnen in der Hoffnung, nach zwei Jahren wieder den Kongress zu kontrollieren. Wir werden also, glaube ich, sehr viele juristische Aktivitäten sehen. ●

Der einen Leid

Entscheidend für Trumps Sieg bei den Präsidentschaftswahlen waren die Verluste der Demokratischen Partei. Eine Nachwahlanalyse von Margit Mayer

Die US-Wahl war keineswegs eine zwischen Demokratie und Diktatur, wie viele Medien von Mainstream bis links (und auch die Parteien selbst, allerdings mit gegensätzlichen Vorzeichen) uns weismachen wollten. Statt dessen ging es um die Wahl zwischen zwei Varianten autokratischer Herrschaft, denn beide Parteien haben sich längst in rechtsautoritäre entwickelt: Die eine bediente geschickt die Sorgen und Frustrationen der vom ökonomischen Wandel und der herrschenden Kultur marginalisierten Gruppen und versuchte, mit rassistischen, frauenfeindlichen und xenophoben Narrativen von den Ursachen und Verursachern des Frusts dieser Gruppen abzulenken – und erklärte gleich Migranten, Nichtweiße, promiske Frauen sowie LGBTQ als verantwortlich für die Krise. Die andere Partei – ebenfalls gekauft von Wall Street, Hightech und sonstigen Milliardärs-Sponsoren – ist mehr auf Anstand bedacht und versucht den Eindruck zu erwecken, dass sie für das moralisch Richtige steht.

Die Demokratische Partei und ihre Medien, aber auch weite Teile der Linken warnen, dass mit Trump der Faschismus in den USA Einzug halte, dass die anstehende Wahl die letzte freie sein würde – während die Maga-Republikaner vor »woken Eliten« und einer kommunistischen Machtergreifung warnen. Trotz des scheinbaren Überwiegens des demokratischen Narrativs in den Medien und trotz der finanziellen Übermacht, die die Harris-Kampagne mobilisierte (2,9 Milliarden Dollar gegen 1,8 Milliarden der Trump-Kampagne), ging Trump als eindeutiger Wahlsieger hervor – er gewann dieses Mal sogar die Mehrheit aller Stimmen (Popular Vote). Um zu klären, wie dieser Wahlausgang zustande kam, und was er uns über die amerikanische Gesellschaft sagt, ist es hilfreich, die Ergebnisse im Kontext der Wahlen von 2020 zu sehen, und beide im Detail zu analysieren.

Zunächst ist festzuhalten, dass circa 35 Prozent der wahlberechtigten Bürger weder für die Republikaner noch die Demokraten gestimmt haben. Diese 89 Millionen Menschen – mehr als jeweils für die Demokraten oder Republikaner gestimmt haben – sahen offenbar ihre Interessen von keiner der beiden Parteien vertreten. Die rund 160 Millionen Wähler, die für eine der beiden herrschenden Parteien stimmten, haben seit der Präsidentschaftswahl von 2008 jeweils ein Ergebnis produziert, bei dem sich Demokraten und Republikaner in fast gleich großen Blöcken gegenüberstehen. Jedes Mal war der Ausgang äußerst knapp. 2020 hatte Biden von den 158,6 Millionen abgegebenen Stimmen 81,2 Millionen gewonnen – und damit die höchste jemals erreichte absolute Stimmzahl –, Trump 74,2 Millionen.

Vier Jahre später ließen sich nicht so viele Menschen zum Wählen mobilisieren: 155,3 Millionen von 245 Millionen Wahlberechtigten, von denen 74,946 Millionen (48,4 Prozent) für Harris und 77,238 Millionen (49,9 Prozent) für Trump stimmten. Er erhielt also 2024 zwar mehr Stimmen als 2020 und 2016 und gewann erstmals seit 1988 als Republikaner die Popular Vote, aber weder konnte er über die 50-Prozent-Marge springen, noch war sein Vorsprung besonders signifikant (2,5 Millionen, also 1,6 Prozent). Sein Vorsprung war sogar kleiner als der jedes Siegers nach George W. Bushs Sieg 2000. Ein besonders starkes Mandat leitet sich aus diesem Ergebnis nicht ab.

Wahlentscheidend sind in den USA aufgrund der Winner-Takes-All-Regel und des Wahlmännnergremiums (Electoral College) die einzelstaatlichen Wettkämpfe. Trump lag in den umkämpften Swing States Michigan, Pennsylvania und Wisconsin um lediglich 230.000 Stimmen vor Harris. Angesichts der mehr als 155 Millionen abgegebenen Stimmen ist das ein Tropfen im Ozean. In allen sieben umkämpften Staaten lag Trumps ge-

sammelter Vorsprung lediglich bei rund 760.000 Stimmen – aber er gewann damit sämtliche Wahlmännerstimmen.

Auch dass in fünf dieser sieben Swing States, in denen gleichzeitig Senats- und Gouverneurswahlen stattfanden, jeweils der Demokratische Kandidat für den Senat (Arizona, Michigan, Nevada, Wisconsin) und für den Gouverneursposten (in North Carolina) siegte, verweist darauf, dass die Republikanische Partei keineswegs einen generellen Sieg davongetragen hat.

Diese Wahl ist bereits die vierte in Folge mit weniger als fünf Prozent Differenz bei der Popular Vote. Auch im Repräsentantenhaus haben die Mehrheiten in drei konsekutiven Wahlgängen knapp hin und her gewechselt: In den 13 Wahlen seit 2000 wechselte die Kontrolle des Repräsentantenhauses, des Senats und des Präsidentenamts 13mal zwischen Demokraten und Republikanern. Beide Parteien sind also seither sehr nah an der Macht, keiner von beiden ist es gelungen, eine dauerhafte Regierungsmehrheit zu halten, obwohl solche in der amerikanischen Parteiengeschichte eher die Norm waren.

Jedoch waren es weniger Trumps (knapp) Gewinne, die für das Wahlergebnis entscheidend waren, sondern die Verluste, die Kamala Harris einfuhr: Während Trump im Vergleich zu 2020 mehr als zwei Millionen Stimmen hinzugewinnen konnte, erhielt Harris mehr als sieben Millionen Stimmen weniger als Biden. In New York erreichte Trump einen Zuwachs von 95.000 Stimmen gegenüber 2020, Harris verlor 570.000 Wähler, die zuvor für Biden gestimmt hatten. Ähnlich verhielt es sich in anderen »blauen« Distrikten. Solche Zahlen verweisen darauf, dass hier nicht etwa neue Massen von Trump-Anhängern entstanden sind, sondern lediglich, dass Harris die vormalige demokratische Basis nicht hinreichend überzeugen konnte. Dennoch markieren diese Wahlen eine entscheidende Wende: In beiden Kammern haben die Republikaner nun die Mehrheit, und auch in Einzelstaaten bis hinunter zu den Bezirken konnten sie zulegen.

Nach den »Fehlern« der Harris-Kampagne wird seit dem 5. November allseits gefahndet. Die Führung der Demokratischen Partei und mit ihr viele Linksliberale identifizieren die Schuldigen vor allem außerhalb der Partei, beim Wahlvolk, wo sich die Wirkmacht von Sexismus, Rassismus, Migrantenfeindlichkeit, mangelnder Bildung oder von Sozialen Medien und Fake News bemerkbar gemacht habe. Oder sie identifizieren gewisse Details in der Wahlkampagne wie Harris' fehlende Distanzierung vom Kurs der Regie-

rung Biden (den sie als Vize mitgetragen hat) oder Auftritte mit neokonservativen Politikern wie Liz Cheney anstatt mit Bernie Sanders oder Gewerkschaftsführern.

Andere interpretieren die Verluste im Rahmen des seit einigen Dekaden wirksamen Trends einer doppelten Wählerwanderung, in der die Demokratische Partei zusehends zur Partei der wohlhabenden und gut ausgebildeten Schichten mutiert ist, während die Republikanische Partei zunehmend von ärmeren Schichten, Arbeitern und generell Menschen ohne College-Abschluss gewählt wurde. Laut Nachwahlbefragungen bestätigte die aktuelle Wahl dieses Muster: Harris erhielt mehr Stimmen von Wählern mit Jahreseinkommen über 100.000 Dollar, während sie Wähler mit niedrigerem Einkommen verlor. Wobei die nähere Betrachtung der in den Befragungen benutzten drei Einkommenskategorien (über 100.000, unter 50.000 und zwischen 50.000 und 100.000 Dollar) zeigt, dass weder Demokraten noch Republikaner in einer dieser Kategorien mehr als fünf Prozent zusätzliche Stimmen gewinnen konnten. Ingar Solty brachte diesen Trend in

zu den Republikanern reflektiert den generellen Trend zu einer Parteienbalance innerhalb einzelner demografischer Gruppen. Die einzigen Ausreißer bilden zum einen Bewohner ländlicher Gebiete, die noch stärker für Trump votierten als bei der letzten Wahl, und schwarze Wähler, die nach wie vor überproportional stark für die Demokraten stimmten, schwarze Frauen sogar mit 91 Prozent.

Auch inhaltlich sind sich die beiden Parteien in vielerlei Hinsicht ähnlicher geworden – auch wenn sie sich selbst als extreme Gegensätze präsentieren. So hat die Regierung Biden in der zweiten Hälfte ihrer Amtszeit verstärkt auf Austeritätspolitik gesetzt. Obwohl die Demokraten im Kongress eine Mehrheit hatten, ließ Biden nach dem offiziellen Ende der Corona-Krise die Erweiterungen sozialstaatlicher Programme (Steuerkredite für Kinder oder das wichtigste Anti-Hunger-Programm SNAP) zurückfahren und kickte Millionen Bedürftige aus der Krankenversicherung Medicaid. Statt auf progressive Sozialpolitik fokussierte er auf das Defizit. Schließlich übernahm er eine Reihe politischer Programme direkt von Trump: Er

der betonte, dafür einsetze. Die wiederholten Beteuerungen konnten viele nur noch als Eingeständnis von Inkompetenz oder als Lüge ansehen.

Die Annäherung der beiden Parteien spielt in den vorherrschenden Nachwahl-Narrativen kaum eine Rolle. Statt dessen beklagen Analysten den dramatischen Absturz der im Wahlkampf scheinbar so erfolgreichen Kamala Harris und betonen die existentielle Bedrohung für die Demokratie, die von der zweiten Regierung Trump ausgehe. Oder auch nicht: die Angst schürenden Warnungen vor dem »Faschisten« Trump, mit denen demokratische Spitzenpolitiker und Leitmedien vor der Wahl um Stimmen geworben haben, werden nun vielerorts ersetzt durch Anbiederung an die Macht.

Dass das Team Harris-Walz letztlich sowohl im Lager der vor allem männlichen Arbeiterklasse als auch bei jungen und progressiven Wählern extrem unattraktiv war, verhalf den Maga-Republikanern zum Triumph. Dieses Mal werden sie, anders als in Trumps erster Präsidentschaft, gut vorbereitet auf Basis des Project 2025 einen unternehmeri-



Picture Alliance/Hans Lucas

Die Letzte macht das Licht aus: Die Demokraten verlieren mehr als sechs Millionen Stimmen und stecken eine empfindliche Niederlage ein, Pennsylvania, 5. November 2024

der Zeitschrift »Sozialismus« auf den Punkt: »Die Wahl 2024 war ... die erste, in der diese Wählergruppe (mit Einkommen unter 50.000 Dollar) mehrheitlich für einen Republikaner stimmte: 50 Prozent für Trump, nur 47 Prozent für Harris. Umgekehrt wählten erstmals in der Geschichte mehr Wohlhabende die Demokraten als die weniger Gutbetuchten.«

In dieser doppelten Wanderungsbewegung haben sich die Wählerstrukturen der beiden Parteien auch in anderen demografischen Kategorien angenähert. Die Abwanderung von Latinos, Jugendlichen und Frauen

baute dessen Grenzzaun weiter und schob mehr Migranten ab; auch übernahm er Trumps protektionistische Industriepolitik und erhöhte Zölle, vor allem auf Importe aus China.

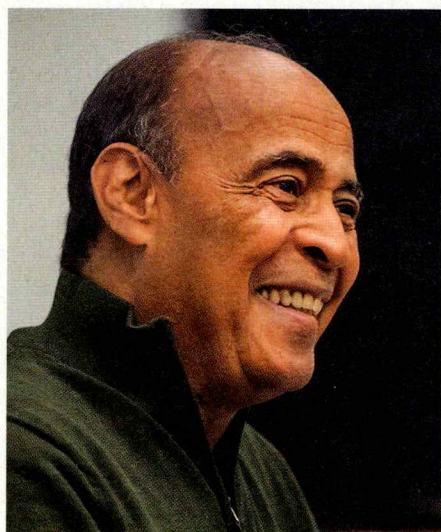
Am meisten verübelte ihm die Basis der Demokratischen Partei, dass er Netanjahus militärisches Vorgehen mit vielen Milliarden bedingungslos unterstützt. In ihrem Wahlkampf distanzierte sich Harris nur rhetorisch von dieser Politik, so dass lautstarke Gruppen der Demokratischen Basis fragten, wo die Feuerpause in Gaza bleibe, wenn Harris sich so unermüdlich, wie sie immer wie-

schen, militärisch aggressiven, rechtsextremen und revanchistischen Staat zu bauen versuchen, der das Finanz-, das Hightech- sowie das fossile Kapital bestens bedient, »innere Feinde« überwacht und unterdrückt sowie »überflüssige Gruppen« weiterhin der Opioidkrise überlässt. ●

Margit Mayer schrieb zuletzt das Buch *Die US-Linken und die Demokratische Partei: Über die Herausforderungen progressiver Politik in der Biden-Ära*, Bertz + Fischer, Berlin 2022, 252 Seiten, 12 Euro

»Brooklyn Coffeehouse Bullshit«

Adolph L. Reed Jr. ist emeritierter Professor der Politikwissenschaften an der University of Pennsylvania und der wohl bedeutendste Kritiker liberaler Identitätspolitik und des liberalen Antirassismus aus marxistischer Perspektive. konkret sprach mit Reed Jr. über die Gründe der erneuten Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA



Konkret: Ein verurteilter Verbrecher, notorischer Lügner und der erste Kandidat, der nach einem Amtsenthebungsverfahren erneut für das Präsidentenamt antrat, war der 45. Präsident und wird jetzt der 47. Präsident. Was ist faul in den Staaten von Amerika?

Adolph L. Reed Jr.: Das ist eine gute Frage. Ich denke, es gibt eine Reihe von Fakto-

ren, die zu diesem bizarren Ergebnis beigetragen haben. Einer davon ist, dass ein großer Teil der Wählerschaft aus einer Vielzahl von Gründen – manche zynisch, manche realistisch – glaubt, das System sei bereits korrupt. Ein Schlüsselfaktor, der auch den europäischen Lesern bekannt sein dürfte, besteht darin, dass die Demokraten ihre Verpflichtung zu einer auch nur sehr sanften Ausrichtung auf sozialdemokratische Politik aufgegeben haben und unter Clinton zur Partei der neoliberalen Verwaltung und Vertiefung geworden sind. Das hat dazu geführt, dass sich die Parameter der politischen Debatte weg von wirtschaftspolitischen Belangen und zunehmend hin zu »Werten« oder »kulturellen« Fragen verschoben haben. Für viele Wähler scheinen Wahlen daher eher eine Abstimmung über die Performance der Kandidaten als Entertainer zu sein, als eine Abstimmung über Alternativen, die tatsächlich kohärente und gegensätzliche Regierungsprogramme verkörpern und als solche zur Anwendung kommen. Sowohl die Rechte als auch die nominelle Linke in den USA setzen auf die Mobilisierung von Markentreue, anstatt Wahlkampf auf der Grundlage von politischen Programmen zu führen, die tatsächliche Interessen und Sorgen der Wählerschichten verbinden. Viele Trump-Wähler

werden durch sein forschendes Auftreten angesprochen und die Art, wie er sich über Konventionen hinwegsetzt. Sie unterstützen seine Politik, weil sie ihn unterstützen, also die Idee und das Image, die durch Kampagnen über ihn verbreitet werden. Das ist ein kleiner Anlass zur Hoffnung, vor allem für das, was es hier an linker Politik jenseits der Demokraten gibt. Seit 2016 haben wir beträchtliche Erfolge bei Volksabstimmungen und Wahlinitiativen auf bundesstaatlicher Ebene zu Themen wie der Erhöhung des Mindestlohns, der Sicherung der reproduktiven Rechte, der Erhöhung der Steuerabgaben für einkommensstarke Personen und dem Schutz öffentlicher Schulen gesehen – sogar in Bundesstaaten, die ansonsten komplett von reaktionären Republikanern dominiert werden, die in all diesen Fragen ablehnende Haltungen haben. Solcherlei Wahlinitiativen und Referenden, die – auch diesmal – parallel zu Präsidentschafts- und Zwischenwahlen stattfinden, sind hier meist überparteilich und unterliegen darum nicht der automatischen Filterung durch parteipolitische Vorurteile. Eine Erkenntnis ist, dass klare linke Positionen gewinnen und Mehrheiten finden können, wenn sie die Interessen der Arbeiterklasse betreffen. Wenn wir mehr Aufmerksamkeit auf diesen Teil des Parlamentarismus legen und weniger auf Wahlkämpfe zugunsten von kandidatenzentrierter Parteipolitik, können wir nicht nur linke Positionen durchsetzen, sondern in diesem Prozess auch für politische Bildung und Aufklärung sorgen, die wir so dringend für die politische Selbstorganisation und Formierung der Arbeiterklasse brauchen. Denn das ist die Voraussetzung dafür, Rahmenbedingungen der politischen Debatte in den USA ändern zu können.

In Ihrer Arbeit konzentrieren Sie sich auf die Beziehung zwischen Ethnie und Klasse. Während seines Wahlkampfs machte Trump zentralamerikanische Migranten für die Opioid-Krise verantwortlich, gab China die Schuld an der elenden Lage der US-Arbeiterklasse und verbreitete bizarre rassistische Lügen über haitianische Amerikaner, die in Springfield, Ohio, Haustiere weißer Amerikaner stehlen und essen würden. Dennoch hat Trump damit nicht nur die Mehrheit der weißen amerikanischen Wähler gewonnen. Vielmehr haben ihm auch Latinos, amerikanische Ureinwohner, Amerikaner mit asiatischem Hintergrund und schwarze Wähler zum Sieg verholfen. Wie erklärt sich das?

Ich denke, die einfachste Erklärung ist, dass Menschen im Wahlkampf dazu neigen, das zu hören, was sie hören wollen, und das auszublenden, was sie nicht hören wollen. Das gilt besonders für eine bombastische Persönlichkeit wie Trump. Man kann sich die Aussagen zu eigen machen, die einem gefallen, während man die Aussagen, die in Be-

zug auf die eigene soziale Position beunruhigend erscheinen, abtut, indem man sie als Dinge bezeichnet, die Trump nur aus Effekthascherei sagt. Der tiefere Grund ist, dass diese Gruppen, also Schwarze, Latinoamerikaner, amerikanische Ureinwohner, als organische Einheiten nicht real sind; sie sind Zensuskategorien, die durch das gemeinsame Engagement von Meinungsforschern und ethnischen Unternehmern als Gruppen verdinglicht wurden.

Die Strategie der Demokratischen Partei war eine Anti-Trump-Kampagne, die davor warnte, dass die Demokratie durch ihn in Gefahr sei, und nicht eine Kampagne, die sich um ein alternatives Wirtschaftsprogramm drehte, das die Inflation bekämpfen könnte. Kamala Harris versuchte, konservative Weiße in den Vorstädten anzusprechen – vor allem Frauen, die von Trump, J. D. Vance und deren Extremismus auch in Bezug auf das Recht auf körperliche Selbstbestimmung entsetzt sind. Aber weiße Frauen gaben dennoch Trump den Vorzug vor Harris. Was sagt das über die Demokratische Partei aus? Und was sagt es über den Zustand der liberalen Identitätspolitik?

Die Demokraten versuchen schon seit Anfang der neunziger Jahre, die magische Wählerklientel der wirtschafts- und verteilungspolitisch konservativen, gesellschaftspolitisch aber liberalen weißen Frauen mit gehobenen Einkommen, die in den Suburbs, den Vorstädten der Metropolen, wohnen, auf ihre Seite zu ziehen. Das hat noch nie funktioniert. Die interessante Frage ist: Warum probieren sie es immer und immer wieder? Die Antwort ist, dass die Clinton-Partei systematisch versucht hat, die Demokratische Partei, deren Wählerbasis seit der »New Deal-Koalition« noch eine – durchaus multiethnische – Lohnarbeiterklasse beinhaltete, zu einem neuen Wählerbündnis zu bringen, das aus Liberalen der Oberschicht und jenen Minderheiten besteht, von denen die Partei annimmt, dass sie »natürliche« Wähler der Demokraten seien. Damit aber haben sie die Lohnarbeiterschaft – sieht man einmal von der folgenlosen Finanzierung der eigenen Wahlkämpfe durch die Gewerkschaften und den Schocktruppen ab, die zur Wahl mobilisieren sollen – über Bord geworfen, die auf Grund ihrer Klassenlage die traditionelle Wählerschaft für linke Positionen gewesen ist. Dadurch hat sie die Proletarisierung der Republikanischen Partei zugelassen.

Trump hat wiederholt seine Wirtschaftspolitik der Steuersenkungen zugunsten von Konzernen und Superreichen und der Deregulierung von arbeitsrechtlichen, Umwelt- und anderen Auflagen im Namen der Arbeiterklasse verkündet. Die wahlstatistischen

Daten, die vorliegen, legen den Schluss nahe, dass die Inflation und die Lage der Arbeiterklasse die Wahl zu seinen Gunsten entschieden haben. Gleichzeitig wird sein Handelskrieg gegen China die Konsumgüter für die Arbeitnehmer erheblich verteuern, während die von ihm angekündigten neuen Steuersenkungen die Staatsverschuldung erneut erhöhen werden, so wie es schon nach 2017 der Fall war. Es hat den Anschein, dass Trump den Arbeiterinnen und Arbeitern, die ihn gewählt haben, wenig anzubieten hat, um sie längerfristig zu binden, sieht man einmal ab von der »American Academy«, also seinem Plan einer rechten Version der



Gezielt taub? Trump-Unterstützer, Milwaukee, Juli 2024

gebührenfreien Hochschulbildung und der finanziellen Unterstützung für traditionelle Hausfrauen, die Kinder zur Welt bringen und zu Hause unterrichten. Gibt es ein tatsächliches politisches Projekt, das hegemonial sein könnte, im Sinne einer proaktiven Zustimmung für Trump und die Republikaner?

Ich sehe nicht, woher ein solches Projekt kommen könnte, zumindest nicht kurzfristig. Meine Genossinnen und Genossen und ich überlegen, wie wir innerhalb der Gewerkschaftsbewegung für eine echte antikapitalistische politische Bildung der Arbeiterklasse unter den Gewerkschaftsmitgliedern mobilisieren können. Sie wird meiner Überzeugung nach notwendig sein, wenn wir dem Trumpismus das Wasser abgraben wollen.

Was erwarten Sie von Trump hinsichtlich der Außenpolitik in Bezug auf den Nahen Osten, die Ukraine und China?

Ich muss zugeben, dass ich keine Ahnung habe, wie Trump tatsächlich an einer dieser Fronten agieren wird. Ich hege die Erwartung oder erpappe mich bei dem Gedanken, dass er an all diesen Fronten vom außenpolitischen Establishment in die Schranken gewiesen wird und dann versuchen wird, seine Abkehr von den Positionen, die er noch im Wahlkampf vertreten hat, als

etwas anderes zu verkaufen, als es in Wirklichkeit ist.

Innerhalb der sozialistischen Bewegung und nach den beiden Bernie-Sanders-Kampagnen gab es eine lange und hitzige Debatte über den richtigen strategischen Weg, der innerhalb der Grenzen des US-amerikanischen Mehrheitswahlrechts eingeschlagen werden sollte. Eric Blanc von den »Democratic Socialists of America« skizzierte drei mögliche strategische Horizonte: eine »Angleichung« (alignment), also den Versuch, die Demokratische Partei im sozialistischen Sinne umzustrukturieren, ein »sauberer Bruch« (clean break) mit den

Demokraten im Sinne des Aufbaus einer multiethnisch-klassenbasierten Drittpartei oder ein »schmutziger Bruch« (dirty break), bei dem Sozialistinnen und Sozialisten die Demokratische Partei, wie von Sanders vorgelebt, als Plattform für den Aufbau einer sozialistischen Fraktion nutzen und sich im richtigen Zeitpunkt mit einer eigenständigen klassenbasierten Organisation von ihr lossagen. Es sieht so aus, als ob vom »schmutzigen Bruch« nichts mehr übrig ist, sondern alle Zeichen auf Angleichung und Marsch durch die Institution stehen. Die Sanders-Demokraten hatten einen wichtigen progressiven Einfluss auf Bidens Wirtschaftspolitik, aber all dies geschah um den Preis der Demobilisierung und Kooptation. Dar-

über hinaus führte die Konzentration auf innenpolitische Programme zu einer bedingungslosen Unterstützung von Bidens Außenpolitik in der Ukraine und, in geringerem Maße, im Nahen Osten, was der Arbeiterklasse aber durch die kriegs- und handelskriegsbedingte Inflation und den dazugehörigen Militarismus schadete. Was bedeutet das für die sozialistische Bewegung? Wo steht sie heute? Welche strategischen Perspektiven hat sie?

Der wichtigste Punkt bei all dem ist, dass es in den USA schlicht und ergreifend keine »sozialistische Bewegung« gibt und daher auch niemanden, der einem der von Blanc aufgezeigten Wege folgen könnte. Es gibt keine Linke mit irgendeiner echten politischen Kraft. All diese »Debatten« sind nicht mehr als Brooklyn coffeehouse bullshit. Punkt. Die wichtigste Aufgabe, eigentlich die einzige Aufgabe für Linke, ist es, mit dem Aufbau einer solchen Bewegung zu beginnen. Aber dazu muss man sich in den Gewerkschaften verankern und von der Arbeiterbewegung aus aufbauen. Meine große Frustration ist, dass in den USA viele Kostüm-Linke beharrlich weiter daran arbeiten, sich einzubilden, dass ihre Deklamationen irgendeine Wirkung über ihren unmittelbaren Freundeskreis hinaus haben.

Interview: Ingar Soltz

And the Winner is?

In Syrien haben Islamisten die Macht übernommen. Aber welche Islamisten und welche Macht? Von Jörg Kronauer

Das Tempo, in dem die Jihadisten vorrückten, war so erstaunlich wie die Geschwindigkeit, in der die Regierungstruppen sich auflösten. Am 27. November hatten die Milizionäre der Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS) vom nordwestsyrischen Gouvernament Idlib aus ihre Offensive gestartet. Am 30. November machten Fotos und Videos die Runde, die sie an der Zitadelle von Aleppo zeigten; sie hatten die nahegelegene zweitgrößte Stadt Syriens ohne größere Gegenwehr eingenommen. Von Aleppo aus zogen sie in einem Blitzfeldzug weiter nach Süden, eroberten die Großstädte Hama und Homs, standen am 7. Dezember vor Damaskus und drangen in die ersten Vororte ein. Am 8. Dezember nahmen sie die syrische Hauptstadt – auch dies beinahe spielend – komplett unter Kontrolle. Präsident Bashar al Assad, der seit 2000 über das Land geherrscht hatte, war geflohen.

Gründe, weshalb die syrischen Streitkräfte, konfrontiert mit zahlenmäßig weit unterlegenen Milizen, binnen weniger Tage kollabierten, nachdem sie sich in einem brutalen Krieg 13 Jahre lang hatten behaupten können, ließ sich zunächst nur spekulieren. Eine zentrale Rolle spielte wohl – zu diesem Schluss kam Gregory Waters, ein auf die Analyse des syrischen Militärs spezialisierter Mitarbeiter des Washingtoner Middle East Institute – die grassierende Korruption. Alles war käuflich geworden in den Streitkräften, vom Aufstieg in der Hierarchie bis zum Fronturlaub; Offiziere bereicherten sich zunehmend, auch per Schmuggel, durch das Ausplündern der Landbevölkerung. Die Moral in der Truppe war längst miserabel. Als es Ende November plötzlich ernst wurde, tauchten die Offiziere gleich reihenweise ab und ließen ihre Einheiten im Stich, die – ohne Führungsstruktur – dem Feind nichts entgegenzusetzen hatten. Bald machten sich dann auch einfache Soldaten aus dem Staub.

Äußere Faktoren kamen hinzu. Die Sanktionen, die die westlichen Staaten ge-

gen Syrien verhängt hatten – der European Council on Foreign Relations sprach 2019 von einer »Politik der verbrannten Erde« –, ließen weite Teile der Bevölkerung verarmen; sie begünstigten die Korruption und förderten die Unzufriedenheit im Land. Dass es kaum eine Unterstützung der Regierung von außen gab, weil Russland in der Ukraine gebunden und die in Syrien stationierten Hisbollah-Einheiten sowie weitere proiranische Milizen durch israelische Luftangriffe stark dezimiert worden waren, spielte ebenfalls eine Rolle. Wenn auch Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu wohl übertrieb, als er behauptete, der Kollaps der syrischen Streitkräfte sei »das direkte Ergebnis unseres entschiedenen Vorgehens«. Teheran hatte noch Anfang Dezember angekündigt, zur Unterstützung Assads Truppen nach Syrien entsenden zu wollen. Der Iran verzichtete allerdings darauf, als man realisierte, dass, wie der iranische Experte Mehdi Rahmati es formulierte, »die syrischen Streitkräfte selbst nicht kämpfen wollen«.

Zwei Tage nach Assads Sturz, am 10. Dezember, wurde in Damaskus Muhammad al Bashir zum Chef einer Übergangsregierung ernannt. Bashir hatte zuvor als Regierungschef im Gouvernament Idlib regiert, das seit 2017 von HTS und ihrem Anführer Abu Muhammad al Julani kontrolliert wird. Julani war 2003 aus seiner syrischen Heimat in den Jihad im Irak gezogen, hatte sich in den Reihen von Al Qaida und dem Islamischen Staat betätigt, 2011 in dessen Auftrag einen Ableger in Syrien namens Jabhat al Nusra gegründet und diesen zunächst in Al-Qaida-Strukturen, im Jahr 2016 in die Eigenständigkeit und 2017 in ein in Idlib ansässiges Bündnis mit anderen Islamisten namens HTS überführt. HTS bekämpfte in Idlib den IS, den sie als Rivalen begriff, tolerierte jedoch andere Jihadisten; dabei setzte sie ein brutales Herrschaftssystem durch. Wählen dürfen nur ausgesuchte Männer, Frauen nicht; sie müssen sogar mit Repressalien rechnen, wenn sie ohne

männliche Verwandte reisen. Christen haben nur mindere Rechte, Drusen und Alawiten gelten als vom Islam abgefallen und sind besonders bedroht. Es wird willkürlich inhaftiert, gefoltert, gemordet; die Zustände im Jihadistennest Idlib sind vielfach dokumentiert.

Verhieß der Durchbruch der HTS und ihres Anführers Julani, der – in Damaskus nun unter seinem Geburtsnamen Ahmed al Sharaa auftretend – als Syriens »neuer starker Mann« gehandelt wurde, wenig Gutes, so dauerte im Norden des Landes der Krieg unvermindert an. Dort stieß die von Ankara gesteuerte Syrian National Army (SNA), ein Zusammenschluss diverser Milizen, darunter auch syrisch-turkmenische Einheiten, gegen die kurdisch kontrollierten Gebiete in Syriens Nordwesten vor. Ziel ist es, die von der SNA und damit faktisch von der Türkei kontrollierten Territorien zu vergrößern und die kurdischen Kräfte, die die Region bisher – mit Unterstützung der USA – gegen den IS verteidigt hatten, so weit wie möglich zu schwächen: Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan nutzte die Abwesenheit einer handlungsunfähigen Regierung in Damaskus systematisch aus. »Aleppo ist türkisch bis auf die Knochen«, hatte Anfang Dezember Devlet Bahçeli, der Chef der extrem rechten türkischen MHP, geätzt. Auch wenn es so weit kaum kommen dürfte – Erdoğan's Ambitionen scheinen klar.

Wie es mit Syrien weitergehen würde, war bei Redaktionsschluss nicht absehbar. Parallelen zur Lage in Libyen nach dem Sturz von Muammar al Gaddafi im Jahr 2011 oder auch zur Lage in Afghanistan nach dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte im Jahr 1989 sind unübersehbar: Die Bevölkerung ist in rivalisierende Gruppen zer-splittert; harte Kämpfe um die Macht in der Hauptstadt sind denkbar; die Jihadisten sind so stark geworden, dass sie in der Lage sind, die Herrschaft über Syrien zu beanspruchen. Dass zahlreiche äußere Mächte nun bemüht sind, sich – in Konkurrenz untereinander – einen möglichst großen Einfluss auf das Land zu sichern, macht die Dinge nicht besser.

Einen Vorgeschmack auf das, was da droht, gab es am 10. Dezember. Während der HTS-Mann Bashir in Damaskus zum Regierungschef erklärt wurde und HTS-Milizionäre in der Hauptstadt patrouillierten, wurden 54 syrische Soldaten auf der Flucht bei Al Sukhna östlich von Homs in der syrischen Wüste von IS-Kämpfern ermordet. Bei denjenigen, die Assads Herrschaft gestützt hatten, weil sie die Jihadisten für das größere Übel hielten – bei vielen Alawiten, Schiiten, Christen etwa –, wuchs die Angst.

Jörg Kronauer hat in der konkret-texte-Reihe zuletzt den Band »Eine Welt ohne Hegemon«. China, der Globale Süden und das Ende der westlichen Vorherrschaft veröffentlicht

Einstürzende Altbauten

Menahem Merhavy über den Waffenstillstand zwischen Israel und der Hisbollah

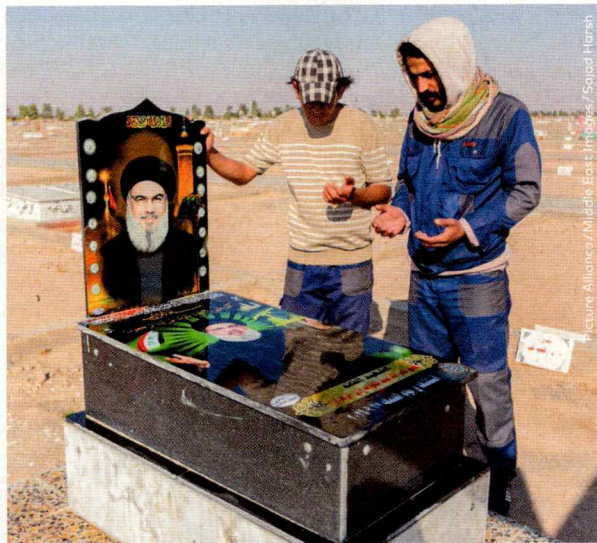
Nach 13 Monaten kriegsreicher Auseinandersetzungen zwischen Israel und der vom Iran unterstützten Hisbollah, von denen die letzten beiden durch eine israelische Invasion im Libanon und intensive Kämpfe gekennzeichnet waren, wurde ein Waffenstillstand erreicht. Dieser ist von den USA mit französischer Unterstützung und iranischer Billigung vermittelt worden, aber letztlich ein Ergebnis der militärischen Erschöpfung auf beiden Seiten und der iranischen Prioritäten in der Region.

Der Ausbruch des Krieges kam für den Iran und die Hisbollah überraschend. Am 8. Oktober vergangenen Jahres beschloss die schiitische Terrormiliz zwar, eine zweite Front zu eröffnen und mit dem Abschluss von Hunderten von Raketen und Drohnen von der libanesischen Grenze aus ihren Teil zu den Angriffen auf Israel beizutragen, doch nach sechs Monaten wurde deutlich, dass sie dem israelischen Militär nicht gewachsen war. Seit September dieses Jahres, als die intensiven Kämpfe in Gaza beendet waren, konzentrierte das israelische Militär seine Bemühungen auf die Hisbollah, und zwar sowohl auf die Zerschlagung ihres Führungskaders als auch auf die systematische Zerstörung ihrer Munitionslager, die auf zahlreiche Häuser in den von Schiiten bewohnten Städten, in Beirut, im Süden und im Baqa'-Tal, verteilt waren. Dieser auf die Hisbollah ausgeübte Druck scheint in Verbindung mit zwei Anschlägen auf iranischem Boden dem Iran einen Preis abverlangt zu haben, den zu zahlen er nicht bereit war.

Noch wichtiger ist allerdings, dass die iranische Strategie eines schiitischen Feuerings um Israel nicht aufgegangen ist. Es hat sich gezeigt, dass dieses Druckmittel, das der Iran gegen seine Erzfeinde in der Region, nämlich Saudi-Arabien und Israel, einsetzt, seine Grenzen hat. Denn als Israel

ernsthaft Vergeltung übte, schienen die Verbündeten den Iran tiefer in den Krieg einzuziehen, als dieser beabsichtigt hatte. Beide Fronten, die zum Gazastreifen und die zum Libanon, zeigten die Verwundbarkeit des Irans in einer Weise, die seine Schirmherrschaft über die islamistischen Terrorgruppen in der Region zu einer Belastung machte.

Im Libanon erwiesen sich die Entwicklungen als noch bedrohlicher für die Hisbollah und folglich auch für ihren Unterstützer.



Game over: Das symbolische Grab von Hisbollah-Führer Hasan Nasrallah in Najaf, Irak, November 2024

Der Krieg zwischen der schiitischen Miliz und Israel schadete den iranischen Interessen in dreifacher Hinsicht: Erstens kostete er hochrangige Mitglieder der Islamischen Revolutionsgarde (IRGC), die auf syrischem Boden tätig waren, das Leben. Auch diplomatische Einrichtungen und die Wohnsitze dieser Personen wurden zum Ziel israelischer Angriffe, was dem Ansehen der Quds-Einheit, einer in Syrien und im Libanon operierenden Elitetruppe der IRGC, schadete. Zweitens haben die schweren Schläge, die die Hisbollah während des gesamten Krieges und verstärkt seit September durch is-

raelische Angriffe einstecken musste, die Brüchigkeit des iranischen Schutzes für die Kader und die Infrastruktur der Miliz unübersehbar gemacht. Und drittens lief die Tatsache, dass der Krieg auf eigenes Territorium übergegriffen hat, dem iranischen Wunsch zuwider. Seit dem Krieg mit dem Irak bemüht sich der Iran, kriegerische Auseinandersetzungen vom eigenen Boden fernzuhalten. Um eben das zu verhindern, hatte er ja die sogenannten Brandherde im Ausland geschaffen, die sich aber nun als kontraproduktiv erwiesen.

Die iranische Führung ist in der Frage der gewünschten Intensität des Konflikts mit dem Westen gespalten. In der Wahl von Masud Peseschkian zum Präsidenten im Juli manifestiert sich sowohl der Wunsch der Bevölkerung nach einer Verringerung der Spannungen mit dem Westen als auch die Bereitschaft des Obersten Führers Khamenei, solchen Forderungen Gehör zu verschaffen. Die Eskalation und die Unmittelbarkeit des Konflikts mit Israel liefen den iranischen Bestrebungen entgegen.

Während man an der libanesischen Front mit der Ankündigung eines Waffenstillstands versuchte, den Schaden zu begrenzen, zeigten sich die Folgen der Schwächung des Iran und der Hisbollah im überraschenden Vormarsch der Islamistenmiliz Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS) gegen die Assad-Regierung. Nun, da Assad keine Hilfe von der Hisbollah erwarten kann, die im Bürgerkrieg vor einem Jahrzehnt sehr wichtig war, fordert HTS indirekt auch den Iran heraus, der bisher für die Sicherheit der Assad-Herrschaft gebürgt hat.

An der syrischen Front offenbaren sich ebenso wie an der libanesischen die Grenzen der sogenannten »Einheit der Fronten«, die der Iran in der Region aufgebaut hat. Ihre Schwäche hat dem iranischen Ruf sowohl in den Augen seiner Verbündeten als auch in den Augen seiner eigenen Bevölkerung geschadet, insbesondere bei den Minderheiten, die in Teheran stets Anlass zur Sorge geben.

Die Zurückhaltung des Iran in der syrischen Situation, die das Potential hat, seine heikle Beziehung zur Türkei zu beeinträchtigen, sowie seine zögerliche Unterstützung der Hisbollah zeugen von dem Wunsch, die Situation zu deeskalieren, da er befürchtet, dass eine weitere Eskalation aus dem Ruder laufen könnte, insbesondere angesichts der neuen Regierung in Washington, die für ihre Unberechenbarkeit bekannt ist.

Menahem Merhavy ist Senior Researcher für Islamic and Middle Eastern Studies an der Hebräischen Universität in Jerusalem

Sozialismus wegen Barbarei

Während die Taliban Afghanistan beherrschen, die Mullahs den Iran fest im Griff haben und Hamas und Hisbollah Israel terrorisieren, entscheidet sich die Autonome Administration Nord- und Ostsyrien (AANES) seit mehr als zehn Jahren für ein basis- und räte-demokratisches System. Von Dastan Jasim

Am 17. November, dem Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, gehen in Kobani viele Männer auf die Straße. Sie halten Bilder der Opfer von Femiciden hoch und rufen zum gesellschaftlichen Wandel auf. Zugleich steht die AANES vor einer weiteren Herausforderung: Seit Beginn des Krieges zwischen der Hisbollah und Israel sind mehr als 20.000 Libanesen in die kurdischen Autonomiegebiete geflohen. Nur wenige Tage zuvor wurde die Region von türkischen Luftangriffen heimgesucht, die breitflächig zivile sowie infrastrukturelle Ziele getroffen und zerstört haben. Eine Momentaufnahme, die Rojava gut beschreibt: Man kämpft ums Überleben, aber der Überlebenskampf dient nicht als Vorwand dafür, von einer Verbesserung der Verhältnisse in Kobani abzusehen oder gar darauf zu verzichten, Solidarität zu zeigen.

2012, als die autonome Region in Rojava sich etablierte, glaubten wenige, dass sie sich lange würde halten können. Syrien befand sich mitten in einer Widerstandsbewegung gegen Bashar al-Assad. Die Situation entwickelte sich rasch zum Bürgerkrieg. Doch die Opposition gegen Assad reproduzierte schnell dieselben reaktionären Denkweisen, die schon den syrischen Widerstand der achtziger Jahre geprägt hatten: eine Nähe zur Muslimbruderschaft, ungebändigter Nationalismus und schließlich sogar Offenheit zur Zusammenarbeit mit Jihadisten aller Art. Als sich Rojava als »dritter Weg« neben Assad und dieser Opposition anbot, wurde es belächelt; nicht zuletzt weil man sich nicht vorstellen konnte, dass die Kurden Syriens, die mindestens zehn Prozent

der Gesamtbevölkerung ausmachen, nach Jahrzehnten rassistischer Unterdrückung Subjekt einer revolutionären Avantgarde sein könnten.

Dennoch glückte der Widerstand – und mehr: Rojava wurde zu einem Hort oppositioneller syrischer Kräfte, die dem Rechtsruck der Freien Syrischen Armee trotzten und sich an der Seite der kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG und der Frauenverteidigungseinheiten YPJ gegen den Islamischen Staat (IS) stellten. 2016 befreiten

sie mit dem Manbij Military Council, einem Selbstverteidigungsrat, der vor allem aus arabischen Kämpfern aus der Region besteht, die überwiegend arabische Stadt Manbij nach mehr als drei Jahren von der grausamen Herrschaft des IS.

Räte haben in Rojava nicht nur auf militärischer Ebene eine Funktion: von Kommunen bis zu Stadträten organisieren sich Frauen, Männer, Jugendliche, Ältere, verschiedenste religiöse und ethnische Gruppen in spezialisierten Räten, die sich von der



Ein Nebenwiderspruch ums Ganze: Kurdische Kinder bei einer Demonstration für die Freilassung Abdullah Öcalans in Beirut, Libanon, 2015

Energieversorgung bis zu Bildungsfragen um alle Themen des Zusammen- und Überlebens kümmern.

Die politische Theorie hinter diesem System wird Abdullah Öcalan zugeschrieben, der sich nach dem Zerfall der RWG-Staaten und seiner eigenen Verhaftung 1999 den Fragen widmete, mit denen sich schon die Pariser rätekommunistische Gruppe Socialisme ou barbarie in den vierziger und fünfziger Jahren beschäftigt hatte. Damals hatte der Stalinismus die Fundamente des progressiven Momentums des Sozialismus zerstört. Für Öcalan war klar, dass diese Zerstörung auch für das Ende der UdSSR verantwortlich war. Die Gesellschaften der Nachfolgestaaten begannen unverzüglich damit, sich auf ihre religiösen und nationalen Identitäten zu besinnen und infolgedessen zu bekriegen, so dass man die Frage stellen musste, ob die gesellschaftliche Revolution für die UdSSR je eine Rolle gespielt hatte. Öcalan befand, dass Etatismus, also die Annahme, nach der außen- und innenpolitische, ökonomische, soziale und ökologische Probleme durch staatliches Handeln zu bewältigen seien, in der revolutionären Praxis nicht zum Ziel führten und im Widerspruch zu einem Revolutionsbegriff stünden, der die Bevölkerung ermächtigte.

Laut Öcalan sollten Mensch, Selbstorganisation und demokratische Nation – also eine Nation, die verschiedene ethnische und religiöse Gruppen in ihrer Spezifität umfasst und die sich alle einem demokratischen Gemeinwesen gegenüber verantwortlich fühlen – die gesellschaftliche Basis des revolutionären Prozesses bilden. Dieser Gedanke gründete einerseits auf einer strategischen Erwägung, andererseits auf einer demokratietheoretischen Überzeugung: Nur wer selbst Politik mache und somit auch Verantwortung trage, könne Motor eines nachhaltigen und progressiven Wandels sein. Letzteres ist zugleich Ausdruck der vehementen Ablehnung Öcalans gegenüber den stammesgesellschaftlichen Strukturen Kurdistans. Familienverbände und Klans trugen und tragen ein großes destruktives Potential. Viele kurdische Klans begingen an der Seite der Osmanen Verbrechen bis hin zu Genoziden an verschiedenen christlichen Ethnien Anatoliens, weil sie im Gegenzug eine bevorzugte Behandlung durch die türkische Bürokratie erwarten konnten. Zugleich ist der stammesföderale Grundbau einer, der gut genutzt werden kann, wenn seine Auslegung nicht länger traditionell, sondern progressiv und universalistisch ist.

Öcalans Revolutionsbegriff bildet den zentralen Unterschied zwischen der kurdischen und anderen oppositionellen und nationalen Bewegungen im Mittleren Osten: Bei letzteren findet eine Kritik an den Defiziten und Verfehlungen der eigenen Bewegung nicht statt, auch wenn diese in vielen

Fällen von den Besatzern genutzt werden. Die kurdische Revolution aber ist immer eine sozialistische, auch insofern als sie unter allen Umständen gegen Korruption, Patriarchat, Nationalismus und Raubbau an der Natur vorgeht. Nur so erklärt sich, dass der Aufbau Rojavas und der ideologische und militärische Kampf gegen den IS möglich waren.

Im Detail hat sich vieles am politischen System der AANES geändert. Während der Anfangszeit Rojavas mussten die kommunalen Rätestrukturen ad hoc viele Aufgaben übernehmen, die nach dem Rückzug des Assad-Regimes unerledigt blieben. Heute ist Rojava durch die Gebiete, die die YPG und die YPJ vom IS befreit haben, größer, aber auch weniger kurdisch, denn Gebiete wie Afrin, Serikaniye und Girespi wurden breitflächig ethnisch gesäubert. Die basisdemokratischen Rätestrukturen und die Verfassung der Region, der sogenannte Gesellschaftsvertrag, der 2014 verabschiedet wurde, wurden weiterentwickelt und vor einem Jahr in ihrer neuesten Form ratifiziert. Nun hat die AANES eine effektive Gewaltenteilung, die ein legislativ-repräsentatives, ein basis- und räte-demokratisches sowie ein exekutives Element umfasst.

Nicht nur politische Entscheidungen werden basisdemokratisch getroffen, auch die Repräsentanten der Exekutive werden so gewählt. Das legislativ-repräsentative Element wiederum hat die Funktion, die verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen zusammenzubringen und so zu garantieren, dass auch auf der Makroebene gemeinsam verhandelt wird. Nach Jahrhunderten der osmanischen, französisch-britischen und arabischen Politik des Divide et impera wird so sichergestellt, dass alle repräsentiert und im Austausch miteinander sind. Was das System AANES zudem ausmacht, ist, dass jenseits aller repräsentativen und basisdemokratischen Strukturen der Gesellschaftsvertrag einige Prinzipien unverbrüchlich festschreibt. Die Gleichberechtigung der Frau ist einer davon.

Das Projekt Rojava ist herausfordernd und zugleich bis heute erfolgreich und auf viele andere Regionen und Bewegungen übertragbar: Zwar wurde viel über die Revolution im Iran geredet, aber nicht über den Umstand, dass die kurdische Bevölkerung dort der Regierung in Teheran gerade durch ihre progressive Selbstorganisation und Graswurzelstruktur so lange trotzen konnte.

Rojava ist nicht perfekt. Aber dort leugnet zumindest kaum jemand die eigene Verantwortung für das, was verbessert werden muss. Zu lange mussten die Kurden mit ansehen, wie ihre Kolonisatoren noch jeden Genozid als Akt des Widerstandes und Antimperialismus legitimierten. Sie wissen, dass sie niemals dasselbe tun wollen.

Dastan Jasim ist Politikwissenschaftlerin, Konfliktforscherin und Aktivistin

Verpflichtet zu lernen

Zentral im Buch *Die Araber von Palästina*, aber auch für Martha Gellhorns Sicht der Dinge steht die Reportage, die sie im Februar 1962 über den Eichmann-Prozess in Jerusalem geschrieben hat. Was sie da beobachtet, mag tauglich sein, noch einmal zu verdeutlichen, worum es bis heute – und heute erst recht – im israelisch-palästinensischen Dauerkonflikt geht: um das Existenzrecht Israels als Folge des Nationalsozialismus. »Dieser Prozess ist für unsere Erziehung gedacht, und wir sind verpflichtet, von (!) ihm zu lernen – um der Sicherheit und Ehre unserer Spezies willen.«

Gellhorn (1908–1998), die viele leider nur als zeitweilige Gefährtin Hemingways kennen, die aber über Jahrzehnte eine brillante (Kriegs-)Reporterin und als Jüdin unmittelbar betroffen war, will in ihren Reportagen gar nicht erst den Eindruck erwecken, sie sei um Distanz bemüht: »Araber sind voller Hass, sie wälzen sich in Hass, sie atmen ihn.« Sie ergreift Partei, wenn sie auf Reisen durch den Nahen Osten, von 1962 bis zum Sechstagekrieg im Jahr 1967 jüdische und palästinensische Israelis und andere Akteure interviewt, wobei sie gelegentlich von den arabischen Gesprächspartnern und deren Geschichtsklitterung schwer genervt ist: »Diesen Gesprächen zuzuhören, ist die Aufgabe eines Psychiaters, nicht einer Journalistin.«

Die aus solchen Gesprächen resultierenden Texte sind historisch, die Fakten, die Gellhorn präsentiert, oft nicht (mehr) verifizierbar – wobei ein aufmerksames Lektorat der Lektüre abträgliche Rätselhaftigkeiten hätte auflösen müssen: »Am 1. Januar 1960 lebten laut israelischer Statistik in Israel 159.236 Muslime, 48.277 christliche Araber und 22.351 Drusen, also ungefähr eine halbe Million Araber.« Steht dieses sehr Ungefähre so bei Gellhorn oder nur in der deutschen Ausgabe? Es trägt jedenfalls ebenso wenig zum Vertrauen in die Faktenzuverlässigkeit bei wie eine »jüdische Bevölkerung« von »1858.841«.

Was fängt man mit so einem Buch an? Man liest es als zeithistorischen Kommentar, der zumindest verdeutlicht, was am Anfang der permanenten Krise steht, bis heute wirkt und nicht in Vergessenheit geraten darf: Das »endlose Palästina-Problem« (Gellhorn) geht zurück auf das, wofür Eichmann steht. Damit das klar ist.

Thomas Schaefer

Martha Gellhorn: *Die Araber von Palästina. Reportagen über Flüchtlinge, Eichmann und den Sechstagekrieg*. Aus dem Englischen von Norbert Hofmann und Hans-Ulrich Möhring. Mit einem Nachwort von Klaus Bittermann. Edition Tiamat, Berlin 2024, 176 Seiten, 18 Euro

Das Friedens-Mikado

So einfach, wie es sich der designierte US-Präsident vorstellt, wird es nicht werden, den Ukraine-Krieg zu beenden.
Von Reinhard Lauterbach

Am ersten Dezemberwochenende hat der designierte US-Präsident Donald Trump einen Aufruf zu sofortigen Friedensverhandlungen im Ukraine-Krieg veröffentlicht. Die Welt warte darauf, diesen »unsinnigen Krieg, der nie hätte beginnen dürfen«, beendet zu sehen. Trump verwies auf nach seinen Angaben inzwischen eine Million Tote und Schwerverletzte auf beiden Seiten, zerstörte Familien und was dem gesunden Menschenverstand sonst noch als Argument für die »Absurdität« des Krieges in den Kopf kommt. Jenseits der Frage, wie ehrlich das gemeint war und ob man soviel Bonhomie bei einem US-Präsidenten vernünftigerweise unterstellen darf, wurde Trumps Statement der Komplexität des Konflikts nicht gerecht.

Kein Wunder also, dass das Möchtegern-Machtwort des noch nicht ins Amt eingeführten Trump verhallte. Beide Seiten reagierten

zurückhaltend auf seinen Appell, und jede von ihnen nannte Bedingungen, die die Zustimmung der anderen Seite im Ausgangspunkt ausschlossen. So erklärte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, ein »gerechter Friede« bedeute, dass die Ukraine in die Nato aufgenommen werde oder gleichwertige Sicherheitsgarantien vom kollektiven Westen erhalte – wohl wissend, dass genau die drohende ukrainische Nato-Mitgliedschaft für Russland der zentrale Kriegsgrund war. Kremlsprecher Dmitrij Peskow seinerseits sagte, ein Dialog sei jederzeit möglich, wenn die Ukraine ihr selbst auferlegtes Gesprächsverbot mit Russland aufhebe und zu den Ergebnissen der Verhandlungen in Istanbul vom Frühjahr 2022 zurückkehre. Damals hatte die Ukraine eine langfristige Neutralität zugesichert, war von dieser Position aber unter dem Einfluss von Großbritannien und den USA wieder abgerückt. In der

Sache also scheint ein Frieden in der Ukraine auch nach Trumps Erklärung um keinen Schritt nähergerückt.

Oder? Selenskyj schrieb zuletzt auf seinem Telegram-Kanal, der ukrainische Nato-Beitritt sei ein Thema für Gespräche mit Joe Biden; mit Trump habe es keinen Sinn, darüber zu sprechen. Bereitet da jemand den Abschied von einem zentralen politischen Ziel vor, da ja klar ist, dass auch Biden erstens einem offenen ukrainischen Nato-Beitritt seit jeher skeptisch gegenüberstand und zweitens seine Tage im Amt gezählt sind? Und, von der anderen Seite: der Chef der russischen Auslandsaufklärung und Mitglied im Nationalen Sicherheitsrat Russlands, Sergej Naryschkin, hat erklärt, Russland stehe »kurz vor der Erreichung der Ziele« der »militärischen Spezialoperation«. Das hatte man vorher aus Moskau nicht gehört. Verhandlungen mit Selenskyj werde es allerdings, so Naryschkin weiter, nicht geben, da dieser nicht mehr legitim im Amt sei. Abgesehen von der formalen Seite des Arguments, über die Juristen trefflich streiten können: Signalisiert da Russland, dass im Grunde nur noch die Person Wolodymyr Selenskyj einen Friedensschluss verhindere? Dass also Russland faktisch bereit sei, seine eigenen Forderungen nach Übergabe aller vier heute nur teilweise besetzten ukrainischen Regionen zu vergessen und sich mit einem Waffenstillstand entlang der Frontlinie zum Stichtag zufriedenzugeben? Bisher kontrolliert Russland das Gebiet Luhansk fast vollständig, den Bezirk Donezk, in dessen westlichen Randgebieten zuletzt der Schwerpunkt der Kämpfe lag, zu etwa drei Vierteln, und die Gebiete Saporischja und Cherson zu jeweils etwa sechzig Prozent. Äußerungen wie diese suggerieren, dass an der Prognose von Aleksej Arestowitsch, einem ehemaligen Selenskyj-Berater und heute Vertreter einer »realpolitischen« Haltung zum Krieg, etwas dran sein könnte: Trump signalisiere beiden Seiten, sie sollten bis zum 20. Januar, also dem Tag vor seiner Amtseinführung, so viel Territorium erobern beziehungsweise halten, wie sie könnten – aber danach solle und müsse rasch Schluss sein mit den Kämpfen.



Mit oder ohne Zunge? Während der Preisverleihung zu Ehren der Verteidiger der Ukraine assistiert Selenskyj einem Soldaten beim Flaggenkuss, 6. Dezember 2024 in Kiew, Ukraine

Wolodymyr Selenskyj würde mit einem Eingehen auf Verhandlungen der Stimmung einer Mehrheit der Ukrainer folgen: 52 Prozent sind inzwischen für Gespräche, nur noch 38 Prozent dagegen. Der Hurratriotismus des »Kämpfens bis zum Sieg« hat sich auch in den Regionen des Landes, wo er bisher die dominierende Stimmung war, halbiert: So vertreten diese Position etwa in der Westukraine nur noch gut vierzig Prozent der Befragten, zu Kriegsbeginn waren es um die achtzig. Das Problem liegt eher in Selenskyjs persönlicher Karriereplanung: Sobald der Krieg vorbei und der Kriegszustand aufgehoben ist, kommt er um baldige Neuwahlen sowohl des Parlaments als auch des Staatsschefs nicht mehr herum. Und da sehen seine Chancen nicht besonders gut aus: Nur noch 16 Prozent erklärten sich im Oktober 2023 bereit, dem Amtsinhaber eine zweite Amtszeit zu bewilligen, gut sechzig Prozent fanden, Selenskyj solle gar nicht mehr antreten. Mutmaßlicher Wahlsieger wäre nach dem Stand vom Dezember der auf den Botschafterposten in London abgeschobene Ex-Oberbefehlshaber der ukrainischen Armee, General Walerij Saluzhnyj. Selenskyj geht mit seinen allabendlichen Auftritten im – stets tadellos gebügelten – Militär-T-Shirt den Leuten im eigenen Land ebenso auf die Nerven wie der »internationalen Gemeinschaft«, die ihn auf der Herbstvollversammlung der Uno vor einem zu drei Vierteln leeren Saal reden ließ – nichts mehr von der Atmosphäre der Standing Ovationen der ersten Kriegsjahre. Innenpolitisch ist Selenskyj vor allem mit dem Versprechen, für das er 2019 gewählt wurde, kläglich gescheitert: der Bekämpfung der Korruption. Sie hat im Gegenteil im Zusammenhang mit der Mobilisierung für die ukrainische Armee ungeahnte Ausmaße angenommen. Wer irgend ein paar tausend Dollar oder Euro übrig hatte, konnte und kann sich bei den Wehrersatzämtern eine Zurückstellung oder Untauglichkeitsbescheinigung kaufen und dem Kriegsdienst entgehen. Der Witz ist die konkrete Ausgestaltung der Bestimmungen: Für eine Zurückstellung muss ein Verdienst von etwa dem Doppelten des amtlichen Mindestlohns nachgewiesen werden – also werden die Armen gezogen, die etwas besser Gestellten können sich mit ein bisschen Glück freikaufen. Zuletzt haben die Rekrutierungsbehörden sich noch etwas einfallen lassen, um aus der begehrten Zurückstellung eine Quelle laufender Einnahmen zu machen: Die Bescheide gelten nur noch befristet, und jede Verlängerung kostet erneut.

Während freilich die ukrainischen Kriegsziele von der Rückeroberung aller besetzten Gebiete bis zu den Grenzen von 2022 oder sogar 2013 heute von niemandem mehr ernst genommen werden, könnte sich auf russischer Seite ein Faktor für einen Friedensschluss erschwerend geltend machen, der

mit der Ukraine auf den ersten Blick nichts zu tun hat: das unrühmliche Ende des Assad-Regimes in Syrien. Für Wladimir Putin käme es vor allem darauf an, auch einen Kompromissfrieden entlang der Waffenstillstandslinie als Erfolg zu verkaufen, um nicht kurz nacheinander für zwei Niederlagen politisch eintreten zu müssen: die wirkliche in Syrien und eine eventuell halbe in der Ukraine. Deshalb wird Russland vermutlich bei etwaigen Verhandlungen eher in territorialen Fragen gesprächsbereit sein als beim Thema Nato-Anbindung der Ukraine. Sie zu verhindern, war ja auch das eigentliche Kriegsziel Moskaus. An dieser Stelle wird von entscheidender Bedeutung sein, was der künftige US-Präsident auf den Tisch zu legen bereit ist.

Trumps Bemerkung über den »Krieg, der nie hätte beginnen dürfen«, hat aber noch einen anderen Aspekt: die völlige Gleichgültigkeit gegenüber den nationalen Kriegszielen beider Seiten. An dieser Stelle dürfte unter der neuen Administration eine fundamentale Differenz zur EU aufbrechen, auf die sich diese auch schon seit Monaten unter dem Stichwort »strategische Unabhängigkeit« und »Abkoppelung von Trump« vorbereitet. Denn wenn sich Trump gegenüber den Ambitionen der europäischen Juniorpartner souverän zurücklehnen könnte, wäre der Konflikt zwischen den in der EU zusammengeschlossenen Klein- und Mittelmächten Europas und Russland aus deren Sicht einer, in dem es ums Ganze geht: um ihre künftige Rolle in der Welt und ihre Selbstachtung als Imperialisten. Wer soll sie global ernst nehmen, wenn sie im eigenen Vorfeld nicht »kriegstüchtig« sind? Absehbar ist deshalb, dass die EU auch dann, wenn die USA das Interesse am Ukraine-Konflikt verlieren sollten, aus eigener Motivation eine aggressive und potentiell eskalierende Linie verfolgen wird. Die Personalien der für die osteuropäische Thematik im umfassenden Sinn zuständigen Mitglieder der neuen EU-Kommission sprechen für sich: die Estin Kaja Kallas als Außenbeauftragte, der Litauer Andrius Kubilius im neugeschaffenen Amt des Verteidigungskommissars, der Pole Piotr Serafin im Haushaltsressort zuständig für die Umschichtung von Mitteln vom »Gedöns« des Radwegebaus aus dem Kohäsionsfonds in die globale Konfrontation, und schließlich die Finnen Henna Virkkunen für »Sicherheit, Demokratie und Werte«, also den politischen Überbau dazu. Man kann nicht die Schuld an der ganzen weltpolitischen Konfrontation auf die USA schieben. Für europäische Linke wird es wichtig sein, an das alte Wort von Karl Liebknecht zu denken: Der Hauptfeind steht im (erweiterten) eigenen Land. ●

Reinhard Lauterbach schrieb in konkret 10/24 über die drohende Eskalation des Ukraine-Kriegs

Friedenspfeifen

Weltweit eskalieren militärische Konflikte, die Zahl der Kriegsflüchtlinge liegt auf einem Rekordniveau, und wie die aktuelle Shell-Jugendstudie zeigt, haben junge Menschen hierzulande vor nichts mehr Angst als vor einem Krieg. Eigentlich müsste der Pazifismus also Hochkonjunktur haben.

Könnte die Friedensbewegung einst Hunderttausende mobilisieren, ist es heute jedoch nur eine Handvoll Pazifisten, die sich auf den Marktplätzen der Republik zusammenfindet. Der Altersschnitt ist hoch, die gesellschaftliche Relevanz minimal.

Ein Widerspruch, dem Pascal Beucker in *Pazifismus – ein Irrweg?* auf den Grund geht. Detailliert lässt er in seinem kompakten Buch die Geschichte des Pazifismus Revue passieren. Dabei beschreibt er treffend das pazifistische Dilemma, das Stefan Zweig einst mit dem Bonmot auf den Punkt brachte, es sei »die fast vernichtende Tragik des Pazifismus, dass er nie zeitgemäß erscheint, im Frieden überflüssig, im Kriege wahnwitzig«.

Mit dem simplen Verweis auf schwierige Zeiten gibt sich Beucker jedoch nicht zufrieden. Die Friedensbewegung dürfe »nicht den Fehler begehen, ihre aktuelle Schwäche nur auf die herrschenden Verhältnisse zu schieben, ohne ihre eigene Verantwortung zu reflektieren, warum so viele Menschen nicht mehr mit ihr demonstrieren«, so der Kriegsdienstverweigerer und langjährige »Taz«-Redakteur.

In seiner Analyse scheut Beucker auch vor unangenehmen Erkenntnissen nicht zurück. So attestiert er angesichts von Relativierung und Verharmlosung des russischen Kriegs gegen die Ukraine vielen Friedensfreunden ein Glaubwürdigkeitsproblem: »Wenn Anhänger eines prinzipiellen Pazifismus jegliche Beteiligung an einem Krieg, und sei es durch militärische Hilfslieferungen an das angegriffene Land, kategorisch ablehnen, dann ist das erst einmal eine durchaus integrale Position ... Aber wenn jemand ... auch zivilen Widerstand und gewaltfreie Aktionen gegen den Okkupanten nicht befürwortet, dann kann er sich nicht mehr Pazifist nennen, sondern muss mit dem Verdacht leben, das Geschäft des Aggressors zu betreiben«.

Bei aller Kritik an dessen aktuellen Ausformungen ist Beuckers Buch dennoch ein leidenschaftliches Plädoyer für den Pazifismus – allerdings für einen, der sich von den herrschenden Verhältnissen nicht dumm machen lässt.

Stefan Dietl

Pascal Beucker: *Pazifismus – ein Irrweg?* Kohlhammer, Stuttgart 2024, 178 Seiten, 19 Euro

Gott ist doch nicht nur mit Russen, er ist mit allen, die an ihn glauben«, versucht Marija Sacharowa, Sprecherin des russischen Außenministeriums, die Aussagen ihrer Vorgesetzten zu entschärfen. Das ist keine leichte Aufgabe, denn gerade hat das Publikum im

bekommen. Neben Wohltätigkeit und religiöser Erbauung lagen die Schwerpunkte der Arbeit der SRN und ihrer zahlreichen Splittergruppen auf der Organisation von Streikbrechern, der Publikation von verschwörungstheoretischen Schriften und der Aufhetzung der städtischen Unterschichten

lizei vermied es, sich bei Pogromen einzumischen. Doch begannen viele hohe Beamte, sich vor der »Revolution von rechts« zu fürchten. Bezeichnenderweise kamen im Februar 1917 die »Hundertschaften«, die angeblich zahlreichste politische Organisation des Reiches, nirgendwo dem entmachteten Zaren zu Hilfe.

Bereits 2005 gab es einen Versuch der Wiederbelebung aus antisemitisch-monarchistischen Kreisen, was jedoch schnell in der Bedeutungslosigkeit versank. Malofejews Neugründung ist ein Projekt von einem ganz anderen Kaliber. Anwesend waren neben Sacharowa der Stellvertretende Duma-Vorsitzende Petr Tolstoi, der »Donbass-Held« Alexander Borodai, Kirchenvertreter und Veteranen der »Spezialoperation«, die Gouverneure der Regionen Wolgda, Tomsk, Kaluga und Kurgan sowie der bekannte neurechte Ideologe Alexander Dugin. Zu Antisemitismus und gewalttätigen Praktiken des historischen Vorbildes fiel kein Wort, statt dessen plädierte Sacharowa dafür, Abtreibungen als »Mord« zu bezeichnen. Die meiste Redezeit entfiel ohnehin auf Warnungen vor LGBT und Migranten, die das russische Volk gefährden. Deutlich gemacht wurde, dass der Kampf nicht nur verbal geführt werden soll und auch nicht dem staatlichen Gewaltmonopol überlassen werden wird. Schon seit Anfang 2024 geht die von Malofejew unterstützte Miliz »Russische Gemeinschaft«, gegründet 2020 und inzwischen auf 150 Ortsgruppen angewachsen, mancherorts mit der Polizei zusammen auf Patrouille.

Die SRN ist eine organisatorische Plattform, die den rechtsradikalen Kräften in der politischen Landschaft Russlands bisher fehlte. Sie bekommen damit neue Möglichkeiten, die anderen politischen Kräfte, darunter auch die im Parlament vertretenen Parteien, unter Druck zu setzen. Außerdem können sie weiterhin als außerparlamentarische Bewegung den Staat für seine mangelnde Härte kritisieren, während sie sich den Gewaltinstrumenten des Staats annähern.

Malofejew verlangt zwar, den Krieg bis zur Einnahme Kiews zu führen – und schon mancher Hardliner geriet mit solchen Forderungen in Konflikt mit dem Kreml. Auseinandersetzungen sind dennoch eher unter den Rechtsradikalen auszumachen. Der Rassismus der SRN macht kaum einen Unterschied zwischen Migranten und russischen Staatsbürgern aus dem Nordkaukasus und anderen »nichtweißen« Regionen. Das führte in letzter Zeit zu verärgerten Reaktionen eines anderen wichtigen »Turbopatrioten«, des Präsidenten der Autonomen Republik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow.

Ewgeniy Kasakow schrieb in konkret 9/24 über eine Werbetournee der »Asow«-Nazis

Helden der Heimatfront

Die Wiedergründung der Union des Russischen Volkes verdeutlicht die offene Unterstützung des russischen Staatsapparats für Rechtsradikale. Von Ewgeniy Kasakow

riesigen Konferenzraum der Moskauer Erloserkathedrale aus voller Kehle gebrüllt: »Wir sind Russen – mit uns ist Gott!« Es ist der 24. Oktober 2024, und Sacharowa ist nur eine von etlichen offiziellen Vertretern des Staates, die erschienen sind, um einem historischen Ereignis beizuwohnen: Unter der Regie des patriotischen Milliardärs Konstantin Malofejew und seines Medienunternehmens Zargrad wird die Union des Russischen Volkes (SRN) wiedergegründet. Die »wahren Patrioten« wollen dem Vaterland in schweren Zeiten beistehen.

Das historische Original entstand während der ersten Russischen Revolution 1905. Viel bekannter als die Organisation sind seine militanten Einheiten geworden – die Schwarzen Hundertschaften. In Folge ihrer Aktivitäten ist das russische Wort »Pogrom« in etliche Welt Sprachen eingegangen, und bis heute ist *tschernosotenez* (»Schwarzhundertschaftler«) im Russischen eine abwertende Bezeichnung für einen gewaltbereiten Nationalisten.

Die Gründung der SRN war ein Wendepunkt in der Geschichte der politischen Rechten im Russischen Reich. Hatten sich die Konservativen davor vor allem dafür eingesetzt, jegliche Beteiligung der »unteren Stände« an Politik zu unterbinden, kam es angesichts der wachsenden revolutionären Gefahr bei einigen Adligen und hohen Klerikern zum Umdenken. »Die einfachen russischen Menschen«, fest im orthodoxen Glauben und in der Treue zum Zaren, sollten sich aktiv gegen Subversion einsetzen. Die Autokratie sollte eine organisierte Massenbasis

zur Gewalt gegen Sozialisten, Liberale und Juden.

Die russischen Arbeiter und Bauern sollten vor dem angeblichen Einfluss von Juden und Freimaurern geschützt werden, denen die Schuld an der Verelendung der Christen zugeschrieben wurde. Ihre Hochburgen hatten die Schwarzhundertschaften-Parteien in der heutigen Ukraine, wo neben dem Antisemitismus der Kampf gegen den katholisch-polnischen Einfluss und die Abwehr der ukrai-

Der Kampf der SRN soll nicht nur verbal geführt und auch nicht dem staatlichen Gewaltmonopol überlassen werden

nischen Nationalbestrebungen in der orthodoxen Bevölkerung auf der Agenda standen. Mit ihrer Forderung, Land an orthodoxe Bauern zu verteilen, machten sie sich einen Namen als »Sozialrevolution von rechts«.

Anfänglich von der Regierung unterstützt, wurden die Schwarzhundertschaften jedoch selbst zum destabilisierenden Faktor. Zwar wurden die an das »einfache Volk« gerichteten Publikationen vom Innenministerium mitfinanziert, manchmal sogar in Polizeidruckereien vervielfältigt, und die Po-

Joseph Conrad in Indien

Shashi Tharoor hat ein brillantes Buch über die britische Kolonialherrschaft in Indien geschrieben. Von Britta Petersen

Als Shashi Tharoor am 28. Mai 2015 vor die Oxford Union Society – den vermutlich bekanntesten britischen Debattier-Club – tritt, ahnt er nicht, dass die 15minütige Rede, die er nun halten wird, die weltweite Debatte über die Folgen des Kolonialismus noch einmal ganz neu anfachen wird.

Seine Rede leitete er eher heiter ein: »Jetzt, wo ich mich als siebter von acht Rednern an einem Abend wiederfinde, der Ihnen sicher schon ziemlich lang vorkommt, fühle ich mich ein wenig wie die letzte Frau von Heinrich VIII. Ich weiß mehr oder weniger, was von mir erwartet wird, aber ich bin mir nicht sicher, wie ich es anders machen soll.«

Es folgte eine furiose Abrechnung mit der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien, die bis heute mit einer Mischung aus Selbstgerechtigkeit und Nostalgie auf jene zwei Jahrhunderte (1858–1947) Herrschaft in Indien zurückblickt, die Tharoor als *Zeit der Finsternis* beschreibt. Das gleichnamige Buch, das der ehemalige indische Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten 2016 geschrieben hat, nachdem die Rede auf YouTube viral ging, liegt nun endlich auch in deutscher Übersetzung vor.

Das ist gut, denn es ist eine spannende Einführung in die Abgründe des Kolonialismus, den man sich in Deutschland bisher weniger schöngeredet als beschwiegen hat. Kein Wunder, denn anders als die britische Kolonialherrschaft in Indien, war der deutsche Kolonialismus in Afrika ökonomisch eher ein Reinfall, auch wenn einige Hamburger Pfeffersäcke zwischenzeitlich gut daran verdient haben.

In Großbritannien hingegen, dessen Eliten ihren Reichtum zum Teil bis heute dem ehemaligen Empire verdanken, setzte nach dem erzwungenen Abzug aus Indien 1947 und dem Ende des Weltmachtstatus sehr schnell eine Verklärung der »guten alten Zeit« ein. Nicht zuletzt aus diesem Grund war Shashi Tharoor über den enormen Erfolg sei-

ner Rede, in der er Reparationen für die Plünderung seines Landes fordert, so überrascht. »Ich dachte, ich hätte nichts schrecklich Neues gesagt«, gestand er. Weil es offenkundig nötig war, das »nicht schrecklich Neue« noch einmal zu erzählen, goss Tharoor seine Rede in Buchform.

Mit dem ehemaligen Unter-Generalsekretär der Vereinten Nationen und Autor zahlreicher Romane und Sachbücher hat das Vereinigte Königreich nun den Kritiker bekommen, den es verdient. Tharoor, der als Abgeordneter für den Bundesstaat Kerala im indischen Unterhaus sitzt, ist nicht nur einer der talentiertesten Politiker seiner Generation, sondern auch Indiens bester Redner in englischer Sprache. In geschliffenen Sätzen voll Sarkasmus und Angriffslust beraubt er die Briten der Illusion, dass die Kolonialzeit eigentlich doch auch zum Nutzen der Inder/innen gewesen sei, zumindest aber nicht so schlimm. Sie war es nämlich doch.

Durch ein System von Eliteschulen wollten die Kolonialherren seinerzeit in Indien Subjekte produzieren, die wie Engländer tickten. Dass dies im Falle Tharoor nicht gelungen ist, liegt sicher auch daran, dass der 1956 Geborene erst nach der Unabhängigkeit das bekannte St. Stephen's College in Neu-Delhi besuchte. Mehr aber wohl daran, dass die These von den Segnungen des Kolonialismus in Indien ohnehin nur wenige Anhänger hat. Zu offensichtlich ist die Tatsache, dass damals keineswegs ein aufgeklärtes Königreich die Schätze seiner Zivilisation verbreitete. Tharoor zeigt überzeugend und auf Basis lange bekannter historischer Analysen und Quellen, dass das britische Empire in Indien eine Schreckensherrschaft war, während der rund 35 Millionen Menschen ihr Leben verloren. Die so genannte »zivilisatorische Mission« des Kolonialismus entlarvt er als pure Rechtfertigungsideologie.

Dessen Ziel war es, möglichst viel Geld aus der Kolonie herauszuquetschen. Das ist gelungen. Als die East India Company die heutigen Staaten Indien, Pakistan und Bang-

ladesch unter die Kontrolle der britischen Krone brachte, lag der Anteil Indiens am weltweiten Bruttoinlandsprodukt bei 23 Prozent, nach deren Abzug waren es nur noch drei. Aus diesem Grund fordert Tharoor von London Reparationen in Höhe von einem symbolischen britischen Pfund pro Jahr der Kolonialherrschaft, oder auch »ein einfaches: Sorry«. Denn er weiß genau, dass niemand eine angemessene Entschädigung aufbringen könnte. Viel wichtiger als diese Forderung ist daher die unzweideutige Botschaft des Buchs.

Das britische Empire hat in Indien *crimes against humanity* begangen – und zwar viele. In der berühmten Hungersnot von Bengalen 1943 etwa starben bis zu 3,9 Millionen Menschen, weil der damalige britische Premierminister Winston Churchill während des Kriegs anordnete, britische Soldaten statt bengalische Bauern mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Nach Meinung Churchills waren die Inder ohnehin selbst schuld an der Hungersnot, da sie sich »wie Kaninchen« vermehrten.

In Wahrheit waren Hungersnöte im britischen Empire gang und gäbe. Denn die Wirtschaft Indiens wurde unter britischer Herrschaft auf Extraktion getrimmt. Die Gewinne mussten stimmen, auch wenn sich die Menschen vor Ort nichts mehr zu essen kaufen konnten. Zwischen 1770 und 1943 starben 30 bis 35 Millionen Inderinnen und Inder an Hunger. Nach der Unabhängigkeit 1947 ist es zu keiner weiteren Hungersnot gekommen.

Die Verbrechen der britischen Kolonialherrschaft enden damit nicht. Die systematische Zerstörung der indischen Textilindustrie mit dem Ziel, das Land, das zu seiner Zeit führend in der Produktion von Textilien war, zu einem Lieferanten von Rohstoffen zu degradieren, war ein Projekt des Kolonialismus, das bis heute in vielen ehemaligen Kolonien nachwirkt.

Die in Indien als Erster Unabhängigkeitskrieg bekannte Rebellion von 1857 wurde von den Briten brutal niedergeschlagen, bis zu 800.000 Menschen sollen dabei ums Leben gekommen sein. Der überhastete Abzug des finanziell vom Zweiten Weltkrieg ausgelagerten Großbritanniens aus Indien und die darauf folgende Teilung des Landes, scherte sich ein letztes Mal nicht um die Folgen für die Bevölkerung. Die Zahl der Toten wird auf mindestens eine Million beziffert.

Nach Tharoors Buch kann nun niemand mehr sagen, er habe nichts gewusst. ●

Shashi Tharoor: *Zeit der Finsternis. Das Britische Empire in Indien*. Aus dem Englischen von Cornelius Reiber. Die Andere Bibliothek, Berlin 2024, 480 Seiten, 48 Euro

Britta Petersen schrieb in konkret 12/24 über die Wahlen in Sri Lanka

»Dann lieber Flaschenpost«

Der vor kurzem erschienene Band *Rechts, wo die Mitte ist. Die AfD und die Modernisierung des Rechtsextremismus* (siehe Abopremie auf Seite 8) versucht, den Erfolg der AfD zu erklären. Ein Gespräch mit Thorsten Mense, der das Buch gemeinsam mit Judith Goetz herausgegeben hat



Konkret: 2025 ist in Deutschland die Mitte rechts. Was ist passiert, und was hat das mit Kapitalismus zu tun?

Thorsten Mense: Es ist sicher keine neue These, dass die Krisenhaftigkeit der Verhältnisse zum Erfolg der Rechten beiträgt, und gerade überschlagen sich die Krisen: die Finanzkrise ab 2007, 2008 wirkt noch immer nach, dann die Pandemie, die das Gefühl von Unsicherheit, Instabilität und Ohnmacht, das ja grundsätzlich kapitalistische Verhältnisse prägt, noch mal verstärkt hat, dazu der Krieg, der nach Europa zurückgekehrt ist, die Eskalation im Nahen Osten, die Inflation und schließlich die Klimakrise, die sich zu einer Klimakatastrophe gewandelt hat. Eine Krise jagt die nächste, und es wird nicht besser,

sondern gefühlt jeden Tag schlimmer. Als Antwort auf solche Krisen wenden Leute sich oft autoritären oder identitären Lösungsstrategien zu. Das ist, sozialpsychologisch betrachtet, einer der Hauptgründe für die rechtsautoritäre Entwicklung.

Das betrifft auch die sogenannte Mitte der Gesellschaft. Nun war die noch nie total demokratisch und humanistisch eingestellt, das kann man in den Studien zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit schon seit Jahrzehnten nachlesen. Was sich verändert hat, ist, dass diese Ressentiments und autoritären Einstellungen aktiviert und normalisiert wurden.

Aber es gibt nicht nur eine Übernahme rechter oder rechtsextremer Positionen durch die Mitte, diese Einstellungen entstehen aus dieser Mitte heraus. Das hat insofern mit Kapitalismus zu tun, als dass autoritäre Einstellungsmuster wie Rassismus, Nationalismus, Antifeminismus und Antisemitismus in der kapitalistischen Ordnung angelegt sind. Die Rechtsextremen vertreten letztlich nur verschärfte Varianten dieser Einstellungsmuster. Die AfD kann so einen Erfolg haben, weil sie auf diesen bürgerlichen Resonanzraum trifft. Zugleich steht die AfD für eine Modernisierung des Rechtsextremismus. Sie schafft es, Gruppen und Milieus anzusprechen, die der traditionale Rechtsextremismus nicht ansprechen konnte. Dabei ist sie nicht weniger rechtsextrem. Eine lesbische Parteivorsitzende wäre vor wenigen Jahren noch unmöglich gewesen im rechtsextremen Milieu und ist es in anderen Ländern auch weiterhin. Aber die AfD schafft es, sich den

veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen anzupassen und dementsprechend auch für Homosexuelle oder für Menschen mit Migrationsbiografien und viele andere Gruppen, die die NPD oder die DVU nie ansprechen konnte, eine wählbare oder unterstützenswerte Option zu sein.

Diese Krisenhaftigkeit der Verhältnisse ist eine, die im Alltag nur sehr vermittelt ankommt. Was man aber direkt merkt, ist, dass die Preise im Gegensatz zu den Realloöhnen gestiegen sind, dass man höhere Mieten zahlt. Warum ist das vordringliche Bedürfnis der Leute nicht, daran was zu ändern?

In solchen Krisen ist die Frage ja immer: Wieso gibt es keine sozialen Kämpfe, und wieso wenden die Leute sich nicht einer linken Bewegung zu, die sich für ihr konkretes Lebensumfeld einsetzt? Und da darf man diesen sozialpsychologischen Aspekt nicht unterschätzen. An solchen Kategorien wie Nation, »Rasse« und Männlichkeit kann man sich festhalten. Sie ersetzen die Solidargemeinschaft, die im Alltag fehlt. Die Linke kann die nicht mehr bieten, die Gewerkschaften können die nicht mehr bieten. Und dann wendet man sich eben solchen Zugehörigkeitsvorstellungen zu, die vermeintlich natürlich sind. Der große Vorteil dieser »Natürlichkeit« ist, dass niemand sie einem wegnehmen kann, während alles andere gerade instabil ist, ob Arbeitsplatz, die Preise im Supermarkt oder der Familienzusammenhang.

Und natürlich hat es auch etwas mit dem Konkurrenzgedanken, der ja Grundlage unserer Gesellschaft ist, zu tun. Man will sich mit Leuten zusammentun, um für die vermutlich noch schlechter werdenden Zeiten gewappnet zu sein und sich gegen andere durchsetzen zu können.

In Ihrem Buch schreiben Sie, der Erfolg der AfD beruhe auch auf einer Normalisierung des Nationalismus. Wann hat die angefangen, und über welche Etappen ist sie verlaufen?

Die Normalisierung des deutschen Nationalismus ist immer mit der Frage, ob und wie man an die NS-Zeit erinnert, verbunden. Da gibt es eine lange Vorgeschichte. Um nicht zu weit auszuholen: Ein entscheidender Faktor war das »Sommermärchen« 2006, das heißt, der Ausbruch des sogenannten Partypatriotismus bei der Fußball-WM. Da gab es eine Massencelebration von deutschem Nationalstolz, die man vorher tatsächlich nicht kannte. Natürlich kam die nicht aus dem Nichts. Aber das, was 2006 passiert ist, hat viel dazu beigetragen, dass eine Partei, die einen völkischen Nationalismus vertritt, überhaupt so eine Akzeptanz erreichen kann. Das sagt übrigens auch die extreme Rechte selbst. Es gibt Texte von Götz Kubitschek, wo er vom »Normalisierungspatriotismus« redet und dort anknüpft. Und es gab damals Diskussionen in der extremen Rech-

ten, die gesagt haben, das wird nachhallen, jetzt gibt es einen gemeinsamen Nenner, den deutschen Nationalismus, und über den können wir unsere extrem rechten Positionen in die Breite der Gesellschaft tragen. Und ich würde sagen, das hat funktioniert.

Es wird ständig erzählt, man müsse die AfD entzaubern. Aber die Leute wählen diese Partei nicht trotz, sondern wegen ihres Antifeminismus und Rassismus. Warum wird trotzdem ständig so getan, als müsste man den Leuten erzählen, wen sie da wählen?

Mittlerweile gibt es da gar nichts mehr zu diskutieren. Wenn der Verfassungsschutz die AfD als rechtsextremen Verdachtsfall einstuft, steigen ihre Umfragewerte. In Thüringen ist Björn Höcke der Chef, ein Faschist und völkischer Nationalist, und dort hat die Partei die Landtagswahlen gewonnen. Diese ganze Diskussion, ob das alles nur Protestwähler sind, hat sich eigentlich längst erledigt. Und trotzdem wird sie weitergeführt. Warum? Es hat sicher mit einer mangelnden Analyse zu tun, wie Rechtsextremismus entsteht und was er bedient. Es ist sinnlos, der AfD vorzuwerfen, sie sei doof, weil ihr Programm so widersprüchlich ist. Denn das scheint niemanden zu stören. Egal, wie viele Skandale die Partei produziert, wie sehr sich ihre Mitglieder die Köpfe einhauen, die Unterstützung für sie steigt stetig. Man muss diese Widersprüche ernst nehmen und schauen, welche Funktion sie haben und welches reaktionäre Bedürfnis die AfD erfüllt.

Außerdem scheut man sich, die AfD als politischen Feind zu benennen und dementsprechend zu handeln. Man will die Leute immer noch »abholen«. Es ist oft die Rede von gesellschaftlicher Spaltung. Was das angeht, bräuchte es mehr gesellschaftliche Spaltung. Eine klare Abgrenzung von der AfD und ihren Positionen. Aber diese Positionen werden längst nicht mehr nur von der AfD vertreten, sondern auch von großen Teilen der Mitte. Das heißt, diese Abgrenzung ist gar nicht möglich.

Der Untertitel Ihres Buches lautet: die Modernisierung des Rechtsextremismus. Wie sieht denn der moderne Rechtsextremismus aus?

Die AfD ist eine Partei, die sehr von inneren Widersprüchen geprägt ist, in der es viele verschiedene Strömungen gibt. Aber wenn man sie als Ganzes betrachtet, fehlen ihr gewisse Dinge, die zur traditionellen Definition einer faschistischen Partei gehören. Es gibt keine Erzählung von der Wiedergeburt der deutschen Nation, keine uniformierte Massenbewegung, keinen völkischen Antikapitalismus, der bei der NPD ganz stark aus-

geprägt war. Die AfD ist eine durch und durch neoliberale Partei. Und trotz ihrer Queer- und Homofeindlichkeit ist auch für diese Leute Platz in der AfD. Ein ganz wichtiger Punkt ist auch, dass sie antidemokratisch ist, aber keine Politik gegen die Demokratie macht, sondern sich selber als eine Kraft darstellt, die eigentlich noch viel mehr Demokratie möchte, auch Volksabstimmungen und so was. Anders als der traditionelle Rechts-



Unbeschwert scheiße sein: Mit dem Sommermärchen 2006 wurden deutsche Träume wahr

extremismus will die AfD nicht die Demokratie abschaffen. Ihre Vertreter wollen auf demokratischen Wegen an die Macht kommen, um dann innerhalb der Demokratie ihre autoritären, rechtsextremen Positionen durchzusetzen.

Wenn die Mitte rechts ist, wo ist dann die Linke? Oder anders: Wenn ich mir »Markus Lanz« anschau, und es geht um Migration, dann setzt die Debatte dort an, wo man als Linker sagen muss, dass man darüber nicht diskutieren kann, weil die Prämissen schon alle falsch sind. Und das trifft eigentlich auf sämtliche politische Fragen zu. Man ist als Linker komplett entkoppelt vom politischen Diskurs und führt seine eigene Debatte. Und ich glaube, das marginalisiert einen zusätzlich, weil man für die Mehrheitsgesellschaft gar nicht mehr verständlich sein kann.

Aber trotz der Marginalität, in der man sich als Linksradikaler befindet, ist es wichtig, sich eben nicht auf solche Diskussionen einzulassen. Das Problem ist ja, dass die sogenannte Mitte bis hin zum linksliberalen Milieu sich auf diese Diskussion einlässt und dadurch eine Normalisierung rechter Positionen vorantreibt. Jetzt hat die Ampelregierung die Hauptforderung aller Rechtsextremen der letzten Jahrzehnte umgesetzt, nämlich die Grenzen, zumindest symbolisch, dichtgemacht. Da sollte man eigentlich sa-

gen: Nee, auf dieser Grundlage rede ich nicht mit. Dann lieber Flaschenpost und Maulwurfsarbeit machen, statt sich auf diesen Diskurs einzulassen, mit dem man selber zu einer weiteren autoritären Entwicklung beiträgt.

Dann die Frage: Was tun als Linke, wenn die Antwort nicht sein kann, die bürgerliche Demokratie zu verteidigen?

Man muss sich immer wieder klarmachen, dass die Krisen aus dem Kapitalismus resultieren, und die autoritären Antworten darauf aus der Art, wie wir im Kapitalismus leben, uns miteinander in Beziehung setzen, oder besser gesagt, gegeneinander in Beziehung setzen. Das wird passieren, solange es Kapitalismus gibt. Natürlich sollte man versuchen, irgendwie gesellschaftlich wirksam zu werden, aber eben zugleich darauf beharren, dass die Fragen falsch gestellt sind und ehrlich mit der eigenen Marginalität sein.

Wir sind uns alle einig, eine AfD in der Regierung würde alles noch viel schlimmer machen. Und trotzdem ist es falsch, sich dem Diskurs der Mitte anzuschließen und, um die AfD zu verhindern, der Logik des kleineren Übels anzuhängen, die ja kein Ende kennt. Damit macht man sich zum Handlanger dieser autoritären Entwick-

lung. Mein Beitrag im Buch kommt mir schon wieder veraltet vor, weil ich da mit vielen Beispielen arbeite, die den Rechtsruck der Mitte veranschaulichen sollen. Das alles ist schon längst rechts überholt worden.

Neulich hat jemand zu mir gesagt: Hey, in Polen hat man es geschafft, mit Demonstrationen die PiS abzuwählen. Stimmt, und jetzt? Jetzt darf man an der Grenze zu Belarus präventiv auf Geflüchtete schießen. Das haben die Demokraten umgesetzt. Oder in Frankreich, wo vom linken Bündnis Nouveau Front populaire der Wahlsieg von Le Pen verhindert wurde. Und was passiert danach? Die dadurch wieder an die Macht gekommene Regierung setzt komplett das Programm von Le Pen durch.

Das ist eine Entwicklung, die vor allem von der Mitte getragen und umgesetzt wird. Dafür darf man den linken Blick nicht verlieren, auch wenn es bedeutet, dass man sich vielen Bündnissen oder gemeinsamer Arbeit gegen die AfD verwehren muss. Gucken wir uns die Demos an, die es Anfang letzten Jahres gab. Millionen auf der Straße aus dem Nichts, und es ist alles verpufft. Denn wer hat demonstriert, als die Grenzen dichtgemacht wurden? Wo waren die Leute? Es ging vor allem darum, das weltoffene Deutschland zu präsentieren in Abgrenzung zur AfD, während man zugleich ihre Positionen übernommen hat.

Familie als Tatort

In den Medien werden wahlweise die Sonnenallee und der dunkle Park zu No-go-Areas für Frauen erklärt. Tatsächlich erfahren Frauen Gewalt vor allem im sozialen Nahraum.
Von Gisela Notz

Das Entsetzen über die soeben erschienenen Kriminalstatistiken ist groß. Besonders erschreckt die Zunahme der Gewalt gegen Frauen und Kinder. Noch vor wenigen Jahren wurde an jedem dritten Tag eine Frau von ihrem Partner oder Expartner ermordet, bald darauf starb schon jeden zweiten Tag eine Frau oder ein Mädchen. Und heute – so der Bericht des Bundeskriminalamts vom 24. November 2024, einen Tag vor dem »Tag der Beseitigung der Gewalt gegen Frauen« – heißt es sogar: »fast täglich tötet in Deutschland ein Mann eine Frau oder ein Mädchen. Fast jeden Tag stirbt in Deutschland eine weibliche Person.« Das ist ein Skandal. Todesursache: häusliche Gewalt, innerfamiliäre Gewalt, partnerschaftliche Gewalt, Gewalt im sozialen Nahraum, jedenfalls getötet von Männern, meist Ehemännern, Lebensgefährten oder Expartnern, manchmal Freunden, Brüdern oder Vätern. Man nennt das Femizid.

Als Femizid bezeichnet man die Tötung von Frauen und Mädchen aufgrund ihres Geschlechts. Es geht dabei um Macht und Unterordnung, Dominanz- und Besitzansprüche in Geschlechterverhältnissen, die durch die herrschende Ideologie von der Kleinfamilie mit ihren tradierten Rollenmustern verstärkt werden. Femizide sind ein weltweites Problem, das der Aufschwung rechtsextremistischer, religiös-fundamentalistischer, antifeministischer und rassistischer Bewegungen verschärft. Expertinnen und Experten verweisen darauf, dass es sich meist um gut vorbereitete, also nicht aus dem Affekt heraus begangene Taten handelt. Männer morden »ihre« Frauen, weil sie glauben, das Recht dazu zu haben, weil sie die Frauen

besitzen. Sie morden vor oder nach Trennungen, weil Frauen schwanger sind, weil diese beruflichen Erfolg haben oder eigene Wege gehen wollen. Eine Vielzahl von Studien hat gezeigt, dass Frauen generell ein deutlich höheres Risiko tragen, durch einen Intimpartner getötet zu werden, als Männer.

Seit 2015 – seit Femizide in den jährlichen bundesdeutschen Polizeistatistiken aufgelistet werden – steigen die Zahlen kontinuierlich an. Die Dunkelziffer ist nach Aussagen des Bundeskriminalamtes erheblich, weil systematische Datenerhebungen fehlen, es keine allgemein gültige Definition des Begriffes Femizid gibt und viele Fälle unaufgeklärt bleiben.

Kaum jemand spricht darüber, dass es in unserer zivilisierten Gesellschaft für Frauen und Mädchen offensichtlich keinen sicheren Ort gibt, weder am Arbeitsplatz noch in der Schule, auf der Straße oder im Sportverein. Am gefährlichsten ist es allerdings in der Familie. Der grundgesetzlich zugesicherte staatliche Schutz von Ehe und Familie (Art. 6, Abs. 1 GG) garantiert de facto keineswegs den Schutz der (Ehe-)Frauen und Kinder vor männlicher Gewalt und Unterdrückung. Das ist der eigentliche Skandal.

»Wenn Sie Gewalterfahrungen suchen, gleich ob als Opfer oder als Täter, gründen Sie am besten eine Familie«, lautet das zugespitzte Fazit, das Kai Bussmann, Professor für Strafrecht an der Universität Halle-Wittenberg aus seiner Forschung zieht. »Es gibt in unserer hochzivilisierten Gesellschaft keinen unsichereren Ort als die Familie.« Insgesamt sei Gewalkriminalität in Deutschland rückläufig. Aber aus dem öffentlichen Raum sei sie erfolgreicher verdrängt worden als aus dem privaten Bereich. Es sind

die Familiendramen, die überhandnehmen. Aber was ist ein Familiendrama?

DaMigra, der Dachverband der Migrantinnenorganisationen, verweist darauf, dass Femizide häufig als »Familiendrama«, »Ehrenmord«, »Trennungstötung«, »Eifersuchtsdrama« und so weiter verharmlost werden, auch in den Medien. Selbst in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs gelten bei »Trennungstötungen« oft mildernde Umstände, wenn »die Trennung von dem Tatopfer ausgeht und der Angeklagte durch die Tat sich dessen beraubt sieht, was er eigentlich nicht verlieren will« (BGH vom 29.10.2008). Damit gibt man den Opfern eine Mitschuld an ihrer Ermordung, während die Besitzansprüche der Täter an »ihren« Frauen strafmildernd wirken. Darin spiegeln sich Ignoranz und Abwertung von Frauen und ihren Rechten wider. Einen Mann zu verlassen oder abzuweisen, kann für Frauen tödlich enden.

Die verschiedenen Bezeichnungen für Gewalt gegen Frauen machen schon deutlich, dass sie zu Hause ausgeführt wird, in der Familie, durch die Mitglieder der Familie beziehungsweise in der »Partnerschaft« und meist in heterosexuellen Zusammenhängen. Das ist bekannt, und dennoch wird über diesen Nahbereich nicht gesprochen. Denn das Private ist noch immer nicht politisch, und was dort passiert, geht niemanden etwas an.

Die bürgerliche Kleinfamilie wird, seit sie besteht – und das sind noch keine 300 Jahre –, hochgejubelt als »Keimzelle des Staates« und Produzentin einer neuen Generation. Auch als Bollwerk gegen die Versachlichungsprozesse des kapitalistischen Wirtschaftens und als Wärmespenderin in der kalten Rationalität von Produktion und bürokratischer Verwaltung. Die Familie, und das ist in aller Regel die Zweigenerationenfamilie mit Vater, Mutter, Kind, ist also unentbehrlich. Selbst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie zum Leitbild der Nachkriegsgeneration. Trotz des »Frauenüberschusses« von über sieben Millionen Frauen und trotz der Tatsache, dass in Deutschland fast vier Millionen Frauen ohne die Anwesenheit eines Mannes wirtschafteten und 2,5 Millionen Kriegerwitwen mit ihren Kindern lebten, wurde sie als »die letzte Stabilität in einer sich auflösenden Welt« gepriesen. Jedenfalls hat sie der Soziologe Helmut Schelsky in seinem Buch *Wandel der deutschen Familie* (1952) so beschrieben. Anhand seiner umfassenden Strukturanalyse der deutschen Nachkriegsfamilie konstatierte er, dass diese trotz einer massiven Bedrohung ihrer Stabilität durch Vertreibung, Deklassierung, jahrelange Abwesenheit der Männer und anderes nicht nur nicht zerbrach, sondern mit einer Verstärkung des Zusammenhalts reagierte. Die in seiner Untersuchung wiederkehrende Aussage von Frauen, »nur noch für die Familie leben zu wollen«, kennzeichnet für ihn die allgemeine Bewusstseinslage der

jenigen, für die »in einer Welt des Verlustes die Familie den Wert des einzigen und aus eigener Kraft geretteten und gewonnenen sozialen Gutes trägt«. Dass so viele Frauen das Leben alleine oder auch mit anderen Frauen meisterten oder dass sie Not litten, weil der für sie vorgesehene »Hauptnährer« für »Volk und Vaterland« gestorben war, kommt in der Erzählung ebenso wenig vor, wie die Pflege der Millionen verwundet heimgekehrten Männer und die zahlreichen Scheidungen, weil man sich nicht mehr aneinander gewöhnen konnte oder die Männer sich nicht mit einer in der Zwischenzeit selbständig gewordenen Frau anfreunden konnten.

Die Ideologisierung der Kleinfamilie – ich nenne das Familismus – durchzieht die Geschichte der BRD. Sie überstand die konservative Regierung Adenauers, den Kalten Krieg, die sozial-liberale und alle anderen Koalitionen, sogar die Kritik der Neuen Frauenbewegungen und der Alternativbewegung und wirkt bis heute.

Noch immer wird suggeriert, dass die Familie der Ort sei, an dem Menschen Sicherheit, Ruhe und Geborgenheit finden. Beklagt wird, dass ihr »Zerfall«, gemeint ist die Unterwanderung durch andere Lebensformen, dazu führe, dass vor allem Frauen und Kinder diese Geborgenheit vermissen müssen. Meist werden Frauen und Kinder, die nicht in einer »Normalfamilie« leben, bedauert, obwohl Vergewaltigung – die in der Ehe erst seit 1997 strafbar ist – und die Misshandlung von Kindern und anderen Familienangehörigen nicht nur die Phantasie der Medien, sondern auch die Gerichte stark beschäftigen und nicht mehr zu reparierende Schäden bei den Opfern anrichten.

Schon seit Jahrzehnten zeigen Studien, dass es bei familialen Gewalttättern keine klassenspezifischen Unterschiede gibt. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend schlug 2014 in einer Untersuchung vor, mit stereotypisierten Vorstellungen zu brechen und den großen Anteil von höher gebildeten und gut situierten Tätern von (schwerer) häuslicher Gewalt zu problematisieren.

Der »Familienreport 2024«, den das Bundesfamilienministerium zum Internationalen Tag der Familie am 15. Mai 2024 veröffentlichte, behauptet schon im Titel: »Familien geben Halt«. Der Report zeige, »dass familiäre Beziehungen in Zeiten des Umbruchs Halt geben, Eltern sich eine partnerschaftliche Aufgabenteilung in Familie und Beruf wünschen und trotz Krisen zuversichtlich in die Zukunft blicken«, so die kurze Zusammenfassung. Nach dem Thema Gewalt in der Familie sucht man vergebens.

Es ist die vielbeschworene »intakte« Familie, die uns von Plakatsäulen, in der Kinowerbung und an vielen anderen Orten als Leitbild präsentiert wird, die es zu kritisieren gilt.

»Ich kann mit dir machen, was ich will. Du gehörst mir.« Das sagte der 49-jährige Wilhelm K. seinen Töchtern oft, wenn er sie vergewaltigte. Über Jahre hatte er sich an »seinen« während der Gerichtsverhandlung 17- und 23-jährigen Töchtern Tanja und Tamara vergangen. Er zwang sie mit Gewalt und Drohungen, bestrafte sie mit schwerer Hausarbeit und, um sicher zu gehen, dass nichts herauskam, schürte er Todesängste: »Wenn du etwas sagst, bringe ich dich um.« – »Ich war dressiert«, sagte eine der beiden jungen Frauen vor Gericht, »ich hatte wahnsinnige Angst«, die andere. Eine hatte sich ihrem Freund anvertraut, der verließ sie, weil er ihr nicht glaubte, die andere sprach mit ihrer Mutter. Die aber tat nichts. Sie wollte nichts sehen und nichts hören. Der Schein der heilen Familie sollte gewahrt bleiben. Der Vorsitzende des Gerichts vermutete: »Die beiden Opfer werden Zeit ihres Lebens daran zu knabbern haben.« Der Angeklagte hörte sich das Urteil weinend an. Er bekam sechseinhalb Jahre Haft. Das Gericht hielt ihm seine eigene schwere Kindheit zugute. Er habe im Laufe seines Lebens nichts dazu gelernt. Da-

Die bürgerliche Kleinfamilie wird hochgejubelt zur »Keimzelle des Staates« und Produzentin einer neuen Generation

für ist der Mann nach Meinung des Richters nicht verantwortlich.

Solche Berichte gibt es sicher viele: Männer, die »ihre« Frauen, Partnerinnen und Kinder misshandeln. Das Unrechtsbewusstsein geht ihnen meistens ab. Die Umgebung gibt ihnen oft Recht. Nicht nur Arbeitskollegen und Stammtischkumpel bestätigen: Manchmal muss man »seine« Frau schlagen, damit sie zur Vernunft kommt. Schließlich sind das Privatangelegenheiten.

»Die Gesellschaft ist nicht länger bereit, das hohe Ausmaß an Gewalt gegen Frauen zu akzeptieren«, schreibt die »Tageszeitung« am 27. November 2024 nach dem »Tag der Beseitigung der Gewalt gegen Frauen«. Zitiert wird eine Vorstandsvertreterin des Deutschen Frauenrats. Sie hofft, dass die Bundesregierung das versprochene reformierte Gewalthilfegesetz noch vor den Neuwahlen verabschiedet. Jede weitere Verzögerung würde Frauenleben kosten.

Die erste Lesung im Bundestag fand am 5. Dezember statt. Nach einer hitzigen Debatte, während der drei Gesetzentwürfe von SPD/Grünen, CDU/CSU und FDP sowie von der Linkspartei diskutiert wurden, übergab das Parlament alle Vorlagen zur weiteren Be-

ratung an den Ausschuss für Frauen. Die Entwürfe für ein neues Gewalthilfegesetz fordern vor allem mehr Plätze in Frauenhäusern, rechtliche Absicherung des Zugangs zu Schutz und Beratung der gewaltbetroffenen Person, Prävention und Täterarbeit in Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden.

Frauenverbände fordern seit langem die konsequente Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, der Istanbul-Konvention, die die Mitgliedsstaaten der EU verpflichtet, gegen alle Formen von Gewalt, insbesondere geschlechtsbezogene Gewalt, vorzugehen. Laut der Istanbul-Konvention fehlen bundesweit rund 14.000 Plätze in Frauenhäusern. An zukunftsfesten Finanzierungsplänen mangelt es. Zudem wird zu wenig auf die Probleme geflüchteter Frauen eingegangen, die Frauenhäuser oft gar nicht aufsuchen können, weil die Wohnsitzauflagen ihnen verbieten, außerhalb bestimmter Orte zu wohnen.

Freilich lösen mehr und bessere Frauenhausplätze nicht alle Probleme, solange das, was innerhalb der eigenen Familie passiert, Privatsache bleibt. So sind nicht nur die Chancen, dass das beabsichtigte Gesetz noch in dieser Periode verabschiedet wird, gering, fraglich ist auch, was es für die betroffenen Frauen bewirken kann. Mit den ersten durch die autonome Frauenbewegung eröffneten Frauenhäusern sollten Zufluchtsräume geschaffen und Möglichkeiten für neue Lebensformen aufgezeigt werden. Die Hoffnung der neuen Frauenbewegungen, es ließen sich Geschlechterverhältnisse ohne Besitzansprüche und ohne Gewalt in den »privaten« Beziehungen herstellen, hat sich bis heute nicht erfüllt. So sind die Frauenhäuser auch nicht überflüssig geworden, was eigentlich Ziel war.

Aktuell rüsten sich die Parteien für die Bundestagsneuwahlen im Februar. Familienpolitik steht für alle im Fokus, für die demokratischen wie für die AfD. Für letztere aber besonders. »Eine intakte Familie bietet vor allem den Kindern einen geschützten Raum der Liebe und Geborgenheit. Sie ist ein fester Anker in den Stationen des Lebens, von der Geburt an über die Schulzeit, das Berufsleben, die Gründung einer eigenen Familie bis hin zum Ruhestand und Lebensende«, so steht es bereits in ihrem Programm für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag. Das lässt keine Alternativen zu. Zu befürchten ist, dass antifeministische und familistische Inhalte nicht nur rechte Wahlkämpfe durchziehen, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft salonfähig werden. ●

Zum Weiterlesen: Gisela Notz: *Kritik des Familismus*. Schmetterling, Stuttgart 2024, 234 Seiten, 15 Euro

Gisela Notz, Sozialwissenschaftlerin und Historikerin, lebt und arbeitet in Berlin

Andreas Gassen, Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, ist bekannt dafür, klare Kante zu zeigen, was ihn zumal während der Corona-Pandemie, lang ist's her, zu einer Stimme der (instrumentellen) Vernunft werden ließ. So war es dem von Hellsicht geblendeten Ärztfunktionär, der im September 2021 einen postpandemischen Freedom Day ausrufen wollte, im Oktober 2022 gelungen, den zunehmend aufkommenden Debatten um Long Covid mit wenigen pointierten Worten den Wind aus den Segeln zu nehmen: Zwar gebe es durchaus »junge, gesunde Menschen« – von den alten und vorerkrankten sinnigerweise zu schweigen –, die »mitunter auch an Long Covid« erkrankten; das müsse man »ernst nehmen«. Andererseits sei Long Covid kein »Massenphänomen« und somit auch kein Grund, »irrational« zu werden.

Abgesehen von der Frage, ab wann ein Phänomen dem gesunden Menschenverstand als ein massenhaftes gelten kann, ist es ein grundstürzendes Problem, dass kaum verlässliche Zahlen zu Long Covid vorliegen. Indessen ist die Einschätzung Gassens, es sei falsch, »so zu tun, als ob jeder, der eine Co-

über keine entsprechende Statistik verfüge, »derzeit aber davon ausgegangen werden« müsse, dass es »eine sechsstellige Zahl von Betroffenen geben dürfte«. Legte man die vom Office for National Statistics erhobenen Daten für Großbritannien zugrunde, nach denen bis März 2023 2,9 Prozent der Bevölkerung von Long-Covid-Symptomen berichtet haben, ergäbe das hierzulande eine – ihrerseits freilich wenig belastbare – Zahl von über zwei Millionen.

Die unklare Datenlage resultiert nicht zuletzt aus der Komplexität und Diversität des Krankheitsbildes sowie der damit einhergehenden Schwierigkeit, es sinnvoll ein- und abzugrenzen. Die möglichen Symptome umfassen neben vielen weiteren etwa Atemnot, Erschöpfung und Denkausfälle. Wie das Robert-Koch-Institut konstatiert, können die Symptome »sowohl einzeln als auch in Kombination auftreten und von sehr unterschiedlicher Dauer sein«. Bei Beschwerden, die länger als vier Wochen über die akute Infektion hinaus vorliegen, spricht man laut (vorläufiger) WHO-Definition von Long Covid, bei solchen, die über zwölf Wochen oder länger bestehen beziehungsweise in diesem Zeitraum neu auftreten, von Post Covid.

arbeitsunfähig und sehr viele bettlägerig. Zu den Symptomen, die sich oft schon nach geringer Belastung erheblich verschlimmern können, werden »eine schwere Fatigue (krankhafte Erschöpfung), kognitive Störungen, ausgeprägte Schmerzen, eine Überempfindlichkeit auf Sinnesreize und eine Störung des Immunsystems sowie des autonomen Nervensystems« gezählt. Zur Verbreitung von ME/CFS liegen lediglich präpandemische Schätzungen vor, nach denen in Deutschland circa 250.000 und weltweit etwa 17 Millionen Menschen betroffen waren. Vermutet wird, dass sich die Zahlen durch die Pandemie deutlich erhöht haben.

Eine heilende Therapieoption gibt es derzeit bei keinem dieser Krankheitsbilder. Ebenso wenig existieren Biomarker, die eine Long-Covid-Erkrankung, etwa anhand von Blutwerten, objektiv nachweisen könnten. Der Berliner Immunologin Carmen Scheibenbogen zufolge bestehen in der Medizin überdies erhebliche Wissenslücken. In Kombination mit der komplexen Symptomatik und den ohnehin spärlichen Forschungserkenntnissen zu den Krankheitsursachen hat das zur Folge, dass viele Long-Covid-Patienten durch die üblichen Diagnose- und Behandlungsraster fallen und daher keinen Zugang zu einer adäquaten medizinischen Versorgung bekommen. Laut Daten der AOK gehen die Betroffenen deshalb »sechsmal häufiger zum Lungenfacharzt, dreimal so oft zum Kardiologen und fast doppelt so oft zum Hausarzt«. Damit nicht genug, erhielten zehn Prozent der Betroffenen zwischen März 2020 und Dezember 2023 gleich mehrfach Krankschreibungen, die mit knapp 65 Tagen in 2023 überdies exzeptionell langfristig ausfielen.

Nun hat die autoritär präformierte Gesellschaft naturgemäß wenig Interesse daran, die multiplen ökonomischen Belastungen noch durch Sozialhilfeleistungen an die über Gebühr Untätigen zu forcieren. Dabei spielt ihr die Intransparenz des Krankheitsbildes insofern in die Karten, als sie es erheblich erleichtert, die Erkrankungen als psychisch bedingte zu deklarieren. So werden postvirale Syndrome bislang als funktionelle beziehungsweise somatoforme und somit als psychosomatische Krankheitsbilder definiert – während ME/CFS von der WHO schon 1969 als neurologische Erkrankung eingestuft wurde.

Georg Schomerus, Direktor der Leipziger Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie, betonte Anfang des Jahres im Gespräch mit der »Taz«, angesichts der Vielzahl an »gegeteilten Erkenntnissen« sei es »einfach unsachlich«, die Beschwerden zu psychologisieren, »nur weil übliche Labortests keine Befunde liefern«. Vielmehr gebe es »in der Wissenschaft praktisch einen Konsens, dass Long Covid keine psychische Erkrankung ist«. Auch die Direktorin der US-

Durch Arbeit zur Arbeit

Verharmlosung, Beschuldigung, Täuschungsvorwürfe, falsche Therapien: Bei Long Covid brechen im deutschen Gesundheitswesen alte Ressentiments gegen »Untätige« auf.
Von Simon Duckheim

rona-Infektion hatte, mehr oder weniger sicher an Long Covid erkrankt«, zweifelsohne korrekt. Wie WHO-Studien nahelegen, sind es nämlich bei weitem nicht hundert, sondern vielmehr schlappe zehn bis zwanzig Prozent der Corona-Infizierten, die eine postvirale Symptomatik entwickeln. Für Deutschland wies das Bundesgesundheitsministerium im Oktober 2024 anlässlich einer Kleinen Anfrage der AfD darauf hin, dass man

Als schwerste Form von Post Covid gilt die Myalgische Enzephalomyelitis mit Chronischem Fatigue Syndrom (ME/CFS). Dabei handelt es sich der Deutschen Gesellschaft für ME/CFS zufolge um eine »schwere neuroimmunologische Erkrankung, die oft zu einem hohen Grad der körperlichen Behinderung führt«. Ein Viertel der Betroffenen könne »das Haus nicht mehr verlassen«, schätzungsweise über sechzig Prozent seien

Gesundheitsbehörde NIH, Monica Bertagnolli, wies darauf hin, dass eine »Evidenz für persistierende Viren in Gewebereservoirs, eingeschlossenen Nerven, Hirn, Magen-Darm-Trakt und Lunge« bestehe. Diese Forschungserkenntnisse zu ignorieren, überschreite, so Schomerus, »die Grenze zur Stigmatisierung«, zumal da sie den Betroffenen »mehr oder weniger explizit« unterstelle, »dass sie lieber Sozialleistungen bekommen als gesund werden möchten«. Paul Schubert hat diese Stigmatisierung vor einiger Zeit in der »Jungle World« als eine – auch in der Linken verbreitete – unbewusste »Essentialisierung« psychosomatischer Konzepte benannt.

Dem ist angesichts der aktuellen Situation unbedingt zuzustimmen. Zugleich ist zu betonen, dass diese Mechanismen ein Resultat dessen sind, was weithin unter Psychosomatik verstanden wird. Die Annahme oder Diagnose einer psychischen Ursache ist schließlich nicht an sich stigmatisierend, sondern in erster Linie auf Grund der zwischen Dämonisierung und Marginalisierung oszillierenden gesellschaftlichen Sicht auf »psychische Störungen«. Deswegen dominiert auch innerhalb des Medizinbetriebs ein Bild von Psychosomatik, das als bloße Kehrseite der historisch eingeschliffenen biomedizinischen Einseitigkeit Ausdruck einer schlechten Subjektivierung ist – und damit eine ganze Palette an Stigmatisierungsoptionen bereitstellt, die von Verharmlosung über Schuldzuweisung – vor allem durch die Fokussierung auf den »Lebensstil« – bis hin zum Vorwurf des Simulierens reichen.

Diesem reduktionistischen Verständnis entspricht nicht zuletzt die Vorstellung, psychosomatische Erkrankungen seien ausschließlich solche mit einer rein psychisch bedingten Pathogenese. Demnach gilt ein Krankheitsbild immer und nur dann als psychosomatisch, wenn keine objektivierbare organische Ursache nachgewiesen werden kann. Das wiederum lässt psychosomatische Diagnosen und Behandlungen als bloß behelfsmäßige erscheinen, so dass die Psychosomatik von vielen Patienten als ein medizinisches »Abstellgleis« empfunden wird.

Im Zuge dessen geht schließlich auch verloren, was eine psychosomatische Medizin der Möglichkeit nach leisten könnte. Hier wäre zuvörderst an den psychoanalytisch geprägten Ansatz zu denken, den etwa der Neurologe und Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich vertrat. Er war nicht nur derjenige, der in der Nachkriegszeit den Kontakt zu den emigrierten und geflohenen Psychoanalytikern wiederherstellte und – unter anderem mit Unterstützung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung um Horkheimer und Adorno – dafür sorgte, dass die Psychoanalyse in Deutschland überhaupt wieder Fuß fassen konnte, sondern er übte auch maßgeblichen Einfluss auf die Institutionalisierung der psychosomatischen Medizin



»Heiland der neueren Zeit«: Oft sollen auch Long-Covid-Patienten mit Arbeitstherapie wieder ins »Volksganze« eingegliedert werden, Hafthaus Ummeln, Bielefeld 2019

aus. In dem Anspruch, psychosoziale und somatische Leiden auf differenzierte Weise als sich wechselseitig bedingende anzuerkennen, ist die psychoanalytisch fundierte Psychosomatik einerseits auf Selbsterkenntnis ausgerichtet, ohne damit andererseits auf eine bloße Anpassung an die bestehenden Verhältnisse zu zielen. Vielmehr eignet ihr in der Überzeugung, dass diese Verhältnisse – nicht zuletzt in Gestalt krankmachender Arbeitsbedingungen – auch organisch nachweisbare Leiden (mit-)bewirken und verstärken können, ein durchaus gesellschaftskritischer Impetus. Außerdem könnten psychoanalytische Kenntnisse auch jenen Ressentiments gegenüber zur Untätigkeit gezwungenen Patienten entgegenwirken, wie sie die in einem Patientenbericht vermerkte Äußerung eines Arztes, er würde »auch gerne mal monatelang im Bett liegen, das wäre ja herrlich«, auf höchst anschauliche Weise zum Ausdruck bringt.

Dieses Zitat stammt aus einer im August 2024 von der Techniker Krankenkasse, der Deutschen Gesellschaft für Patientensicherheit und der Hochschule Fresenius vorgelegten qualitativen Analyse von Versorgungsbarrieren aus der Sicht Long-Covid-Betroffener. Für die auf Befragungen basierende Studie wurden 264 repräsentative Be-

richte aus insgesamt 1216 ausgewählt. Zusammenfassend heißt es, die Daten gäben »Hinweise auf eine systematische Stigmatisierung und Diskriminierung«. Demnach berichteten achtzig Prozent der Befragten, »dass ihre Beschwerden nicht ernst genommen und/oder als psychosomatisch eingestuft wurden«. In der Konsequenz würden sie »nicht oder falsch behandelt« und »keine angemessenen Sozialleistungen« erhalten. Während weiterführende Untersuchungen häufig ausblieben, würden sich Therapieempfehlungen auf Psychotherapie – vor allem mit verhaltenstherapeutischem Schwerpunkt –, Psychopharmaka sowie, »in den meisten Fällen, Empfehlungen von Sport oder die Verordnung aktivierender Reha« beschränken – was insbesondere bei einer ausgeprägten Fatigue schwerwiegende Folgen haben und erst recht zu einem Zusammenbruch führen kann.

Hier schließt sich der Kreis auch insofern, als in der ihrerseits weithin »ganzheitlich«, »biopsychosozial« oder eben psychosomatisch ausgerichteten Rehabilitationsmedizin arbeitstherapeutische Maßnahmen eine zentrale Funktion haben, insbesondere für die »Wiedereingliederung« der Patienten und Patientinnen ins Arbeitsleben. In der Darstellung dieses Fachgebiets durch das Bun-

desgesundheitsministerium heißt es dementsprechend, die aktivierenden Maßnahmen seien Teil einer »Belastungserprobung«, die zeigen solle, »ob ein stufenweiser Wiedereinstieg infrage kommt«; sei der Proband noch »nicht belastbar genug«, könne »eine Arbeitstherapie in Betracht kommen«, um »die Belastbarkeit zu steigern«. Laut zahlreicher Erfahrungsberichte kommen solche Maßnahmen bei Long Covid zu oft und zu früh zum Einsatz, wodurch die Patienten einem hohen gesundheitlichen Risiko ausgesetzt werden.

Da dies ein Ansatz ist, der gerade in Deutschland Tradition hat, kann hinsichtlich des medizinischen Stellenwerts der Arbeitstherapie, zumal im Zusammenhang mit »ganzheitlichen« und ökonomischen Motiven, ein Blick in die Medizingeschichte aufschlussreich sein.

Um 1800 wurde die Arbeit zunehmend zu einem Leitmotiv der Anstaltspsychiatrie. Johann Christian Reil etwa, der als einer der Begründer der modernen Psychiatrie gilt und zugleich ein psychosomatisches Medizinverständnis vertrat, betrachtete die Arbeit als »ein treffliches Mittel, den Irrsinn selbst zu heilen«. Durch den Zwang zur Arbeit sollten die Patienten von der Fixierung auf ihre Krankheit gelöst und schließlich zur Vernunft gebracht werden.

Als Begründer und Vorreiter der modernen Arbeitstherapie gilt der Psychiater Hermann Simon, der sie als Leiter der Provinzialheil- und Pflgeanstalt Gütersloh vor allem in der frühen Weimarer Republik durchführte und konzeptualisierte. Für Simon hatte die arbeitende Beschäftigung, die er auch als »aktivere Krankenbehandlung« bezeichnete und an der möglichst alle Anstaltspatienten teilnehmen sollten, einen therapeutischen, pädagogischen und ökonomischen Nutzen. Dabei verknüpfte er eine Glorifizierung alles Aktiven und Herabsetzung alles Passiven mit einem Ideal der Nützlichkeit, das er biologistisch begründete. Für ihn fielen unnütz und unsozial in eins. »Die Wurzel allen Übels«, meinte Simon, »liegt in der Untätigkeit. Müßiggang ist nicht nur aller Laster – bei unseren Kranken nennen wir es »unsoziale Eigenschaften« –, sondern auch der Verblödung Anfang. Leben ist Tätigkeit!« Die Untätigkeit widerspreche der Natur des Menschen, weil dessen Selbsterhaltung ständige Aktivität erfordere. Daher liege »nur in der Arbeit, in kämpfender Tätigkeit ums Dasein, die Grundlage unserer Kraft und unseres menschenwürdigen Daseins«.

Im Laufe der zwanziger Jahre, als die Arbeit – der »Heiland der neueren Zeit«, wie Walter Benjamin den Sozialdemokraten Josef Dietzen zitiert – zur Garantin des gesellschaftlichen Fortschritts und der »Volksgeundheit« erklärt wurde, erlangte die Arbeitstherapie, nicht zuletzt im Kontext der sich radikalisierenden Eugenik, mehr und mehr Aufmerksamkeit.

In den dreißiger Jahren war es insbesondere der Heidelberger Psychiater Carl Schneider, der die arbeitstherapeutischen Motive Simons aufnahm und weiterentwickelte. Ohne die Anerkennung der Tatsache, schreibt er 1939, »daß in die Biologie des Menschen Arbeit und zwischenmenschliche Beanspruchungen aller Art ... als Grundvoraussetzungen mit eingehen«, sei »eine Wissenschaft vom Menschen« ebenso wenig »denkbar« wie eine »Wissenschaft vom Behandeln kranker Menschen«. Die Arbeitstherapie müsse daher den »Grundstock aller psychiatrischen Heilweisen« bilden.

Sowohl bei Simon als auch bei Schneider stellte die Arbeitstherapie überdies das wesentliche Element eines in Richtung einer »Offenen Fürsorge« weisenden reformpsychiatrischen Ansatzes dar. Beide Psychiater wandten sich dezidiert gegen eine »bloße Verwahrung« und Bettenbehandlung der psychisch Kranken, deren Aktivierung durch Arbeitstherapie eine möglichst rasche (Wieder-)Eingliederung ins »Volksganze« ermöglichen sollte – galt doch die Produktivität beziehungsweise Arbeitsfähigkeit als die wesentliche Voraussetzung der »Gemeinschaftsfähigkeit«.

Junge Patienten informieren sich zunehmend im Rahmen der Sterbehilfe

Im Sinne dieses biologistischen Verständnisses von »Ganzheitlichkeit« wurden arbeitsunfähige Menschen zu »Ballastexistenzen« erklärt, die die – ihrerseits als Notwendigkeit betrachtete – ökonomische Leistungsfähigkeit und damit die Selbsterhaltung des »Volkkörpers« gefährdeten. Indem die Arbeit zugleich als probatestes Mittel zur Beherrschung der »inneren Natur« des Einzelnen reklamiert wurde, war die Arbeitstherapie der konsequente medizinische Ausdruck des Biologie und Ökonomie in eins setzenden Prinzips der Naturbeherrschung.

Folgerichtig war für Carl Schneider eine dauerhafte – und auch durch Aktivierung nicht zu behebende – Arbeitsunfähigkeit gleichbedeutend mit der Unheilbarkeit des Patienten, angesichts derer er als eine weitere Option medizinischen Handelns die Vernichtung erachtete. Die Integration von Heilen und Vernichten ins ärztliche Selbstbild wurde zu einem der wesentlichen Motive der nationalsozialistischen »Euthanasie-Aktionen«, an deren Organisation und Durchführung Schneider maßgeblich beteiligt war. Wie historische Studien gezeigt haben, stellte das gewichtigste Selektionskriterium der »Euthanasie«-Morde die Arbeitsfähigkeit dar.

In der Nachkriegszeit wurden Aspekte der Arbeitstherapie unter anderem in die Rehabilitationsmedizin integriert. Mitunter wurde dabei konkret auf die Theorien Hermann Simons Bezug genommen, die mit ihren reformpsychiatrischen, auf Selbstverantwortung zielenden Motiven zum Teil bis heute als fortschrittlich angesehen werden. Unweigerlich wurden damit, sei es explizit oder implizit, auch Elemente jener biologistisch-ökonomischen Motive Simons perpetuiert, die von Carl Schneider aufgenommen und radikalisiert worden waren.

Dass die auf Aktivierung, Anpassung und Selbstdisziplinierung setzenden Verordnungen für viele Long-Covid-Patienten den Einstieg in eine Art biopsychosozialen Teufelskreis bedeuten, zeigen zumal deren individuelle Erfahrungen. »Praktisch Zwang einer Reha-Antragstellung, da ansonsten Krankengeld eingestellt wird«, heißt es in dem Betroffenenbericht der Techniker Krankenkasse, oder: »Simulant, alles psychisch, Antidepressiva bekommen, Aktivierungstherapie. Nun bettlägerig.« »Da sich bei mir alle Symptome verschlechtern, wenn ich mich überanstrengen«, berichtete eine Person, »wurde mir ein Vermeidungsverhalten vorgeworfen.« Eine weitere sprach von »Ohnmacht und totaler Hilflosigkeit«, andere beschrieben, sie schafften es »nicht mal mehr«, sich »zum Arzt fahren zu lassen« oder »Anträge auszufüllen«.

In der Konsequenz scheint es, ganz im Sinne des von der neoliberalen Bioethik als bloßes Abstraktum gesetzten Prinzips der Selbstbestimmung, für viele der auf sich allein gestellten Patienten und Patientinnen nur noch einen Ausweg zu geben: Am dritten »Runden Tisch« zu Long Covid im April 2024 hat Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) seine Bestürzung darüber geäußert, dass junge Long-Covid-Patienten sich zunehmend »im Rahmen der Sterbehilfe informieren« würden, was auch von Sterbehilfevereinen bestätigt wurde.

150 Millionen Euro, versprach Lauterbach angesichts der Missstände, würden in den nächsten Jahren in die Versorgungsforschung fließen, womit Deutschland, das er vor einem »Wendepunkt« sieht, einen europäischen »Spitzenplatz« einnehme. Immerhin. Ob sich die Situation der Betroffenen dadurch in einigermaßen naher Zukunft entscheidend verbessern wird, bleibt abzuwarten. Was den gesellschaftlichen Umgang mit dauerhaft arbeitsunfähigen Menschen betrifft, werden sich die Maßnahmen freilich nicht als *Game Changer* erweisen. Denn dazu bedürfte es wahrlich eines, nun ja, ganzheitlichen Ansatzes. ●

Simon Duckheim schrieb in konkret 10/24 über braune Flecken in der Geschichte der Bundesvereinigung Lebenshilfe

Das zweite Grundgesetz

Deutschland entledigt sich endgültig seiner aus Weltkrieg und NS-Verbrechen resultierenden Reparations- und Entschädigungsschulden. Von Rolf Surmann

Zeitenwende, Zerfall der liberalen Weltordnung, Ende des American Century sowieso – auf solche Zeitdiagnosen stößt man seit einiger Zeit überall, wenn man die Zeitung aufschlägt oder den Fernseher einschaltet. Daneben gibt es Wendemarken, die weniger spektakulär sind und manchmal Vorgänge kennzeichnen, die fast unbemerkt vonstatten gehen. Dabei sind sie nicht weniger aufschlussreich.

Hierzu zählt die endgültige Verweigerung von Reparations- und Entschädigungszahlungen durch Deutschland. Dieser gegenwärtig allenfalls als nebensächlich behandelte Vorgang bedeutet nicht weniger als die wohl letzte Schlussregelung zum Zweiten Weltkrieg. Ihre demonstrative Durchsetzung – verbunden mit emotional aufgeladenen Publikumsauftritten – fand in den letzten Monaten besonders bei den Auslandsbesuchen von Bundespräsident Steinmeier in Italien und Griechenland Aufmerksamkeit. Doch was ist so besonders an der aktuellen Situation, gehört es hierzulande doch seit Jahrzehnten zum politischen Alltag, einen Schlussstrich unter die deutschen Verpflichtungen gegenüber den Opfern der Nazi-Verbrechen ziehen zu wollen? Die Beantwortung dieser Frage macht einen Rückblick auf eine Geschichtspolitik nötig, die in den fünfziger Jahren von dem Entschädigungspolitiker Otto Küster, u. a. stellvertretender Leiter der deutschen Delegation für die Verhandlungen mit Israel und der Jewish Claims Conference, als unser »zweites Grundgesetz« bezeichnet wurde.

Der Sieg über den »Kommunismus«, den der Westen auf 1989 datiert, war für die BRD zugleich ein Sieg über die Folgen der eigenen Geschichte. Hierfür steht der 1991 in Kraft getretene Zwei-plus-Vier-Vertrag zwischen den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs USA, Großbritannien, Frankreich und UdSSR

auf der einen, DDR und BRD auf der anderen Seite. Bezeichnenderweise setzte die westdeutsche Seite alles daran, dass dieser Vertrag nicht als Friedensvertrag konzipiert wurde. So blieb es bei einem schwammig als »Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland« bezeichneten Abkommen. Unter anderem wurde mit ihm der letzte Rest des Viermächte-Diktats aufgehoben und den deutschen Staaten die volle Souveränität über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten zugestanden. Dafür erkannte das künftige Deutschland die Außengrenzen seiner Nachbarstaaten an, was vor allem für Polen wich-

»1989« war für die BRD auch ein Sieg über die Folgen der eigenen Geschichte

tig war, weil dessen Westgrenze von der Bundesrepublik bis dahin nicht völkerrechtsverbindlich anerkannt worden war. Außerdem verpflichtete sich Deutschland, die Truppenstärke der Bundeswehr auf 370.000 Personen zu beschränken, auf ABC-Waffen zu verzichten und keine Angriffskriege zu führen. So heißt es in Artikel 2: »Nach der Verfassung des geeinten Deutschlands sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar.« Die Sowjetunion wiederum erklärte sich bereit, ihre Truppen aus der DDR abzuführen, ließ sich aber zusichern, dass in diesem Gebiet keine ausländischen Truppen und Atomwaffen oder deren Träger stationiert werden.

Es blieben aber auch Fragen offen. So hatten die westlichen Staaten zwar mündlich zugesichert, die Nato werde sich nicht in Richtung Russland ausdehnen, doch war eine förmliche Regelung in Vertragsform unterblieben. Und seitens der Bundesrepublik vermied man es – erklärtermaßen ganz bewusst –, zu thematisieren, was mit den enormen Reparationsschulden geschehen sollte, die ihr 1953 im Londoner Schuldenabkommen gestundet worden waren und die spätestens mit dem Abschluss eines Friedensvertrags fällig werden sollten. Laut dem damaligen Außenminister Dietrich Genscher wären die finanziellen Lasten nicht tragbar gewesen. So gab es keinen Friedensvertrag, aber auch nicht die Begleichung der deutschen Schulden aus dem Zweiten Weltkrieg.

Trotz dieses erfolgreichen politischen Betrugsmanövers konnte sich Deutschland nur kurze Zeit über seinen Coup uneingeschränkt freuen. Für die deutsche Gesellschaft völlig unerwartet, musste sie sich mit zwei Gegenbewegungen auseinandersetzen. Dies war zunächst die von der US-Regierung initiierte Kampagne »Unfinished Business«, die wegen des Kalten Kriegs unterbliebene Restitutions- und Entschädigungsleistungen zumindest abmildern und eine moralische Grundlage für den westlichen weltweiten Führungsanspruch schaffen sollte. In gewisser Hinsicht wollte man damit auch den Geist des 8. Mai 1945 mit entsprechendem legitimatorischen Gewinn reaktivieren. Auf den Konferenzen in London 1997 und Washington 1998 wurden vor allem Restitutionsthemen wie »Raubgold« und Rückgabe von Kulturgütern abgehandelt, während mit Deutschland Sonderverhandlungen geführt wurden, bei denen die Entschädigung von Zwangsarbeit im Mittelpunkt stand. Sie sollten jedoch letztlich zur Regelung aller an Deutschland gerichteten Forderungen führen, wobei man sich hierzulande vor allem Schutz vor den bei US-Ge-

richten eingereichten Klagen und die Abwendung eines Boykotts gegen Teile der deutschen Wirtschaft versprach.

Forderungen hinsichtlich des geraubten Goldes konnten abgewendet werden, weil u. a. die entsprechenden Unterlagen, die von den Alliierten der Bank deutscher Länder, Vorläuferin der Bundesbank, zur dauerhaften Aufbewahrung übergeben worden waren, nicht mehr aufgefunden werden konnten. Auch die Restitution von Kulturgütern wurde in einem mit Akribie betriebenen Kleinkrieg nach Kräften sabotiert und ist fast 80 Jahre nach Kriegsende weiterhin ungelöst (siehe **konkret 12/24**). Die schließlich mit größter Mühe zusammengetriebenen zehn Milliarden Euro – die zur forcierten Kriegsvorbereitung soeben bereitgestellte Summe beträgt 100 Milliarden Euro – für die Ablösung der verhandelten historischen Gesamtschuld waren so gering bemessen, dass etliche als empfangsberechtigt anerkannte Opfergruppen leer ausgingen oder in dubiosen Verfahren aus dem Kreis der Anspruchsberechtigten hinausdefiniert wurden.

Trotz ihrer grundsätzlichen Verweigerungshaltung war die deutsche Politprominenz protzig vertreten, als im Jahr 2000 auf

der Stockholmer Holocaust-Konferenz unter dem Motto »Toward a Millennium of Tolerance« die politische Ernte eingefahren wurde. Unter dem Stichwort »Universalisierung des Holocaust« wurde die Erinnerungspolitik auf eine Weise gewendet, dass der Holocaust zum weltweiten Referenzthema für die Auseinandersetzung mit der Geschichte wurde. Zugleich war damit die Legitimierung einer Menschenrechtspolitik verbunden, die auch militärische Einsätze gegen andere Staaten, wie schon im Vorfeld der Jugoslawien-Krieg gezeigt hatte, einschloss. Deutschlands demonstrative Anwesenheit in Stockholm, verbunden mit seiner Teilhabe am Sieg im Kalten Krieg, löste den stringenten Schuldbezug zu den Nazi-Verbrechen auf und symbolisierte endgültig den Übergang der Deutschen auf die Seite der »Guten«.

Mindestens so überraschend wie die US-Initiative war der Umstand, dass europäische Staaten wie Italien, Griechenland, Polen und Serbien, die Mitglied der EU waren oder werden wollten, Entschädigungs- und Reparationsforderungen gegenüber Deutschland erhoben. Sie erkannten die Bindewirkung des Zwei-plus-Vier-Vertrags nicht an, weil ihre

Ansprüche bei den Verhandlungen nicht auf der Tagesordnung standen. Hatte die BRD in den Jahrzehnten zuvor derartige Forderungen mit der Begründung zurückgewiesen, hierüber könne erst bei Verhandlungen über einen Friedensvertrag gesprochen werden, entgegnete sie jetzt, weil das Zwei-plus-Vier-Abkommen ein den Zweiten Weltkrieg abschließender Vertrag sei, sei es nun für Gespräche zu spät.

Neben den Ansprüchen auf Reparationen wurden aber auch Forderungen erhoben, die sich nicht direkt aus der Schuldenstundung ergaben, sondern aus einem hieraus folgenden Vertragswerk. Gemeint sind die Globalabkommen genannten Verträge, die in den Jahren um 1960 mit zwölf europäischen Staaten abgeschlossen worden waren und den Unmut dämpfen sollten, der in der Bevölkerung vieler europäischer Staaten wegen der Stundung entstanden war. Sie wurden für notwendig gehalten, weil der Beitritt der BRD zu den neuen westlichen Kooperations- und Bündnisstrukturen – Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Nato – sonst auf allzu großen Widerstand gestoßen wäre.



Raketen statt Reparationen? – Bundeskanzler Olaf Scholz zu Besuch beim polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk, Warschau, Juli 2024

Die Globalabkommen waren durch zwei entscheidend wichtige Besonderheiten geprägt. Während die Bundesregierung behauptet, mit diesen Verträgen wären die heute erhobenen Forderungen abgegolten, gehört zu ihnen ein Notenwechsel, in dem die Vertragspartner der BRD darauf verwiesen, dass sie sich wegen offengebliebener Fragen vorbehalten, zu einem späteren Zeitpunkt ihre Forderungen erneut vorzutragen.

Daneben war es der deutschen Seite gelungen, den Kreis der Anspruchsberechtigten nach den Vorgaben des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) einzuschränken. Die Opfer von Wehrmachtsmassakern oder Zwangsarbeit und auch die zu Schaden gekommenen Angehörigen des Widerstands waren von Entschädigungsleistungen ausgeschlossen. Nehmen wir die Massakeropfer als Beispiel, so resultierte ihre Ausgrenzung zwar in erster Linie aus dem deutschen Interesse, möglichst wenig zahlen zu müssen, doch war man dem damaligen Zeitgeist gemäß – Phantasma der »sauberen Wehrmacht«! – auch gar nicht in der Lage, diese Verbrechen in ihrer ganzen Tragweite zu erfassen und anzuerkennen. Es bedurfte deshalb etlicher Kontroversen, um die Verbrechen der Wehrmacht überhaupt ins gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken. Insofern drückt sich in diesen Entschädigungsverweigerungen nicht nur der Versuch aus, sich der Verantwortung für die deutschen Verbrechen nach Kräften zu entziehen, sondern auch die Tradierung der diesen Verbrechen zugrunde liegenden Ideologie.

Geschichtspolitische Konsequenzen hatte dies jedoch allenfalls oberflächlich. So wurden im Verlauf der neunziger Jahre bis zum Jahr 2009 widerständige und gehorsamverweigernde Wehrmachtssoldaten in einem langwierigen politischen Prozess zwar nicht angemessen entschädigt, aber doch rehabilitiert. Allerdings war man nicht bereit, entsprechende Konsequenzen für die Opfer der Wehrmachtsverbrechen in den besetzten Ländern zu ziehen. Eine Folge dieser Ignoranz war die Klage der Opfer aus der griechischen Ortschaft Distomo in den neunziger Jahren. Zwar unterrichtete der deutsche Botschafter seine Regierung über diesen Prozess, doch vermied man es, das Verfahren offiziell zur Kenntnis zu nehmen. Der Prozess endete mit einem rechtskräftigen Urteil zugunsten der Massakeropfer und ihrer Nachkommen, denen zirka 25 Millionen Euro Entschädigung zugesprochen wurden.

Ähnliche Urteile wurden auch in Italien rechtskräftig. Hier kamen Klagen in puncto Zwangsarbeit hinzu. Sie wurden zum Beispiel von ehemaligen italienischen Soldaten erhoben, denen als Kriegsgefangene ihr nach internationalem Recht garantierter Schutzstatus genommen worden war und die dann

Zwangsarbeit leisten mussten. Ein auf Bereiben der Bundesregierung erstelltes Gutachten kam im Kontext der Verhandlungen über die Entschädigung von Zwangsarbeit zwar völlig richtig zu dem Schluss, dass die Entziehung dieses Status Unrecht war und ihnen dieser Schutz weiterhin zugesprochen werden müsse, sie aber als mit diesem Schutz Ausgestattete nicht zu Zwangsarbeit hätten herangezogen werden dürfen und deshalb auch nicht als Zwangsarbeiter entschädigungsberechtigt seien.

Gegen diese Forderungen und Urteile setzte die Bundesregierung zwei Mittel ein. Das war zum einen ihre politische und wirtschaftliche Macht. So kam es wegen späterer Prozesse zur Umbesetzung des obersten griechischen Gerichtshofs, der schließlich weitere Urteile à la Distomo unterband. Hinsichtlich des rechtskräftigen Distomo-Urteils selbst weigerte sich die Bundesregierung, die Zahlungen zu leisten, weshalb es zur Pfändung deutscher Immobilien in Staatsbesitz kam. Allerdings setzt ein solcher Vollzug nach griechischem Recht die Zustimmung des dortigen Justizministers voraus, was dann – nicht überraschend – zur Blockierung der Urteilsvollstreckung führte. Ähnlich ging man mit den Forderungen um, die von Staaten wie Serbien oder Verfolgten in Slowenien erhoben worden waren. Während man den Serben bedeutete, falls sie jemals in die EU aufgenommen werden wollten, sollten sie ihre Entschädigungsforderungen schnell vergessen, setzte man sich mit den slowenischen Forderungen gar nicht erst ernsthaft auseinander.

Komplizierter war die Lage in Italien. Zwar ließ man es auch hier nicht an »ernsthaften« Gesprächen mit der Regierung fehlen, doch war die italienische Justiz hiervon nicht hinreichend beeindruckt und sprach sowohl den Opfern von Wehrmachtsmassakern wie auch nicht entschädigten Zwangsarbeitern das Recht auf Entschädigung zu. Hiergegen griff die Bundesregierung zu einem juristischen Mittel, das spätestens nach der Stockholmer Holocaust-Konferenz mit ihrer Relativierung staatlicher Souveränität im Fall von Menschenrechtsverletzungen nicht mehr dem westlichem Rechtsverständnis entsprach: Sie klagte beim Internationalen Gerichtshof (IGH) zwecks Abwehr der italienischen Urteile das Recht auf Staatenimmunität ein. Während die italienische Justiz weiterhin nach dem Grundsatz handelte, im Fall von Menschenrechtsverletzungen verliere das Prinzip der Staatenimmunität seine uneingeschränkte Geltung, konnte Deutschland, gestützt auf die Rechtsprechung des IGH, die Ansprüche der italienischen Nazi-Opfer mit der Konsequenz zurückweisen, dass der italienische Staat die Opfer Deutschlands schließlich selbst entschädigte (siehe **konkret 11/23**). Dieser Bruch in der Legitimation deutschen Staats-

handelns hat die deutsche »Zivilgesellschaft« bis heute nicht interessiert.

Als Ausgleich für die schroffe Verweigerung der materiellen Konsequenzen von Verantwortung ergänzte die Bundesregierung ihr Handlungstableau um eine forcierte Kultur- und Erinnerungspolitik. Mit Italien, Griechenland und Polen wurde die Einrichtung von Erinnerungs- und Dokumentationsstätten vereinbart, man gründete Historikerkommissionen, legte bei gegebenem Anlass Kränze nieder, richtete Jugendbegegnungstätten ein oder stellte Finanzmittel zur Förderung von kulturellen Projekten zur Verfügung. Die vorhandenen Gegensätze konnten damit aber lediglich ansatzweise überwunden werden. So kam aus dem Kreis der Märtyrerstädte – so bezeichnen sich Ortschaften und Städte, in denen Wehrmacht und SS Massaker begangen hatten – aus Anlass des Besuchs von Bundespräsident Steinmeier in Griechenland die Warnung, all diese Aktivitäten seien ein Trojanisches Pferd zur Spaltung der griechischen Gesellschaft.

Die Politik der »Wiedergutmachung« mag zwar unausweichlich und letztlich auch nützlich für den deutschen Wiederaufstieg gewesen sein, eine ethische Grundlage im Sinne eines »zweiten Grundgesetzes«, von dem Otto Küster sprach, konnte damit jedoch nicht gelegt werden. Im Gegenteil. Die deutschen Betrugsmanöver, die diese Politik kennzeichnen, haben oft die alten Verbrechen aktualisiert und bei den Opfern neue Wunden gerissen.

Doch deutet sich mit dem Polen-Besuch von Bundeskanzler Scholz im Sommer 2024 eine neue Lösungsperspektive an. Hatte Scholz den Polen schon angeboten, am deutschen Fortschritt zu partizipieren, so interpretierte der neue polnische Regierungschef Donald Tusk diese Perspektive auf seine Art. Zwar hielt er an den polnischen Reparationsforderungen fest – »Vergebung und Schuldanerkenntnis sind eine Sache, Wiedergutmachung des Schadens ist eine andere« –, verband dann aber die Vergangenheitsaufarbeitung mit seinem Verständnis der geopolitischen Lage, die er von einer Bedrohung Europas durch Russland gekennzeichnet sieht. Das Thema Reparationen solle vor diesem Hintergrund keine Ressentiments bedienen, »sondern zu einer Idee werden für eine weitere sicherheitspolitische Zusammenarbeit, die beiden Nationen zugute kommt«. So mag es sich abspielen. Deutschland wird zwar seine Schulden aus dem Zweiten Weltkrieg nicht begleichen, statt dessen aber Geld in die Vorbereitung eines neuen Kriegs gegen Russland stecken. Die letzten 80 Jahre haben ideologisch hierfür alles gerichtet. ●

Rolf Surmann schrieb in konkret 12/24 über die deutsche Absicherung des NS-Kunst- raubs

Wildwestmethoden in deutschen Verlagshäusern

Zum letzten Mal:
Kamen wie H. P. Lovecraft
werden nicht mitübersetzt!



The Sound of Silence

Silencing« ist derzeit ein beliebter Begriff. Dem Soziologen Robel Afeworki Abay zufolge beschreibt er die »hegemonialen, diskursiven und wissenschaftlichen Praxen« zur »Unsichtbarmachung von Perspektiven gesellschaftlich marginalisierter Gruppen«. Dem Kulturmagazin »Renk« zufolge stammt der Begriff »aus der postkolonialen Wissenschaft und bezeichnet die Tatsache, dass Menschen im Zuge der Kolonialisierung unterdrückt und ihrer Stimme beraubt worden sind«.

Die Wissenschaft hat einem gelegentlich auftretenden, paradoxen Sachverhalt bislang jedoch keine Beachtung geschenkt: Je stärker sich »Stimmen« als Opfer von »Silencing« darstellen, desto lauter können sie manchmal ihre Meinung in die Öffentlichkeit plärren. Zu verfolgen war dies jüngst bei einem Auftritt der weltbekannten US-amerikanischen Fotografin Nan Goldin in der Neuen Nationalgalerie in Berlin. Hierzulande werde man »mundtot gemacht und geknebelt von Regierung, Polizei und kultureller Maßregelung«, behauptete die Antizionistin und Unterstützerin der Israel-Boykottbewegung BDS dort Ende November in einer Rede zur Eröffnung einer ihrem Werk gewidmeten Retrospektive. Viele Künstlerinnen und Künstler seien in Deutschland wegen einer propalästinensischen Haltung »gecancelt« worden. Proteste gegen Israel würden »mit Polizeihunden bekämpft«. Sie wolle andere Künstler unterstützen »sich zu äußern, ohne zensiert zu werden«, sagte Goldin.

So trug die Fotografin also auf Einladung einer der bedeutendsten staatlichen Kulturinstitutionen Deutschlands vor vollem Haus ihr Lamento über »Silencing« und Zensur höchsten Ausmaßes vor, ohne dass irgendjemand versucht hätte, sie zu zensieren oder zum Schweigen zu bringen. Auch Polizeihunde wurden nicht eingesetzt. Statt dessen folgten die Anwesenden dem Aufruf der Künstlerin zu einer Schweigeminute für »die 44.757 Menschen, die in Palästina von israelischen Streitkräften getötet wurden, die Hälfte von ihnen Kinder«, »die 3.516 Menschen, die im Libanon von israelischen Streitkräften getötet wurden«, und für »die 815 israelischen Zivilisten, die am 7. Oktober getötet wurden«. Beschwiegen wurde eine Minute lang auch, dass Goldin implizit der in den 44.757 Toten miteingerechneten Kämpfer von Hamas, Islamischem Jihad und PFLP gedenken ließ, während sie die israelischen Soldatinnen und Soldaten, die am 7. Oktober von diesen ermordet worden waren – nicht weil sie Soldaten, sondern weil sie Juden waren –, für nicht erinnerungswürdig befand. Ebenfalls ohne Widerspruch konnte Goldin einen »Genozid in Gaza und im Libanon« anprangern, unterstützt von Rufen aus dem Publikum wie »Fuck Israel«, »Free Palestine« und »Yallah, yallah, Intifada«. Niedergebrüllt und zum Schweigen gebracht wurde im Anschluss hingegen Klaus Biesenbach, der Direktor der Neuen Nationalgalerie, als er sich von dem Schlamassel distanzieren wollte, den er sich mit Goldins Einladung selbst eingehandelt hatte.

Die anschließende mediale Diskussion zur Frage der Kunstfreiheit verlief wieder einmal fruchtlos, da sie wie häufig in solchen Fällen das Thema verfehlte. Aufgetreten war schließlich auch in der Neuen Nationalgalerie keine Künstlerin, sondern eine Aktivistin – wie

es im zeitgenössischen Kunstbetrieb die Regel ist. Dessen größtes Anliegen scheint es zu sein, Rezipientinnen und Rezipienten ein ideologisches Bekenntnis und die richtige Gesinnung unterzububeln. Davon zeugt auch die penetrante Welterklärerei bei Großschauen wie der Biennale in Venedig und der Documenta in Kassel, auf denen man vergeblich nach dem sucht, was Kunst ausmacht: zu befremden und dafür zu sorgen, dass Betrachterinnen und Betrachter die Welt gerade nicht mehr verstehen.

Für die Kunst selbst ist der aktivistische Eifer schlecht. In politischer Hinsicht erfüllt er, verbunden mit der Beschwerde über »Silencing« und »Zensur«, eine Funktion: Er soll die Forderung nach der Auslöschung Israels normalisieren, wofür er sich der von Reaktionären aller Art entlehnten rhetorischen Figur »Man wird doch wohl noch sagen dürfen« bedient. »Antizionismus hat nichts mit Antisemitismus zu tun«, behauptete Goldin in diesem Sinn in ihrer Rede. Das wird jedoch von der Geschichte des Antizionismus widerlegt – etwa vom Slánský-Prozess 1952 in Prag, von der antizionistischen

Kampagne in Polen 1968, von dem versuchten Anschlag der Tupamaros Westberlin auf das jüdische Gemeindehaus 1969, der Selektion jüdischer Geiseln in Entebbe 1976, dem versuchten Anschlag einer palästinensischen Gruppe unter Mithilfe aus dem Umfeld der RAF auf einen Bus russischer Juden in Budapest 1991. Schreiten Antizionisten zur Tat, sind stets Jüdinnen und Juden die prospektiven oder tatsächlichen Opfer.

Zudem lenkt der Furor über das vermeintliche »Silencing« propalästinensischer Künstler von einem tatsächlichen Boykott ab: dem gegen israelische. »Dies hier ist erst das zweite Mal seit Kriegsbeginn, dass ich außerhalb Israels spreche. Für gewöhnlich bekomme ich pro Jahr fünfzehn bis zwanzig Einladungen aus Ländern in Europa«, sagte der Schriftsteller und Drehbuchautor Etgar Keret (»Mein sprechender Goldfisch«), ein

Gegner der Regierung von Benjamin Netanjahu, jüngst der »Taz«. Er erhalte »einfach keine Einladungen mehr«. Der Regisseur, Drehbuchautor und Produzent Ari Folman (»Waltz with Bashir«) beschrieb kürzlich im Schweizer Magazin »Tachles« seine Erfahrungen: In den vergangenen Monaten sei »jegliche aus europäischen Quellen stammende finanzielle Unterstützung« für einen von ihm geplanten Film widerrufen worden. Die belgischen Produzenten hätten ihm geschrieben: »Wir können dich vor unseren lokalen belgischen Filmstiftungen nicht länger verteidigen.« Auch Folman ist kein Freund Netanjahus, sondern nach eigener Aussage »ein dezidiert Linker«. Das interessiert diejenigen allerdings nicht, die in ihm nur den bösen Israeli sehen wollen. Als solcher kommt man derzeit in der von der BDS-Ideologie berauschten Kunstwelt nicht weit.

Wer es in diesem Betrieb hingegen ganz nach oben schaffen will, muss den herrschenden schrillen Ton anschlagen, so wie die Direktorin des Zeitz Museum of Contemporary Art Africa in Kapstadt, Koyo Kouoh. Sie hat noch im Oktober in einer Rede auf einer Veranstaltung in München über Israel als ein »Regime des Terrors und der Zerstörung« gesprochen, die Hamas jedoch nicht erwähnt. Anfang Dezember wurde sie zur Leiterin der Biennale in Venedig 2026 ernannt. ●



»In dieser progressiven Blase geht es ständig um Mikroaggressionen und sensible Sprache ... Aber gegenüber Juden und Jüdinnen ist offenbar alles erlaubt, da gibt es keine Hemmungen mehr.«
Stefan Lauer, Amadeu-Antonio-Stiftung, über linken BDS-Antisemitismus

Der Vorhang geht auf

Immer das Theater mit der Verfassung:

Viele Menschen scheuen die Auseinandersetzung mit diesem grundlegenden Dokument unserer Demokratie und sehen die Rechte, die mit dem Grundgesetz für unsere demokratisch-freiheitliche Gesellschaft errungen wurden Komma als Selbstverständlichkeit.

So wie viele Menschen die Auseinandersetzung mit der Bremsanlage ihres Kraftfahrzeugs scheuen und die jederzeitige Möglichkeit, ihr Auto zum Stehen zu bringen, als Selbstverständlichkeit ansehen. Aber wahr ist, dass das Auto in Deutschland viel mehr Interesse auf sich zieht als das Grundgesetz, weshalb dieses sich, überraschend genug,

höchstpersönlich auf eine Vortragsreise durch seine Bundesrepublik aufmacht, um sein Image aufzupolieren. Das Publikum will nicht so recht in Begeisterungstürme ausbrechen, als es über die Geschichte der Demokratie und seine eigene Entstehung referiert.

Also das Grundgesetz jetzt, was uns immerhin ein Publikum erspart, das seine eigene Entstehung in Referate packt.

Erst als beim Vortrag alles schiefzuehen droht, besinnt sich das frustrierte Gesetzeswerk auf seine Grundwerte und gewährt den Menschen einen tiefen und etwas anderen Einblick in das Seelenleben einer demokratischen Verfassung ... In unserem kurzweiligen Ein-Personen-Stück bekommt das Grundgesetz eine Stimme: Auf unterhaltsame Art wirft das personifizierte Grundgesetz einen Blick auf die Grundlagen unserer Demokratie und zeigt, wie relevant es für unser tägliches Leben ist. Auch Mutter Weimar und Großmutter Paulskirche melden sich dabei zu Wort.

Angesichts derart drohenden Schulteatheaters wollen wir uns an den alten CSU-Innenminister Höcherl erinnern, der durch seinen Satz unsterblich geworden ist, seine Beamten könnten »nicht den ganzen Tag mit dem Grundgesetz unter dem Arm herum-

umlaufen«. Dass sie es, sechzig Jahre später, mit einem personifizierten Grundgesetz erst recht nicht könnten, hat weder die »Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte« noch die »Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte e. V.«, die uns diesen etwas anderen Einblick in das Seelenleben wehrhafter Demokratinnen erlauben, bedacht.

Dann wird die Bühne zur Welt

Soziale Marktwirtschaft geht ja so, dass die, die haben, denen, die nichts haben, von ihrem Hab und Gut abgeben, wobei es eine schöne Ironie ist, dass die, die haben, deshalb haben, weil die anderen nichts haben. Eingerichtet hat das der Herrgott selbst, und der Bürger wäre keiner, erinnerte er sich nicht seiner daraus resultierenden Christenpflicht zu Barmherzigkeit und Nächstenliebe, etwa auf dem Theater, das überhaupt nur darum steht und läuft, weil die, die abends zu kaputt sind, um hinzugehen, es mit ihren Steuern bezahlen. Etwa das Haus am Goetheplatz in Bremen, wo die Regisseurin Alize Zandwijk sich einmal von allen guten Geistern hat verlassen lassen:

Für ihre Inszenierung geht Zandwijk eine Kooperation mit der Bremer Tafel ein: Im Bühnenbild werden bei den Vorstellungen Lebensmittel verwendet, die das Publikum mitbringen kann und die hinterher durch die Tafel weiterverwertet werden. Das Theater Bremen startet deswegen einen Spendenaufruf, bei dem es um unverderbliche Lebensmittel wie Kaf-

fee, Tee, Nudeln, Reis, Konserven, Kekse oder Schokolade bittet. Abgegeben werden kann das ab dem 16. November an der Theaterkasse oder vor jeder Vorstellung von »La Bohème«.

So wirft die personifizierte Schamlosigkeit einen unterhaltsamen Blick auf die Grundlagen unserer Demokratie. Auch Infamie und Zynismus melden sich dabei zu Wort.

Das ist wie ein Rausch

Für kulturelle Teilhabe braucht es aber gottlob keine teuren Theaterkarten, wenn der Großbuchhandel zum Ausverkauf bläst:

Auf die Plätze, fertig, los! Wir eröffnen feierlich unsere große Taschenbuchjagd! Schnapp dir schnell diese reduzierten Bücher zum Schnäppchenpreis und bezahle beim Kauf von 4 Titeln nur 3!

Mach' ich glatt:

Valerie Korte: *Liebe treibt die schönsten Blüten*

Alisha Rai: *Wenn dein Blick mich trifft*

Lorraine Fouchet: *Das Café der kleinen Geheimnisse*

Lorraine Brown: *Und dann war es Liebe*

Jenny Blackhurst: *Das Gift deiner Lügen*

Nora Benrath: *Eskalation*

Naomi Joy: *Flieh, so weit du kannst*

Veronika Rusch: *Der Tod ist ein Tänzer*

– und der Trick von Thalia ist natürlich, dass es gar nicht möglich ist, aus diesem tollen, hier nur in Auswahl zitierten Ramsch auch nur 1 Titel zu wählen, geschweige 4, und wer immer dachte, die Rettung der Welt sei schon darum weiblich, weil Frauen noch Bücher lesen, übersieht, dass Frauen diese Bücher auch schreiben.



Und dann war da noch die bundesweite Kunstaktion »Verteilung von Marx-Riegeln gegen Rechtsruck« des Hannoveraner »Künstlernetzwerks Schuppen 68«, und vor dem niedersächsischen Landtag nahmen, juchzt der Preetext, »zahlreiche Landtagsabgeordnete, prominente Vertreter*innen der politischen Szene und interessierte Zuschauer*innen Marx-Riegel-Kunstwerke in Empfang«, etwa »Greta Garlichs, Landesvorsitzende der Grünen Niedersachsen, Nicolas Beer, Grünen-Landtagsabgeordneter, Klaus Wallbaum, Chefredakteur des »Rundblick«, und Swantje Schendel, Grünen-Landtagsabgeordnete. Mit als Erster am Tatort: Jan Henner Putzier, SPD-Landtagsabgeordneter aus Uelzen (nicht im Bild).« Wir fragen: Warum ist Uelzen nicht im Bild? Was haben SPD und Grüne mit Marx zu tun? Und wann startet, angesichts von kunstaktivistischen Hammerslogans wie »Marx macht mobil bei Arbeit, Klassenkampf und Spiel!«, das Projekt »Verteilung von Wix-Riegeln gegen agitatorische Selbstbefriedigung«?

Errichtung eines Gebäudes

Man fängt ganz unten an:
Meist mit dem Fundament.
Ein Keller folgt, und dann,
Wenn man den Bauplan kennt,
Ein hübsches Erdgeschoss.
In Ordnung, brummt der Boss.

Noch manches Stockwerk klimmt
Am Horizont hinauf.
Wenn alles soweit stimmt,
Kommt's Dach dann oben drauf.
Und andersrum geht's nicht.
Außer im Gedicht.

Marco Tschirpke

Und nur der Augenblick zählt

In einem Feuilleton über die Studentin, die sich im Iran in aller Öffentlichkeit bis auf die Unterwäsche ausgezogen hat, erwähnt Sonja Zekri (»SZ«), unvergessen als Verteidigerin des Antisemiten Achille Mbembe, den Umstand, dass in Berlin Lehrerinnen jetzt Kopftuch tragen dürfen. Das ist knorke, schon weil man der Muslimfeindin Alice Weidel eins auswischen kann:

Dass die Iranerinnen das Kopftuch aus denselben Gründen ablehnen, aus denen eine libysche Krankenschwester in München oder eine syrische Rewe-Verkäuferin in Berlin-Neukölln es anlegen, weil sie über ihre Garderobe selbst entscheiden wollen, spielt für Weidel keine Rolle.

Die jungen Herren in den Lonsdale-Jacken und schweren Stiefeln, die Weidel in der Absicht zuarbeiten, ein Vaterland ohne libysche Krankenschwestern oder syrische Verkäuferinnen zu schaffen, entscheiden über ihre Garderobe gleichfalls gern selbst, was, fragt man mich, als Grund nicht ausreicht, sie im Schuldienst zu beschäftigen, und während Iranerinnen das Kopftuch ablehnen, weil es religiöses Patriarchat ausdrückt, dürfen Berliner Lehrerinnen es tragen, weil es zu ihrer Garderobe gehört, über die sie selbst bestimmen, dann aber wie die

Iranerinnen aussehen, die Mann dazu verdonnert. Natürlich lassen sich Springerstiefel und Lonsdale-Jacke auch tragen, weil man es für modisch angezeigt hält. Aber solange jedes Fernsehbild aus der islamischen Welt die verhüllte Frau als Norm zeigt, darf die säkulare Welt sich gern überlegen, ob, wo Gendersprache für »Sichtbarkeit« sorgen soll, es nicht paradox ist, weibliche Unsichtbarkeit zur staatlich geprüften Tugend zu machen.

Wie ein brennendes Fieber

Wie jüdische Schüler das finden, in offiziell islamischen Klassen zu sitzen, interessiert Zekri – Fachgebiet laut Wikipedia »Nahost, Osteuropa, Kultur und Religion« – nicht, und zwar aus Gründen:

Man muss keine Sympathien für die Israel-Verklärung auf konservativer Seite haben, für die kaum verhüllte Sehnsucht nach einer Entlastung von der deutschen Geschichte an der Seite eines israelischen Staates, dessen dunkle Seiten viele zusehends angestrengt übersehen.

Während die Berliner Kulturkorrespondentin des Münchner Feuilletons mit derselben Mühelosigkeit, mit der sie die Tiraden des ihr so sympathischen Mbembe unter-

schlagen hat, die dunklen Seiten des Projekts »Freies Palästina« (etwa die Beseitigung des israelischen Staates) übersieht und sich die kaum verhüllte Sehnsucht nach einer Entlastung von der deutschen Geschichte immer noch am schönsten in der Gleichung unserer Palästina-Verklärerinnen ausdrückt: Israel = SA, SS. Dass im Befreiten Land die Garderobenfrage im Sinne seiner männlichen Befreier gelöst werden wird, darf die Antidiskriminierungsstelle freuen.

Wie ein Stück Glückseligkeit

Der Journalismus liegt ja im Sterben, aber da die Götter ihren Lieblingen zumal die letzten Freuden ganz geben, darf mein liebster »SZ«-Berliner Hilmar Klute jetzt in Washington, D. C., wohnen, natürlich in einem Viertel, das man progressiv nennen kann. Denn wenn Progressive umziehen, bleiben sie daheim, weshalb Klutes »USA-Kolumne« in toller Launigkeit davon zu berichten weiß, dass er sein altes Berliner Fahrrad mitgebracht hat und seine kleinen, bald locker internationalen Kinder Donald Trump mögen. Von Hauptstadt zu Hauptstadt, und Klute mittenmang: darum geht es, und das Milieu wird es lieben, wenn das Nichts, das es ist, Gestalt gewinnt.

Himmel und Hölle zugleich

So einsam sind sie in ihrem um die Erde kreisenden Raumschiff und gleichzeitig einander so nah, dass ihre Gedanken, ihre individuellen Mythologien, bisweilen zusammenfinden. Mitunter träumen sie dieselben Träume – von Fraktalen und blauen Sphären und vertrauten Gesichtern in der Dunkelheit, vom leuchtenden, energiegeladenen Schwarz des Weltraums, das ihre Sinne überwältigt. Das bloße All ist ein Panther, ungezähmt und ursprünglich; in ihren Träumen pirscht er durch ihre Quartiere.

Und hinter tausend Stäben nur ein All – es liegt natürlich an mir, dass ich das nicht aushalte, Booker Prize hin oder her: dieses Pathos, diese kleinbürgerlich-selbstergriffene Vorstellung von Literatur als Raumschiff in den unendlichen Weiten der Metaphorik samt der Überzeugung, dass das Wort »Mythologie« unbedingt in einen ersten Satz gehört.

Die Milchstraße ist die qualmende Schmauchspur einer in den seidenglänzenden Himmel geschossenen Ladung Schießpulver.

Und aufgrund solchen Weltraumschrotts sitze nicht ich auf dem Parnass, sondern Samantha Harvey. Ich gratuliere, und in meinen Träumen qualmt es. **Stefan Gärtner**

Heult leiser!

Erst seit wenigen Jahrzehnten leben wieder Wölfe in Deutschland. Und schon wieder können die Eingeborenen sich nicht entscheiden, ob sie Isegrim lieber tot oder als Totem sehen. Ein Abriss von Peter Kusenberg

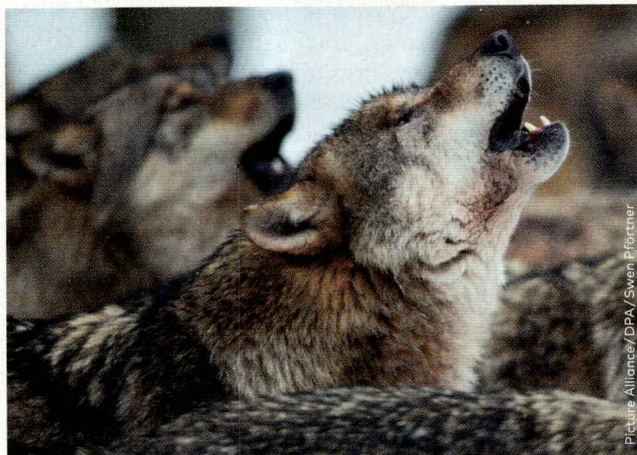
»Gieriger Wölfe Geschlecht, die freuen sich blutigen Fraßes.«
Ovid, *Metamorphosen*

Der Mensch gehört zur Art jener Primaten, die ihr Habitat, die kurrente Biosphäre, derart zerdengeln und zernichten, als gäbe es statt des zugigen Mars einen schönen Alternativ-Himmelskörper in mondnahe Nachbarschaft zu erobern, zu besiedeln und: siehe oben. Wäre der Wolf des Menschen Mensch, so hätte der Mensch keine Chance gehabt, jemals den irren Gedanken zu fassen, als »Krone der Schöpfung« vollständig Flora, Fauna und den Rest der Biosphäre nach Gusto zu vernutzen. Im Gegensatz zu ihm besitzt der Wolf einen wärmenden Graupelz, einen Satz Zähne, scharf wie Hoppeschliff-Messer, sowie ein Gemüt und eine Konstitution, die keiner Psychotherapie und Gripeschutzimpfung bedürfen, um weltweit zu wesen.

Isegrim kennt keine Kapitalakkumulation und keine Entfremdung, er weiß nichts von einem Gegensatz zwischen ihm und der Natur als Prinzip, anders als die Hominiden. Selbst die von revolutionärem Geist beseelten Umstürzler der KPD/SED dachten im Hinblick auf diese Dichotomie nicht anders als Elon Musk. »Wir können keine Gnade von der Natur erwarten, wir müssen sie niederreißen!« lautete ein Slogan der Partei, und Stalins Busenfeind Leo Trotzki tönnte in totaler Hybris: »Die gegenwärtige Verteilung von Bergen und Flüssen, von Weiden, Steppen, Wäldern und Küsten, kann nicht als endgültig angesehen werden. Durch die Maschine wird der Mensch in der sozialistischen Gesellschaft die Natur in ihrer Ge-

samtheit kommandieren. Er wird die Plätze für Berge und Pässe anweisen. Er wird den Lauf von Flüssen ändern und den Ozeanen seine Regeln aufzwingen.«

Der Wolf frisst Wildschwein und Reh, so lange diese putzigen Forstschädlinge vorhanden sind, sonst begnügt er sich mit Häslein und Bilch oder wandert aus in futterreiche Habitate. Dem Menschen indes gelten als Agenten des Bösen die »greulichen Wölfe, die die Herde nicht verschonen werden« (Apostel Paulus). In den christlich dominierten



»Gier, List und Verderbtheit«: Wölfe bei der Chorprobe

Jahrhunderten bejagten Bürger, Bauern, Edelleute die verhassten Tiere. Der englische König Athelstan verlangte von seinem walisischen Vasallen Hywel Dda jährlich 300 Wolfshäute als Tribut. In der frühen Neuzeit betrieben die Europäer antilupine Vernichtungszüge: »Georg II. von Sachsen und seine Jagdgefährten erlegten zwischen 1656 und 1680 nicht weniger als 2.195 Wölfe und 239 Bären«, wie der britische Historiker David Blackbourn schreibt. Insbesondere dem Wolf wurden »bereitwillig Gier, List und Verderbtheit zugeschrieben«.

Aus Sicht des Homo sapiens war die Ausrottung erfolgreich. Im Andenken an die Tötung des letzten Wolfs in Westfalen einhundert Jahre zuvor errichteten Vertreter der Schöpfungsherren-Spezies 1935 ein Denkmal. Dass die Ausrottung des Beutegreifers insbesondere die Hakenkreuzler erfreute, wird keinen konkret-Leser erstaunen. Der AfD-Abgeordnete Karsten Hilse behauptete in einer Bundestagsdebatte, Wölfe liefen »immer öfter seelenruhig durch Dörfer und an Bushaltestellen« vorbei, »an denen nur wenige Stunden zuvor Kinder auf ihren Schulbus warteten«. Denn der Eurasische Wolf, so der rechte Tenor, ist einer, der ins Vaterland eindringt und Schaden am Volkskörper und an seinen Nutztieren anrichtet, der den symbolisch glorifizierten Wald zu einem gefährlichen Ort mache.

In der Wirklichkeit schert sich der rechtslibertäre Zeitgenosse einen feuchten Hasenküttel um den Wald, ihm sind vielmehr Autobahn und Großauto so heilig wie dem katholischen Prälaten Kruzifix und die von Wenzel Storch wiederentdeckte Fachzeitschrift »Leuchfeuer Ministrant« (siehe konkret 12/24). Letztlich stören Wolf und Wald bei der Monetarisierung und Privatisierung von allem, was dem Gemeinnutzen dienen kann. Im EU-Parlament stimmte im Herbst 2024 die CDU gemeinsam mit drei rechtsradikalen Fraktionen fürs »Kettensägenmassaker« (Friedrich Küppersbusch), also gegen das geplante Waldgesetz, das vor

Produkten schützen soll, die durch Entwaldung zustande kommen.

Andererseits lieben Nazis und andere Faschisten den Wolf inniglich: Der Fenriswolf, eines der drei Kinder des altnordischen Asen Loki, genoss Wertschätzung unterm Hakenkreuz. A. Hitler ließ sich als »Wolf« titulieren, was bei der Benennung der Autostadt in Ostfalen eine Rolle spielte. Mit Verve lassen sich Jungmänner, die autoritären Ideologien zuneigen, Wolfsköpfe auf ihre Unterarme tätowieren. Im vergangenen Sommer empörten sich Deutsche aller Couleur über den türkischen Fußballspieler Merih Demiral, der während der Europameisterschaft mit

der Hand einen »Wolfsgruß« gezeigt hatte, die symbolische Geste der rechtsextremistischen »Grauen Wölfe«. Das brachte ihm im türkischen Ort Bolu eine Ehrenstatue ein, löste in Bremer KITAS jedoch eine Debatte aus, ob der »Schwegefuchs« gleichfalls verboten werden sollte, also das gleichartige Handzeichen, mit dem Ruhe im Kinderrudel geboten wird.

Denn der Wolf ist King, weshalb der erlesene Aristoteles die Elite mit Beutegreifern und den Plebs mit Schafherden verglich, was der Quatsch-Psychologe Rainer Mausfeld für »einen geschickten Schachzug der selbst-

deklarierten Eliten« hält. Karin Eck zitiert in dem Ratgeber *Von Giraffen und Wölfen* ihren Lehrmeister Marshall B. Rosenberg, dessen Foto in der Wikipedia einen Latzhosenmann zeigt, der mit Wolfs- und Giraffenhandpuppen hantiert, wobei er reden mag von »einfühlsamer Giraffensprache und urteilender Wolfssprache« (Eck). Die beiden Psychoheinis halten es offenbar mit den Langhälsen; »Managementtrainer« Johannes Voss hingegen optiert für die Graupelze, nachlesbar in seinem Buch *Von Wölfen lernen*. Gut möglich, dass dem Manager geraten wird, der subalternen Produktivkraft den Pansen rauszureißen, während der ubiquitäre Saša Stanišić seinen Kinderroman *Wolf* nennt; »ein Loblied aufs Anderssein« und damit eines jener »bewährten Themen, die sich allzeit schön auszeichnen lassen« (Stefan Gärtner in **konkret 12/24**).

Der Wolf taugt den Schwaflern und Rechtsradikalen ob seiner vermeintlichen Verschlagenheit und tatsächlichen Wildheit als Symbol. Als lupines Alpha- und Omega-Tier gilt die Combo aus Primaten und Caniden, der Werwolf. In der Mythologie ist das eine menschliche Figur, die bei Vollmond zum Terrorwolf mutiert. Nach diesem Scheusal heißen eine österreichische Heavy-Metal-Band und das Hitler-Quartier in der Ukraine anno 1942, gleichfalls die NS-Organisation, die gegen Kriegsende unter Heinrich Himmler und »Reichs-Werwolf« Hans-Adolf Prützmann »Rudel« befehligte und in »Schulungs-Gattern« »abrichtete«, damit sie auf einem »Jagdzug« Mensch und Menschenkram zerstören konnten.

So sehr die »kulturellen Schaufensterdekorationen der europäischen Gesellschaften« (Philipp Blom) den Mythenwolf schätzen, so ambivalent halten sie es mit dem echten. Anfang Dezember 2024 beschloss der Europarat, den Schutzstatus des Wolfes zu mindern. Einige Wochen zuvor hatte das Bundesamt für Naturschutz bekannt gegeben, dass aktuell 209 Wolfsrudel in den Grenzen von 1990 leben, wobei im heide- und waldreichen Brandenburg die meisten Wolfsfamilien vorkommen, also wolfstätowierte Wolfshasser in besonders großer Zahl ihr Habitat mit den Wölfen teilen. In Bayern, wo sich Fuchs und Hase meist ungestört vom Großräuber gute Nacht sagen, tönte Ministerpräsident Söder (CSU): »Der Wolf gehört hier nicht her«, wohlwissend, dass im größten aller Bundesländer 23 nachgewiesene Wölfe kaum der Rede wert wären, ginge es um Inhaltliches und nicht um autoritäre Affekte. Dazu passt, was in der ARD-Doku »Wölfe in Deutschland – töten oder schützen?« ein Schäfer spricht: »Hoffentlich ist es ein Kind von jemandem, der schreit: ›Hurra, der Wolf ist wieder da!‹ Wenigstens kein unschuldiges Kind.« Die Reporterin sagt »oh ja« und findet das »drastig« (!), doch der Schäfer sagt: »Wir müssen alle Opfer bringen. Ich

muss auch zehn Schafe opfern für den Wolf, dann können die auch mal ein Kind opfern.«

Das dürfte die Wolfsfreunde *vergrämen*, wie das Fachwort heißt, das den Prozess beschreibt, der den Wolf »für seine unerwünschte und als auffällig eingestufte Verhaltensweise bestraft« (Wolfscenter.de). Doch der Wind dreht sich. Obwohl in den vergangenen zwanzig Jahren die Zahl der Wolfsrudel sich vervielfacht hat, stagniert ihre Zahl. Die Bundesstatistik weiß, warum: Von den 505 Wolfs-Totfunden zwischen 1990 und 2020 wurden 53 illegal getötet, vier waren »genehmigte Entnahmen«, nur einer starb einen Alterstod. Isegrims Hauptfeind indes saust mit 120 km/h über die Landstraßen. Die Wolfslobby schwindet, der Wolfsschutz-Deutschland e. V. warnt gar vor den Grünen. Deren Bundesumweltministerin Steffi Lemke »will Wölfe auch ohne DNA-Abgleich erschießen lassen, das willkürliche Abschießen von Wölfen soll nach dem Willen der Grünen bald beginnen«.

Neu ist das nicht, schon 2018 raunten die Grünen während einer Bundestagsanhörung, »die Rückkehr des Wolfes (darf) nicht dazu führen, dass die Freilandhaltung von Nutztieren eingeschränkt werden muss«. Und wenn, wie im Herbst 2024 in Neuenahr-Ahrweiler, ein Geselle namens GW1896m, also der große böse Wolf mit 1.896 Zähnen, ein Schäflein in die ewigen Jagdgründe schickt, dann findet die rheinland-pfälzische Umweltministerin Katrin Eder (Die Grünen) den »Antrag zur Entnahme« gut und richtig.

Die Sorge vorm Wolf ist nicht komplett unbegründet. »Die Zeit« berichtete am 1. August 2024, dass ein Wolf »in einem Naturpark nahe der niederländischen Stadt Utrecht ein Kind leicht verletzt« habe, woraufhin die Behörden »dringend davon abgeraten hätten, diese Wälder mit kleinen Kindern zu besuchen«. Dabei hätten Haushunde als Spezies gute Chancen auf einen raschen Sieg über ihre wilden Vorfahren: Knapp elf Millionen gibt's von *canis lupus familiaris* hierzulande, sie töteten in Jahrzehnten Hunderte, verstümmelten Tausende Menschen, während Gevatter Graujacke sich in toto mit einer toten Wildtierpflegerin in Schweden zufrieden geben muss.

Vielleicht lässt die Bestie sich zur Sanftmut erziehen? Das Fachmagazin »Ecology« berichtet von äthiopischen Wölfen, die trotz ihrer karnivoren Lebensweise den Nektar der Blüten heimischer Fackellilien schlecken. Wenn alles nichts hilft, beherzige der hasenherzige Primat den Rat der Cottbuser Umweltbehörde, den »Wolf in einer Siedlung oder in der Nähe durch lautes Rufen und Lärmen zu vertreiben« (»SZ«). Denn wenn *Homo sapiens* eines vermag, dann ist es das: Lärmen und Heulen, bis das Gehör blutet. ●

Peter Kusenber schrieb in **konkret 12/24** über die rechtliche Fragwürdigkeit der »Trusted Flagger«

Raum zum Hassen

Der Bundestag hat eine neue Antisemitismus-Resolution verabschiedet, und »manche Politikerinnen, insbesondere bei den Grünen« hätten laut »SZ« gern eine »neuere Antisemitismus-Definition« berücksichtigt, »die Kritikern Israels mehr Raum zum Atmen lässt. Dazu zählt etwa die Jerusalem Declaration, und darin heißt es: ›Boycott, Desinvestition und Sanktionen sind gängige, gewaltfreie Formen des politischen Protests gegen Staaten. Im Falle Israels sind sie nicht per se antisemitisch.«

Keine Woche später berichten Stefan Lauer von der Amadeu-Antonio-Stiftung und der britisch-deutsche Journalist Nicholas Potter (siehe **konkret 11/23**) in einem langen Interview ebenda vom gewaltfrei israelkritischen Klima in der Club-Szene: »Die Boykottbewegung BDS funktioniert oft als Einstiegsdroge ... Ein sehr autoritäres Weltbild, die Verharmlosung und Verherrlichung von islamistischen Terrororganisationen, Pressefeindlichkeit gehören in relativ großen Teilen der Szene immer stärker zum Konsens. ... Der Berliner Club About Blank hat sich in öffentlichen Statements sehr differenziert und voller Mitgefühl sowohl für die Opfer der Hamas-Morde am 7. Oktober als auch zur schrecklichen Situation der Palästinenser im Gazastreifen geäußert. Eine blinde Verteidigung der rechten israelischen Regierung kann man dem Club sicher nicht vorwerfen. Nachdem das About Blank im August eine Soli-Party für die Überlebenden des Nova-Festivals veranstaltet und einen Dokumentarfilm über das Massaker bei diesem Festival gezeigt hatte, wurde es regelrecht terrorisiert. Das Clubgelände wurde mit Fäkalien beworfen, es gab einen Anschlag mit Buttersäure. Mitarbeitende wurde beleidigt und bedroht, das Gebäude wurde mit dem roten Dreieck bemalt, mit dem die Hamas ihre Terrorziele markiert. Das sind rabiate Einschüchterungsversuche. Das About Blank und das linke Kulturzentrum Conne Island in Leipzig gehören zu den sehr wenigen Clubs, die sich deutlich gegen den Terror der Hamas positionieren. ... Für ihre Kritik am Antisemitismus werden sie angefeindet. BDS kennt keine Nuancen.«

Gut, dass Boycott, Desinvestition und Sanktionen im Falle Israel nicht per se antisemitisch sind und die Nuancen zählen, die Boycott, Divestment and Sanctions nicht kennt. **Stefan Gärtner**

Eins: Sommernacht
Ich schaue hoch. Das Dach liegt mir warm unterm Rücken. Es leuchtet bronzefarben um mich her: Ruhemodus, Kollation. Ich senke den Blick. Die klare Nacht diesseits der Windheide erlaubt die Suche nach Süden hin bis über'n See hinaus: Gibt's da mehr als Gras und Schafe?

Leute vielleicht?

Ja: Da sind Leute, und Berg und Wald gibt's am andern Ufer, schwarz gegen den nur wenig helleren Himmel. Regen sich die Bäume? Falls das keine Täuschung ist, liegt's vielleicht an den Robotern, die unter

nen manchmal was geschrieben stand, von Leuten jenseits der Windheide.

Ich hab's noch nicht gelesen. Es liegt als Tau auf meinen Armen. Bald verdunstet es, zusammen mit meinem eigenen Innenkram. Der steigt dauernd als unsichtbarer Dampf hoch, weil ich die Verbindung zum Konnektom nicht ganz kappe nachts. Manchmal ist mir halt nach Arbeit. Der Dampf verteilt sich, fällt ins Gras. Teils auch auf die Schlafenden. Sie müssen das Zeug drin aber nicht lesen. Sie könnten.

Zwei: Aushilfsarbeit

Das Haus ist eine Pflanze, ich liege auf ihrem breitesten, obersten Blatt.

Nein: Das Haus ist ein Tier, das Dach eine Stirn, und die Leute im Gras, auf dem Rücken, sind seine Augen. Sehen sie, wie ich,

Milde Mahnung, ich ziehe ein Trotzge-sicht, nehme ich an, sie erklärt: »Weißt du, du dampfst da eben total aufgeregt, das perlt so, die Luft trägt es über die Wiese und macht meine Schwester und meine Eltern verrückt. Und weil Teile fehlen, und weil es so aufge-regt unleserlich ist, fragt mein Vater dauernd, was hat die Dike denn mit dem Kor?«

»Also, das ist keine Liebesgeschichte«, widerspreche ich der Unterstellung leicht beleidigt, »das ist für die Gruppe. Mittelfristig jedenfalls. Aber auf meine eigene Initiative. Wobei, vergiss nicht: Du, Kenna, du warst das, die mir erzählt hat, die andern in der Grup-pe und alle im Werk, deine Eltern und alle im Steuerungskreis für die PEMs machten sich Sorgen um Kor. Dass der wegrutscht, dass der seine Vorschläge in Zukunft für sich behal-ten wird, weil wir sie nicht annehmen, nicht

Du bist kein Spiel

Eine Episode aus dem Kommunismus. Von Dietmar Dath

der Erde PEMs bauen, Proton Exchange Membranes.

Fast alle, die zum Haus hier gehören, ha-ben mit dieser Plattform zu tun. Sie lenken solche Maschinen in diesem speziellen Kon-nektom, außer Kenna.

Die studiert Arbeitsgeschichte, für die höhere Kooperation. Alle hier im Haus sind stolz auf sie. Nicht nur die Eltern staunen, wie schnell sie lernt, von allen, für alle.

Heute nacht ist das Haus leer; niemand schläft drin.

Ich ziehe schon übermorgen weiter. Mein jährlicher Wandermonat treibt mich um den See, deshalb haben wir meine Schlaf-nische heute mittag abgebaut.

Kenna und ihre Familie liegen im blau-dunklen Gras, weil es zu heiß ist und weil Iro-ha recht hat, Kennas kleine Schwester, wenn sie altklug sagt: »Soweit kommt's noch, dass wir Energie verbraten nur fürs Kühlen!«

In Wirklichkeit will das Kind einfach nachts draußen sein, weil es neue Augen hat, zum achten Geburtstag gekriegt.

Erwachsenenaugen, mit Nachtsicht, wie die Großen. Damit zählt Iroha jetzt vielleicht die buchstäblichen Schäfchen ein paar hun-dert Meter weit weg von der Schlafstätte.

Die Heide ist Weide hier, am Nordrand des Sees.

Oben waren vor zwei Stunden noch Wol-ken, hellblau und magenta an den pelzigen Bäumen. Nieseltropfen fielen runter, in de-

den roten Schleier weit draußen, viele Licht-jahre entfernt? Rekombination der Elektro-nen mit dem Wasserstoff, aus dem sie vor-her rausgerissen wurden, Ionisation im Him-mel, während unten, an den Hauskanten, in den Zimmern und am Rand aller Wege hier durchs Gras, ob mit Kies oder ohne, das schriftenreiche Ionogel als langes lebendiges Kreuz und Quer von Adern seine Linien-welt über und durch alles zieht.

Substrat fürs Konnektom und überhaupt all unsere Verbindungen.

Ich wollte immer nur, dass endlich alles eines ist, meine Arbeit, mein Leben. Jetzt weiß ich, wie ich das hinkriege. Bin vergnügt, gibt's das? Doch: fröhlich.

Ich werde zu Kor gehen, im Wald, in sei-ner Hütte, ohne Mandat unserer Konnektom-gruppe, aus eigenem Willen, und ihm sagen: Niemand schickt mich, nur ich bin das, die Dike, die du immer so böse anschaust im Konnektom. Und ich werd' dir dein Stirnrun-zeln jetzt glätten, pass mal auf.

Ich male mir das aus, mit jetzt geschlos-senen Augen, denn die Sterne stören bei so was nur.

Ich grüble rum, was er wohl antworten wird. Da tippt mich eine Fingerspitze auf die Brust. Ja? Ach: Kenna ist aufs Dach geklet-tert und ragt im Schattenriss über mir in den Himmel: »Dike, hör mal auf, dich da in dei-nen Text reinzusteigern und den so in deinen Atem reinzuschreiben und das alles.«

diskutieren, vielleicht nicht mal lesen, hö-ren. Geschweige kapieren.«

»Ja, und?«

»Was, und? Ich habe die Protokolle auf-gelesen, aus dem Ionogel, und es stimmt. Hunderte von seinen Vorschlägen, alle un-bearbeitet. Viele Leute, an die er sie direkt adressiert hat, sind dann später an Sachen gescheitert, die hätten gelöst werden können, hätten sie Kors Ideen beachtet. Er hat also auch noch recht mit seiner Dings. Verbitte-rung. Deshalb meine Idee: Ich nutze die Spie-gelzeit. Es ist ja Sommer, ich geh' mit ihm in den Spiegel, also: er geht für mich, ich für ihn. Dann wird er die andern besser verste-hen, und ich ihn, und, tja. Problem gelöst.«

Sie kennt den Plan schon, und behält ihre Zweifel für sich.

Ich sehe sie ihr trotzdem an. Sie sagt: »Gut, aber dann spiel' es bitte nicht immer wieder durch, die ganze Nacht, bis es so blöd aus dir rausdampft. Leg's weg und schlaf' ein paar Stunden.«

»Ich kann aber nicht schlafen«, maule ich.

Kenna zuckt mit den Schultern: »Dann geh ein bisschen arbeiten. Dein Nebel macht mir die Kleine verrückt. Und ich würde auch gern ausruhen.«

Ich seh's ein: »Schön, dann melde ich mich an. Hast eh recht, vielleicht macht mich das ja müde. Dann rutsche ich aus der Arbeit, jemand rückt nach, und alles ist in Ordnung.«



Picture Alliance/Okapia/Axel Grambow

»Die Wasserspinne macht mit der Atemluft, was ich jetzt mit den Daten mache, wobei die Nachfragesphäre, das Außen, dann die Atmosphäre überm See ist, und das Innen, der Zugriff, ist die nasse Lebensumgebung.«

»Siehst du«, sagt sie leise, und ich schließe die Augen und melde mich im Konnektom mit voller Namenszeile an.

Drei: Tief im Konnektom

Wie ein glatter Stein, um den herum Eis auf-taut, zeigt sich ein Block von Aufgaben im insgesamt Rauschen. Aber die Warteschlange ist lang, es dauert zwölf Minuten, bis ich wirklich gebraucht und daher zugelassen werde. Es liegt an der Spiegelzeit, die ich immer so dumm fand: Die Leute sind alle überengagiert.

Nie habe ich mitgemacht.

Mir gehen die Ideen selten aus, und dafür wird der Spiegelgang hauptsächlich empfohlen, für Ideenflauten: Werde jemand, die oder der du nicht selbst bist, und lass diese Person dann dein Du sein, ihr kommt sofort auf neue Sachen. Mir hat daran vor allem das Ding mit dem Schlafdefizit immer missfallen, überhaupt gingen mir die Gesundheits-

kosten der Sache, die Nebenwirkungen gegen den Strich: das alles für ein Spiel?

Viele sehen es aber nicht als Spiel. Sie kennen keinen Weg aus der Ideenflaute als die Selbstvergessenheit auf Zeit, den Tausch: rein in den Spiegel.

Und in der Tat, das zeigen alle Daten, die meisten spüren dann da drin, wo sie auf Zeit gar nicht wissen, wer sie wirklich sind, wo sie das vergessen, sofort, dass sich was verändert hat. Es ist wie so ein Wissen davon, dass sie ihren Platz im Ganzen neu finden müssen. Im Konnektom vor allem. Und weil wir Menschen Sozialviecher sind, geben sie sich aus Unsicherheit in der Positionsfrage sofort mehr Mühe.

Diese Lockerung und Freisetzung der Kräfte, das gefällt den meisten.

Kenna hat mich draufgebracht, dass mir das anders nützen kann, mit ihren ewigen Lehrvorträgen. Die sind nicht böse gemeint, klar, sie übt Koordinieren, da sagt sie eben

Sachen wie: »Wir müssen als Menschengesellschaft der Natur unausgesetzt beweisen, dass wir unsere Arbeitsteilung selbst koordinieren können, sonst lässt sie zu, dass welche von uns das alles wieder privat an sich reißen, dann kommt Besitz an Produktionszeug. Besitz ist da ja, anders als bei Gebrauchsgütern, bloß ein Fetisch, ein Sinnbild für die Befehlsgewalt über die Arbeitsteilung.«

Wie Kenna das sagt, klingt es natürlich zu abstrakt, um jemanden echt was anzugehen. Nur, mein Einfall war dann: Wenn das stimmt, dann fragt sich doch, ob die Spiegelzeit nicht viel wichtiger ist als eine bloße Zündungshilfe bei denen, die ein bisschen aus dem Tritt gekommen sind. Dann fragt sich doch, ob die Spiegelzeit nicht das Herz der Koordination ist und ob man nicht alle Probleme, die im Konnektom aufkommen, erst mal einspeisen sollte.

Klar, Kor hat zu viele Ideen, nicht zu wenige, deshalb denkt er nicht dran, dass ihm der Spiegel gut tun könnte. Aber ich denke dran.

Endlich sind die zwölf Minuten um, und man winkt mich ins tiefere Konnektom, allerdings nicht in einen Roboter, sondern in die Lieferkettenkooperation für die Polymermembranproduktion, tief, tief unten im Berg.

Ich regle rum am Losgrößenbestand: wie viele Elektrolyseure da und dort hin und so weiter.

Meine Arme und Hände werden in wenigen Sekundenbruchteilen umgeschrieben zu zwei Gleichungen, links diejenige für die mittlere Durchlaufzeit der Membranen, also durchschnittlicher Bestand geteilt durch den durchschnittlichen Durchsatz, und rechts diejenige für die Reichweite: Losgrößenbestand geteilt durch Nachfrage.

Noch vor hundert Jahren hat man so was mit Geld geregelt, wenn Kenna die Wahrheit sagt. Geld kann man horten.

Die plausible Lüge damals: Wer was zum Vorgefundenen zuschießt, erwirbt damit einen Anspruch auf das Vorgefundene und auf weitere Findungen.

Dahin könnte Kor abdriften, wenn nicht realisiert wird, was er zuschießt.

Das Problem, auf das der früher mögliche Besitz antwortet, ist klar: Wie soll man die Vermittlung zwischen unmittelbarem Zugriff (eine Art Innen) und Vorgriff (eine Art Außen) auf das, was Menschen produzieren, überhaupt regeln?

Bei mir zum Beispiel heißt »Außen« jetzt: Hey, wir brauchen mehr Elektrolyseure, ist da jemand, innen, am Zugriff?

Ich muss an die kleine charmante Wasserspinne im See denken, die mir Kennas Mutter letzte Woche gezeigt hat. Das Tierchen macht mit der Atemluft, was ich jetzt mit den Daten mache, wobei die Nachfragesphäre, das Außen, dann die Atmosphäre überm See ist, und das Innen, der Zugriff, ist die nasse Lebensumgebung.

TERMINE

07.01. Köln, 18 Uhr, Humanwissenschaftliche Fakultät, Herbert-Lewin-Straße 2: »Postkolonial von rechts. Israel und die extreme Rechte in Deutschland nach 1945«; Vortrag von Fabian Weber

08.01. Bochum, 19 Uhr, Fluid, Große Beckstraße 12: »Kein anderes Ufer – die Erfindung der Homosexualität und ihre Folgen«; Lesung mit Norbert Reck

08.01. Köln, 18 Uhr, Humanwissenschaftliche Fakultät, Gronewaldstraße 2: »Armut, Krankheit und Autobiographie im antiklassistischen Schreiben«; Vortrag von Olivier David

11.01. München, 10 Uhr, Kurt-Eisner-Verein, Westendstraße 19: »Faschismus, Antisemitismus und die Linke – Tagesseminar zu Moises Postone«; Moderation von Peter Bierl

15.01. Freiburg, 18.15 Uhr, PH Freiburg, Kunzenweg 21: »Radikalisierung auf TikTok«; Vortrag von Eva Berendsen

15.01. Hannover, 16 Uhr, 14. OG im Conti-Hochhaus, Königsworther Platz 1: »Erhitztes Klima – Wie und warum rechte Kräfte gegen Klimaschutz und Klimagerechtigkeit arbeiten«; Vortrag von Christoph Richter

17.01. Witten, 19 Uhr, B63, Bahnhofstraße 63: »Prostitution – Macht und Mythen: Grundlagen einer kritischen Einordnung«; Vortrag von Hannah Selle, Jasmin Schmidt und Vivien Allroggen

22.01. Münster, 15.30 Uhr, Bürgerhaus Bennostraße, Bennostraße 5: »Umverteilung des Reichtums – Butter statt Kanonen«; Vortrag und Diskussion mit Christoph Butterwegge

23.01. München, EineWeltHaus, Schwanthalerstraße 80: »Die OptimistInnen«; Lesung mit Gün Tank und Azize Tank

26.01. Berlin, 19.30 Uhr, online: »Völkische Science Fiction als Wegbereiter des Nationalsozialismus«; Vortrag von Maurice Schuhmann, Anmeldung über die Website der VHS Mitte

28.01. Köln, 19.30 Uhr, Allerweltshaus, Geisselstraße 3–5: »Auf das Leben – from the darkness to the light (80. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz)«; musikalischer Vortrag mit Phil Freisinger und Sue Smith

29.01. Wiesbaden, 19 Uhr, Kreativfabrik, Murnaustraße 2: »Normal – Eine Beschichtigung des Wahns. Ein Abend gegen Irrationalismus und instrumentelle Vernunft«; szenische Lesung von und mit Thomas Ebermann, Thorsten Mense und Flo Thamer

31.01. Berlin, 19 Uhr, Bibliothek der Freien, Greifswalder Straße 4: »Phantastische Welten – anarchistische Visionen«; Vortrag von Maurice Schuhmann

In dieser Rubrik werden kostenlos Veranstaltungshinweise veröffentlicht. Bitte die Termine bis zum Ersten des Vormonats mailen an redaktion@konkret-magazin.de

Luft haftet im feinen Fell, im Haar der Spinne, und wenn die Luft verbraucht ist, schwebt die Spinne immer aufwärts, Bauch nach oben, streckt den Hinterleib hoch aus dem Wasser in die Atmosphäre, und neue Atemluft fließt in die untergetauchten Teile des Körpers.

Ich tauche auf, ich sammle Rufe:

»Hey, Dike, kriegen wir drei PEMs, halt, nein, vier?«

»Hey, Dike, wir haben sechs gekriegt, brauchen aber nur fünf, wohin mit dem Überschuss?«

»Hey, Dike, kannst du die Lieferzeit straffen?«

Und dann: »Hey, Dike, komm mal bitte raus aus dem Konnektom.«

Was? Wer will das?

Es ist Kenna, leiblich, neben mir. Ich öffne die Augen.

Sie sitzt da einfach. Ist sie vorhin nicht gegangen, als ich ins Konnektom bin?

»Was denn?« Ich gebe zu, ich bin gereizt, werde nicht gern so aus der Arbeit gerissen.

Sie guckt forschend, fast zudringlich.

»Da drüben«, sagt sie, und deutet mit der Hand den Hang hinunter.

Auf der Wiese, fast am See, steht einer zwischen den schlafenden Schäfchen.

Ich stelle scharf und schärfer.

Es ist Kor.

Vier: Unter mehr Augen

Was macht der da? Der wohnt doch im Wald!

Aber: steht stumm rum und rührt sich nicht.

Guckt her, stimmt das? Zeigt uns das Gesicht. Kenna und mir. Wozu?

»Kenna«, sage ich, immer noch mit irritiertem Unterton, »vorhin hat dich mein Dampf gestört, jetzt stört dich, dass der da rumsteht. Kann es sein, dass du einfach hibbelig bist und selber mal abschalten musst? Runterkommen? Lernst du vielleicht zu viel, zu schnell?«

Sie senkt den Kopf, guckt ins Bronzeleuchten des Daches. Es ist viel matter jetzt, gegen fünf Uhr früh. Kenna denkt nach. Dann sagt sie: »Ich will mich nicht einmischen. Aber deine Idee ...« Das wird mir jetzt zu blöd. Nicht einmischen, aber? Das eben ist Einmischung, die blödeste Sorte. Ich sage extrapatzig: »Weißt du was? Ich wollte warten bis morgen früh, aber wenn er schon da ist, umso besser. Ich geh' da jetzt hin und lade ihn einfach ein. Spiegelei für zwei.« Ich richte mich auf und lasse sie sitzen. Höre ich, wie sie sich räuspert? Mir egal. Ich klettere runter, stapfe durchs schwarzblaue Gras, im Sternenstreulicht, an den Schlafenden vorbei, der ganzen Familie.

Kor guckt geradeaus. Es scheint, als sähe er mich nicht, er wirkt weder grimmig wie sonst noch überhaupt wach.

»Dike!« zischt es dringlich hinter mir und reißt mich aus meiner Entschlossenheit.

Wieder Kenna. Sie hat mich eingeholt – ist vom Dach gekraxelt, mir nachgestolpert, was soll das? Ich bleibe stehen, dreh mich um und nöle: »So, meine liebe Kenna, kannst du mir mal erklären, was heute Nacht mit dir los ist?«

»Wegen der Spiegelsache ...«, setzt sie vorsichtig an.

Ich wische das weg: »Was denn? Es ist meine Idee, wenn es schiefgeht, trifft dich keine Schuld. Wenn ...«

Sie unterbricht mich: »Nein, weißt du, die Erinnerung ...«

»Ja doch«, ich bin jetzt wütend, sie soll sich raushalten, »weiß ich alles, ich bin hier schließlich die mit dem Physik- und Bio-Hintergrund, du bist die Sozialtante, schon vergessen? Erzähl mir nix vom langsamwelligen Schlaf, den die Zeit im Spiegel anfrisst, nichts von den Nebenwirkungen. Kor ist eh so ein Hirnmonster. Dann leidet halt das visuelle Gedächtnis mal eine Spur, und das verbale Gedächtnis nimmt minimal Schaden. Das pendelt sich danach alles wieder ein. Und ehrlich gesagt, so sehr wir uns alle um ihn sorgen, Empathie hin oder her, ein Löf-felchen weniger verbales Gedächtnis schadet bei dem nicht, vielleicht werden seine Vorschläge ja auch deshalb nicht angenommen, weil er sie immer so wortreich vor-trägt. Wenn er mit mir tauscht, wenn er mal ich ist ein paar Tage, das kann ihm nur gut tun. Sonst hält er sein Hirn am Ende wirklich für sein Eigentum, und dann bald alles, was drin ist und hineinpasst. Die Welt. Nicht nur seine Vorschläge.«

Kenna sagt sanft: »Deine Vorschläge.«

Ich verstehe nicht: »Wie? Welche? Dass wir in den Spiegel gehen, Kor und ich?«

»Nein. Das ist Dikes Vorschlag gewesen. Und du hast ihn angenommen. Du, Kor. Und ich wollte dich nur ... sachte vorbereiten. Weil eure Spiegelzeit gleich vorbei ist. Ich wollte nicht, dass der Rücktausch dich ... bei der Arbeit erwischt. Der ist nämlich extrem desorientierend. Jedenfalls. Es hat geklappt. Du hast gelernt, Kor vernünftig zu kritisieren. Nicht wehleidig. Endlich. Dich selbst.«

»Mich?« Ich frage das, sage und denke es.

Ich verstehe es kaum. Ich glaube es nicht.

Und wende mich ab von der Freundin, wende mich Kor zu.

Da steht er stumm. Das ist er aber nicht. Das ist Dike.

Wie sind wir, wenn wir wieder sie und er sind, ich und sie?

Kenna sagt hinter mir: »Jetzt.«

Das genügt. Ich lasse die Angst los.

Seien wir ehrlich, wer wollte von allem, was man haben kann, ausgerechnet Angst?

Von Dietmar Dath erscheint im März bei Matthes & Seitz Berlin der Science-Fiction-Roman *Skyrmionen oder: A Fucking Army*

Gott des Geschwätzes

»Armand«, das in Cannes gefeierte Spielfilmdebüt von Halfdan Ullmann Tøndel, tritt als Psychodrama auf der Stelle. Von Wieland Schwanebeck

Als die Schausteller in den dreißiger Jahren grübelten, wie sich der moderne Gladiatorenkampf des Show-Wrestlings noch brachialer gestalten lasse, kamen sie auf die Idee des Käfigmatchs. Dabei werden die Kombattanten von einem Metallkäfig umschlossen und kämpfen ohne Fluchtmöglichkeit bis zum bitteren beziehungsweise exakt choreografierten Ende. Spätestens seit dem weltweiten Erfolg von Yasmina-Rezas Komödie »Der Gott des Gemetzels« (2006) hat eine vermeintlich zivilisierte Version des Käfigmatchs einen festen Platz auf der Bühne und im Kinosaal erobert. In diesen meist in Echtzeit ablaufenden Dramen treffen respektable Vertreter der gebildeten Mittelschicht hinter verschlossenen Türen zusammen, um entspannt zu plaudern oder ein Bagatelldilemma aus der Welt zu schaffen. Im Lauf des Abends wird dann erst gestichelt, später bewusst provoziert und schließlich mit allem gefochten, was der Raum hergibt, unter strenger Wahrung der Einheiten von Ort, Zeit und Handlung.

Diesem Segment der gehobenen Boulevardkomödie, das zuletzt unter anderen mit den Stücken »Frau Müller muss weg« und »Der Vorname« (beide von 2010, beide verfilmt von Sönke Wortmann) erfolgreich bedient worden ist, gehört auch »Armand« an, das Spielfilmdebüt des Norwegers Halfdan Ullmann Tøndel. Ähnlich wie in Rezas Stück treffen sich hier Eltern, um einen Konflikt zwischen ihren Kindern zu klären, anders als bei Reza findet der Termin im Beisein der Lehrkräfte statt, denn der Fall hat es in sich. Der Erstklässler Armand, Sohn der prominenten Schauspielerin Elisabeth (Renate Reinsve), soll gegenüber seinem Klassenkameraden Jon sexuell übergriffig geworden sein, jedenfalls steht es so im Protokoll der latent überforderten Klassenlehrerin (Thea Lambrechts Vaulen). Die hat zwar in Schulungen gelernt, wie man den Raum konfliktpräventiv bestuhlt und wie wichtig es ist, »gemeinsame Ziele zu definieren«, das Treffen entgleitet ihr aber sofort.

Die Ausgangssituation reizt zum Vergleich mit den boulevardesken Vorbildern,

hier und da wartet »Armand« auch mit hübschen Pointen auf: Die Regenkleidung eines abwesenden Kindes, die am Kleiderhaken baumelt wie ein Erhängter, ist ein gelungener Einfall; in einer vor argumentativer Schärfe zurückschreckenden Elternversammlung fällt irgendwann der Satz: »Du urteilst doch gerade über uns, wenn du sagst, wir würden Armand verurteilen.« Doch ein Gag-Feuerwerk ist das Ganze nicht geworden, viel eher nimmt sich Regisseur Tøndel das unterkühlte skandinavische Psychodrama zum Vorbild, das unweigerlich mit den Namen seiner Großeltern – Ingmar Bergman und Liv Ullmann – verbunden ist. Den Vergleich braucht Tøndel nicht zu scheuen, denn vor allem in der zweiten, zusehends haluzinatorischen Hälfte des Films gelingen



Auch ihre Schauspielkunst kann den Film nicht retten: Renate Reinsve (vorne) als Armands Mutter Elisabeth

ihm durchaus beklemmende Sequenzen. Indem er an Werke wie »Persona« (1966) oder »Herbstsonate« (1978) anschließt, übernimmt er aber auch anstrengende Manierismen des berühmten Großvaters, vor allem dessen Neigung zu Theatralik und aufgesetzter Bedeutungsschwere. Wiederholt wird in Spiegel gestarrt, feindselige Blicke kippen unvermittelt in sexuelle Provokationen, und das Wetter muss irgendwas symbolisieren. Bekam man die unerträgliche Hitze in Sidney Lumets »Die zwölf Geschworenen« (1957), dem unbestrittenen Klassiker der Eskalation hinter verschlossenen Türen, regelrecht am eigenen Leib zu spüren, bleibt sie hier ebenso eine bloße Behauptung wie der reinigende Schauer der Schlusszene.

Unter diesen Bedingungen bekommen wir es folglich weder mit dreidimensionalen Menschen zu tun noch mit den robusten Ma-

rionetten der Farce, die man munter aufeinander eindreschen lassen kann, sondern mit Versuchskaninchen, die der Laborleiter empathielos aus sicherer Distanz beobachtet. Das gilt vor allem für die anklagende Mutter Sarah, in deren Rolle Ellen Dorrit Petersen immerhin ein paar hübsche Tante-Hedwig-Vibes (siehe »Pappa ante portas«, 1991) verströmt. Es fehlen aber die treffsicheren Angriffe auf den Habitus der erfolgsverwöhnten Mittelschicht, die das Genre auszeichnet, die lustvollen Karikaturen, die immer auch schauspielerische Kabinettstückchen abwerfen – man denke an die beiläufige Grausamkeit, mit der sich Christoph Waltz in Polanskis »Gott des Gemetzels«-Verfilmung von 2011 über den Obstkuchen seiner Gastgeberin hermacht.

Dennoch gelingt Renate Reinsve hier in der Rolle der Elisabeth nach ihrem internationalen Durchbruch in »Der schlimmste Mensch der Welt« (2021) eine weitere Großtat – ihr sechsminütiger Lachanfall vor dem Schultribunal versetzt bereits das Premierenpublikum in Cannes in Verzücken, wo der Film die Camera d'Or für den besten Debütfilm erhielt. Nur zu Herzen gehen will das Ganze nicht so recht. Das furiose Tanzsolo, das Mads Mikkelsen im großen Finale von Thomas Vinterbergs »Der Rausch« (2020)

hingelegt hat, war ein reinigendes Gewitter; eine ähnliche Sequenz in »Armand« bleibt eine Kopfgeburt aus dem Seminar »Katharsis für Einsteiger«.

Auch der Plot hält den Zuschauer nicht recht bei der Stange, denn bald zeichnet sich ab, dass dem Regisseur weniger an einer Klärung des Sachverhalts gelegen ist als an theatralen Beziehungsvignetten. Gegen Ende kommt eine alte Familientragödie ans Licht, die die beiden Mütter verbindet – zu spät, um noch irgendwem eine Gefühlsregung zu entlocken. ●

»Armand«. Regie: Halfdan Ullmann Tøndel; mit Renate Reinsve, Ellen Dorrit Petersen, Thea Lambrechts Vaulen; Norwegen, Niederlande, Deutschland, Schweden 2024, 117 Minuten, ab 16. Januar im Kino

Wieland Schwanebeck schrieb in konkret 12/24 über komische Bücher

konkret entsorgt den Sprachmüll der Medien

Zunehmend schrecklich

Die »Bildzeitung« ahnte es schon vor einem halben Jahr: *Merkel-Buch erscheint im Herbst*. Und tatsächlich meldete der Rest der Presse am 26. November auf allen Titelseiten, Merkel-Buch sei erschienen. Leutheusser-Westernhagen und Dinges-Gmelin kannte man, aber wer zum Teufel war Merkel-Buch? Womöglich irgendwie mit der ehemaligen Bundeskanzlerin verwandt? Und warum schafft man es sogar in die Audiothek der ARD, bloß indem man irgendwo erscheint? Einen Hinweis gab wieder einmal »Bild«: *Seehofer über Merkel-Buch: Hatte in der Einschätzung zur Migration Recht*. Sie oder er hatte also etwas mit der höheren Politik zu tun.

Nach zwei Tagen begriff ich endlich, dass Angela Merkel und ihre ehemalige Büroleiterin einander eine Autobiografie diktieren haben: *Freiheit*, 740 Seiten bei Kiepenheuer und Witsch für 42 Euro. Das Buch erschien *weltweit zeitgleich in 31 Ländern*, wusste »Bild«, *darunter auch in Putins Russland und in Xis China*. Zeitgleich und nicht etwa gleichzeitig, denn morgens um neun Uhr ist es in China ja fast schon halb sechs. *Da kommt mit den üblichen dicken Vorschüssen vom Buchverlag ordentlich was zusammen*. Die »Frankfurter Sonntags Zeitung« schreibt von einem »zweistelligen Millionen-Betrag« als Honorar-Vorschuss für Merkel und ihre Co-Autorin. Nun ja, der eine ausgeschiedene Bundeskanzler*in lässt sich von Putin kaufen, die andere von allerhand Leserschaften.

Ich wurde nicht als Kanzlerin geboren, überschreibt die andere ihr erstes Kapitel. Ebenso erging es mir. Doch während ich bloß um den existentiellen Vorgang weiß, muss sie sich seiner entsinnen können. Denn der Untertitel ihres Buches lautet: *Erinnerungen 1954–2021*. Das erste Jahr beginnt seltsamerweise mit dem Fall der Berliner Mauer. Merkel spaziert auf Schabowskis Anweisung (»sofort, unverzüglich«) über die Bornholmer Brücke in den französischen Sektor und wird von fremden Westlern zum Bier eingeladen. Kaum hat man umgeblättert, steckt sie in einer Tragetasche, weil ihre Familie von Hamburg nach Quitzow zieht. Denn ihr Vater, ein Theologe und politisch halblinks, will einer Berlin-Brandenburgischen Kirche dienen. Während er Ziegen melkt und seine Gattin Brennesseln kocht, wird das freie Deutschland Fußballweltmeister. Das Angebot des volkseigenen Konsums lässt schmerzliche Wünsche übrig, und jeder Lehrer macht auf SED. Irgendwann will die Stasi sie anheuern, aber Angela weiß einen cleveren Trick: Sie ist begeistert und wird sofort allen Freundinnen von dieser großen Ehre erzählen. Dann schon wieder eine WM: *Das Spiel der Bundesrepublik Deutschland gegen die DDR am Samstag, dem 22. Juni, ausgerechnet in meiner Geburtsstadt Hamburg, wollte ich unbedingt*

sehen und der Mannschaft der Bundesrepublik, des freien Teils Deutschlands, die Daumen drücken. Das konnte ich unmöglich im ...

Hier endet die kostenlose Leseprobe. Das Wort haben nun die Kollegen, die sich über ein Rezensionsexemplar beugen durften. Zu- vor aber ein paar Fotos: Putin erscheint mit einstündiger Verspätung zu einem hochwichtigen Termin, da er sich am hellen Nachmittag einen Kasten Radeberger aufs Zimmer bestellt hat. In einem österreichischen Park versucht die Kanzlerin, dem Präsidenten Obama einen Strandkorb pantomimisch zu insinuieren, weil ihr das englische Wort entfallen ist. Bei einem Gipfeltreffen in Sankt Petersburg nähert George Bush jr. sich von hinten und legt seine Hände auf ihre Schultern: vielleicht ein Übergriff, den sie aber eine freundschaftliche Geste nennt.

Merkel wählte sich stets von einer höheren Einsicht in die Notwendigkeit geleitet und neigt auch im Rückblick nicht zur Selbstkritik. Dabei habe doch die *misstrauische Mutloserie die Schuldenbremse ins Grundgesetz geschrieben, um sie extra unflexibel und super-schwer änderbar zu machen*, reimte Sascha Lobo im »Spiegel«. *Das Ergebnis ist eine bröckelnde Infrastruktur von Bahn über Brücken bis Schulen; das schuldenbremsige Sparregime stellt so mit der EU-deutschen Überbürokratie den Hauptgrund für die dramatisch eingebrochene Konkurrenzfähigkeit des Landes dar*. Nicht »Freiheit« sollte ihr Buch heißen, sondern »Feigheit«.

Wie beim lauwarmen Erfolg von Merckels Buch-Promotion drängt die Wirklichkeit immer tiefer in die Gummizellen der Claqueure. Die Menschen lassen sich seltener vom Fernsehen und den Zeitungen, sie (!)

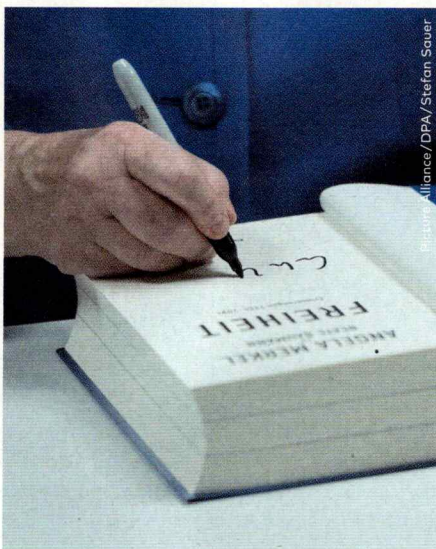
fast alle in der Krise stecken, eine Realität vorgaukeln, die sich im Wohnungsmarkt, im Nahverkehr, im Gesundheitswesen, in den Schulen ihrer Kinder und auf dem Lohnzettel nicht wiederfindet. Hohe Zeit, dass das mal jemand aussprach! Moritz Eichhorn heißt er und ist stellvertretender Chefredakteur im Sicherheitstrakt »Berliner Zeitung«.

Weil emotionale Momente bei Merkel so selten sind, werden sie zwiespältig aufgefasst. Für die einen ist es der Beweis für die humane Gesinnung ihres technokratischen Politikstils, für die anderen dessen perfide Zuspitzung durch ein moralisierendes Deckmäntelchen, meinte eine Feder in der »Welt«. Um sich sodann den kaufmännischen Zwickler aufzusetzen: *Durch die Brille der Ökonomen betrachtet, sieht Merckels Erbe »zunehmend schrecklich« aus, wie der britische »Economist« feststellt*. Der »Economist«? *Zunehmend schreck...? Bitte nicht! Aber Bullshit: Angela who? Merkel's legacy looks increasingly terrible*.

Halbwegs zufrieden gab sich immerhin das »Nachrichtenportal der katholischen Kirche in Deutschland«: *Wenn sich auch angesichts der über 700 recht hölzern verfassten Seiten die Frage aufdrängt, ob ein professioneller schreiberischer Begleiter nicht hilfreich gewesen wäre, so zeigt das Buch doch eines sehr genau: Hier hat eine Politikerin aus einem gefestigten Glauben gehandelt und entschieden*.

Freiheit? Ich wenn Marius Müller-Schnarrenberger wäre, verklagte K&W auf eine Lizenzentschädigung in Millionenhöhe. Von wegen »die Kappelle rumtata, und der Papst war auch schon da«. Und wer Bücher von nicht mehr oder noch nicht amtierenden regierenden Oberhäuptern lesen möchte, halte sich doch an unser aller allernächsten Robert Habeck. Seine (und Andrea Paluchs) *Wolfsspuren* gibt es bei Ebay schon für zwei Euro: Ein Knabe trifft im Wald einen Wolf. Die beiden fliehen voreinander. Am nächsten Morgen weiß das ganze Dorf von dem Untier und beschließt, es zu jagen. Der Knabe ... (weiter bin ich noch nicht).

Joachim Rohloff



»Ich wurde nicht als Kanzlerin geboren«:
Die Freiheit-Autorin signiert freihändig

Zeugnisse

Interviews mit Holocaust-Überlebenden

Ein Projekt des ZDF in Zusammenarbeit mit der Claims Conference. Leitung: Stefan Braunburger. Deutschland 2024, 15 Folgen zwischen 18 und 45 Minuten, seit 26. November in der ZDF-Mediathek

»Never again!« Diese entwaffnend einfache Forderung wird auch in Deutschland wieder mit größerer Emphase ausgesprochen, nachdem die Hamas im Oktober 2023 ein entsetzliches Pogrom an mehr als tausend Menschen in Israel verübte. Bundespräsidiale Ansprachen verfügen wieder über einen stabilen Refrain, nur mag leider nicht die gesamte Bevölkerung einstimmen. An Wahlabenden knallen hierzulande weiterhin die meisten Sektkorken bei einer Gurkentruppe, die von einem historisch bemerkenswert unbeleckten ehemaligen Geschichtslehrer angeführt wird. Diese durch und durch niederdrächtigen Gestalten, die man selbst gern schnellstmöglich als Vogelschisse der Geschichte wegwischen würde, dürften kein allzu großes Interesse an der Interview-Reihe aufbringen, die das ZDF in Zusammenarbeit mit der Claims Conference produziert hat. Fünfzehn Überlebende des Holocaust erzählen hier in nüchtern gefilmten Vignetten, wie es ihnen in der Zeit des Nationalsozialismus und darüber hinaus erging. Sie schildern, wie es sich anfühlt, entmenslicht, gedemütigt und gejagt zu werden, und was ihnen als Kindern aufgebürdet wurde.

So berichtet ein Zeitzeuge, wie der Vater ihm, dem Zehnjährigen, eine Pistole in die Hand drückte, verbunden mit der Anweisung, im Fall eines Gestapo-Zugriffs erst die Mutter und dann sich selbst zu töten. Von der Todesangst als täglichem Begleiter ist die Rede, von Hunger und Entbehrungen, von rastlosen Lebensläufen nach Kriegsende – »heimisch bin ich hier, aber mein Herz ist in Israel« – sowie von unwahrscheinlichen Zufällen und Lebensrettern. Eva Umlauf, 1942 in einem Arbeitslager zur Welt gekommen, saß mit ihrer schwangeren Mutter schon im Zug nach Auschwitz, als ein Lokomotivschaden die Fahrt verzögerte. Bei ihrer Ankunft im November 1944 waren in Auschwitz gerade die Gaskammern gesprengt worden.

Abgesehen vom – betont seriösen – Streichereinsatz kommen die Interviews ohne melodramatische Schnörkel à la History-Channel aus. Vor schwarzem Hintergrund sitzen Menschen und erzählen (in Segmenten von 18 bis 45 Minuten) ihre Geschichte, gefasst und ohne Drastik (die ihnen niemand verübeln könnte). Was für eine Belastung und Traumatisierung sie seit Jahrzehnten mit sich herumtragen, verrät sich ab und an durch ein Stocken. Vieles ist eben doch zu ungeheuerlich, als dass es ein Mensch bewältigen, geschweige denn distanziert vortragen könnte.

Die aus Polen stammende Aviva Goldschmidt, die im Zuge der Deportation mehrere Wochen versteckt hinter einem Schrank ausharrte, sich mit ihrer Mutter in Wasserrohren verbarg und täglich eingeblut bekam, »nicht zu weinen, nicht zu schreien, nicht zu lachen«, entsinnt sich einer jungen Mutter, die ihr Neugeborenes erstickte, weil die Schreie des Säuglings sonst das Versteck verraten hätten. Ein anderer Zeitzeuge wird bis heute von der Frage gequält,

an welchem Punkt seine vielen ins Gas geschickten Verwandten »gemerkt (haben), dass es ihnen ans Leben geht«. Manche der Befragten (wie die ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch) haben ihre Geschichte bereits dokumentiert, alle setzen sich bis heute für Aufarbeitung und Erinnerungspolitik ein. Ernst Grube, der mit seiner Mutter nach Theresienstadt deportiert wurde, berichtet sachlich, wenn auch nicht ohne Bitternis, wie wenig sich nach dem Krieg die Wirtschaftswunderdeutschen für seine Erfahrungen interessierten.

Max Goldt schreibt in einem geistreichen Text, er habe lange Zeit mit seiner eigenen Betroffenheit angesichts der deutschen Verbrechen gehadert, weil er seine eigenen Tränen im Verdacht hatte, performative Gesten eines »guten Deutschen« zu sein. An diesem Gedanken, den die meisten Sonntagsreden gar nicht erst erreichen, ist etwas dran. Zugleich spricht nichts dagegen, diesen »Zeugnissen« zuzuhören und die eigenen Empfindungen überhaupt erst mal zuzulassen, bevor sie skeptisch geprüft werden – zumal da uns der Stream alle Optionen lässt, wann, wo und in wessen Gegenwart wir diese Geschichten kennenlernen. Die Vorzüge dieser Wahlfreiheit gilt es dagegen abzuwägen, dass sich die Veröffentlichung der Dokumente in der öffentlich-rechtlichen Mediathek ein wenig so anfühlt, als würden sie als Geheimtipp weggesperrt werden. Wertvolle Sendezeit im Analogfernsehen bleibt Talkshows vorbehalten, in denen investigativer Journalismus simuliert wird und einschlägige Vogelschiss-Apologeten vor Publikum herumfaschisieren dürfen. Es ist zum Heulen.

Übrigens mag manches dafür sprechen, die versammelten »Zeugnisse« nüchtern und reflektiert zur Kenntnis zu nehmen – allerdings dürfte es schwerfallen, sich beim Zuschauen nicht zumindest ein we-



Zeugen des Menschheitsverbrechens: Sechs der fünfzehn Überlebenden, die in der ZDF-Serie zu Wort kommen

nig in das Ehepaar Michalski zu verlieben. Da Ehemann Franz, der als Kind Zuflucht auf einem Bauernhof fand und mit seiner Familie die Bombardierung von Dresden überlebte, seine Biographie krankheitsbedingt nicht selbst vortragen kann, schildert seine neben ihm sitzende Ehefrau Petra diese von allerlei Zufällen geprägte, bewegende und (man muss es leider so sagen:) auch sehr spannende Überlebensgeschichte, hier und da interpunktiert von ihrem Mann (»Genau!«, »Ganz wichtig!«). Das ist dann sowohl eine lebendige Geschichtsstunde als auch das zu Herzen gehende Porträt eines sympathischen Paares, das mit den Erzählungen des jeweils anderen so gut vertraut ist wie mit den eigenen. Nur als der ziemlich säkulare Halbjude Franz plötzlich eine Kippa aus der Tasche zieht, verschlägt es seiner Gattin kurz die Sprache: »Bist du doch 'n Jude?«

Viele dieser »Zeugnisse« schließen mit einem eindrücklichen Appell an die Zivilcourage. »Never again!« Also hören wir gefälligst zu.

Wieland Schwanebeck

»Die Hölle auf Erden«

»Karya 1943 – Zwangsarbeit und Holocaust«: Unter diesem Titel zeigt das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Berlin eine griechisch-deutsche Wanderausstellung über eine Baustelle in Griechenland, auf der Hunderte Juden geschunden und ermordet wurden. konkret sprach mit den Kuratoren, Dr. Iason Chandrinos und Iris Hax, und der Leiterin des Dokumentationszentrums, Dr. Christine Glauning

Konkret: *Wie kam es zu der Ausstellung?*

Dr. Christine Glauning: Andreas Assael, ein griechischer Privatforscher und Sammler, kam über die Vermittlung der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas mit einer ganz besonderen Sammlung, erworben auf einem Flohmarkt bei München, zu uns, mit rund 80 Fotos von einer Baustelle in Karya in Griechenland. Wir fanden das sehr interessant, weil es wenige derartige Fotosammlungen über Zwangsarbeit gibt, vor allem über Zwangsarbeit in besetzten Gebieten, und noch seltener sind solche Fotos aus Griechenland. Es hat dann einige Jahre gedauert, wir brauchten die notwendigen Mittel dazu, die wir jetzt über die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft mit Mitteln des Bundesfinanzministeriums bekommen haben. Assael selbst ist Sohn von jüdischen Überlebenden aus Thessaloniki. Er hat über zwanzig Jahre lang die Geschichte von Karya erforscht.

Bevor wir über Karya sprechen – wie ist der Kenntnisstand über Griechenland unter deutscher Besatzung?

Dr. Iason Chandrinos: Griechenland ist nach wie vor ein weißer Fleck in der Besatzungskarte Europas. Natürlich gab es neue

Studien in den letzten Jahren, griechische Bücher oder Memoirenliteratur, die ins Deutsche übersetzt worden sind. Aber viele Themenkomplexe wie die Zwangsarbeit bleiben weitgehend unbekannt. Das verstärkt die Bedeutung dieser Ausstellung. Man muss das betonen: Es ist die erste Ausstellung sowohl in Deutschland als auch in Griechenland über jüdische Zwangsarbeit in Griechenland, aber auch über Zwangsarbeit in Griechenland im Allgemeinen. Zwangsarbeit ist dem griechischen Publikum weitgehend unbekannt. Im Rahmen meiner persönlichen Forschung habe ich festgestellt, dass Zwangsarbeit überschattet ist von anderen Besatzungsverfahren, die dagegen hervortreten. Welche sind das? Der Kollaps der griechischen Wirtschaft, die Hungersnot, das ist sehr stark im griechischen kollektiven Gedächtnis eingearbeitet. Und natürlich die grausamen Repressalien der deutschen Besatzungsmacht, die zu Massentötungen und dem Niederbrennen ganzer Ortschaften führte.

Am Anfang waren die Zwangsmaßnahmen territorial begrenzt auf die deutsche Besatzungszone – Griechenland war in drei Besatzungszonen aufgeteilt, den Löwenanteil hatte Italien – bis September 1943. Aber die Deutschen reklamierten von Anfang an alle wichtigen Wehrwirtschaftsanlagen, Häfen,

Flugplätze, Rohstoffe, Bergbau und Eisenbahnnetz für sich. Als die Deutschen Anfang 1943 versuchten, die allgemeine Arbeitspflicht einzuführen, stieß diese Verordnung auf heftige Proteste, auf organisierten Widerstand, auch von der einfachen Bevölkerung. Im Februar und März 1943 gab es große Massendemonstrationen in den Städten, vor allem in Athen, die blutig niedergeschlagen wurden. Die Deutschen sahen sich gezwungen, diese Verordnung stillschweigend zurückzuziehen. Das wird in Griechenland bis heute als ein großer Sieg des Widerstands betrachtet.

Karya war eine Bahnstation an der Hauptstrecke Athen–Thessaloniki–Belgrad. Wie wichtig war diese Verbindung für die Deutschen?

Chandrinos: Griechenland hat nur diese Eisenbahnhauptstrecke zwischen Thessaloniki und Athen. Sie existiert bis heute. Sie war für die deutschen Besatzer von großer Bedeutung, nicht nur für den Nachschub der Truppen, auch für die Ausplünderung des Landes. Deswegen wollten die Deutschen die Kapazität des Eisenbahnnetzes verstärken, bauten zum Beispiel Ausweichgleise, wie in Karya, um mehr Züge fahren lassen zu können. Es gab zahlreiche Bauprojekte entlang dieser Bahnstrecke, an der Tausende von Zwangsarbeitern, Juden und Nichtjuden, eingesetzt wurden.

Wie sah die antijüdische Politik der Deutschen in Griechenland aus?

Chandrinos: Die griechisch-jüdische Bevölkerung hatte im Holocaust sehr hohe Verluste zu beklagen. Fast 84 Prozent der Jüdinnen und Juden wurden in den Vernichtungslagern ermordet. Synonym für den Holocaust in Griechenland ist die Stadt Thessaloniki. Dort war die zahlenmäßig größte und kulturell und gesellschaftlich bedeutendste jüdische Gemeinde des Landes, eine sehr alte Gemeinde, vom Ende des 15. Jahrhunderts. In Thessaloniki wurden die deutschen antijüdischen Maßnahmen zuerst eingeführt. Diese systematischen Verfolgungsmaßnahmen umfassen die Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung aus der Gesellschaft: Einführung des »Judensterns«, Beschlagnahme von Immobilien, Geschäften, Läden, Häusern, Ghettoisierung, Transport nach Auschwitz und Massenmord. Die Mittäterschaft der Griechen war in Griechenland lange ein Tabuthema. Erst in den letzten Jahren ist das zum Gegenstand einer ernsthaften wissenschaftlichen Forschung geworden. Die Täterschaft liegt natürlich bei den Deutschen, aber die Mittäterschaft der Stadtverwaltung ist sehr stark. Man sollte nicht vergessen – das ist bis heute ein Tabuthema in Thessaloniki –, wie viele Nutznießer der Judenvernichtung es zu dieser Zeit gab. Hier geht es um die Übergabe von Immobilien, Geschäften, Läden und Häusern an griechische Treuhänder oder Kollaborateure der Deutschen.

Woher kamen die jüdischen Zwangsarbeiter in Karya?

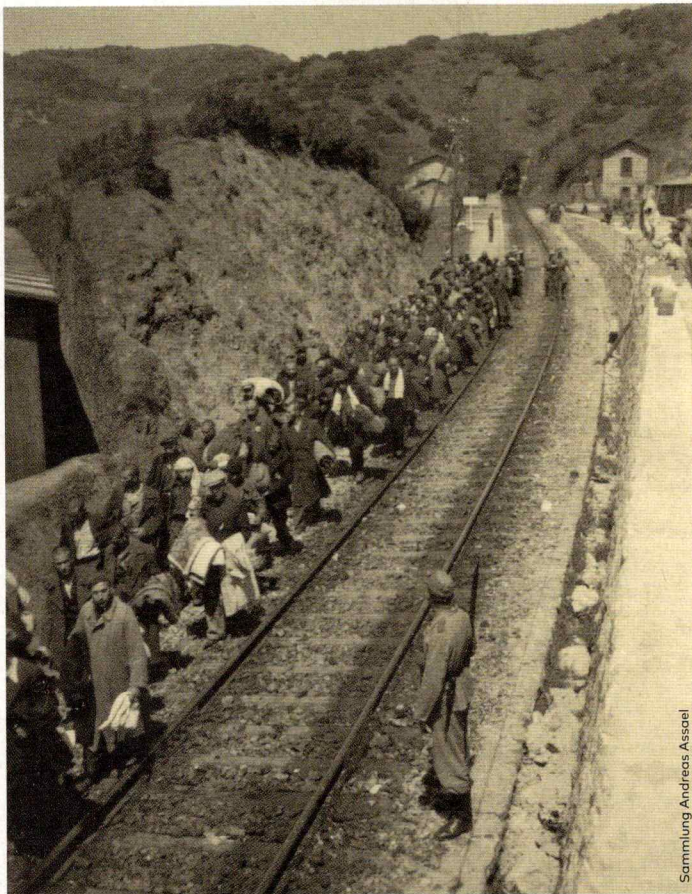
Chandrinos: Sie wurden Ende März 1943 aus den Ghettos von Thessaloniki herausgegriffen, bei Razzien festgenommen und sehr schnell nach Karya und auf andere Baustellen in Südgriechenland verschleppt. Wir wissen nicht viel darüber. In den wenigen Zeugnissen und Aussagen von Überlebenden, die wir haben, ist die Rede davon, dass die Deutschen nach arbeitsfähigen, ledigen Männern suchten. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Transporte nach Auschwitz schon begonnen. Diese Leute wurden buchstäblich an Ort und Stelle von ihren Familien getrennt. Natürlich wollten die Deutschen bei dieser Selektion Aufruhr vermeiden. Deswegen suchten sie ledige Männer aus. Die mussten in Karya in den Felsen eine Schneise schlagen, um ein Nebengleis zu bauen. Die »Organisation Todt« richtete deshalb dort ein Lager an der Baustelle ein, baute Funktions- und Unterbaracken.

Glauning: Wir haben keine Namensliste von den in Karya eingesetzten Zwangsarbeitern. Was ist mit ihnen, nach der Auflösung der Baustelle, passiert, nach dem Transport nach Auschwitz? Wir wissen nicht genau, wie viele von ihnen vor Ort ums Leben gekommen sind. Es gab Tote aufgrund der verheerenden Zustände in Karya, auch aufgrund von Gewalttaten, Mordaktionen, das ist überliefert von Überlebenden. 2023 hat die Universität Osnabrück eine geoarchäologische Prospektion durchgeführt. Weil es ein sehr großes Gebiet ist, konnte das Team nur punktuell untersuchen, ob es Spuren eines Massengraves gibt. Sie haben nichts gefunden. Das bedeutet natürlich nicht, dass es dort nicht einzelne Gräber gibt. Die Vermutung ist, dass die Toten den Hang hinuntergeworfen wurden, weil es so ein steiles Gelände ist. Einer der Überlebenden, David Broudo, spricht darüber. Isak Koenka schätzt in einem frühen Bericht von 1954, dass vierzig bis fünfzig Zwangsarbeiter direkt auf der Baustelle starben oder ermordet wurden. Das ist natürlich nur eine ungefähre Schätzung.

Wie wichtig waren die geoarchäologischen Untersuchungen?

Iris Hax: Der Beitrag war zentral. Das größte, im übrigen noch heute von weitem sichtbare Zeichen der Zwangsarbeit ist der Hangeinschnitt für das Ausweichgleis, der hundert Meter lang ist und zwanzig Meter

tief. Die Zwangsarbeiter haben unter unglaublich hohem Zeitdruck und unter unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen 24.000 Kubikmeter Schutt abgetragen. Ein Überlebender bezeichnet Karya als »die Hölle auf Erden«. Die Geoarchäologen und -archäologinnen haben das Gelände mit GPS-Gerät und Drohnen genau vermessen. Teilbereiche wurden mit einem magnetischen Gradiometer geophysikalisch untersucht, auch Laserscans kamen zum Einsatz. Daraus entstanden unter ande-



Nachschub für die »Organisation Todt«:
Ankunft jüdischer Zwangsarbeiter aus dem Ghetto
Thessaloniki am Bahnhof in Karya, 20. April 1943

rem 3D-Modelle von Fundstücken sowie Geländemodelle, die wir nutzen konnten. Sie machen diesen Ort, wie er heute existiert, erfahrbar. Die Bahnstation Karya ist abgelegen, mittlerweile stillgelegt, nahezu unzugänglich. Daher ist es umso wichtiger, diesen Tatort des Holocaust für das Ausstellungspublikum zugänglich zu machen. Das gelingt mit 360-Grad-Aufnahmen und der Re-Photography-Methode. Bei den Untersuchungen waren Studierende der Universität Osnabrück und der Aristoteles-Universität in Thessaloniki beteiligt, die sich sonst vielleicht mit dem Holocaust oder mit Zwangsarbeit eher weniger beschäftigt hätten. Das ist eine gute Sache, angesichts der Tatsache, dass das Wissen darüber schwindet, Antisemitismus zunimmt.

Was bedeutet die Ausstellung für Griechenland?

Chandrinos: Karya ist, wie schon erwähnt, beispielhaft für das Nazi-Prinzip »Vernichtung durch Arbeit«. Im griechischen Kontext ist die Bedeutung vielleicht noch größer, weil es nach heutigem Kenntnisstand um die grausamste Baustelle von allen, die je in Griechenland in der Kriegszeit errichtet wurden, geht. Das kann neue Zugänge zur nationalen und lokalen Geschichte in Griechenland ermöglichen.

Man weiß von zehn Überlebenden dieser mörderischen Baustelle in Karya. Woher?

Chandrinos: Herr Assael hat fünf oder sechs Überlebende ausfindig gemacht und befragt. Insgesamt fünf Überlebende kamen zu Wort nach dem Krieg. Wir haben zwei Videointerviews aus dem Visual History Archive der Shoah Foundation. Wir haben zwei schriftliche Aussagen und ein Audiointerview von Andreas Assael.

Hax: Die meisten Zwangsarbeiter haben eben nicht überlebt. Überlebt haben diejenigen, denen es gelang zu fliehen, die mit der Hilfe von Partisanen überlebten und mit ihnen dann gemeinsam gegen die deutschen Besatzer kämpften. Und deswegen auch eine doppelte Verfolgung erlebt haben später im griechischen Bürgerkrieg von 1946 bis 1949. Wir kennen auch einen Fall, wo jemand überleben konnte bei einer griechisch-orthodoxen Familie. Die Familie Morikis hat einem Zwangsarbeiter geholfen, er verletzte sich und wurde entgegen der üblichen Praxis im Krankenhaus in Lamia behandelt, konnte von dort fliehen. Viele wurden, wenn sie nicht

mehr arbeiten konnten, einfach an Ort und Stelle erschossen und verscharrt.

Chandrinos: Ich möchte hinzufügen, dass Karya in einem Partisanengebiet lag. Diese ganze Umgebung, dieses bergige Mittelgriechenland, war das Hauptgebiet der Partisanenaktivität in Griechenland. Die Juden, die aus dem Lager fliehen konnten, wurden von den Partisanen aufgenommen, obwohl das für sie fremde Leute aus Nordgriechenland waren. Und das macht für mich diese grausame Geschichte von Karya auch zu einer Geschichte von Mut, Kampf und Überleben.

Interview: Sabine Lueken

»Karya 1943. Zwangsarbeit und Holocaust«. Ausstellung im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit, Berlin. Bis 30. März 2025 (<https://karya1943.eu/>)

Schaut, o schaut!

Wenn es eine deutsche Nationaloper gibt, ist es »Der Freischütz«. Und wenn es einen DDR-Staatsmaler gab, dann war es Werner Tübke. Das Theatermuseum Meiningen erinnert daran, wie der Sozialist 1993 ein Heiligtum der Romantik mit seinen Bühnenbildern vom Kopf auf die Füße stellte.
Von Frieder Reininghaus

Im Seelenhaushalt der opernbegeisterten Deutschen nimmt »Der Freischütz« eine besondere Stellung ein, seit er 1821 im Schauspielhaus am Berliner Gendarmenmarkt »zum Erstenmale« gegeben wurde. Gestützt auf Elias Canettis *Masse und Macht* darf vermutet werden, dass dieser Zuspruch nicht zuletzt im »Waldgefühl« der primären Zielgruppe wurzelte. Auch deren Faible für Märchen in den Hochzeiten der literarischen Romantik spielte eine wichtige Rolle. Ein »Volksmärchen« wurde auf dem Programmzettel der Uraufführung als Hauptquelle für das Libretto genannt. Obwohl dies nachweislich nicht zutraf. Der Plot stammte aus dem Unterholz der über den Ärmelkanal geschwemmten *Gothic novel* und einer schauerromantischen Unterhaltungsliteratur, die sich bei britischen Vorlagen bediente. Legendenbildung also von Anfang an.

Ein wenig nimmt die Erfolgsgeschichte des »Freischütz« auch in Eutin ihren Ausgang. Dort wurde Carl Maria von Weber Ende 1786 in eine Theaterfamilie hineingeboren. Der Vater des Komponisten hatte ein paar Jahre lang als Hofmusikus in der Holsteinischen Schweiz gedient. Kurz nach der Geburt des Sohns quittierte er den Dienst. Er tingelte mit selbst zugelegtem Adelstitel als Prinzipal von Ensembles, die er vor allem auch mit Familienmitgliedern bestückte. Das Reiseleben von Kindesbeinen an machte Carl weltläufig.

Als Carl Maria von Weber seinem Librettisten Friedrich Kind 1817 weitgehende Vorgaben für den »Freischütz«-Text machte, ließ er in die zentrale Wolfsschlucht-Szene das einfließen, was er als Erwachsener bei Ausflügen in das damals noch unwegsame Murgtal im Schwarzwald gesehen hatte. An Eutin, wohin er nie mehr zurückkehrte, konnte er keine Erinnerung haben. Die Idee, eine kleine Senke am Nordrand des Parks Rastede und die Mühlenbäke, einen schmalen Bachlauf in ihr, mit dem auratischen Namen »Wolfsschlucht« auszustatten, stammt vom Fremdenverkehrsgewerbe des 20. Jahrhunderts. Unverdrossen wurde von den Eutiner Festspielen auch in deren 73. Jahrgang 2024 der »Freischütz« quasi an einem »Originalschauplatz« kredenzt. Heuer in der Regie des nicht mehr ganz sommerfrischen Anthony Pilavachi. »Samiel! Samiel! Herbei!«

Auf dem Programmzettel der Uraufführung, die Weber nicht nur selbst dirigierte, sondern auch inszenierte, steht: »Scene: In Böhmen. Zeit: kurz nach Beendigung des dreißigjährigen Kriegs«. Vorgeführt wurde also zunächst einmal eine Bühnenerzählung, in der diskret auch gesellschaftliche Verwerfungen thematisiert wurden, die aus jahrzehntelangem Krieg und Terror resultierten. In einer zurückgebliebenen Gebirgsregion blüht Hexen- und Zauberglaube. Der zunächst entsprechend verschiedener Vorlagen tragisch konzipierte Schluss wurde allerdings ins Positive gewendet: Im Böhmer-

wald sollte die weiße Rose eines frisch ins Spiel gebrachten Eremiten eine Oberförstertochter gegen den höllischen Jäger Samiel schützen und vor allem auch gegen die Schießkünste des Altgesellen Kaspar, der mit dem Bösen im Bunde steht; Agathes gute Beziehung zum Einsiedler rettet den nicht sonderlich charakterfesten Verlobten Max nach dessen Teilnahme an einer mitternächtlichen Hexenorgie in der Wolfsschlucht; es triumphiert dank sinngemäßer Anwendung des preußischen Beamtenrechts der Himmel Gottes. Die stressgeplagte Liebe geht dann den Weg alles Irdischen. Joho, trala!

Hartnäckig hält sich bis heute in Buchpublikationen, TV- oder Rundfunkmoderationen und Theaterverlautbarungen die Behauptung, mit der Erschaffung des »Freischütz« habe »die Geburt der deutschen Oper« stattgefunden (gezeugt als politisch motivierter Akt gegen die im 18. Jahrhundert in ganz Europa dominante *opera italiana* und gegen die französische Zivilisation, die mit Napoleons Hegemonialpolitik diskreditiert worden war). Dabei war auf Deutsch gesungenes Musiktheater um 1820 alles andere als neu. Bereits im Nürnberg der Reformationszeit schrieb Jakob Ayrer deutschsprachige volkstümliche Dramen mit Musiknummern. »Teutsche Opern« lieferten lange vor Weber unter anderen Johann Adam Hiller, Anton Schweitzer, Schikaneder und Mozart mit der »Zauberflöte«, Louis Spohr und E. T. A. Hoffmann. Dieser verwies in seiner Rezension der Uraufführung des »Freischütz« darauf, dass er »aus den verschiedensten Bestandteilen zusammengesetzt« sei, vornehmlich solchen französischen und italienischen Provenienz.

Ernsthaft sind die drei großen Bühnenwerke von Weber – »Freischütz«, »Euryanthe« und »Oberon« – nicht fürs »Deutschtum« zu reklamieren. Ihre Sujets sind irgendwo auf dieser Erde angesiedelt, nur nicht zwischen Maas und Memel beziehungsweise Etsch und Belt, sondern im heutigen Tschechien beziehungsweise an der Loire, in Bagdad und Tunis, wohin nicht einmal Erwin Rommels legendäre Panzer die Grenzen des Deutschen Reichs ausdehnen konnten. Nicht zufällig stammen die grotesksten Geburtshelfer-Elogen aus den 1930er und 1940er Jahren. Peter Raabe, in Nachfolge von Richard Strauss Präsident der Reichsmusikkammer, attestierte der Uraufführung des »Freischütz«, dass sie »ein Sieg des Deutschtums über fremdes Wesen war, wie unser Vaterland keinen zweiten erlebt hat«.

In den gut zwei Jahrhunderten seit den ersten Aufführungen erfuhr »Der Freischütz« mit Hunderten von Neuinszenierungen eine außerordentlich kontrastreiche Aufführungsgeschichte. Zunächst und für lange Zeit traten, wie der Historiker Philipp Ther resümierte, »private Konnotationen« gegenüber einer »nationalen Codierung« zurück. Gegen

diese Codierung opponierte Ruth Berghaus 1970 mit einer Inszenierung an der Berliner Staatsoper ebenso wie Achim Freyers aufs Marionettentheater rekurrerender bunter Bilderbogen, 1980 in Stuttgart. Zuletzt, 2022 in Kassel, realisierte Ersan Mondtag in Anbetracht der Kriegsfolgenproblematik eine vom Regisseur selbst »grell ausgestattete Welt von Scheintoten, Versehrten, Verrückten« (»SZ«).

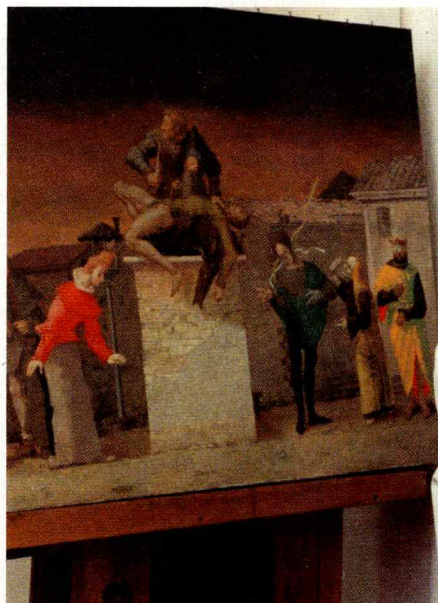
Diese Aspekte hatte bereits Joachim Herz 1985 anlässlich der Einweihung der neuen Dresdner Semperoper akzentuiert. Mehr noch acht Jahre später eine Produktion, die Giancarlo del Monaco als frisch in die damalige deutsche Hauptstadt Bonn berufener Intendant präsentierte: »Der Freischütz« als ein historisches Werk aus doppelter Tiefe des Raumes – einer von Obrigkeitsdenken wie von Untertanengeist geprägten Sphäre, in der sich freilich auch Spott der Bauern über den Jagdexpertenachwuchs findet. Dieser Inszenierung gelang vor den Augen und Ohren der politischen Prominenz der BRD ein theatraler Coup. In der optischen An- und Zustimmung freilich mit einer deftigen Portion Hausmannskost, die seit den Jahren der rheinromantisch inspirierten Wand- und Restaurantmalerei in dieser Form sogar noch nie serviert worden war. Als Ausstatter hatte der westlich-avantgardistisch orientierte del Monaco einen der renommiertesten Maler des »anderen Deutschland« gewonnen: Werner Tübke (1929–2004). Dessen Verpflichtung demonstrierte den politisch motivierten Willen, dass zusammengebracht werde oder gar zusammenwachse, was ästhetisch nicht zueinander zu passen schien. Und zugleich, dass das vereinte Deutschland sich nach dem Willen tonangebender Kreise als »selbstbewusste Nation« zu markieren begann.

Tübke war nach anfänglichen Widerständen zu einem der repräsentativen Kulturschaffenden in einem Staat aufgestiegen, der in ideologischer Abgrenzung zum größeren und wirtschaftlich attraktiveren westlichen Nachbarn (und in Konkurrenz zum nationalgeschichtsbewussten östlichen Anrainern Polen) eine sozialistisch geprägte »Nationalkultur« zu reklamieren begann. Daher auch die übertrieben wirkende Zuwendung der Regierung in Ost-Berlin zu einem zwiespältig wirksamen Kirchenreformer, dessen Hauptwirkungsort den Namen »Lutherstadt« übergestülpt bekam.

Im Zuge der Erschließung von Regionalgeschichte schuf der dreifache Nationalpreisträger Tübke mit zahlreichen Gehilfen im Auftrag des Berliner Kulturministeriums in der Nähe von Frankenhausen ein Monumentalkunstwerk von bis dato nicht gekannter Größe. Das Rundgemälde »Frühbürgerliche Revolution in Deutschland«, 14 Meter hoch an einer 120 Meter langen Wand, würdigt auf einer Fläche, die dem Viertel eines Fußballfelds entspricht, die Klassenkämpfe

der Reformationszeit. Das eigens für das Bauernkriegspanorama errichtete weithin sichtbare Gebäude auf dem blutgetränkten Boden der Gemarkung wurde knapp einen Monat vor der Implosion des SED-Staats eingeweiht. Mit ihr wurde auch das Konstrukt einer »sozialistischen Nationalkultur« obsolet. Der Kurswert von Tübkes Arbeiten fiel drastisch, hat sich aber wieder gut erholt.

Dass hierzu der Bonner Auftrag zur Bilderung des »Freischütz« maßgeblich beitrug, betont jetzt der Meininger Museumsdirektor Philipp Adlung. Zusammen mit seinem Kollegen Gerd Lindner vom Panorama-Museum Bad Frankenhausen entwickelte er die Idee, anlässlich von Tübkes 20. Todestag nicht nur Theatervorhänge in die südthüringische Stadt zu holen, die in jahrelanger Anstrengung Motive und Maltechniken der »Frühbürgerlichen Revolution« weiterentwickelten, sondern auch Kostumentwürfe, Figurinen und Kostüme. Insbesondere auch Dutzende Skizzen, altmeisterlich minutiös ausgeführte Detail-Bleistiftzeichnungen sowie Aquarelle als Vorlagen für die Theatermaler.



Kommentierte in seinen Bühnenbildern Außen- und Hinterwelt des »Freischütz«: Werner Tübke, Mai 1991

Tübke stattete Bauern und Jäger ebenso wie die heiratswilligen Frauen Agathe und Ännchen in Anlehnung an die Kleiderordnung des 17. Jahrhunderts aus. Seine jeweils 170 Quadratmeter großen Bühnenbilder – Bilder im wörtlichen Sinn – zitierten Hieronymus Bosch, den älteren wie den jüngeren Pieter Breughel sowie italienische Renaissance-Malerei. Einige dieser Vorhänge wurden im Fundus der Bonner Oper wiederentdeckt und dem Museum in Meiningen geschenkt. Zwischen windschiefer Wirtsbude und einem Galgen, an den einer auf besonders grausame Weise gehängt wurde, kommentierte Tübke die Außen- und Hinterwelt

des »Freischütz«. Indem der gesellschaftliche Schrecken wie die Derbheit der Freude als Wimmelbild entfaltet wurden, verschaffte sich das vom Libretto bloß Angedeutete Geltung. Vor einem der von Caspar David Friedrich verewigten böhmischen Berggrüken schweben allerhand Erscheinungen durch die Höhenluft: das Personal im Gefolge des »Wilden Reiters«, apokalyptisches Menschengetier.

Der »Spiel-Vorhang«, den Tübke der Operentüre zudachte, hängt in der einstigen herzoglichen Reithalle in Meiningen zwei Stadtansichten in ähnlicher Größe gegenüber, die in Bayreuth seit langem ausgedient haben. Die Studien, Skizzen und Vorarbeiten füllen nebenan im Schloss viele Wände. Museumsdirektor Adlung hofft, mit der »Freischütz«-Retrospektive dem Ziel näherzukommen, in Meiningen ein Theaterbildermuseum für die Bundesrepublik konstituieren zu können. Die räumlichen Voraussetzungen im Schloss Elisabethenburg und in der restaurierten Reithalle nebenan, auch die in der Regierungszeit von Herzog Georg II. erworbene Aura von Meiningen als »Weltstadt des Thea-



ters« bieten dafür eine brauchbare Voraussetzung. Wie es mit dem so ambitionierten wie sinnvoll erscheinenden Projekt in einer Region weitergeht, in der jüngst 36 Prozent der Wählerstimmen auf die AfD entfielen, bleibt abzuwarten.

Die Bühnenbildpräsentationen im Theatermuseum Meiningen finden von Dienstag bis Sonntag jeweils um 12, 14 und 16 Uhr statt.

Frieder Reininghaus ist Vorsitzender der Internationalen Hanns-Eisler-Gesellschaft sowie Vorstand der Hanns-und-Steffy-Eisler-Stiftung

Traktat

Dogmatic Accusations

Breathe:Sun:Bone:Blood (<https://traktat161.bandcamp.com>)

Im Black Metal passiert gerade so viel wie seit Anfang der neunziger Jahre nicht mehr. Damals ging die zweite Welle los; Bands wie Mayhem, Burzum und Darkthrone definierten das Genre musikalisch neu, indem sie es vom behäbigen Midtempo der Ahnen wie Venom und Bathory lösten und statt dessen Hochgeschwindigkeits-Blastbeats und schlimmstes Gekreische hinzufügten. Ohne ein ganz reales Gewaltspektakel drum herum wäre der norwegische Black Metal allerdings nicht so rasend schnell populär geworden: Der erste Mayhem-Sänger Dead (Per Yngve Ohlin) beging 1991 Selbstmord, der Mayhem-Gitarrist Euronymous (Øystein Aarseth) knipste ein ikonisches Foto der Leiche und wurde zwei Jahre später vom zeitweiligen Mayhem-Bassisten Count Grishnackh (Vark Viskernes) erstochen. Der hatte zuvor bereits einige norwegische Holzkirchen in Brand gesteckt, betrieb sein Ein-Mann-Projekt Burzum vom Knast aus weiter und geistert heute als überzeugter Nationalsozialist durchs Internet.

Das Faschistoide und die Gewalt sind dem Genre näher als anderen. Denn anders als zum Beispiel Punk oder HipHop müssen sich rechtsradikale Künstler und Aktivisten Black Metal nicht aneignen, sie können ihn nutzen. Die Grenzen zwischen neuheidnischem beziehungsweise nordisch-kultischem Quatsch und antisemitischem oder sonstigem faschistischen Verbaldurchfall sind sehr durchlässig, und der Widerstand in der Szene ist eher gering.

Es hat sich inzwischen ein eigenes Subgenre herausgebildet, NSBM, was für National Socialist Black Metal steht. Das Hauptproblem sind nicht die vergleichsweise wenigen dezidiert faschistischen Bands, sondern die Indifferenz der Szene, die auch übelste Erscheinungen wie die finnische Band Goatmoon oder eben Burzum weiter unkritisch zum Kanon zählt. Das Hauptproblem sind im sich als unpolitisch verstehenden Black Metal Konzertabsagen, die noch immer als Zensur und Einschränkung verstanden werden und nicht als Grenzziehung gegen faschistische Künstlerinnen und Künstler. Schließlich ginge es doch vor allem um die Musik.

Und das bringt uns zur Bremer Band Traktat, die soeben ihr Debütalbum »Dogmatic Accusations« veröffentlicht hat. Auf Tape, das von dem Kleinstlabel Breathe:Sun:Bone:Blood in Europa vertrieben

wird, digital natürlich auch, via Bandcamp, und in einer kleinen Auflage auf Vinyl, das man bei der Band direkt bestellen kann. Aufgenommen wurde das Album im Proberaum des Schlagzeugers. Traktat labelt die eigene Musik als »anti-fascist Black Metal«, tritt verumumt auf und insistiert in der Presseinfo mit finsterem Ernst und Fug und Recht auf der Kraft der Negation: »There is no reason to be proud of Germany.« Und natürlich: »Death to NSBM«.

In den vergangenen zwanzig Jahren wurde Black Metal von der Avant-Rock-Fraktion entdeckt und mit Drone-Musik und allerlei Experimentalkram vermischt, der dann auch mal im Hamburger Thalia-Theater oder an der Berliner Volksbühne aufgeführt wird. Von Puristen als Hipster verschriene Bands wie Deafheaven und Liturgy mischen Gekreisch und Blastbeats mit Postrock beziehungsweise Anleihen bei Neuer Musik. An der Basis, und damit auch im Keller von Traktat, regiert nach wie vor der Ranz. Kein Anspruch auf Popdiskurskompatibilität und Theaterdonner, dafür aber mit nur einer Gitarre und ohne Bass eine hingeschredderte Wand, Schlagzeuggehacke, darüber Schmerzensgeschrei von dem einen und ergänzen des Grollen vom anderen Sänger.

Die sieben Stücke auf »Dogmatic Accusations« klingen puristisch und, der Albumtitel legt es nah, tatsächlich dogmatisch auf den Punkt geprügelt. Die Energie kommt hier aus dem geglückten Versuch, alles, was mit der eigenen Musik zusammenhängt, so negativ, wie es irgend geht, zu gestalten.

Black Metal lebt mehr noch als andere Metalgenres vom Sound, und der ist hier, der Sache angemessen, bis in die Nuanzen verdeckt, aber klar. Trotzdem bewegt sich unter der Oberfläche einiges.

In viele der Songs sind kleine, überraschende Ideen eingeflochten, die stets auf Intensivierung zielen. »Fight All Symbols of Disgust« steigert sich über neun Minuten und legt mit einem Akkordwechsel immer wieder eine unerwartet schöne Melodie frei, um in der Mitte einmal kurz einzubrechen und dann noch einmal draufzulegen. Das einzige deutschsprachige Stück – »Gott ist widerlegt und der Teufel nicht« – wiederum ist formvollendetes Zuhörerprügeln. Auf Intensivierung zielt auch das schrille Geschrei, das, anders als der Gesang im Death Metal und anderen Metal-Spielarten,

keine Stärke ausstellt oder simuliert. Hass und Verzweiflung suggerieren hier keine Dominanz, sondern wirken gebrochen.

In einem Punkt liegen Traktat tendenziell falsch: Wenn sie nämlich schreiben, dass die Wurzeln des Black Metal im Individualismus und in der künstlerischen Freiheit lägen und NSBM und überhaupt alles Faschistoide dem Genre eigentlich fremd wären (»Nothing could be further from Black Metal than worshipping an ideology based on conformity and blind obedience«). Tatsächlich aber sind Gewalt und menschenfeindliche Ideologie, siehe oben, in die konstituierenden Momente und Mythen des Genres eingeschrieben. Man muss also wieder einmal transformieren, statt sich auf angebliche Wurzeln zu beziehen.

Ein Grund mehr, den manischen, schönen Krach nicht den Nazis zu überlassen. Was am Black Metal dumm und falsch ist, wurde in der Musik von Traktat gestrichen. Das Ergebnis ist kein temperiert-extremistischer Wohlklang, sondern ein physisch fordernder, überhitzter musikalischer Raum aus Noise, Geschwindigkeit und Dreck.

Benjamin Moldenhauer



Den Krach nicht den Nazis überlassen: die Black-Metal-Band Traktat

Dear Billy

Briefe an den Sänger/letters to the singer William Pearson

Herausgegeben von Franz-Josef Heumannskämper.

Wolke, Hofheim am Taunus 2024, 280 Seiten, 38 Euro

Die Schwarzweißfotografie ist eher unscheinbar plaziert, doch sie könnte symbolisch für das ganze Buch stehen: Da steht der junge schwarze Mann im Anzug, mit Krawatte und Sonnenbrille schräg vor einem Relief und grüßt freundlich, ja überschwenglich in die Kamera. Der Boden glänzt blitzblank, offensichtlich scheint die Sonne. Die zum Gruß ausgestreckte Hand weist auch auf das Relief – es stammt vom Nazi-Großkünstler Arno Breker, der 1953 damit ein Bildnis des Heiligen Martin schuf. Dieses Werk – das sich in einem identischen, auf dem gegenüberliegenden Gebäude angebrachten Relief spiegelt – bewacht gleichsam den Kölner Gereonshof. Er ist restaurative Architektur der Nachkriegszeit: groß, prächtig, im Zusammenspiel mit dem tempelartigen Hauptgebäude der Gerling-Versicherung einschüchternd. Dass Breker dazu »Kunst am Bau« beisteuern durfte, passt. Mit dem Gereonshof feierte die rheinische Bourgeoisie, dass sie nach 1945 weitermachen durfte, und holte dazu den Menschenhasser Breker ins Boot, der wie zum Hohn den Schutzpatron der Bedürftigen gestaltete.

Davor steht nun jemand, für den es keinen Platz in Brekers Welt gegeben hätte, und strahlt und grüßt. Was das wohl heißen könnte? Eine ironische Geste? Eine Freude darüber, dass die Brekers diese Welt zwar wieder mitgestalten dürfen, aber dass sie nicht mehr die ganze Szenerie beherrschen, dass sich da auch andere Figuren, andere Bilder einschleichen, die irgendwann diesem angefrorenen Kitsch aus Travertin den Rang ablaufen werden? Vielleicht ist das Bild auch nur ein Schnappschuss. Trotzdem bringt es die Stimmung in Köln Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre sehr gut zum Ausdruck. Vorausgesetzt, man weiß, wer dort so herzlich grüßt.

Es ist William »Billy« Pearson (1934–1995), der wichtigste, weil offenste, flexibelste, neugierigste (Entschuldigung für die Superlative, aber sie müssen an dieser Stelle sein) Sänger der Neuen Musik in dieser Zeit. Gefeierte werden bis heute die Komponisten – Cage, Ligeti, Stockhausen, Nono, Boulez –, staunend blicken wir auf ihre kunstvollen Partituren, die wir uns auch als rätselhaft abstrakte Grafiken an die Wand hängen könnten. Aber sie wären nichts ohne die Interpreten, die sich die eigenartigen Stücke erschlossen und sie dadurch erst zum Leben erweckt haben. Und der Bariton Pearson war ein herausragender Interpret – für den die Komponisten explizit geschrieben haben, vielleicht keiner so schön und verspielt wie Sylvano

Bussotti mit seinem »Pearson Piece« von 1961 und keiner so eindrucksvoll wie Hans Werner Henze, dessen Rezital »El Cimarrón« (1970) ganz auf Pearson zugeschnitten war.

Nachvollziehen kann man das alles in dem liebevollen Erinnerungsbuch *Dear Billy*. Es dokumentiert zeitgenössische Briefe an Pearson, in denen die Komponisten, Dirigenten und Produzenten über die gemeinsame Arbeit, Projekte und, auch das, Liebesabenteuer erzählen. Ausgesucht und zusammengesucht hat sie Pearsons Lebensgefährtin Franz-Josef Heumannskämper, der sie mit biografischen und musikologischen Essays, außerdem Fotos und anderen Dokumenten aus Pearsons Leben flankiert. Es ist ein wunderbares Album geworden, in dem man selber den verschiedenen Spuren – Rassismus, Männerliebe, Kölner Nachtleben, Projekte auch in der Alten Musik und im Musical – nachgehen kann: das Sängerleben als Kaleidoskop. Man lese, nur als Beispiel, die Briefe von Karajan und Henze in der Gegenüberstellung (wenn Karajan gewusst hätte ...).

Pearson kam 1956 als Fulbright-Stipendiat zum Gesangsstudium nach Köln, genauer: als erster schwarzer Fulbright-Stipendiat überhaupt. Für den Studenten aus Tennessee bot das Stipendium die

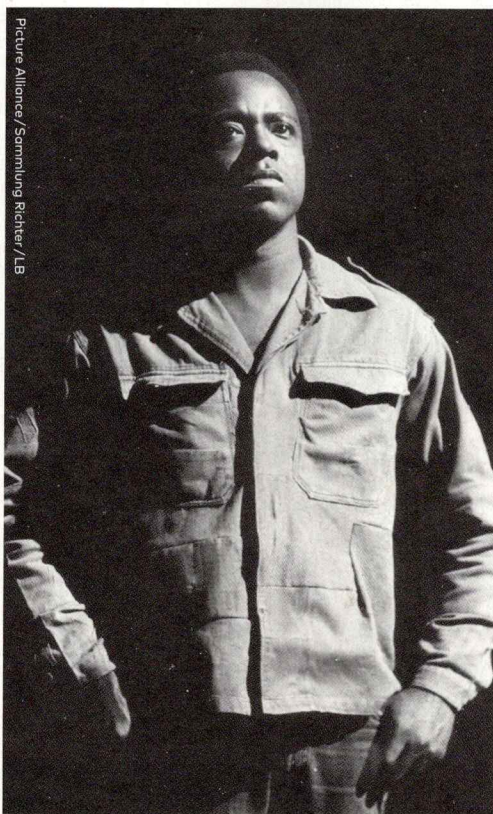
Möglichkeit zur Flucht aus dem offenen Rassismus. Obwohl er die amerikanische Bürgerrechtsbewegung bewunderte und auch die Gesetzesänderungen positiv registrierte, zog er es vor, in Köln zu bleiben. Schwarzer Mann vor restaurativer Kunst eines Alt-Nazis, im Hintergrund die selbstgefällige, auf Hochglanz polierte, im Alltag aber vermuffte (Stadt-)Gesellschaft; und doch schon anwesend: eine radikale Avantgarde, die ihren Platz behauptet und in die Gesellschaft drängt.

»Ich konnte doch als Unbekannter kein Konkurrent von Fischer-Dieskau werden. So beschäftigte ich mich mit der Neuen Musik«, so sein recht nüchternes Statement in einem »Werkstattgespräch« 1971. Es verrät nicht, dass er sich binnen kürzester Zeit ein enormes Repertoire unkonventioneller Vokal-Techniken aneignete – »verschiedenste phonetische Lautbildungen beim Ein- und Ausatmen, neuartiges »falsetto«, die mannigfachsten Schattierungen von Sprechen« (Pearson), aber vor allem die Fähigkeit, sich auf die neuen (Anti-)Notationen der Komponisten einzulassen. Möglich war das nur im direkten Austausch, der auf Augenhöhe stattfand. In der kooperativen, experimentierfreudigen, wagemutigen Zusammenarbeit zeigt sich der eigentliche Sinn dieser Avantgarde: In solchen Momenten war sie eine Gemeinschaft der Gleichen, die zusammen

etwas ganz anderes wollten (nicht abwegig, dass sich viele ihrer Protagonisten als freie Kommunisten verstanden). Die vielen freundschaftlichen, auch zärtlichen Briefe an Pearson lassen diese Atmosphäre wieder aufleben.

In Mauricio Kagels »Phonophonie« (1965) spielte Pearson einen Opernsänger, der seinen eigenen Stimmverfall reflektieren muss – in Auseinandersetzung mit teils grotesk abwertenden Kritiken, die ihm vorgehalten werden. Hier konnte Pearson in die gesellschaftliche Rolle eines (einstigen) Star-Sängers à la Fischer-Dieskau schlüpfen und gleichzeitig diese Rolle tragisch karikieren. Er trat sich selbst, das war der spezifische Kegel-Humor, als Bauchredner, Imitator und Taubstummer gegenüber. Es ist die gleiche Brechung, die Distanz zu einer Herrschaftskultur, die sich schon in seinem Gruß vor dem Breker-Kitsch findet.

Felix Klopotek



Selbstbewusste Distanz zur Herrschaftskultur: Der Sänger William Pearson an der Deutschen Oper Berlin, 1971

Im Walde Brandenburgs



In allem Leben atmet das Verderben,
Mit allem Auf- erblüht ein Untergang.
Der Tod der Armen ist nicht von Belang,
Ausrufer rufen nur, wenn Reiche sterben.

Dann bettet journalistische Begleitung
All unsre Trauer, weich, wie ein Flötist.
Und wenn es gar der Allerreichste ist,
Dann flötet's auch die hinterlinkste Zeitung:

Im Walde Brandenburgs lag auf der Lauer
Ein Musk im Matsch, verborgen, wie ein Zwerg.
Der Krankenstand in seinem Autowerk
Nahm stetig zu, und Elon war echt sauer.

Dreist höhnten ihn die Simulantenheere!
So lag er da mit einem Zielfernrohr,
Und kam ihm ein Spazierker spanisch vor,
Erschoss er ihn mit seinem Schießgewehre.

Sehr viele, die ihm gleichverdächtig waren,
Verfehlten seine Kugeln. Dies heißt Glück:
Statt hundert starben so nur vierzig Stück. –
Dann stieg er auf sein Rad, um heimzufahren.

Bald wurde ihm die Vorfahrt frech genommen.
Er sah das Auto, und er schrie: »O fuck!
Was da heranfliegt, ist ein Cybertruck,
Und dem sind Fahrradfahrer sehr willkommen!«

In Brandenburg erscholl ein Knall und Klirren
Aus Blut und Stahl, achttausend Tonnen schwer.
Zurück blieb von dem großen Visionär
Rein gar nix, sagen manche. Doch sie irren.

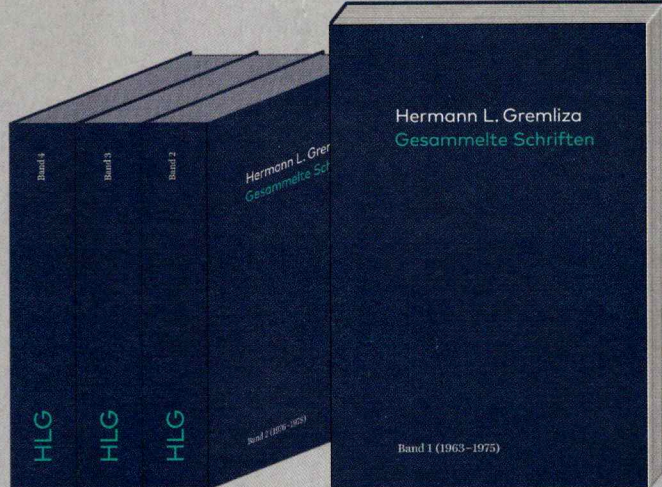
Experten fanden nanokleine Spuren
Von Elon, ihm. Und ach, nun, da er starb,
Schaut auch der Dichter online in sein Grab,
Und Tränen tropfen heiß auf Tastaturen.

Thomas Gsella

Hermann L. Gremliza

Gesammelte Schriften

in 18 Bänden



Im Oktober sind die ersten beiden Bände der *Gesammelten Schriften* Hermann L. Gremlizas erschienen. Im Februar/März und im Sommer kommen den Jahres folgen jeweils zwei weitere. Die Ausgabe ist auf 18 Bände angelegt und wird von Friederike Gremliza und Wolfgang Schneider herausgegeben. Sie enthält alle Texte, die Gremliza unter seinem Namen oder unter einem seiner Pseudonyme hat drucken lassen, sei es in **konkret** oder an anderen Orten. Aufgenommen wurden ebenfalls die anonymen **konkret**-Editorials, sofern sie ersichtlich von Gremliza stammen. Hinzu kommen Interviews und sonstige mündliche Auskünfte sowie alle noch unveröffentlichten Texte aus seinem Nachlass, darunter Briefe und ein über drei Jahre sich erstreckender Mailwechsel mit Wolfgang Pohrt. Band 1 enthält zudem in Gremlizas Werk einführende Vorworte von Dietmar Dath und Stefan Ripplinger.

Die Texte, beginnend mit Gremlizas ersten journalistischen Arbeiten für die Tübinger Studentenzeit-schrift »Notizen« 1963, werden in chronologischer Reihenfolge geboten und folgen den Erstdrucken

(Varianten späterer Wiederveröffentlichungen werden angegeben). Geplant ist die Veröffentlichung von vier Bänden pro Jahr; die Ausgabe wird voraussichtlich 2028 abgeschlossen sein. Abgesehen von Band 1 und Band 16 umfassen die Bände jeweils die Texte dreier Jahre; die Edition hat dementsprechend einen Umfang von 16 Bänden; hinzu kommen ein Register- und ein Supplement-Band, welcher die *Drei-Damen-Trilogie* (1979–1990) und die *Haupt- und Nebensätze* (2016) enthält.

Die Bände – fadengeheftet, kartoniert und jeweils mit ausführlichem Personenregister – haben einen Umfang von 400 bis 500 Seiten und kosten bei einer Bestellung innerhalb der Subskriptionsfrist 24 Euro pro Band. Die Subskriptionsfrist endet nach dem Erscheinen des 4. Bandes am 31. März 2025. Für Bestellungen nach diesem Datum erhöht sich der Preis pro Band auf 30 Euro. Die Edition kann nur insgesamt bezogen werden; der Kauf einzelner Bände ist nicht möglich.

Bestellungen per Coupon oder über konkret-magazin.de oder per E-Mail an verlag@konkret-magazin.de

Hiermit bestelle ich die 18-bändige Gesamtausgabe *Hermann L. Gremliza: Gesammelte Schriften* zum Subskriptionspreis von 432 Euro (Einzelband 24 Euro). Dieser Sonderpreis gilt bis zum 31.3.2025. Danach kostet die Subskription 540 Euro (Einzelband 30 Euro). Die Bücher sind nicht einzeln erhältlich. Sie verpflichten sich mit der Subskriptionsbestellung zur Abnahme aller Bände. Die Bücher werden Ihnen jeweils nach Erscheinen mit Rechnung zugeschickt. Sie können Ihre Bestellung innerhalb von 10 Tagen widerrufen.

Name, Vorname

☐ Bankeinzug

☐ Vorkasse

Straße

IBAN

PLZ, Wohnort

BIC

E-Mail

Datum, Unterschrift

Kreditinstitut

Medikamentenausgabe!« Wer je den Film »Einer flog über das Kuckucksnest« gesehen hat, hat die Szene sofort vor Augen: Miss Ratched, die Oberschwester in der geschlossenen Männerstation einer Psychiatrie, sitzt in ihrem Glaskasten, von dem aus sie den Aufenthaltsraum überwacht, in dem die Insassen sich die Zeit vertreiben. Bis sie pünktlich zur Medikamentenausgabe antreten müssen und ihre tägliche Dosis Psychopharmaka verabreicht bekommen.

Nein, natürlich bin ich nicht in dem Film »Einer flog über das Kuckucksnest«, es kommt mir nur so vor. Ich bin in der Pausenhalle meiner Schule, einer Realschule in einer bayerischen Kleinstadt, um mich herum sitzen keine Psychiatriepatienten, sondern Schüler, und sie warten auch nicht auf ihre Medikamente, sondern auf ihre Auszeichnungen. Warum nur diese hartnäckigen Assoziationen in meinem Kopf?

Es liegt an der penetranten Person, die die Auszeichnungen verteilt. Sie ist nicht Oberschwester, sondern Oberlehrerin, und natürlich heißt sie nur in diesem Bericht Miss Ratched. Zweimal im Jahr ist Preisverleihung, die besten und willigsten und gefügigsten Schüler werden ausgezeichnet. Wer die meisten »Lob-Stempel« gesammelt hat im abgelaufenen Halbjahr, kriegt einen

so. Nichts bringt sie aus der Ruhe, weder die lauteste Klasse noch der aufsässigste Schüler, auf alles und jeden hat sie auf der Stelle eine didaktisch durchdachte Antwort parat. Bei der Frage: Mensch oder pädagogische Spitzenkraft? müsste man bei Miss Ratched letzteres ankreuzen. Die Frau ist ein Biest.

Ich sitze regelmäßig bei ihrem Unterricht hinten drin, ich soll was lernen von der Spitzenkraft, ich bin neu hier, ich bin der Seiteneinsteiger, sprich: der Aushilfslehrer für Deutsch, Geschichte/Politik/Gesellschaft und Ethik, zwar mit dem fachlichen, aber ohne das pädagogisch-didaktische Zertifikat. Ich lerne tatsächlich viel von ihr. Die schrittweise Heranführung von Siebtklässlern an die grammatischen Grundstrukturen des Deutschen, das beherrscht sie aus dem Effeff, solche Sachen übernehme ich dankend.

Aber dann geht sie in der 10z durch die Reihen und kontrolliert die Hausaufgaben. Wer sie fehlerhaft oder gar nicht gemacht hat, kriegt einen roten Stempel von ihr verpasst. Immer mit dem gleichen Lächeln auf den Lippen, hier ein roter Stempel, zack, da einer, zack. Die Klasse ist mucksmäuschenstill, während die pädagogische Fachkraft ihr Werk verrichtet, in der Klasse sind manche schon 18. Ich habe währenddessen nur einen Gedanken: Das einzige, was hier fehlt, ist Anstaltskleidung. Ein einheitlicher grauer Gefangenenganzug, das wär's. Schule? Strafe!

geschoben oder gefahren – von wem? Es sind alles Männer. Warum? Na, schaut euch mal die Frauen an, wie die gekleidet sind! Jetzt wollen sie das Rätsel lösen. Fieberhaft überlegen sie, bis eine Schülerin draufkommt: Die haben alle knöchellange Röcke an! Mit so was kann man nicht Fahrrad fahren!

Wir halten fest: In der Kaiserzeit war Frauen das Fahrradfahren versagt. Erst im Ersten Weltkrieg durften, besser gesagt: mussten Frauen Hosen anziehen, weil sie die Arbeit von Männern machen mussten, die an der Front waren. Oder tot. Oder invalide. Und nach dem Ersten Weltkrieg, in der Weimarer Republik, zogen Frauen dann auch einfach so Hosen an, das war die Emanzipation.

Die was? Fremdwörter muss ich sowieso immer erklären. Oft aber stellt sich dann heraus, dass sie auch das deutsche Pendant nicht kennen oder nicht verstehen, dass wir auch das erst ausführlich paraphrasieren und explizieren müssen. Aber das mit den Hosen und dem Fahrradfahren, das haben sie jetzt alle intus, das haben sie kapiert: Den Frauen war damals vieles verwehrt.

Als ich sie schon einige Wochen mit der Kaiserzeit traktiert habe, frage ich sie: Wie findet ihr die Zeit? Sie rümpfen die Nase. Hättet ihr in der Zeit leben wollen? – Die Frage hätte ich mir sparen können: Auf keinen Fall! Da fällt mir ein: Es gibt Tausende von Leuten heute, die würden total gern in der

Geschlossene Anstalt

Klassenziel Unmündigkeit: ein Jahr als Lehrer an einer bayerischen Realschule. Von Florian Sendtner

Gutschein für einen Bubble-Tea oder für den Streichelzoo, es gibt Dutzende von Preisen, die Preisverleihung zieht sich über eine ganze Schulstunde hin, mindestens – und ist allein deshalb schon sehr beliebt bei den Schülern.

Tja, warum nur meine düsteren Assoziationen? Na ja, eben deshalb. Ob sie lobt oder straft, Miss Ratched ist immer gleich gut aufgelegt, immer hat sie alles im Griff: ihr durchgehend professionelles Lächeln und vor allem natürlich die Schüler, aber genauso die lieben Kollegen und sich selbst sowie

Doch vorerst hab' ich bei der Unterrichtsgestaltung, wie das so schön heißt, relativ freie Hand. Und davon mache ich Gebrauch. In Geschichte in der Neunten steht zu Beginn des Schuljahres die wilhelminische Kaiserzeit auf dem Lehrplan. Ich projiziere ein Foto auf das Whiteboard, eine Straßenszene in einer bayerischen Stadt im Jahr 1907. Was sieht man da?

Die Schüler tun sich schwer. Die Kleidung der Passanten löst Befremden bei ihnen aus. Ich halte sie an, trotzdem genau hinzuschauen. Mehrere Fahrräder sind zu sehen,

Kaiserzeit leben! Sie schauen mich ungläubig an. Ja, wirklich wahr! Die bilden sich sogar ein, sie *würden* in der Kaiserzeit leben!

Es folgt ein zweiwöchiger Spontanexkurs über die Reichsbürger. Die Schüler kommen aus dem Staunen nicht heraus: Haben die einen Knall? Ich widerspreche nicht. Wir arbeiten die wesentlichen Merkmale der Reichsbürger heraus, die aktuellen Highlights ihrer Umsturzaktivitäten. Bei der Kurzarbeit werden die zwei Fragen zu den Reichsbürgern so gut beantwortet, wie es viele Erwachsene nicht könnten. Meine

Neunte weiß, was Reichsbürger sind! Steht zwar nicht im Lehrplan, aber das Fach heißt schließlich Geschichte/Politik/Gesellschaft, da drängt sich das doch richtig auf!

Sogar Miss Ratched und die Chefin können mir da nicht widersprechen und lassen mich gewähren. Bis sie auf einmal umschwenken. Am letzten Schultag vor den Weihnachtsferien sitzen sie mir mit hasserfülltem Gesicht gegenüber und erklären mir, meinen außerlehrplanmäßigen Reichsbürgerkurs hätte ich mir sparen können. Und warum bitte? Darum: Die Schüler haben spätestens nach drei Wochen sowieso alles wieder vergessen!

Ah ja! Da reden sich eine Schulleiterin und ihre Oberlehrerin gerade um Kopf und Kragen. Aber macht nichts, außer einem Seiteneinsteiger hört es ja keiner. Ohne mit der Wimper zu zucken, reden sie ihren eigenen Beruf in Grund und Boden. Wenn die Schüler nach drei Wochen alles wieder vergessen haben, dann kann man die Schule ja wohl zusperren!

Die eigenmächtige Behandlung der Reichsbürger hätten sie mir vielleicht noch durchgehen lassen. Schlimmer scheint zu sein, was ich mir in Geschichte in der Zehnten zuschulden kommen lasse. Da steht die Nachkriegszeit auf dem Lehrplan. Ich frage die Schüler in der ersten Stunde, was sie denn vom Krieg und von der NS-Zeit wüssten. Es stellt sich heraus: Sie wissen nichts, rein gar nichts. Der Unterricht sei mehr oder weniger komplett ausgefallen im vorhergehenden Schuljahr.

Okay, Crashkurs Nationalsozialismus. Ich fange an zu reden. Und bin ein Vierteljahr später immer noch nicht fertig. Ohne Lehrbuch, freihändig, aber Material habe ich zu Hause in Hülle und Fülle, nicht nur meterweise historische Fachliteratur. Zum Beispiel habe ich vor vielen Jahren die NSDAP-Mitgliedschaft meiner beiden Großväter im Berliner Bundesarchiv eruiert. Den Mitgliedsantrag des einen projiziere ich nun ans Whiteboard und lasse ihn von der Klasse entziffern und interpretieren. Mit der Frakturschrift tun sie sich schwer, mit Sütterlin sowieso, aber gemeinsam kommen wir der Sache näher.

Allein die Mitgliedsnummer: 4.216.839, vergeben Mitte 1937, von einer Partei, die im Februar 1920 im Münchner Hofbräuhaus gegründet wurde – was kann man daraus schließen? Und was daraus, dass sich die Zahl bis zur Niederschlagung des NS-Staats 1945 noch

einmal verdoppelte? Blanker Opportunismus? Antrainierter Konformismus? Sympathie für den autoritären Terrorstaat? Alles zusammen? (Natürlich sind die genannten Begriffe wiederum Gegenstand eingehender Besprechung und Erläuterung.)

1944 war statistisch fast jeder zweite erwachsene Mann NSDAP-Mitglied. Wieso waren die alle dabei? Die Klasse schaut mich an, zumindest bei einigen tut sich was im Hirn. Ich werde wieder persönlich: Wieso war mein Großvater, ein arbeitsamer Apotheker und

sie getan und unterlassen haben. Und oft kann man in der Hinsicht selber einiges herausfinden, wenn es einen interessiert.

Als ich Miss Ratched beiläufig und kurzorisch berichte, dass ich den NSDAP-Mitgliedsantrag meines Großvaters in der Zehnten behandle, kommt keine Reaktion. Scheint sie nicht zu interessieren, aber sie scheint auch nichts dagegen zu haben. Auch nichts gegen den von mir eigenmächtig eingelegten NS-Crashkurs. Sie widerspricht auch nicht, als ich den Grund nenne, den von den Schü-



Es ist mit Händen zu greifen, dass sie lügen: Miss Ratched (Louise Fletcher, r.) und Anstaltskollegin (Mimi Sarkisian) in »Einer flog über das Kuckucksnest« von Milos Forman

treuer Katholik, Mitglied in der größten Verbrecherorganisation der Menschheitsgeschichte? Als er starb, war ich neun, da stellt man solche Fragen nicht. Die Familienlegende ging so, dass er erst sehr spät und nur unter gehörigem Druck eingetreten sei. »Sehr spät« – 1937? Und hätte er sich als Apotheker und somit als Autoritätsperson im Dorf nicht hinstellen können und sagen: Ich mach' da nicht mit!

Und dann fällt mir, vor der Klasse, zum ersten Mal das Datum des NSDAP-Mitgliedsantrags meines Großvaters auf: 14.6.1937 – das war der fünfte Geburtstag seines einzigen Sohnes, meines Vaters! Vermutlich ging also mein lieber Opa keineswegs gebückt und genötigt zum Ortsgruppenleiter, um den Aufnahmeantrag zu unterschreiben, sondern durchaus beschwingt: zur Feier des Tages!

Lernziel erreicht, wir brauchen dafür keinen eigenen Hefteintrag, sie haben es auch so verstanden: Geschichte ist nicht das, was in den Geschichtsbüchern steht, und schon gar nicht das, was in History-Dokus über den Bildschirm flimmert. Geschichte ist das, was meine Vorfahren erlitten, vor allem aber, was

lernen genannten Unterrichtsausfall im Vorjahr. Ebensowenig die Schulleiterin.

Doch dann, an besagtem letzten Schultag vor den Weihnachtsferien, ist plötzlich alles anders. Miss Ratched und die Chefin sitzen mir gegenüber und erklären mir, das mit dem Unterrichtsausfall sei Unsinn, die Schüler hätten das erfunden, man dürfe den Schülern nicht alles glauben. Es ist mit Händen zu greifen, dass sie lügen. Also nicht die Schüler, sondern Miss Ratched und die Chefin. Sie lügen mir mit allem Nachdruck ins Gesicht. Ich bin sprachlos. Und warum weiß die Klasse dann so rein gar nichts über die NS-Zeit, wenn der Unterricht im Jahr zuvor gar nicht ausgefallen ist? Das könne, erklären sie mir fachmännisch, erstens Verstellung sein, und zweitens hätten Schüler das Gelernte oft nach drei Wochen wieder komplett vergessen. Drittens aber, und das sei das Entscheidende, könne ich sowieso nicht mitreden, weil ich ja nur ein Seiteneinsteiger sei und kein Referendariat absolviert habe wie sie.

Ich mag das nicht, wenn man mir ins Gesicht lügt, ich bin da altmodisch. Noch dazu

Levi kam nur bis zur Küchenpsychologie

Als Jude und aktiver Antifaschist hätte Carlo Levi den deutschen Nationalsozialismus kaum überlebt. In Italien ging das, wenn auch mit Glück: Levi wurde inhaftiert und zeitweise in den Süden verbannt, sein davon erzählender Roman *Christus kam nur bis Eboli* begründete seinen Ruhm nach 1945, der ihn auch nach Deutschland führte. Verlagsgeschäfte waren der Grund für seine Reise von München über Tübingen und Stuttgart nach Berlin. Es gibt eine Menge ähnlicher Berichte; das Land der Täter in Trümmern beziehungsweise beim Wiederaufbau war ein interessanter Gegenstand. Levi fallen prägnante Details auf: »Der Verkehr ist so gut geregelt, und es ist so unvorstellbar, dass irgendjemand sich nicht an die Regeln hält, dass es natürlich zu zahlreichen Unfällen kommt.«

Doch belässt er es leider nicht bei einer Reportage aus dem Deutschland der »herrlichen Autobahnen«, »ordentlichen Dörfer« und prosperierenden Industrie- und Konsumstädte, sondern er fikionalisiert, was er sieht und erlebt. Eine merkwürdige Dissonanz ist die Folge: Levi neigt zum raunenden, für einen Menschen mit seinem Erfahrungshintergrund erstaunlich unpolitischen Psychologisieren, das den Nationalsozialismus auf die »neurotische Fehlentwicklung« einer zerrissenen germanischen Ur-Seele zurückführt: Könnte »dieses Hervorholen des grauenhaften archaischen Inhalts der menschlichen Eingeweide, das die Nationalsozialisten ins Werk setzten, nicht vielleicht von der Tatsache herrühren, dass die Deutschen nie genug geliebt wurden?« Nein, könnte nicht.

In schroffem Gegensatz dazu steht eine erfrischende Boshaftigkeit, etwa wenn Levi in einer Mischung aus Ekel und Faszination schildert, wie die »fehlgeleitete Herde« der Deutschen ihr Bier trinkt und ihre Würste vertilgt: »Sie essen nicht: Sie fressen, verleiben ein, verschlingen, schlucken kaum, zermahlen, saugen auf, wie riesige Seidenraupen, völlig versunken in die reine Gefräßigkeit.« Aber »trotz dieser ausgelassenen, animalischen Freizügigkeit haben sie alle doch etwas Schlaffes und Verschrecktes an sich, als wäre alles, was außerhalb ihrer Teller liegt, unverständlich und angsteinflößend.« Hätten satirische Schärfe und feinfühliges Beobachten öfter dergestalt zusammengefunden, wäre *Die doppelte Nacht* ein richtig gutes Buch geworden.

Thomas Schaefer

Carlo Levi: *Die doppelte Nacht. Eine Deutschlandreise im Jahr 1958.* Mit einem Nachwort von Bernd Roeck. Aus dem Italienischen von Martin Hallmannsecker. C. H. Beck, München 2024, 176 Seiten, 20 Euro

mit diesem Nachdruck: Was nicht sein darf, das nicht sein kann! Obendrein enthält die Lüge der beiden Vorgesetzten erkennbar die Aufforderung, mir die »neue Wahrheit« gefälligst schleunigst zu eigen zu machen. Ich schaue verdattert in zwei hasserfüllte Gesichter, deren Botschaft eindeutig ist: Entweder Sie kuschen, oder wir machen Ihnen das Leben an unserer Schule zur Hölle!

Warum sollte ungerechnet ich nicht kuschen? Das komplette Kollegium kuschelt. Einzelne sind die meisten mir gegenüber freundlich und hilfsbereit, aber wehe, die Chefin kommt herein. Sie ist eine verkniffene, verdruckte Person, doch vor ihr wedeln sie alle mit dem Schwanz, betont locker, versteht sich. Auch die Chefin gibt sich leger, sie versucht es zumindest, mit Jeans und so. Ein ordentlicher Faltenrock würde ihr besser stehen.

Nach den Weihnachtsferien bin ich erstmal krank. Miss Ratched ruft mich immer wieder, manchmal stündlich an, ich gehe nicht ran. Dann steht auf einmal die Polizei vor meiner Haustür. Die Chefin hat sie geschickt, sie wisse nicht, wo ich abgeblieben sei. Natürlich habe ich mich telefonisch im Schulsekretariat krank gemeldet. Aber ich habe die Anrufe von Miss Ratched ignoriert. Den Beamten ist es eher peinlich. Sie verstehen, dass sie für einen Einschüchterungsversuch missbraucht wurden.

In diesem Stil geht es den Rest des Schuljahrs weiter. Vorhaltungen, Ermahnungen, Maßregelungen, Abmahnungen. Es geht ausnahmslos um angebliches Fehlverhalten meinerseits, das in vergleichbaren Fällen bei Kollegen mit scherzhaften Bemerkungen abgetan wird.

Unterdessen sitze ich eines schönen Vormittags in einer Freistunde wieder mal, nicht mehr ganz so arglos wie zu Schuljahresbeginn, an dem großen ovalen Tisch im Lehrerzimmer. »Nicht mehr so arglos« ist stark untertrieben, denn mir schräg gegenüber sitzt Miss Ratched, und ich bin mit ihr allein im Raum. Ich habe gehört, beginnt sie, freundlich wie immer, bei Ihnen im Unterricht kann man schlafen? – Wie bitte? – Ein Schüler hat am Montag in Ethik bei Ihnen geschlafen, und Sie haben ihn schlafen lassen! – Wer sagt das? – Das weiß ich von einem Schüler der 10z!

Ich antworte, ohne eine Sekunde zu überlegen: Hat der Schüler, der Ihnen das gesteckt hat, dafür einen Lob-Stempel gekriegt? Zum ersten Mal sehe ich Miss Ratched sonst so perfekt kontrollierte Gesichtszüge entgleisen.

Ich bekomme keine Antwort auf meine Frage. Aber in den nächsten Wochen und Monaten wird mir klar, dass sowohl Miss Ratched als auch die Chefin in jeder Klasse ihre Spitzel unter den Schülern haben. Ihre Dienste werden mit Lob-Stempeln und

wohlwollender Beurteilung und Benotung entlohnt. Vor allem schwache Schüler sind sehr dankbar für die Option, die sich da unverhofft auftut. Aber auch wenn man sich von einem Dreier auf einen Zweier verbessern kann, ist so ein Nebenjob als Klassen-IM nicht zu verachten.

Wem fällt an der Stelle nicht die schöne lateinische Sentenz ein: Non scholae, sed vitae discimus? Nicht für die Schule, sondern fürs Leben lernt man schon in jungen Jahren, wie man sich von Vorgesetzten für Spitzeldienste einspannen lässt. Und wird die hier erlernte Gefügigkeit nicht später auch von so manchem Arbeitgeber geschätzt?

Nicht zuletzt haben die immer wiederkehrenden, vor der ganzen Klasse gestellten besorgten Nachfragen, was denn der Herr Sendtner in den letzten Tagen im Unterricht so gesagt und gemacht habe, den schönen Nebeneffekt, unausgesprochen klarzustellen, dass der Herr Sendtner seitens der Schulleitung keine Rückendeckung mehr hat. Schüler spüren das sofort. Mit dem Herrn Sendtner stimmt was nicht, der ist auf der Abschlusliste, bei dem kann man ungestraft auf den Putz hauen. Und das tun sie dann ausgiebig.

Wobei das noch den zusätzlichen Vorteil hat, dass der Herr Sendtner von dem Strafenarsenal, wie die ganze Schule weiß, kaum Gebrauch macht und von daher schön genüsslich bis zur Weißglut provoziert werden kann.

Richtig, den Lob-Stempel vergebe ich zwar auf Nachfrage der Schüler (unter bestimmten Bedingungen, etwa Tafeldienst, Pausendienst, Klassenbuchdienst, haben die Schüler einen Anspruch auf eine bestimmte Anzahl von Lob-Stempeln), aber meinen Roten Stempel lasse ich vom ersten bis zum letzten Schultag in meinem Fach im Lehrerzimmer liegen.

Irgendwann sage ich das der Chefin, ruhig und freundlich: Ich finde das Strafflevel an der Schule zu hoch. Drei Kollegen und die Sekretärin hören mit. Ich versuche, es zu erklären: Ich komm' ins Klassenzimmer und schlage einen normalen, freundlichen Ton an. Die Schüler schauen mich ungläubig an: Wie, Sie wollen uns nicht als erstes prophylaktisch und obligatorisch zusammenstauen? Die Schüler nehmen keinen Stift in die Hand, wenn ich ihnen nicht als erstes mit Strafe zumindest drohe. Wie soll da ein normales pädagogisches Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler entstehen? An anderen Schulen geht das doch auch anders!

Die Chefin ist um eine Antwort nicht verlegen: Dann gehn Sie halt an eine andere Schule! Keine Diskussionen! Schon gar nicht mit einem, der kein Referendariat absolviert hat. Das wäre ja noch schöner!

Dass ich kein Referendariat vorweisen kann, kommt regelmäßig aufs Tapet. Sowohl die Chefin als auch Miss Ratched lassen dabei jedesmal durchblicken, dass das Refe-

rendariat für sie seinerzeit eine einzige Quälerei und eine gehörige Demütigung gewesen sein muss. Doch, wie der Lateiner sagt: Per aspera ad astra! Nur durch Qualen erreicht man die Sterne. Mit maliziösem Lächeln auf den Lippen macht mir die Chefin immer wieder klar, dass sie dieses Martyrium nun an mir nachzuexerzieren gedenkt.

Die beiden pädagogischen Spitzenkräfte haben ihre niederen Instinkte nicht unter Kontrolle. Auch Miss Ratched kann sich ihr eiskaltes Lächeln nicht verkneifen, wenn sie mit mir wie mit einem Referendar redet. Ihre sadistische Offerte stößt bei mir nur leider auf taube Ohren, ich habe keine masochistische Ader.

Meine Fresse! Wegen des Referendariats kam für mich das Lehramtsstudium damals von vornherein nicht in Frage! Ich weiß nicht mehr, woher ich das wusste, aber ich wusste es: Im Referendariat wird der angehende Lehrer so zurechtgestutzt, dass er erstens etwaigen idealistischen Flausen für immer abschwört und zweitens anschließend geeignet und qualifiziert ist, im Rest seines Berufslebens die Schüler zurechtzustutzen. Die bayerische Schule braucht Lehrer, die ku-

Endloses Geschimpfe. Und sonst nichts. Kein einziger konstruktiver Gedanke

schen. Um das sicherzustellen, gibt es das Referendariat.

Wie der Herr, so das Gscherr. Auch die Schüler kommen mir insgesamt unterwürfig vor. Auch und gerade die aufsässigen. Unterwürfig und unselbständig. Irgendwann überfällt mich die Frage: Was dürfen die Schüler hier eigentlich außer parieren? Und weiter: Was ist mit einem Menschen anzufangen, der außer parieren nichts gelernt hat? Ja gut, beim Militär ist man damit sicher adäquat qualifiziert. Aber es soll ja auch noch Jobs geben, bei denen zumindest ansatzweise selbständiges Denken gefragt ist.

Die aufsässigen Schüler. In den Jahrgängen Sieben und Acht, in denen die Pubertät ihre wütesten Auswüchse hervorbringt, sitzen sie im Dutzend vor mir. Sie als Herausforderung zu bezeichnen, ist eine elegante Untertreibung. Sie können einem Alptraum bereiten.

Da sind zum Beispiel die Jungs aus der 8a, die mir gegenüber, egal ob im Klassenzimmer oder wenn sie mir im Treppenhaus begegnen, reflexartig Rülps-, Grunz- und Furzlaute von sich geben. Gern auch in Verbindung mit meinem Namen. Und das so formvollendet klandestin, dass es schwierig

bis unmöglich ist, einen konkreten Übeltäter dingfest zu machen und zu bestrafen. Die Masche bereitet ihnen einen Heidenspaß.

Im Lehrerzimmer herrscht angesichts der im Galopp dahinschwindenden Disziplin ein heilloses Lamento. Der Kern des Kollegiums hat jahrzehntelange Erfahrung auf dem Buckel, aber ihre Klage klingt so hilflos, als stünden sie das erste Mal vor einer Schulklasse. Und vor allem: endloses Geschimpfe. Und sonst nichts. Kein einziger konstruktiver Gedanke.

Der aufsässigste unter den aufsässigen Schülern ist Johannes aus der 8a. Bei ihm bin ich mit meinem Latein am Ende, bei ihm weiß ich mir nicht mehr zu helfen. Zufällig schnappe ich im Lehrerzimmer auf, dass eben dieser Schüler beim Sportfest einen erstaunlichen, ja rekordverdächtigen Weitsprung hingelegt hat. Als er mir beim nächsten Mal im Treppenhaus begegnet und schon dabei ist, reflexartig meinen Namen herauszugrunzen (und damit auszutesten, ob man es vielleicht auch im Treppenhaus schafft, einen Verweis zu kriegen), frage ich ihn beiläufig, ob er das gewesen sei, der beim Sportfest so weit gesprungen ist.

Von einer Sekunde auf die andere ist er wie ausgewechselt. Nicht mehr der ewig motzende, stänkernde, alles und jeden nachäffende, aufsässige Schüler. Sondern ein ganz normaler 14-jähriger, mit dem man ganz normal reden kann. Wie? Was? Er kann auch was? Und ich interessiere mich sogar dafür, habe womöglich gar Respekt davor?

Das ist überhaupt das Unglaubliche an der Schule, an meinem Lehrerberuf: Alles kann sich von heute auf morgen ändern. Im Guten wie im Schlechten. Ein Schüler, der heute noch verständlich zugehört und mitdiskutiert hat, kann morgen nicht mehr ansprechbar sein. Aber genauso gut kann jedes Scheusal von einem Schüler eine Woche später auf einmal zugänglich sein, und das, was letzte Woche war, ist für immer vergessen.

Wenn man sich als Lehrer auch nur halbwegs auf diese Volatilität einlässt, auf dieses pulsierende, wechselnde Leben, dann pustet einem das täglich gehörig die Gehirnwindungen durch. Das normale, allseits anerkannte und abgesicherte Erwachsenenspießerda-sein wird in der Schule täglich torpediert und auf die Probe gestellt. Es ist ein Glück, daran teilzuhaben. Eigentlich sollte man dafür zahlen müssen und nicht auch noch ein Gehalt dafür beziehen. Allerdings ist das meine so mickrig, dass ich den Punkt nicht weiter vertiefen mag.

In den Pfingstferien schreibe ich der Chefin eine längere E-Mail, die mit der Forderung nach einer Gehaltserhöhung endet. Ich bekomme keine Antwort, weder schriftlich noch mündlich. Nach den Ferien schauen die Chefin und ihre Stellvertreterin ebenso angestrengt wie verkniffen an mir vor-

bei. Das liegt nicht nur an meinem unver-schämten Verlangen nach mehr Kohle. Sondern vor allem an dem, was sonst noch in der Mail steht.

In den Pfingstferien habe ich die Faxen nämlich endgültig dicke. Und tische einfach mal alles auf, was sich im vergangenen Dreivierteljahr so angesammelt hat. Angefangen bei all den gegen mich ausgesprochenen Ermahnungen, Maßregelungen und Ab-mahnungen, die so erkennbar keinen sachlichen Grund hatten, sondern nur davon ab-lenken sollten, dass seitens der Schulleitung jegliche pädagogische Diskussion verweigert worden ist.

Keine Diskussionen! Vor allem nicht über meinen Einwand, an der Schule herrsche ein unangemessenes Strafre-gime und eine autoritäre Atmosphäre. Ich äußere den Verdacht, die Chefin verfüge über keine eigene Autorität und versuche, sich diese durch autoritäres Verhalten zu verschaffen. Die Schüler als von vornherein und grundsätzlich strafwürdige Wesen anzusehen, nenne ich ein falsches und fatales Konzept. Repressive Pädagogik sollte im 21. Jahrhundert Gegenstand des Unterrichts sein (*Der Untertan* von Heinrich Mann biete sich da an), aber nicht pädagogische Leitlinie.

Und schließlich halte ich der Schulleite-rin vor, dass ihre Lehranstalt eine geschlos-sene Anstalt sei, die sich strikt weigere, An-regungen von außen anzunehmen. Den un-befangenen Blick von außen lasse man sich in der Wirtschaft viel kosten. Man könne mich nicht einfach mit dem Hinweis, kein Referendariat absolviert zu haben, für un-qualifiziert erklären.

Die Antwort auf meine E-Mail ist die Kündigung, die mir die Chefin Ende Juni überreicht, fristgerecht zum Ende des Schul-jahrs Ende Juli. Ich klage dagegen vor dem Arbeitsgericht, als Gewerkschaftsmitglied genieße ich Rechtsschutz. Kurz vor dem Güte-Verhandlungstermin erhalte ich doch noch eine Antwort auf meine Mail: Die Chefin lässt mir über einen Rechtsanwalt mitteilen, dass sie gnädigerweise davon Abstand nimmt, mich wegen der E-Mail zu verklagen.

Auf Anraten der Gewerkschaft nehme ich an der Güte-Verhandlung nicht teil. Mein Rechtsbeistand vom DGB berichtet hinter-her, sie habe zehn Minuten gedauert. Man ein-igt sich auf 1.000 Euro Abfindung für mich, ich erhalte ein ordentliches Arbeitszeugnis, das der Note Zwei entspricht, die Kündigung, steht darin, sei aus betrieblichen Gründen erfolgt.

Auf eine Schulleiterin, die einen pädago-gischen Einwand mit einem Anwaltsschrei-ben beantwortet, kann man verzichten. Al-lein die Schüler, die gehen mir ab. ●

Florian Sendtner schrieb in konkret 12/24 über Freudsche Fehlleistungen als politi-sche Indikatoren

DER LETZTE DRECK

Nun will der Lenz uns grüßen

Trotz der winterlichen Temperaturen freue ich mich, Ihnen heute unsere Frühjahrsvorschau 2025 präsentieren zu dürfen – vielleicht sorgt sie ja schon jetzt für ein wenig Vorfreude auf den Frühling.

Seda Çalışkanoğlu (FVA)

Im Märzen der Bauer

Lore ist zehn Jahre alt und wächst behütet auf dem Land auf. Ihr Vater ist Bürgermeister, ihre Mutter Sekretärin im Pfarramt, die beiden älteren Brüder interessieren sich hauptsächlich für sich selbst. Lores engste Bezugspersonen sind die Großeltern. Und dann gibt es noch Tante Ursula. Die lebt in der Stadt, kommt nur zu Besuch aufs Land und sorgt mit ihren Ansichten regelmäßig für hitzige Diskussionen im Familienkreis. Außerdem erwartet sie ein Kind – dabei hat sie keinen Mann. Lore findet Ursula faszinierend und besucht sie regelmäßig in der Stadt, wo sie eine ganz neue Welt kennenlernt ...

Eva Lugbauer: Schwimmen im Glas (Picus)

Die Öden des März

Weit weg von den Verlockungen der Stadt wird sie groß, die »Kleine«, bei der besorgten Mutter, der rührenden Oma, dem fleißigen Opa und dessen Bruder, den man lieber im Hinterzimmer versteckt. Und natürlich mit den Kühen, die ihre Kälber ablecken, den Kaninchen, die irgendwann dran glauben müssen und den Kindern die weißen Schwänze beschern, für Spiele, die man immer schon gespielt hat. Ein Roman wie ein verspielter und melancholischer Abschied, ein sanfter und tiefer Blick auf einen Hof, dem man irgendwann entfliehen musste, um etwas Eigenes erschaffen zu können ...

Marion Fayolle: Aus gleichem Holz (Atlantis)

Es klappert die Mühle

In den Erinnerungen eines im Dorf Brand aufgewachsenen Jungen werden Familie und Einwohner ebenso lebendig wie der Hintergrund der Zeitgeschichte und der norddeutschen Landschaft. Es sind die sechziger Jahre, von den Erwachsenen nur »die Zeit nach

dem Krieg« genannt. Die Begegnung mit dem komischen August, der eine Art Dorftrottel ist, die erste erotische Empfindung, ausgelöst durch die Lehrerin auf dem Schulhof, die Urgroßmutter und der tote Großvater prägen das Kind ebenso wie das Spektakel des Schweineritts ...

Henning Ziebritzki: Brand (Wallstein)

Komm, lieber Mai, und mache

Zum ersten Mal verbringt die alleinerziehende Lisa einen Sommer ohne ihren sechsjährigen Sohn. Endlos lang sind die Tage auf einmal, sie hadert mit der neuen Freiheit. Was für eine Frau ist sie eigentlich, wenn sie nicht Mutter ist? Dann findet sie ihre alte Geige wieder, einst so wichtig, nun ramponiert – so wie Lisa sich fühlt, wenn sie ihren Körper im



Picture Alliance/Westend61/Oksana Nazarchuk

»Sie öffnet ihr Herz und stellt sich ihren Dämonen«

Sommerlicht sieht. Bei ihrem Geigenbauer begegnet Lisa der Obstbäuerin Ute, die an einem Punkt ist, an dem man keine Kompromisse mehr macht. Inmitten der üppigen Pracht ihres Kirschgartens kommen sich die beiden verschiedenen Frauen näher ...

Anne Stern: Wenn die Tage länger werden (Aufbau)

Gar nichts neu macht der Mai

Hals über Kopf verlässt Klavierspielerin Jule Wien, um ihrem gewalttätigen Exfreund zu entkommen. Zuflucht findet sie unerwartet in einem Haus in der Provence. Das Anwesen gehört Jo, den sie in einem Wiener Museum kennengelernt hat und der ihr, ohne es zu ahnen, die Möglichkeit gibt, einen Neuanfang zu wagen. In der malerischen Landschaft Südfrankreichs öffnet sie ihr Herz wieder für die Schönheiten des Alltags – und

stellt sich ihren Dämonen. Doch als die Vergangenheit sie einholt und die Gefahr vor ihrer Tür steht, muss Jule eine Entscheidung treffen ...

Annette Hohberg:

Ein Leben später (Droemer)

Flattern duch die Lüfte

Für die 38jährige Doro ist mit ihrem Job in einem Offshore-Windpark ein Traum in Erfüllung gegangen – bis sie während eines Sturms von einem Windrad evakuiert werden muss. Doro erleidet eine Panikattacke, die auch am nächsten Tag noch nachwirkt: Von Helgoland möchte sie eigentlich nur aufs Festland übersetzen, nach Hause zu ihrer Großmutter Elsie. Doch sobald sie sich der Uferkante nähert, wird sie von Schwindel und einem heftigen Zittern erfasst. Ist es das, wovor Elsie sie immer wieder gewarnt hatte? In ihrem Selbstverständnis erschüttert, beginnt die pragmatische Doro endlich all die Fragen zu stellen, die in ihrer Familie nie ausgesprochen werden durften ...

Thesche Wulff: Die Frauen von Helgoland (Droemer)

Landluft macht high

Ein abgelegenes Ferienhaus an der französischen Atlantikküste: Hier will Elena mit ihren Kindern drei unbeschwerte Wochen verbringen. Ihr Mann ist zu Hause in Deutschland geblieben, die Ehe läuft nicht gut. Dafür hat Elena die Babysitterin Eve und eine Freundin der dreizehnjährigen Tochter mitgenommen. Doch was als entspannte Auszeit beginnt, wird immer stärker bedroht, von außen wie von innen: Die ausgetrockneten Wälder stehen in Flammen, unangekündigte Gäste tauchen auf, Konflikte spitzen sich zu – befeuert von Eifersucht, Misstrauen und Abhängigkeiten. Bis eines der Mädchen plötzlich verschwindet ...

Nina Bußmann: Drei Wochen im August (Suhrkamp)

Zum Städtetele hinaus

Antonie lebt im Waldrandhaus in einem Dorf, das als Musterdorf auserkoren wurde, klimaneutral zu sein, in dem es keine Autos gibt und in dem auch sonst alles perfekt korrekt abläuft. Ablaufen sollte. Die Bewohnerinnen und Bewohner teilen sich in Ansässige und Zugezogene – Menschen, die aus der Stadt kommen, ihrer Sehnsucht nach dem heilen Landleben folgen und vor ihrer Zukunftsangst davonlaufen. Bas, ein Zugezogener, öffnet Antonie schließlich die Augen ...

Selina Holešinsky: Schaltiere am Waldboden (Picus)

konkret erscheint das nächste Mal am Samstag, 25. Januar

Titanic

DAS ENDGÜLTIGE SATIREMAGAZIN

A 4352
Januar 2025
Nr. 1
D €7,00
A €7,70
Lux € 8,30
CHF 12,20

Baby-Glück
im Eimer

Es wird ein
Low Performer!

Lindner stellt Eilantrag zur Abschaffung von \$218

Titanic Deutschlands bester Satire-Mix.

Hoffen gegen jede Hoffnung – Krieg, Klima, Kapitalismus

Hoffen gegen jede Hoffnung: Hier geht es nicht um Durchhalteparolen, sondern ums kritische Sondieren – miteinander. Krieg, Klima, Kapitalismus: Wie können wir in tiefster Krise genau hinsehen, ohne zu resignieren? Können wir ohne Selbsttäuschung vergegenwärtigen, was real geschieht? Gar erkennen, was wir zu tun haben?

Lieber Klaus ...

... als ich anfang mir Gedanken zu machen, worüber ich Dir schreiben sollte, traf mich der Hauptartikel in meiner Tageszeitung: Der Klimawandel ist dabei, in eine unumkehrbare Katastrophe auszuarten. Obwohl der Bericht noch eine letzte Warnung sein will – wenn wir nicht, dann –, konnte mich das nicht trösten. Mir wurde klar, was mir eigentlich schon lange klar war: Wir werden nicht mit der gebotenen Radikalität noch einen letzten Versuch machen, die Katastrophe zu verhindern oder zumindest so weit »abzumildern«, dass die Welt für die Menschheit noch einigermaßen lebbar bleibt. Und mich packte plötzlich eine gewaltige Mutlosigkeit. Nicht, dass mir der Zorn fehlte über das, was wir aus der Welt gemacht haben. Und ich meine mit »wir« natürlich den Kapitalismus, aber doch einen Kapitalismus, den »wir« nicht haben verhindern können. Gerade in seinem Zentrum bestätigen wir in freien Wahlen die vom Kapitalismus beherrschte Ordnung. Und ich hoffe, dass Du, der glücklicherweise kein Talent für Depression hat, diese Mutlosigkeit verstehst, auch wenn Du sie nicht teilen kannst.

Eine politische Freundschaft



Dick Boer / Klaus Weber
Hoffen gegen jede Hoffnung –
Krieg, Klima, Kapitalismus
136 Seiten · Broschur
ISBN 978-3-86754-526-6
17,00 €

Lieber Dick ...

... Letzte Woche in meinem »Neoliberalismus«-Seminar habe ich die anwesenden Student_innen befragt auf ihre Hoffnung/slosigkeiten hin. Die Antworten reichten vom »Genießen, weil die Welt ohnehin nicht mehr lange besteht« über Arbeiten an Theorien, die uns weiterhelfen könnten, bis hin zum Gemüseanbau im eigenen Schrebergarten und dem Teilen der Früchte mit den Nachbar_innen im Wohnblock als Geste solidarischen Handelns. Doch überwiegend waren die meisten verzweifelt und hoffnungslos, was den Sinn politischen Handelns betrifft. Als ich von meiner Arbeit im Bezirkstag erzählte und den Menschen, denen ich durch Briefe, Widersprüche, Sozialgerichtsklagen und »strenge« Telefonanrufe bei Ämtern und Verwaltungen helfen konnte, Einsparungen abzuwehren und das eh schon eingeschränkte Leben nicht noch unmenschlicher werden zu lassen, gab es immerhin eine wahrnehmbare Veränderung der Stimmungslage – es scheint so zu sein, dass das konkrete Gerechtigkeitshandeln (was Du »Tora tun« nennst) die Kraft in sich trägt, zum Handeln zu bewegen.

Der Briefdialog zwischen Klaus Weber (Autor, Psychologiedozent, linker Aktivist) und Dick Boer (Theologe und Marxist) arbeitet sich kreuz und quer durch Referenzen und Begriffe: Es geht um Kant und Hiob, ums »Tora tun«, um Neinsagen und Pflicht, um Plastikwörter, Barbarei, Heimat und Nicht-Ort. Da rangelt ein theorienkundiger Pragmatiker, der die Welt als Aufforderung zu Engagement und Handeln sieht, mit einem christlichen Idealisten, der an der Nichtüberwindung des naturzerstörenden, kriegführenden, menschenfeindlichen Kapitalismus verzweifelt.

ARGUMENT VERLAG

Glashüttenstraße 28 · 20357 Hamburg · Tel. 040/4018000 · www.argument.de